



Steinbach 5A ✓ A5800F

**Internationale wissenschaftliche
Korrespondenz zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung**

10. JAHRGANG, JUNI 1974, HEFT 2

CHRISTOPH KLESSMANN:

Klassensolidarität und nationales Bewußtsein. Das Verhältnis zwischen der Polnischen Berufsvereinigung (ZZP) und den deutschen Bergarbeitergewerkschaften im Ruhrgebiet 1902 – 1923

GERHARD BEIER:

Rosa Luxemburg. Zur Aktualität und Historizität einer umstrittenen Größe

STEFAN PÖTZSCH:

Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Niedersächsischen Staatsarchiv Aurich

KURT NEMITZ:

Julius Moses – Nachlaß und Bibliographie

**FORSCHUNGS– UND PUBLIKATIONS–
VORHABEN * NEUE LITERATUR**



Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Inhalt	CHRISTOPH KLESSMANN: Klassensolidarität und nationales Bewußtsein. Das Verhältnis zwischen der Polnischen Berufsvereinigung (ZZP) und den deutschen Bergarbeitergewerkschaften im Ruhrgebiet 1902 – 1923	S. 149
	GERHARD BEIER: Rosa Luxemburg. Zur Aktualität und Historizität einer umstrittenen Größe.	S. 179
	STEFAN PÖTZSCH: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Niedersächsischen Staatsarchiv Aurich	S. 211
	KURT NEMITZ: Julius Moses – Nachlaß und Bibliographie	S. 219
	FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete XX. Bearbeitet von Rita Klunkert	S. 242
	NEUE LITERATUR Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, 2 Bde., Berlin 1969 und 1970 (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	S. 248
	Walter Eberle und Winfried Schlaffke, Gesellschaftskritik von A – Z, Freiburg i.B. 1973 (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	S. 251
	Gespräche mit Marx und Engels. Hrsg. von Hans Magnus Enzensberger, 2 Bde., Frankfurt/Main 1973 (<i>Henryk Skrzypczak</i>)	S. 252
	Wenzel Jaksch – Edvard Benes. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939 – 1943. Hrsg. von Friedrich Prinz, Köln 1973 (<i>Werner Röder</i>)	S. 254
	Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Hrsg. von Ossip K. Flechtheim u.a., Bd. 9, Berlin 1971 (<i>Peter Lösche</i>)	S. 256
	Helmut Reichelt, Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Frankfurt/Main 1973; Isaak Iljitsch Rubin, Studien zur Marxschen Werttheorie, Frankfurt/Main 1973 (<i>Paul Mattick</i>)	S. 257
2/74	Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945 – 1955, Wien 1973 (<i>Alfred Kantorowicz</i>)	S. 261
Juni		

Jürgen Klein, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland, Hamburg 1972 (<i>Gerhard Beier</i>)	S. 262
Hans-Christof Wächter, Theater im Exil. Sozialgeschichte des deutschen Exiltheaters 1933 bis 1945, München 1973 (<i>Alfred Kantorowicz</i>)	S. 264
Adelheid von Saldern, Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890 – 1920, Berlin 1973 (<i>Anneke Sager</i>)	S. 266
Dieter Riesenberger, Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR. Aspekte und Tendenzen, Göttingen 1973 (<i>Ingrid Thienel</i>)	S. 267

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

ISSN 0046-8428

Redaktion: Rita Klunkert, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper.

Ständiger Mitarbeiter: Hans H. Biegert.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfasseramen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe. Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Preis: Einzelheft DM 7,- (Studenten DM 5,-), Jahresabonnement DM 28,- (Studenten DM 20,-) zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 2155 15 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 13 - 19/20 und 1 (1974). Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.

Satz: Composersatz Marschall, 1 Berlin 46, Arnstädter Straße 1.

Druck: Kleinoffset Dressler, 1 Berlin 36, Oranienstraße 10/11

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.

KLASSENSOLIDARITÄT UND NATIONALES BEWUSSTSEIN. DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN DER POLNISCHEN BERUFSVEREINIGUNG (ZZP) UND DEN DEUTSCHEN BERGARBEITER-GEWERKSCHAFTEN IM RUHRGEBIET 1902 – 1923

Von Christoph Kleßmann

EINLEITUNG

Der letzte Vorsitzende der „Polnischen Berufsvereinigung“ (Zjednoczenie Zawodowe Polskie; ZZP) in Bochum Kolpacki erklärte 1920 ihre Entstehungsgeschichte so: „Die Gründung des ZZP wurde beschlossen, nachdem der christliche Gewerkverein und die freie Gewerkschaft folgenden Wünschen der polnischen Arbeiter nicht stattgegeben hatten: 1. die polnischen Arbeiter verlangen von beiden Verbänden die Herausgabe eines in polnischer Sprache gedruckten Fachorgans; 2. sie verlangen eigene Beisitzer bei den verschiedenen Instanzen, wo sie die Interessen des polnischen Arbeiters zu vertreten imstände wären; 3. sie wünschen Referate in polnischer Sprache, um hierdurch den polnischen Arbeitern, die auf Grund des Koalitionsrechts als Landerbeiter keine Organisationsgelegenheit auf dem Lande haben oder hatten, hier im Industriegebiet die Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen zu erleichtern. Die beiden genannten Verbände sind dem Wunsche der polnischen Arbeiter nicht nachgekommen. Mit einem Wort gesagt: die polnischen Arbeiter sind in den deutschen Gewerkschaften stiefmütterlich behandelt worden.“¹

Eine solche Herleitung der Entstehung des ZZP im wesentlichen aus unerfüllten national-sprachlichen Sonderwünschen der ins Ruhrgebiet eingewanderten polnischen Arbeiter bietet sich an. Sie ist jedoch zu einfach und vermag die Besonderheit, die schnelle Entwicklung und das gespannte Verhältnis der polnischen zu den deutschen Organisationen nicht wirklich zu erklären.

Besonders vor, aber auch noch nach der Gründung der polnischen Gewerkschaft war eine beträchtliche, wenn auch exakt nicht zu bestimmende Zahl polnischer Bergarbeiter in deutschen Gewerkschaften Mitglied.² Daß sich diese zu wenig um die polnischen Arbeiter gekümmert hätten, gilt gerade für die Anfangsphase der polnischen Einwanderung nur sehr eingeschränkt.

1 Johannes Kaczmarek, *Die polnischen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Eine Studie zum Problem der sozialen Anpassung*. Diss. Köln 1922, S. 40. Von deutscher Seite stufte Siegfried Nestriepke in seiner Geschichte der Gewerkschaftsbewegung das ZZP als „nationalistische Sonderorganisation“ ein, für die keinerlei Notwendigkeit bestanden habe, da sich die deutschen Gewerkschaften der polnischen Arbeiter nachdrücklich angenommen und jede antipolnische Tendenz vermieden hätten. Siegfried Nestriepke, *Die Gewerkschaftsbewegung*, 2 Bde., Stuttgart 1920/21, hier Bd. 2, S. 379. In der 2. Auflage nennt Nestriepke das ZZP eine „nationalpolnische Sonderorganisation“, für dessen Gründung „parteiaktische, zum Teil auch geschäftliche Interessen der Führer der nationalpolnischen Bewegung“ maßgeblich gewesen seien. Vgl. ders., *Die Gewerkschaftsbewegung*, 3 Bde., 2., umgearbeitete Aufl., Stuttgart 1922/23, Bd. 3, S. 152. Indiskutabel ist die dogmatische Beurteilung von Dieter Fricke, *Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905*, Berlin (O) 1955, S. 53: „Da eine große Anzahl Polen dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und dem Zentrum ablehnend gegenüberstanden, wurde es für die Bourgeoisie erforderlich, eine nationalistische Gewerkschaftsorganisation im Ruhrgebiet bilden zu lassen, die die polnischen Bergarbeiter vom Klassenkampf fernhalten sollte.“

2 Vgl. unten, S. 157 f.

Die Gründung und der relativ schnelle Erfolg des ZZP läßt sich nur im Rahmen der nationalen Gesamtorganisation des Ruhrpolentums und vor dem Hintergrund der auch in den Westen ausstrahlenden Wirkungen der preußischen „Ostmarkenpolitik“ verstehen. In modifizierter Form könnte man hier Engels' Satz, die Polen müßten national sein, bevor sie international würden,³ bestätigt finden.

In der Entstehung und Entwicklung des ZZP überlagerten sich zwei Prozesse: der „nationale Nachholbedarf“ einer anfangs politisch noch kaum bewußten polnischen Arbeiterschaft bäuerlicher Herkunft wurde durch die preußische Unterdrückungs- und Germanisierungspolitik in den Ostprovinzen⁴ und deren Rückwirkungen auf die Situation im Ruhrgebiet geweckt und von den Führern der verschiedenen polnischen Organisationen bewußt forciert. Gleichzeitig aber befanden sich die polnischen Bergarbeiter objektiv in einer Situation des Klassenkampfes, die zur konsequenten Solidarität mit allen Klassengenossen gleich welcher Nationalität und politischen Färbung drängte.⁵ Aus dieser Ambivalenz des ZZP zwischen nationaler Loyalität und Klasseninteresse resultierte auch das eigentümliche Verhältnis zu den deutschen Gewerkschaften, das bisweilen auf beiden Seiten in vehemente Feindschaft ausartete, aber gleichwohl klassensolidarische Aktionen in entscheidenden Situationen wie Streiks nie verhindert oder wesentlich beeinträchtigt hat. Entsprechend bleiben auch die deutschen Gewerkschaften, insbesondere der sozialdemokratisch bestimmte „Alte Verband“, in ihrer Einschätzung des ZZP stets gespalten. Nach anfänglichem Ignorieren und Bekämpfen entschlossen sie sich zur partiellen Kooperation, aber das Mißtrauen und auch eine gewisse Abschätzigkeit in der Beurteilung der „polnisch-nationalistischen Gewerkschaft“ verschwanden niemals ganz, und die gegenseitigen Fehden lieferten immer wieder Zündstoff, um das Mißtrauen zu schüren.

Weniger intensiv und weniger deutlich als beim ZZP zeigte sich auch bei dem Alten Verband – ebenso wie bei der Sozialdemokratie –, daß unter der Oberfläche des proletarisch-internationalen Selbstverständnisses nationale Bindungen eine erhebliche Rolle spielten. Mit der zunehmenden Integration von Gewerkschaften und SPD in die Gesellschaft des Kaiserreiches⁶ gewann auch die unbewußte Übernahme nationaler Vorurteile an Boden und die alte liberale Polenbegeisterung des 19. Jahrhunderts, deren Erbe die deutsche Arbeiterbewegung angetreten hatte, wurde immer mehr vom latenten Nationalismus verdrängt. Das Verhältnis zu den polnischen Bergarbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet war einer der Prüfsteine, an dem sich dieser Vorgang ablesen ließ.

3 Vgl. Engels' Brief an Karl Kautsky vom 7.2.1882 in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, 39 Bde., Berlin 1959 – 68, Bd. 35, S. 269 – 273, hier S. 271.

4 Vgl. dazu Martin Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, München 1963.

5 Klassen-solidarität läßt sich hier formal verstehen als ein Verhalten, das dem Interesse einer gesellschaftlichen Großgruppe (Klasse) entspricht, insofern es Solidarität mit allen Klassengenossen in der gleichen Situation fordert und dieser Solidarität Vorrang vor anderen Werten und Loyalitäten einräumt.

Ohne hier auf das komplizierte Problem des Nationalismus einzugehen, vgl. dazu den Artikel *Nationalismus, Nationalitätenfrage* von Hans Mommsen und Albrecht Martiny in: Claus D. Kernig (Hrsg.), *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Freiburg, Basel und Wien 1971, Bd. 6, Spalte 623 – 695, läßt sich nationales Bewußtsein für den vorliegenden Zusammenhang verstehen als Bewußtsein einer starken inneren Bindung an und einer Loyalität gegenüber einer Nation als Großgruppe, die im Falle Polens durch historische und ethnische Faktoren hinreichend bestimmbar ist.

6 Vgl. dazu Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus – Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt und Berlin 1973.

I. Entstehung, Organisationsstruktur und Entwicklung des ZZP 1902 – 1925

Die Expansion des Ruhrbergbaus und der rasch steigende Arbeitskräftebedarf führte seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts zu einem schnell anwachsenden Strom von Einwanderern aus den östlichen Provinzen Preußens, unter denen die Polen bald die stärkste Gruppe bildeten.⁷ Obwohl sich ihre Zahl statistisch exakt nicht ermitteln läßt, stammten 1902, im Jahre der Gründung des ZZP, von den insgesamt 248 233 Bergarbeitern des rheinisch-westfälischen Industriegebietes 77 675 aus den preußischen Ostprovinzen.⁸ Die Polen stellten unter diesen den größten Anteil. Mit Angehörigen belief sich ihre Zahl im Revier vor dem Ersten Weltkrieg auf ca. 400 000.⁹

Die typischen Eingewöhnungs- und Anpassungsschwierigkeiten einer fremdsprachigen Minderheit in rein deutscher Umgebung wurden zunächst in der Gründung religiöser und geselliger Vereine, die noch unter dem dominierenden Einfluß der deutschen Ortsgeistlichen standen, aufzufangen versucht.¹⁰ Erst mit der Begründung der polnischen Zeitung „Wiarus Polski“ („Polnischer Rechtsgläubiger“, „Getreuer“)¹¹ entstand im Ruhrgebiet ein Kommunikations- und Organisationszentrum für die zerstreuten polnischen Gruppen, das wesentlich zur politischen Mobilisierung der zunächst völlig unpolitischen polnischen Arbeiter bäuerlicher Herkunft beitrug und auf diese Weise erst wirklich die sozialen und politischen Probleme aufdeckte, die sich aus der Einwanderung ergaben. Bedeutsam war vor allem, daß, vermittelt insbesondere durch die „Wiarus“-Organisation – eine „Organisation“ wurde es insofern, als Besitzer und Redakteure des Blattes sehr schnell auf alle wichtigen Vereine dominierenden Einfluß zu nehmen verstanden – die politisch-nationalen Konflikte aus Posen und Westpreußen auf die Situation der Polen im Revier zurückwirkten und die „polnische Frage“ der Ostprovinzen hier im Bewußtsein wachgehalten wurde. Der westfälische „Polenkönig“ und Besitzer des „Wiarus“, Jan Brejski, Reichstagsabgeordneter aus Westpreußen, trieb die Politisierung im Sinne einer engeren Verbindung mit der polnischen Nationalbewegung im

7 Die Literatur über die Polen im Ruhrgebiet ist zu finden bei Hans-Ulrich Wehler, *Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918*, in: ders. (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln und Berlin 1966, S. 437 ff. Ferner ist auf die neueste und beste und auf umfassendem Archivmaterial basierende polnische Arbeit von Krystyna Murzynowska hinzuweisen: *Polskie Wychodźstwo Zarobkowe w Zagłębiu Ruhry w latach 1880 – 1914*, Wrocław 1972. Ich hoffe, demnächst eine systematische Untersuchung des Themas für den gesamten Zeitraum unter der Frage nach dem Verhältnis von sozialer Integration und nationaler Subkultur vorlegen zu können.

8 Franz Schulze, *Die polnische Zuwanderung im Ruhrgebiet und ihre Wirkungen*, Diss. München 1909, S. 21. Im westfälischen Teil des Industriereviere gab es 1902 nach Angaben des Dortmunder Bezirks-Polizeikommissars Goehrke 118 882 Nationalpolen und 43 696 Masuren. Referat Goehrkes v. 3.12.1904, Staatsarchiv Münster (künftig abgekürzt STAM), Oberpräis. 2748 Bd. 7.

9 Wehler kommt nach einem kritischen Vergleich der vorliegenden Statistiken zu einer Gesamtzahl zwischen 350 000 und 450 000, Hans-Ulrich Wehler, *Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918*, S. 443. Murzynowska rechnet wie die meisten polnischen Autoren die Masuren zu den Polen und kommt auf eine Gesamtzahl von über 500 000 im Jahre 1914, Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo*, . . . , S. 22.

10 Hier wiederholte sich offenbar eine auch für die deutschen Bergarbeiter vor den Gewerkschaftsgründungen zu beobachtende Erscheinung, nämlich die Entstehung lokaler Knappenvereine mit christlicher Zielsetzung und unter Leitung des Ortsgeistlichen, die zugleich als Kommunikationszentren und als Hilfsorganisationen (Sterbekassen usw.) dienten.

11 Vgl. dazu meinen Aufsatz: *Der „Wiarus Polski“ – Zentralorgan und Organisationszentrum der Polen im Ruhrgebiet 1891 – 1923*, der in: *Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark*, Jg. 71 (1974) erscheint.

Osten voran. Auch wenn dieser Prozeß keineswegs reibungslos vor sich ging¹² – nicht zuletzt aufgrund der grundlegend verschiedenartigen sozialen Struktur der Ruhrpolen und des Posener Polentums – war hiermit doch ein wichtiges Moment gegeben, ohne das die Konflikte zwischen Polen und Deutschen im Ruhrgebiet nicht verständlich sind. Vor diesem Hintergrund ist auch die Gründung des ZZP zu sehen, die auf Initiative des „Wiarus“ zustandekam.

Der erste große Bergarbeiterstreik von 1889 hatte den gewerkschaftlichen Organisationstendenzen starken Auftrieb gegeben,¹³ so daß auch zahlreiche polnische Bergleute Mitglieder im Alten Verband oder im Christlichen Gewerkverein wurden. In dieser Mitgliedschaft lag für die nationalbewußten Funktionäre des „Wiarus“ in doppelter Weise ein Stein des Anstoßes: allein die Tatsache der Mitgliedschaft in einer deutschen Organisation lief der nationalen Abgrenzungs- und Separationsstrategie des „Wiarus“ entgegen, vor allem aber rief die sozialdemokratische Färbung des Alten Verbandes die heftigsten klerikal-antisozialistischen Affekte hervor. Daß darüber hinaus die Situation der polnischen Mitglieder deutscher Gewerkschaften unbefriedigend gewesen sein mag und sich damit ein Potential für eine eigene Organisation ergab, läßt sich ohne weiteres annehmen, jedoch ist darin nur ein zusätzlicher und keineswegs der auslösende Faktor für die Gründung des ZZP zu sehen.

Daß die Gründung des ZZP wesentlich als „Schutz vor der Sozialdemokratie“ intendiert war, kam explizit in den von Jan Brejski in der Gründungsversammlung vom 9. November 1902 vorgelegten Statuten zum Ausdruck, welche „die moralische und materielle Hebung“ der polnischen Bergarbeiter als Ziel des ZZP nannten (§ 2) und religiöse und politische Angelegenheiten, insbesondere aber „jede Agitation in sozialdemokratischem Geiste“ ausdrücklich ausschlossen (§ 4).¹⁴

Die Leitung des Verbandes lag in Händen eines 5-köpfigen Vorstandes, der von einem 30-köpfigen Aufsichtsrat gewählt wurde. Der erste Vorstand setzte sich zusammen aus: Stefan Rejer (Vorsitzender), Jan Wilkowski (1. Stellvertreter), Józef Regulski (2. Vorsitzender), Jan Jankowiak (Schatzmeister) und Hipolit Sibilski (Schriftführer). Höchstes Gremium war die Hauptversammlung, die alle zwei Jahre einzuberufen war, mit dem Recht der Wahl der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und der Satzungsheheit.¹⁵ Für die Mitglieder sahen die Statuten die üblichen Einrichtungen wie Sterbefonds, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung und Rechtsschutz vor. Es zeigte sich allerdings, daß diese Aufgaben mit den geringen Beiträgen von 25 Pf. Eintrittsgeld, 10 Pf. Monatsbeitrag und je 20 Pf. für Sterbefond und Kranken- und Invalidenunterstützung unmöglich zu bewältigen waren, zumal zunächst noch davon ausgegangen wurde, daß ein Mitglied im Falle des Austritts seine Beiträge zurückbekam. Diese Regelung wurde 1904 aufgehoben, ein Jahr darauf, nach den ersten Erfahrungen im Streik, wurden die Beiträge heraufgesetzt.¹⁶

12 Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . ., S. 66 ff. Vgl. auch unten, S. 167 f. die Kritik am Streik von 1912.

13 Zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung allgemein: Max Jürgen Koch, *Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II (1889 – 1914)*, (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 5), Düsseldorf 1954. Außerdem: *Bergarbeiter, Ausstellung zur Geschichte der organisierten Bergarbeiterbewegung in Deutschland*, veranstaltet von der IG Bergbau und Energie und dem Bergbau-Museum Bochum, wiss. Gestaltung H. Mommsen, H.O. Hemmer, J. Hoffmann, U. Janiesch, L. Niethammer, W. Kroker, Bochum 1969 (Ausstellungskatalog).

14 Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo*, . . ., S. 143.

15 A. a. O., S. 142 f.

16 Stanislaus Wachowiak, *Die Polen in Rheinland-Westfalen*, Diss. München 1916, S. 72 f.

Diese ersten Statuten folgten weitgehend dem Vorbild des Christlichen Gewerkvereins mit ihrer starken Betonung christlicher Prinzipien und der antisozialistischen Ausrichtung, und erst in den Statutenänderungen von 1904 und 1909 erfolgte eine konsequentere Ausrichtung an den Organisationsprinzipien einer schlagkräftigen Gewerkschaft als Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber der konzentrierten Macht der Unternehmer.¹⁷ Die anfangs geringe Mitgliederzahl von 4 230 (Ende 1903) nahm nach den Jahren 1904 und 1905 einen rapiden Aufschwung. Mit der „Ansiedlungsnovelle“ von 1904 wurde für die Ruhrpolen der Druck zur Sesshaftigkeit im Westen erheblich verstärkt, weil sich die ursprüngliche Absicht, mit dem in der Industrie verdienten Geld im Osten Grund und Boden zu erwerben, kaum noch realisieren ließ. Ferner demonstrierte der Fehlschlag des großen Bergarbeiterstreiks von 1905 den Arbeitern die Bedeutung und Notwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen Organisation, so daß im Gefolge des Streiks das ZZP ebenso wie die deutschen Gewerkschaften einen großen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte. Die Zahl stieg von 11 500 im Jahre 1904 auf ca. 25 000 im Jahr darauf.¹⁸

Die innere Konsolidierung und organisatorische Festigung des ZZP kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß es auch in Posen und Westpreußen Fuß fassen konnte und auf seine Initiative hin 1909 schließlich die Vereinigung mit dem Posener „Polnischen Berufsverband“ („Polski Związek Zawodowy“) und dem oberschlesischen christlichen Arbeiterverband („Związek wzajemnej pomocy chrześcijańskich robotników górnośląskich“) zu einem Dachverband gelang. Die Gesamtgewerkschaft behielt zwar den Namen ZZP, gliederte sich aber jetzt in drei Berufsabteilungen: die Bergarbeiter-, die Hütten- und Fabrikarbeiter- und die Handwerkerabteilung, jeweils mit Sitz in Bochum, Königshütte und Posen. In den folgenden Jahren wurden noch verschiedene weitere Fachabteilungen geschaffen. Zahlenmäßig und politisch die wichtigste blieb nach wie vor die Bochumer Bergarbeiterabteilung. Als ihr Fachorgan wurde seit 1909 die „Stimme des Bergmanns“ („Głos Górnika“) in Bochum herausgegeben, die vor dem Krieg eine Auflage von ca. 60 000 Exemplaren erreichte.¹⁹

Bis 1912 wuchs die Bergarbeiterabteilung des ZZP kontinuierlich an und schnitt dabei im Vergleich zu den deutschen Konkurrenten keineswegs schlechter ab. Der fehlgeschlagene Streik von 1912 brachte dann jedoch einen – allerdings geringfügigen – Rückgang, bis der Weltkrieg zu einem erheblichen Absinken der Mitgliederzahlen führte. Erst mit dem Jahre 1917 ließ sich wieder ein Umschwung konstatieren und 1919 hatte das Bochumer ZZP seine Vorkriegsstärke wieder erreicht. In Zahlen sah die Gesamtentwicklung folgendermaßen aus:

17 Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . . , S. 143.

18 Vgl. die Tabelle unten, S. 154.

19 Stanislaus Wachowiak, *Die Polen in Rheinland-Westfalen*, S. 68.

Mitgliederzahlen der drei größten seit 1918 anerkannten Bergarbeitergewerkschaften im Ruhrgebiet 20

	Alter Verband		Gewerkverein	ZZP-Bergarbeiterabteilung	
1902	32 832	(48 278)	31 658 (40 208)	—	
1903	48 132	(69 028)	(42 000)	4 616	
1904	56 153	(80 672)	(44 350)	[11 500]	
1905	78 862	(105 060)	(66 630)	[25 000]	
1906	78 879	(110 247)	(75 153)	[35 863]	[40 962]
1907	77 713	(111 476)	(76 866)	[39 256]	[47 962]
1908	80 143	(112 513)	(74 814)	[40 842]	[48 000]
1909	76 869	(120 280)	(81 731)	17 772	(22 243)
1910	80 378	(123 437)	32 616 (82 855)	26 309	(38 387)
1911	75 025	(120 136)	(84 321)	30 164	(46 995)
1912	69 648	(114 062)	40 000 (77 967)	30 334	(50 903)
1913	62 487	(101 986)	(63 129)	28 936	(50 047)
1914	37 375	(58 873)	(45 008)	16 137	(29 512)
1915	29 262	(46 371)	(34 020)	9 130	(17 295)
1916	33 384	(53 404)	(34 765)	9 027	(16 942)
1917	52 642	(110 454)	(63 761)	12 746	(21 992)
1918	188 540	(328 747)	(140 601)	20 834	(36 860)
1919	159 136	(436 527)	(152 216)	46 261	(51 722)
1920	163 356	(467 339)	(163 767)	—	—
1921	152 255	(447 101)	keine Angaben	ca. 60 000	
1922	107 174	(395 836)		ca. 40 000	
1923	97 251	(299 811)		—	—
1924	67 305	(190 224)		—	—
1925	65 585	(187 818)	(98 656)	5 – 8000	

- 20 Die eingeklammerten Daten geben den Mitgliederbestand der Bergarbeiter im ganzen Reichsgebiet wieder. Für den Gewerkverein ließen sich keine vollständigen Angaben für das Ruhrgebiet finden. Die Zahlen für das ZZP sind erst ab 1909 voll vergleichbar, seit es eine eigene Bergarbeiter-Abteilung gab. Vorher waren sowohl im Revier wie im übrigen Reichsgebiet auch Metallarbeiter, Bauarbeiter u.a. im ZZP mitvertreten. Zwischen 1908 und 1909 ist daher kein plötzlicher Mitgliederschwund eingetreten, wie es nach den hier in Klammern wiedergegebenen Zahlen auf den ersten Blick scheinen mag. Die Gesamtmitgliederentwicklung aller Abteilungen des ZZP, die hier nicht aufgeführt wird, war weiter ansteigend. Vgl. Hans Ulrich Wehler, *Die Polen* . . . , S. 447 ff. Die Angaben sind zusammengestellt nach: *Geschäftsberichte des Vorstandes der Bergarbeiter Deutschlands* (ab 1919 *Jahrbuch*), Bochum 1903 – 1926. *Bericht des Hauptvorstandes der Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands 1921/25*, Essen 1925. Bericht der Bochumer Polen-Überwachungsstelle v. 15.9.1921, STAM Reg. Münster VII 31, Bl. 49 und Bericht v. 1.10.1922, STAM Reg. Münster VII 35, Bl. 72. Außerdem: Hans Schäfer, *Die Polenfrage im rheinisch-westfälischen Industrieviertel während des Krieges und nach dem Kriege*, Diss. Würzburg 1921 (mschr.), S. 144 f. und Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . . , S. 138 und S. 214.

Der schnelle Wiederaufschwung seit 1917 erklärt sich vornehmlich aus den zahlreichen Streiks, die seit diesem Jahr im Ruhrgebiet stattfanden. Das ZZZ war vor dem Kriege zu einer anerkannten dritten Kraft im Revier neben dem Alten Verband und dem Christlichen Gewerkverein geworden und mußte eine Politik der entschiedenen Interessenvertretung wie diese verfolgen, wenn es seine Vorkriegsstellung wiedererlangen bzw. nicht gefährden wollte.

Der Rückgang der Mitglieder im Jahr 1922 war schon auf den bald nach Schaffung der polnischen Republik einsetzenden Strom der Abwanderung aus dem Ruhrgebiet nach Polen sowie in die Kohlenreviere Frankreichs und Belgiens zurückzuführen, der bis in die Mitte der zwanziger Jahre andauerte und damit dem ZZZ im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einen Teil seiner Basis entzog.²¹ Formell bestand die Bergarbeiter-Abteilung des ZZZ noch bis Anfang der dreißiger Jahre. Ihre soziale und politische Bedeutung hatte sie jedoch schon Mitte der zwanziger Jahre eingebüßt.

Neben den Mitgliederzahlen spiegelt sich die Entwicklungsgeschichte und das gewerkschaftliche Gewicht des ZZZ in der Beteiligung an den Wahlen zu den verschiedenen Organisationen im Bergbau und den errungenen Mandaten. Entsprechende Angaben sind nur mühsam und unvollständig erreichbar, die folgenden Zahlen reichen jedoch annähernd aus, um die Rolle des ZZZ als einer „dritten Kraft“ zu bestätigen.

- 21 Genaue Zahlen fehlen. Ein Bericht der Bochumer Polen-Überwachungsstelle vom 6.4.1921 gibt an, daß allein im abgelaufenen Halbjahr etwa 3 500 Mitglieder des ZZZ nach Frankreich ausgewandert seien. Der größte Teil von ihnen habe für Polen optiert. Weitere 1 000 Abmeldungen lägen dem ZZZ-Büro für die Zeit bis zum 15. Juni 1922 vor. Staatsarchiv Düsseldorf (künftig abgekürzt STAD), Reg. Düss. 15 737/38, Bl. 21. Über die Gesamtzahl der Abgewanderten und nach Polen Zurückgewanderten liegen ebenfalls nur Schätzungen vor. Die in Herne erschienene polnische Zeitung *Narodowiec* bezifferte die im Ruhrgebiet verbliebenen Polen am 12.12.1923 auf etwa 250 000. STAM Reg. Münster, VII 35. Nach einer Schätzung der Reichsstelle für das Wanderungswesen wanderten bis 1925 insgesamt 170 000 Polen aus dem gesamten Reichsgebiet nach Polen, terner ca. 50 000 in die Industriegebiete Nordfrankreichs und Belgiens. *Statistik des Deutschen Reiches*, Berlin 1930, Bd. 401, 2, S. 537. Auch spätere polnische Schätzungen weisen erhebliche Differenzen auf. Halina Janowska, *Polska emigracja w Westfalii i Nadrenii w latach 1918 – 1939*, in: *Problemy Polonii Zagranicznej* Jg. 5 (1968), S. 123, schätzt für 1925/26 eine Zahl von ca. 250 000. Nach zeitgenössischen Schätzungen des polnischen Konsulats in Essen und des „Polenbundes“ Ende der 20er Jahre lag die Zahl dagegen zwischen 96 000 und 120 000, obwohl seit Mitte des Jahrzehnts keine größeren Abwanderungen mehr stattfanden. Wojciech Wrzesinski, *Polski Ruch Narodowy w Niemczech 1922 – 1939*, Poznan 1970, S. 28. In jedem Falle dürfte der größte Teil der Ruhrpolen, die vor dem Ersten Weltkrieg eingewandert oder schon im Ruhrgebiet geboren waren, im Revier geblieben sein und nicht für die polnische Staatsbürgerschaft optiert haben. Nach Angaben des Bergbau-Vereins in Essen besaßen 1922 nur 3 420 polnische Bergleute (= 0,6% der Gesamtbelegschaft) die polnische Staatsangehörigkeit. Ihre Zahl sank 1927 auf 2 766, 1930 auf 1 848 und 1933 auf 335. Eberhard Franke, *Die polnische Volksgruppe im Ruhrgebiet (1870 – 1940)*, Essen 1940 (mschr.), S. 19.

Mandate der drei größten seit 1918 anerkannten Bergarbeitergewerkschaften im Ruhrgebiet 22

	Alter Verband	Gewerkverein	ZZP
<i>Beisitzer der Berggewerbegerichte</i>			
1905	67	15	2
1911	132	32	27
<i>Sicherheitsmänner</i>			
1910	806	20	63
1912	437	242	66
<i>Knappschaftsältteste</i>			
1904	170	100	5
1910	229	83	29
1921	338	122	24
1924	270	159	6
<i>Arbeitskammern</i>			
1919	10 (10 Stellv.)	6 (5 Stellv.)	4 (4 Stellv.)
1921	12 (11 Stellv.)	6 (5 Stellv.)	2 (2 Stellv.)
1925	9 (8 Stellv.)	6 (5 Stellv.)	– (1 Stellv.)
<i>Betriebsräte</i>			
1920	1250	500	190
1921	1293	462	110
1922	1213	589	86
1923	keine Wahlen		
1924	844/891	533/526	11/10
1925	1030/1108	577/588	10/ 5

- 22 Die Angaben sind zusammengestellt nach: *Geschäftsberichte des Vorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands 1905 – 1925; Geschäftsberichte des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (seit 1919 Jahrbuch) 1905 – 1925. Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, Jg. 21 (1911), S. 688 f.; Hans Schäfer, *Die Polenfrage* . . ., S. 143; Max Jürgen Koch, *Die Bergarbeiterbewegung* . . ., S. 128 Anm. 4; Bericht der Bochumer Polen-Überwachungsstelle v. 22.4.1912, STAM Oberprä. 6396, Bl. 165. *Wiarus Polski* v. 18.9.1904, STAM Reg. Arnsberg I Nr. 153 (Übersetzungen). Die für das Ruhrgebiet auffindbaren Angaben sind, wie die Tabelle zeigt, teilweise recht zufällig, sie reichen jedoch aus, um die Relation zwischen den drei Gewerkschaften zu verdeutlichen. Für die Betriebsrätewahlen 1924 und 1925 geben der Alte Verband und der Gewerkverein unterschiedliche Zahlen an, die hier beide aufgeführt werden. Die an zweiter Stelle genannten Ziffern stammen vom Alten Verband.

Zur Vervollständigung des Bildes für die Betriebsratswahlen seien hier noch die Zahlen für die übrigen, insbesondere die großen syndikalistischen und kommunistischen Verbände angeführt. Letztere waren zwar nicht wie die vier älteren Gewerkschaften offiziell anerkannt, durften aber seit 1920 Betriebsräte wählen.²³

	Hirsch-Dunckersche	Union/Syndikalist	„Gelbe“ u. sonstige
1921	14	818	76
1922	26	929	18
1923	keine Wahlen		
1924	28	1077	61
1925	17	750	21

II. DAS VERHÄLTNIS DES ZZP ZU DEN DEUTSCHEN BERGARBEITERGEWERKSCHAFTEN, INSBESONDERE ZUM ALTEN VERBAND

Als im August 1889 nach dem ersten großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet in Essen der „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen“, später meist kurz der „Alte Verband“ genannt, gegründet wurde und fünf Jahre später der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund“ entstand, stellte sich auch für die in den 90er Jahren zahlenmäßig schnell anwachsende polnische Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet die Frage gewerkschaftlicher Organisation bzw. des Beitritts zu deutschen Organisationen. Der Prozeß der Zentralisierung und Politisierung der in unpolitisch-religiösen Zirkeln lebenden Polen steckte mit der Herausgabe eines polnischen Blattes, des „Wiarus Polski“ seit 1891 noch in den allerersten Anfängen, und der Gedanke einer eigenen gewerkschaftlichen Organisation konnte zu diesem Zeitpunkt – nicht zuletzt auf Grund der für einen derartigen Versuch noch viel zu geringen Zahl polnischer Arbeiter – noch nicht ernsthaft erwogen werden. Der stark traditionsbestimmte Charakter beider deutscher Gewerkschaften, ihr Selbstverständnis als formal-politisch neutrale Organisationen zur Vertretung der Arbeiterinteressen und insbesondere die christlich-katholische Note des Gewerkvereins²⁴ mußten es prinzipiell den polnischen Arbeitern erleichtern, einer deutschen Gewerkschaft beizutreten. Das ist auch in gewissem Umfang geschehen, auch wenn keine genauen Unterlagen über die Zahl der polnischen Mitglieder in deutschen Gewerkschaften vorliegen. Nach nicht nachprüfbaren Angaben eines polnischen Funktionärs gab es 1894 etwa 3 000 polnische Mitglieder des Alten Verbandes²⁵. Über die Mitgliederzahlen in der christlichen Gewerkschaft existieren ebenfalls keine genauen Zahlen. Es läßt

23 Bericht des Hauptvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands 1921/1925, Essen 1925, S. 294.

24 Die Relation zwischen Evangelischen und Katholiken war im Gewerkverein, obwohl er seinem Selbstverständnis nach interkonfessionell sein sollte, etwa 1 : 7, während das Verhältnis für die Bevölkerung des Reviers etwa 1 : 2 aussah. Vgl. dazu Max Jürgen Koch, *Die Bergarbeiterbewegung* ..., S. 62.

25 L. Firyn, zitiert nach Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* ..., S. 139. Für die weiteren Jahre gibt Firyn folgende Zahlen: 1904: 4 718; 1906 : 8 155; 1913: 6 000. Die in den polizeilichen Akten zu findenden Angaben sind, da sie z.T. mit diesen Zahlen identisch sind, offenbar Firyns

sich jedoch begründet vermuten, daß im Zweifelsfalle der Gewerkverein die religiös gebundenen Polen, die anfangs politisch meist für das Zentrum votierten, am ehesten und stärker als der Alte Verband zu gewinnen vermochte, dessen Bindung an die Sozialdemokratie allen Neutralitätsbekundungen zum Trotz unverkennbar war.²⁶ Der Anteil polnischer Mitglieder ist daher in den ersten Jahren im Gewerkverein auch höher gewesen.²⁷

Der Konflikt der Polenführer mit dem Zentrum in der Frage der Seelsorge für die Einwanderer – die Wortführer des Polentums bestanden auf polnischen Priestern und Gottesdiensten in polnischer Sprache und verlangten vom Zentrum vor der Reichstagswahl 1898 klare Zusagen für diese Forderung²⁸ – schien sich jedoch zugunsten der SPD und damit indirekt auch des Alten Verbandes auszuwirken. So schrieb die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ am 23.3.1897 voller Optimismus: „Während die Polen sich früher immer im Schlepptau des Zentrums befanden, wird seit ungefähr Jahresfrist die Opposition gegen diese Partei immer offener und heftiger. Bemerkenswertherweise hat dieser Widerspruch auf dem religiösen Gebiete eingesetzt.“ Das Blatt konstatierte „mit Befriedigung“ einen „seit Monaten andauernden Fortschritt der sozialistischen Sache unter den polnischen Bergleuten des Ruhrbezirks.“²⁹ Im Dezember 1897 erschien dann die erste Nummer des „Gornik“ (Bergmann), eines für die polnischen Mitglieder des Alten Verbandes gedruckten Blattes, das von F. Pokorny, einem Vorstandsmitglied des Alten Verbandes, herausgegeben wurde.³⁰ Der Gewerkverein entschloß sich erst 1903, zunächst als Anhang zu seinem Organ „Der Bergknappe“, dann als eigenständiges Blatt, den „Górniki Polski“ („Polnischer Bergmann“) für seine polnischen Mitglieder herauszubringen.³¹ Obwohl beiden Blättern kein langes Leben beschieden und ihr Mißerfolg bald offenkundig war, zeigten sie doch zumindest, daß in den deutschen Bergarbeitergewerkschaften der hohe Anteil polnischer Arbeiter in einigen

(unveröffentlichtem) Manuskript entnommen, werden jedoch ausdrücklich als unzuverlässig hingestellt. STAD Reg. Düss. Nr. 876, Bl. 3 ff., Nr. 908, Bl. 13 und 143 ff. Die Zahl ist deswegen kaum zu erfassen, weil der Alte Verband seine polnischen Mitglieder nicht gesondert registrierte. Nach Angaben des Verbandsvorstandes waren 1913 immerhin 12 polnische Beamte im Verband angestellt, was auf einen nicht völlig unerheblichen polnischen Mitgliederanteil schließen läßt. Stanislaus Wachowiak, *Die Polen* . . . , S. 89 f.

26 Vgl. dazu Max Jürgen Koch, *Die Bergarbeiterbewegung* . . . , S. 47 und S. 57.

27 Für den Gewerkverein sind in den angegebenen Akten (s. Anm. 24) folgende polnische Mitgliederzahlen verzeichnet, die freilich mit den gleichen Unsicherheiten belastet sind, wie die für den Alten Verband: 1902: 3 058; 1904: 2 438; 1906: 3 816. Nach Angaben eines offenbar guten Kenners der Materie, des Zentrums politikers Heinrich Brauns, waren Ende der 90er Jahre im Gewerkverein von den insgesamt rund 20 000 Mitgliedern ca. 5 – 6 000 Polen. Dieser Prozentsatz entsprach etwa dem Anteil der Polen an der Belegschaft. Erst nach 1900 sei die Zahl kontinuierlich gesunken und 1900 habe die Zahl der Leser des polnischen Organs des Gewerkvereins nur noch etwa 2 000 betragen. Heinrich Brauns, *Die Arbeiterfrage im Ruhrgebiet*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Jg. 29 (1909), S. 935.

28 Vgl. Hans Ulrich Wehler, *Die Polen* . . . , S. 450.

29 STAD Reg. Düss. Präs. Nr. 909, Bl. 97.

30 Übersetzung in STAM, Reg. Arnsberg I 149.

31 Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . . , S. 139.

Regionen des Reviers³² als Problem, mit dem man sich auseinanderzusetzen hatte, gesehen wurde und daß die von polnischer Seite später erhobenen Vorwürfe der „stiefmütterlichen Behandlung“ in ihrer pauschalen Form nicht haltbar sind.³³

Der offene Konflikt, der zum hauptsächlichen Anlaß der polnischen Gewerkschaftsgründung wurde, bahnte sich 1898 anläßlich der Knappschaftswahlen und 1899 bei der Einführung der Bergpolizeiverordnung an. Bei den Knappschaftswahlen wurden den Polen vom Gewerkverein polnische Mandate verweigert, da man, wie „Der Bergknappe“ feststellte, keine „polnische Richtung“ dulden könne. In rüdem Ton machte das Blatt klar, die Polen sollten sich endlich den bestehenden Verhältnissen anpassen, anstatt nationale Sonderwünsche vorzubringen.³⁴ Einschneidender als der Streit um Mandate wurde für die Polen jedoch die am 25.1.1899 erlassene „Bergpolizeiverordnung des Königlichen Oberbergamtes Dortmund“. ³⁵ Sie setzte fest, daß „fremdsprachige Arbeiter“ nur dann im Bergbau beschäftigt werden dürften, wenn sie über hinreichende Deutschkenntnisse verfügten, „um mündliche Anweisungen ihrer Vorgesetzten und Mitteilungen ihrer Mitarbeiter richtig aufzufassen“, ferner daß gehobene Stellungen nur für diejenigen zugänglich sein sollten, die Deutsch in Wort und Schrift beherrschten. Diese Verordnung und die strikte Weigerung der Zechenverwaltungen, die wichtigsten Sicherheitsvorschriften auch in polnischer Sprache bekanntzumachen, wurde von den Polen als Akt der nationalen und – hinsichtlich der verringerten Chancen zum sozialen Aufstieg – auch der sozialen Diskriminierung aufgefaßt und blieb eines der Hauptthemen der nationalistischen polnischen Agitation. Daß die deutschen Gewerkschaften diese Verordnung aus Sicherheitsgründen ausdrücklich begrüßten,³⁶ wurde als schlagender Beweis für den „Hakatismus“ auch der deutschen Arbeiterorganisationen gewertet. Anläßlich verstärkter Agitationsversuche des Alten Verbandes nach der sogenann-

32 Verschiedene Bergreviere hatten einen sehr hohen Anteil von Bergleuten, die aus den vier östlichen Provinzen stammten, so etwa i.J. 1900 Recklinghausen-Ost 51,6%, Recklinghausen-West 44,7%, Herne 51,3%, Gelsenkirchen 57,4%, Wattenscheid 43% usw. Franz Schulze, *Die polnische Zuwanderung* . . ., S. 24 f. In der Öffentlichkeit und auch in der Statistik des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum wurden die östlichen Einwanderer meist pauschal als „Polen“ bezeichnet, obwohl diese Klassifizierung besonders im Hinblick auf die Masuren und die Oberschlesier sehr unzutreffend war. Die Anzahl der Polen läßt sich wenigstens größenordnungsmäßig bestimmen, wenn man die Aufgliederung der insgesamt 69 477 aus den Ostprovinzen stammenden Bergleute betrachtet: von ihnen stammten 30 628 aus Ostpreußen (Masuren), 24 667 aus Posen, 7 897 aus Westpreußen und 6 285 aus Oberschlesien. Lorenz Pieper, *Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier*, Stuttgart 1903, S. 21. Pieper führt (S. 20) 19 „Polenzechen“ auf, deren Belegschaft zu mehr als der Hälfte polnisch oder polnisch-deutsch war.

33 Vgl. Heinrich Imbusch, *Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau*, Essen 1908, S. 503 ff.

34 Zitiert bei Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . ., S. 140. Die *Stimme der Berg- und Hüttenarbeiter* (*Głos Gorników i Hutników*), eine Beilage des *Wiarus*, hatte die Polen aufgefordert, an den Wahlen teilzunehmen, und polnische Kandidaten dort aufzustellen, wo Siegeschancen bestünden. Wo ein Sieg nicht möglich sei, könne man sich mit dem Gewerkverein verständigen. Wo sich jedoch deutsche Bergleute prinzipiell polnischen Kandidaten widersetzen, sollte man ohne Rücksicht eigene polnische Kandidaten aufstellen, um so die polnischen Bergarbeiter zu mobilisieren. Übersetzungen aus dem *Wiarus Polski*, Jg. 8 (1898), Nr. 11, STAM Reg. Arnsberg I Nr. 149.

35 Vgl. dazu Hans Ulrich Wehler, *Die Polen* . . ., S. 452 f.

36 Vgl. *Der Bergknappe* Jg. 5 (1899), vom 8.4.; *Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung*, Jg. 11 (1899), vom 11.3.

ten „Herner Polenrevolte“³⁷ von 1899 schrieb der „Wiarus Polski“ in einem „Warnung“ überschriebenen Artikel: „Wir erwarten . . ., daß kein Pole und Katholik den sozialistischen Versprechungen des ‘Alten Verbandes’ sein Ohr leihen werde. Es ist ja doch bekannt, daß gerade die Zeitung jenes sozialistischen Verbandes die Sprachen-Verordnung der Bergbehörde gelobt hat . . . Daraus erhellt, daß die Sozialisten ebenso Hakatisten sind, wie ihre Landsleute, daß sie Feinde der polnischen Arbeiter sind und sich freuen würden, wenn die Polen aus der Arbeit entfernt würden.“³⁸

Polnisches Mißtrauen gegenüber deutschen Majorisierungsversuchen und die Ablehnung nationaler Sonderentwicklungen von deutscher Seite schaukelten sich gegenseitig hoch mit dem Ergebnis einer verstärkten Separationstendenz unter den Polen, die schließlich in der Gründung des ZZP 1902 ihren organisatorischen Niederschlag fand. Sie richtete sich zwar programmatisch in erster Linie gegen die Sozialdemokratie und somit auch gegen den sozialdemokratisch bestimmten Alten Verband, tatsächlich aber war die Frontstellung gegen den Gewerkverein kaum weniger scharf. Es läßt sich daher durchaus bezweifeln, ob es irgendwo eine programmatische Grundlage gab oder geben konnte, auf der sich trotz gleicher Klassensituation deutsche und polnische Bergarbeiter zu diesem Zeitpunkt treffen konnten. Zwei Gründe lassen sich zur Erklärung hauptsächlich anführen. Zum einen griff der in den Ostprovinzen entstandene, vehemente polnische Nationalismus, der dort zunehmend auch die bäuerliche Schicht erfaßte und keineswegs nur mehr von Mittelstand, Intelligenz und Teilen des Adels getragen wurde, auch auf die Ruhrpolen über, und das grobe Klischee der Gleichsetzung von deutsch und hakatistisch überwucherte eine sozial und politisch differenzierte Beurteilung. Zum anderen wurden von SPD und Altem Verband der – angesichts der Situation Polens – unvermeidliche „Nachholbedarf“ an nationalistischen Emotionen bei den polnischen Arbeitern und die starke Bindung an die polnisch-katholische Tradition nicht genügend erkannt oder falsch eingeschätzt, so daß eine psychologisch und politisch geschickte Strategie zur Gewinnung der Polen nie entwickelt wurde. Nicht zuletzt das Verhalten gegenüber dem neugegründeten ZZP machte das deutlich. Ignaz Auer soll gegenüber Rosa Luxemburg geäußert haben, man könne den polnischen Arbeitern „keinen größeren Gefallen tun, als sie zu germanisieren, aber man darf es den Leuten nicht sagen.“³⁹ Das schien annähernd auch der Linie der deutschen Gewerkschaften zu entsprechen. Polnische Kandidaten bei Wahlen zur Knappschaft⁴⁰ oder Arbeiterausschüssen wurden als unliebsame Konkurrenz betrachtet und behandelt. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ registrierte die Gründung des ZZP zunächst überhaupt nicht, erst 1905 findet sich dort ein Hinweis auf Bestrebungen zu einer polnischen Gewerkschaftsgrün-

- 37 Es handelte sich hier um einen spontanen Streik von ca. 7 000 meist polnischen Bergleuten der unteren Lohngruppen, der sich an der Erhöhung der Beiträge zur Knappschaft durch ein neues Statut entzündete. Es kam dabei zu blutigen Unruhen und zur Entsendung von etwa 2 000 Mann Militär nach Herne. *Wiarus Polski* Jg. 9 (1899), vom 1.7., STAM Reg. Arnsberg I Nr. 149 (Übersetzungen). Ausführlich zum Herner Streik: *Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung*, Jg. 9 (1899), v. 8.7. und mehrere Nummern des *Bergknappen* vom Juli 1899.
- 38 *Wiarus Polski*, Jg. 9 (1899), vom 7.9., STAM Reg. Arnsberg I Nr. 149 (Übersetzungen). Besonders rüde griff der *Wiarus* die deutschen Gewerkschaften vor der Knappschaftswahl von 1904 an, wobei wiederum die Bergpolizeiverordnung eine zentrale Rolle spielte. *Wiarus Polski*, Jg. 14 (1904), vom 21.8.
- 39 Zitiert bei Hans Ulrich Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Nationalitätenfragen in Deutschland 1840 – 1914*, 2. Aufl., Göttingen 1971, S. 261 f.
- 40 Vgl. die Tabelle oben S. 156.

dung und gleichzeitig eine Warnung vor Zersplitterungstendenzen.⁴¹ In der Folgezeit sind dann zwar ziemlich regelmäßig Berichte über das ZZP im „Correspondenzblatt“ zu finden, aber durchweg mit einem sehr negativen Unterton gegenüber dieser „von Pfaffen und Kaufleuten gegründet(en)“ Gewerkschaft.⁴² Am unverblümtesten kam jedoch kulturelles Überlegenheitsbewußtsein und unterschwellig nationale Arroganz gegenüber den Polen in einem Artikel des sozialdemokratischen Bochumer „Volksblattes“ vom April 1907 zum Ausdruck, den der „Wiarus Polski“ auch gleich als Ausdruck des „wahren Antlitzes der Sozialdemokratie“ mit Befriedigung zitierte: „Wir kennen Leute, die man im Jahre 1899 aus der Pollackei hergeschleppt hat, die die deutsche Sprache kaum konnten, und die doch nach wenigen Monaten als Vollhauer beschäftigt wurden, während Einheimische jahrelang als Schlepper und Lehrhauer arbeiten mußten. Erst als es sich allzu oft wiederholte, daß Leute, die erst vor kurzem die Mistgabel, ihr bisheriges Handwerksgerät fortgelegt hatten, zu Vollhuauern gemacht wurden, erließ die Bergebehörde die Vorschrift, nach der in Stellen, die eine gewisse Verantwortung tragen, nur solche Arbeiter beschäftigt werden dürfen, die die deutsche Sprache beherrschen. Wie diese Bestimmung gehandhabt wird, weiß jeder Bergmann, und deshalb hat man sich an die Siebener-Kommission gewandt, damit diese in der Angelegenheit das Wort nehme.“⁴³

Sieht man einmal von verbalen Entgleisungen solcher Art ab, so steckte allerdings hinter der skeptischen Zurückhaltung oder mehr oder minder offenen Feindschaft der Arbeiterorganisationen gegenüber den polnischen Einwanderern ein durchaus ernsthaftes Problem. Diese waren zwar keineswegs, wie gelegentlich behauptet wurde, in einem unmittelbaren Sinne Lohndrücker. Das bestätigte u.a. ausdrücklich Otto Hue, seit 1895 als Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, einer der profiliertesten Führer des Alten Verbandes.⁴⁴ Dennoch verschlechterten sie objektiv die Ausgangssituation der deutschen Bergarbeiter in Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, weil sie als mobiles Arbeitskräftereservoir eine schnelle und unproblematische Anpassung der Arbeitskräftepolitik an alle Konjunkturschwankungen möglich machten. Hätte dieses Reservoir nicht zur Verfügung gestanden, wären der Arbeitermangel nicht so leicht zu beheben und Lohnerhöhungen leichter durchzudrücken gewesen. Überdies bestand durchaus die Gefahr, daß gerade erst Eingewanderte sich viel leichter als langjährig ansässige Arbeiter von Drohungen einschüchtern ließen und so weniger Entschlossenheit zeigten, für ihre Interessen einzutreten, auch wenn das keineswegs bis zum Streikbruch führen mußte.⁴⁵ Diese Situation konnten die deutschen Gewerkschaften jedoch kaum ändern. Vielmehr konnte der polnischen Gewerkschaft eine wichtige Aufgabe zufallen, die von den deutschen Organisationen selbst bei gutem Willen offensichtlich kaum zu erfüllen war, nämlich die organisatorische Integration der Neuankömmlinge. Mit naiver Offenheit, aber sachlich völlig zutreffend, hieß es in einem Aufruf des ZZP von 1913, der angesichts einer neuen Anwerbungswelle vonseiten der Unternehmer zu verstärkter Agitation zugunsten des ZZP aufforderte: „Die armen An-

41 *Correspondenzblatt*, Jg. 15 (1905), S. 616.

42 So Josef Kliche im *Correspondenzblatt*, Jg. 20 (1910), S. 348.

43 *Wiarus Polski*, Jg. 17 (1907), vom 23.4., STAM Reg. Arnsberg I Nr. 154 (Übersetzungen). Es handelt sich um ein aus dem Polnischen rückübersetztes Zitat. Eine Überprüfung ist nicht mehr möglich, da dieser Jahrgang des Volksblattes nicht mehr existiert. Zur Siebener-Kommission s. unten, S. 164.

44 Otto Hue, *Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit*, 2 Bde, Stuttgart 1910/13, hier Bd. 2, S. 563.

45 Vgl. Julian Marchlewski, *Die polnischen Arbeiter im Ruhrkohlengebiet* (1909), in: ders., *Zur Polenpolitik der preußischen Regierung*, Berlin (O) 1957, S. 101 f.

kömmlinge sind noch schüchtern und sich ihrer Rechte noch nicht bewußt. Daher werden sie sich von den anderen Arbeitern fernhalten.“⁴⁶ Wenn überhaupt Chancen bestanden, polnische Neueinwanderer relativ schnell gewerkschaftlich aufzufangen und zu organisieren, dann mußte das angesichts ihrer Herkunft, Tradition und Mentalität in der Tat am ehesten einer polnischen Organisation gelingen. Hierin konnte für die deutschen Gewerkschaften ein auch in ihrem Interesse durchaus nützliches Moment der „Arbeitsteilung“ liegen. Das ZZP wollte seine Rolle offenbar in diesem Sinne verstehen und war – zumindest verbal – auf der Basis eines solchen Werbungsmonopols für die polnischen Arbeiter zur prinzipiellen Kooperation bereit,⁴⁷ auch wenn dabei selbstverständlich die grundsätzlichen programmatischen Differenzen bestehen blieben. Daß vor allem der Alte Verband ein solches Werbungsmonopol nicht konzedieren wollte und ideologisch auch nicht konnte, war eines der Hauptelemente, welches die gereizte Spannung und latente oder offene Feindschaft aufrechterhielt. Die theoretische Begründung war schlüssig, nur führte sie nicht aus der bestehenden Sackgasse heraus: separate nationalpolnische Berufsverbände seien für das gewerkschaftliche Gesamtinteresse der polnischen und deutschen Arbeiter schädlich, da im Kampf mit dem Kapital vor allem Einigkeit nötig sei. Wenn sich die polnischen Unternehmer zu wirtschaftlichen Zwecken mit deutschen Unternehmungen zusammenschlossen, so müßten die Arbeiter dasselbe tun. Aber nur die freien Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, könnten auf die Dauer den wirklichen Interessen gerecht werden und neben dem wirtschaftlichen Kampf den politischen Kampf führen für die „Umgestaltung der planlosen kapitalistischen Wirtschaft in eine Ordnung, in der es keine Ausbeutung geben wird.“⁴⁸

Stellt man diesem grundsätzlichen Bekenntnis zum Klassenkampf und den daraus resultierenden Organisationsforderungen einen Passus aus dem Bericht des Zentralvorstandes des ZZP für die Generalversammlung von 1911 gegenüber, so zeigen sich die unüberbrückbaren Gegensätze prinzipieller Natur in voller Schärfe: „Die Behauptung der Sozialdemokraten, daß die Arbeiter nur durch die Vereinigung auf internationaler Grundlage den gänzlichen Sieg im Kampfe mit dem Kapital und die Aufbesserung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit erringen können, stimmt nicht, und die Wünsche der Sozialdemokraten werden nie in Erfüllung gehen. Die Sozialdemokraten wünschen für ihre Kassen die Gelder des polnischen Arbeiters, sie wünschen, daß der polnische Arbeiter die Macht ihrer Verbände stärken soll . . . Der Sozialismus hat, insbesondere in Deutschland, hauptsächlich durch scharfes Tadeln und Kritisieren alles dessen, was schlecht ist, Anhänger für sich gewonnen, aber nicht durch ein sozialistisches Programm, denn sollte dieses Programm eingeführt werden, so würde nicht mal der zehnte Teil der heutigen Sozialdemokratie es unterstützen. Man braucht jedoch kein Sozialdemokrat zu sein, um zu tadeln, was schlecht und unrecht für das arbeitende Volk ist, denn niemand anders als der heilige Vater Leo XIII hat in seiner Enzyklika ‘Rerum Novarum’ dieses Unrecht scharf getadelt und hat das Organisieren des arbeitenden Volkes anerkannt.

46 *Wiarus Polski*, Jg. 23 (1913), v. 8.4., STAM Reg. Münster VII 36a Bd. 2 (Übersetzungen).

47 So lautete der Punkt 9 der Resolution der 4. Generalversammlung des ZZP vom 28.4.1907: „Auf rein wirtschaftlichem Gebiete arbeiten wir vereint mit den deutschen gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen und bekämpfen sie nicht, soweit sie die deutschen Arbeiter organisieren. Wir protestieren aber dagegen, daß man die polnischen Arbeiter in die deutschen Organisationen lockt, und weiter protestieren wir dagegen, daß die Polen durch Zeitungen irreführt werden, die von den deutschen Organisationen in polnischer Sprache herausgegeben werden.“ *Wiarus Polski*, Jg. 17 (1907), v. 3.5., STAM Reg. Arnsberg I 154 (Übersetzungen).

48 So der „Polenexperte“ des *Correspondenzblattes* Emil Caspari in Jg. 19 (1909), S. 48 des Blattes.

Wenn sogar der Sozialismus 100 000 Jahre bestehen sollte, so wird er für die Menschheit nicht das erreichen, was die katholische Kirche erreicht hat, welche durch ganze Jahrhunderte ihres Bestehens christliche Gebräuche und Sitten verbreitet hat, gegenseitige Liebe und Nachsicht gelehrt, ganze Jahrhunderte Wissen verbreitet und Schulen unterhalten hat." 49

Neben solchen grundsätzlichen Auseinandersetzungen führten deutsche und polnische Gewerkschaften einen zähen Kleinkrieg um alle möglichen Quisquilien. Während man polnischerseits immer wieder die angebliche Polenfeindschaft der Sozialdemokraten anprangerte und dabei – wie im Falle der Rede des SPD-Abgeordneten Hermann Wendel im Reichstag – selbst vor offenkundigen Verdrehungen nicht zurückschreckte 50 oder mit fast pathologischer Empfindlichkeit auf alle kritischen Äußerungen reagierte, versuchten die „Bergarbeiter-Zeitung“ und das „Correspondenzblatt“ die interne finanzielle Mißwirtschaft des ZZP und die Manipulation mit Mitgliederzahlen immer wieder zu belegen und herauszustreichen, um damit die polnische Gewerkschaft zu diskreditieren. 51 Diese ständigen Fehden und der dabei praktizierte außerordentlich grobe publizistische Umgangston dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in der Praxis in wirklich wichtigen Situationen wie Streiks ein viel größeres Maß an Gemeinsamkeit gab, als sich vermuten ließ. Bis 1914 hat sich das ZZP an den Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet aktiv beteiligt, darüberhinaus war es insbesondere in den Jahren des Ersten Weltkrieges an einer engeren Kooperation mit den deutschen Verbänden interessiert mit dem Ziel, konkrete Situationsverbesserungen zu erreichen und auch gemeinsam gegen die „Gelben“, d.h. die unternehmensabhängigen Gewerkschaften, Front zu machen. Nach 1918 fand die engere Kooperation

49 Bericht des ZZP-Vorstandes für 1910, zitiert in: *Correspondenzblatt*, Jg. 21 (1911), S. 691 f.

50 Wendel hatte in seiner Rede vom 29.1.1913 während einer Debatte um das Enteignungsgesetz, in der er scharf mit der Polenpolitik der Regierung ins Gericht ging und mehrfach auch von der polnischen Fraktion Beifall erhielt, auch zu der Anwerbung polnischer Arbeiter durch die Zechenbesitzer Stellung genommen und u.a. erklärt, die Polen seien „anspruchslosere Elemente als ihre deutschen Klassen-genossen, sie sind noch befangen in der verdammt Bedürfnislosigkeit und gelten deshalb den Unternehmern als vortreffliche Lohndrücker und gottgewollte Streikbrecher. Aus diesem Grunde sind sie den Industrie feudalen des Westens hochwillkommene Gäste . . .“ *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages*, 13. Legislaturperiode, 1. Session, 1913, S. 3341. Die Zahlstellenleiterkonferenz des ZZP verabschiedete dazu am 9.2.1913 eine Resolution, in der gegen die „schwere Beleidigung“ des Abgeordneten Wendel protestiert wurde, verbunden mit der Aufforderung an die polnischen Bergleute, sich nur im ZZP zu organisieren. Das polnische Organ des Alten Verbandes brachte daraufhin unter dem Titel „Dummheit oder Bosheit“ am 22.2.1913 eine scharfe Entgegnung, in der sie die völlige Verdrehung des Tenors der Rede Wendels kritisierte. STAM Reg. Münster, VII 36a Bd. 2, S. 79 und 97 (Übersetzungen). In eine grobe Beschimpfung artete die Erwiderung des ZZP auf eine Stellungnahme des Alten Verbandes zum Streik in Oberschlesien vom Mai 1913 aus: „ . . . Die Sozialdemokraten besudeln nun unsere Gewerkschaft mit Kot und behaupten, daß sie den Sieg nicht habe davontragen können, weil es ihr an Geldmitteln gefehlt habe. Unsere Gewerkschaft hätte die Unterstützung in Form von Naturalien, und zwar Buttermilch, Salz usw. gewährt . . . Haben wir da nicht genügend Beweise dafür, daß die Sozialdemokraten die gehässigsten Polenfresser und schlimmer als die hakatistischen Parteien sind? Lumpengesindel, und nichts weiter!“ A.a.O., S. 294.

51 *Correspondenzblatt*, Jg. 20 (1910), S. 705 ff. über die „polnische Musterwirtschaft“. Die *Bergarbeiter-Zeitung* Jg. 20 (1908), Nr. 39 brachte eine kurze Analyse der finanziellen Mißwirtschaft der Beuthener ZZP-Abteilung, die von 39 076 M. Einnahmen über die Hälfte allein für Beamtengehälter ausgeben haben soll. Josef Adamek, Mitglied des PPS und des Alten Verbandes in Bochum setzte sich kritisch mit der polnischen Reichstagsfraktion und ihrer angeblichen Vertretung der Arbeiterinteressen auseinander und kritisierte dabei scharf auch das ZZP, das sich immer mehr zur „Schutztruppe der polnischen Reaktion“ entwickle. *Die Neue Zeit*, Jg. 27 (1908/09), Bd. 2, S. 772 ff.

schließlich in der Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände ihren deutlichsten Ausdruck.

Der große Streik von 1905 war der erste, an dem die polnischen Bergarbeiter in organisierter Form teilnahmen. Der Streik, dessen Anlaß die Anordnung einer längeren Arbeitszeit war, brach in der Stinnes-Zeche Bruchstraße bei Langendreer aus und erfaßte in kurzer Zeit das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet. Obwohl die Berichte über die Beteiligung und die Rolle der Polen beim Streik in den Einzelheiten widersprüchlich sind bzw. ein regional unterschiedliches Bild ergeben, ist generell die aktive und breite Unterstützung des Ausstandes sowohl durch organisierte wie durch nichtorganisierte polnische Bergarbeiter klar erwiesen.⁵² In einem ersten, zusammen mit dem Gewerkverein und dem Hirsch-Dunkerschen Verband und noch ohne den Alten Verband unterzeichneten „Aufruf an die Bergleute der Ruhr“ warnte das ZZP zwar vor einem unüberlegten Streik, weil dieser in der damaligen durch Absatzschwierigkeiten bestimmten Situation nur den Unternehmern nützen werde.⁵³ Als diese jedoch alle Forderungen der Bergarbeiterverbände zurückwiesen und der allgemeine Streik unvermeidlich schien, gehörte das ZZP im Gegensatz zum Christlichen Gewerkverein von Anfang an zu den aktiven und den Streik tragenden Elementen. In der Siebener-Kommission, der zentralen Streikleitung, die seit dieser Zeit zu einer dauernden Institution wurde, war neben den drei deutschen Verbänden das ZZP mit zwei Vorstandsmitgliedern vertreten, Jan Brzeskot und Jozef Regulski. Ein Bericht des Bezirkspolizeikommissars Düsseldorf betont, daß sich die Polen besonders im Vorstadium des Streiks bei der „Hetze“ hervorgetan hätten und daß sie sich an den Streikversammlungen beteiligten und dort – in deutscher Sprache – ihre Beschwerden vorbrächten.⁵⁴ In einem Bericht des Essener Bezirkspolizeikommissars heißt es dagegen, die Polen seien nicht in besonderer Weise hervorgetreten und unter den Arbeitswilligen befänden sich auch Polen. Hervorgehoben wird aber, daß die Polen dem Verlangen der Siebener-Kommission, während des Streiks auf jede politische Agitation unter den Bergleuten für den eigenen Verband zu verzichten, nicht nachkämen, vielmehr ständig für das ZZP Werbung betrieben und zum Austritt aus den anderen Organisationen aufforderten. Für Neueintretende sei sogar Streikunterstützung versprochen worden, obwohl solch ein Versprechen angesichts der Finanzlage des ZZP gar nicht einzulösen sei.⁵⁵ In der Beurteilung des Landsrats von Gelsenkirchen – einem Gebiet, in dem besonders viele Polen wohnten – waren die Polen dagegen neben den Sozialdemokraten „wohl die ersten, die den Ausbruch des Streiks mit Freude begrüßten . . . Die Polen waren während des ganzen Verlaufs des Ausstandes recht rege Teilnehmer an den Bergarbeiter-, insbesondere auch an den Belegschaftsversammlungen. Die in diesen Versammlungen auftretenden Redner hielten die Reden in polnischer Sprache, jedoch von gleichem Inhalt wie die Reden der deutschen Redner. Sie sprachen durchweg über den Streik, ermahnten einerseits zu Mäßigkeit, Ruhe und Ordnung und andererseits zum Beitritt zur Organisation, vermieden es dabei aber offensichtlich absichtlich, den Landsleuten den Beitritt zu polnischen Verbänden zu empfehlen.

52 Ausführlich dazu Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo . . .*, S. 147 ff. Vgl. allgemein zum Streik von 1905 jetzt Albin Gladen, *Die Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet in den Jahren 1889, 1905 und 1912*, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr – Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen*, Wuppertal 1974, S. 111 – 148, hier S. 131 ff.

53 *Wiarus Polski*, Jg. 15 (1905), vom 10.1., STAM Reg. Arnsberg I Nr. 150 (Übersetzungen).

54 STAD Reg. Düss. Nr. 874, Bl. 325.

55 *A.a.O.*, Bl. 327.

Nationalpolnische Bestrebungen konnte man überhaupt während des Streiks nicht beobachten, wenngleich sich nach und nach doch wieder ihre Neigung zur Absonderung bemerkbar machte." Aus lokalen Beobachtungen, daß Polen besonders an der Belästigung von Arbeitswilligen und an Ausschreitungen beteiligt waren, zieht der Bericht dann die bezeichnende allgemeine Konsequenz: „Gerade der jetzige Ausstand hat von neuem gezeigt, wie unzuverlässig die Polen sind und welche Gefahr daher der Industriegegend durch das fortgesetzte Anwachsen der polnischen Bevölkerung namentlich in unruhigen Zeiten erwächst." 56

Die Tendenz, „die Polen" als besonders unruhige oder radikale Elemente hinzustellen oder – bei großen Streiks schwer vermeidbare – „Ausschreitungen" vor allem ihnen anzulasten, findet sich in derartigen Berichten häufig. Sie kam dem Bestreben entgegen, neben der Sozialdemokratie weitere Sündenböcke ausfindig zu machen, mit denen man von sozialen Mißständen ablenken konnte. Ganz frei von einer solchen Tendenz war selbst der Alte Verband nicht, wie die Rede Otto Hues in der Reichstagsdebatte um den Streik zeigte. Er sagte u.a.: „Wir haben hier mit einem Streik zu tun von rund 230 000 Menschen, und es kann sich jeder sagen, daß, wo eine solche Riesenmenge in Betracht kommt, die größte Aufopferung der leitenden Personen nötig ist, um auch die geringste Ausschreitung fernzuhalten. Und wenn auch schließlich hier und da von Leuten, die der Landessprache nicht genügend mächtig sind, unsere Anordnungen nicht voll befolgt werden, und diese Leute bei ihrer ungenügenden Disziplin hier und da Ausschreitungen begehen, warum haben die betreffenden Zechenbesitzer uns diese Elemente ins Ruhrgebiet hineingeschleppt? – Aber auch die ausländischen Kameraden verhalten sich durchweg ruhig." 57

Wilhelm Brepohl hat darauf hingewiesen 58, daß die polnischen Zuwanderer für die Bergarbeiterschaft des Ruhrgebietes objektiv ein Element der Radikalisierung darstellten, auch wenn dem keineswegs ein politisch ausgeprägtes Bewußtsein entsprach. Der durch die Polen rapide vergrößerte Anteil von nicht mehr an bergmännische Tradition gebundenen, besitzlosen Lohnarbeitern verlieh daher den Bergarbeiterstreiks seit 1905 immer mehr klassenkämpferischen Charakter, den der 1889er Streik noch kaum gehabt hatte, bei dem das Traditions- und Standesbewußtsein des ehemals privilegierten Bergmanns noch eine bedeutsame Rolle spielte.

Trotz solidarischer Haltung und loyaler Mitarbeit in der Streikleitung blieben selbstverständlich grundlegende Differenzen zwischen den einzelnen Verbänden auch während des Streiks von 1905 und danach bestehen. Vor allem versuchte jeder Verband, die Mobilisierung der Arbeiter durch den Ausstand zur eigenen Mitgliederwerbung zu nutzen. Beim ZZP wurde das besonders deutlich, als es sich nach Abbruch des Streiks als konsequenter und radikaler zu profilieren und so Wasser auf seine Verbandsmühlen zu leiten suchte. Aus den gleichen Gründen wie der Alte Verband – der Gewerkverein hatte sich von vornherein nur widerwillig dem Streik angeschlossen – befürwortete das ZZP den Abbruch des Streiks, machte dann aber in der Öffentlichkeit einige Anstrengungen, um den Eindruck zu erwecken, einzig das ZZP sei für eine konsequente Fortführung eingetreten, habe sich aber nicht durchsetzen und

56 STAM Reg. Münster VII 35b, Bericht v. 28.2.1905.

57 *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags*, 11. Legislaturperiode, I. Session 1903/05, Bd. 5, S. 3904 D.

58 Wilhelm Brepohl, *Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform dargestellt am Ruhrgebiet* (= Soziale Forschung und Praxis, Bd. 18), Tübingen 1957, S. 206.

der Mehrheit in der Siebener - Kommission fügen müssen. In diesem Sinne wurde am 12. Februar 1905 eine von den Vertrauensmännern abgefaßte Resolution veröffentlicht, in der die unerwartete Beendigung des Streiks bedauert wurde, „obgleich die allgemeine Erwartung dahin ging, weiter zu streiken und von den Kapitalisten das zu erreichen, was der Arbeiter im Namen der Gerechtigkeit verlangen kann. Wenn wir jedoch erwägen, daß eine Uneinigkeit im gegenwärtigen Augenblick die Organisation zerschlagen würde, die die einzige Schutzwehr des Arbeiters ist, sind wir nun, nachdem der Beschluß gefaßt ist, verpflichtet, die Arbeit wiederaufzunehmen, wenn auch mit tiefem Schmerz.“ 59

Auch wenn der Streik von 1905 die gesteckten Ziele nicht erreichte, so bekam er doch für alle Bergarbeitergewerkschaften eine große Bedeutung. Die politische Mobilisierung der Arbeiter durch den Streik hatte einen sprunghaften Anstieg der Mitgliederzahlen in allen Verbänden zur Folge. Zudem hatte sich erwiesen, daß das ZZP für die deutschen Organisationen ein loyaler und durchaus kampfbereiter Bündnispartner war, demgegenüber in dieser Hinsicht Mißtrauen nicht gerechtfertigt war. Ferner bedeutete die organisatorische Erstarkung des ZZP die Etablierung einer dritten größeren Gewerkschaft im Ruhrbergbau – wenn man von den recht unbedeutenden „Hirsch-Dunkerschen“ einmal absieht –, die von deutscher Seite nicht mehr ignoriert werden konnte und daher auch in der Folgezeit in allen wichtigen Fragen eine durchaus bedeutsame Rolle gespielt hat.

Daß das ZZP im Ernstfall für den Alten Verband ein zuverlässigerer Bundesgenosse war als der christliche Gewerkverein, bewies der große Bergarbeiterstreik von 1912. 60 Dieser Streik erhielt gegenüber denen von 1889 und 1905 seinen besonderen Charakter zum einen dadurch, daß er von zahlreichen Parallelstreiks in Belgien, England, Frankreich, Rußland, den USA und in verschiedenen anderen Bergbaugebieten Deutschlands begleitet wurde, auch wenn ein innerer Zusammenhang nur partiell bestand, zum anderen durch die außergewöhnliche Schärfe der Auseinandersetzung und der Bekämpfung des Ausstandes durch Unternehmer und Staat. Die organisatorische Konzentration der Bergbauindustrie hatte seit 1905 beträchtliche Fortschritte gemacht, so daß der Streik auf einen wohl vorbereiteten Gegner traf. Darüberhinaus war die Interessenverbindung zwischen Bergbau-Industriellen und Staatsführung des imperialistischen Deutschland in der Phase der intensivierten Rüstung so eng, daß der Staat sich diesmal nicht mehr zurückhielt wie noch 1905 oder gar die Rolle des Vermittlers zu spielen suchte wie 1889, sondern sich offen auf die Seite der Unternehmer stellte. Insofern erhielt dieser Ausstand einen prinzipielleren Charakter als seine Vorläufer und damit wurden auch die Gewerkschaften vor eine Entscheidung gestellt, die den Rahmen der proklamierten „parteipolitischen Neutralität“ zu sprengen begann. Obgleich der eigentliche Anlaß des Streiks die Forderung nach Erhöhung der Löhne war, die seit der Rezession der Konjunktur seit 1907 real bis 1912 gesunken waren, dürfte jener letztlich politische Hintergrund wohl auch den tieferen Grund dafür abgegeben haben, daß der christliche Gewerkverein sich dem Streik nicht anschloß und damit von vornherein den Keim zum Scheitern legte. Angesichts der starken Zentrums-Bindung hatten politische Pressionen auf den Gewerkverein großen Einfluß, und Staat und Unternehmer konnten die sich abzeichnende Streikunwilligkeit des Gewerkvereins von Anfang an einkalkulieren, um unter der Parole des Schutzes der Arbeitswilligen eine Einheitsfront von Streikenden gar nicht erst zustandekommen zu

59 *Wiarus Polski*, zitiert bei Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . . , S. 161.

60 Vgl. dazu Albin Gladen, *Die Streiks der Bergarbeiter* . . . , S. 141 ff. und Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . . , S. 217 ff.

lassen. Krupp forderte in einem Memorandum an Wilhelm II. volle Unterstützung der Führung des Gewerkvereins und fand damit die Billigung des Kaisers.⁶¹

Mit der Weigerung des Gewerkvereins blieben Vorbereitung und Durchführung des Streiks den drei übrigen Bergarbeiterverbänden überlassen, die seit 1910 – seit einem gemeinsamen Brief an den Zechenverband – als „Dreibund“ um engere Kooperation und Koordination ihrer Politik bemüht waren. Die mehrmalige Verschiebung des Streiktermins durch den „Dreibund“ zeigte, daß auch hier die Neigung zu Kampfmaßnahmen offenbar gering war, was angesichts der Haltung des Gewerkvereins, der Stärke der Unternehmer und der nicht sonderlich günstigen konjunkturellen Situation durchaus verständlich war und spätere Vorwürfe, der Alte Verband habe den Streik leichtfertig vom Zaun gebrochen⁶², widerlegt. Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern und sich verstärkender anarcho-syndikalistischer Tendenzen sahen sich die Vorstände der drei Verbände jedoch gezwungen, bei der absoluten Unnachgiebigkeit der Industriellen den Streik auszurufen. Das ZZP befand sich hier unter nicht geringerem Druck eines Teils seiner Anhänger als der Alte Verband. Erklärlich wird das vor allem durch die Beschäftigungsstruktur bei den polnischen Bergarbeitern. Die Polen gehörten in ihrer großen Mehrheit zu den unter Tage Arbeitenden, die 1912 ca. 80% der im Bergbau Beschäftigten ausmachten. Diese waren in besonderem Maße von dem Lohnrückgang betroffen, und ihre Streikbereitschaft scheint daher besonders hoch gewesen zu sein.⁶³ Die konsequente Haltung der polnischen Bergleute und ihrer Familien bestätigen das.

Das ZZP und seine Sympathisanten hatten noch stärker als die deutschen Arbeiter unter den rücksichtslosen Polizeimaßnahmen gegen den Streik zu leiden. In extensiver Auslegung des berichtigten Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes von 1908 wurden polnische Streikzusammenkünfte zu politischen Versammlungen erklärt und die polnische Sprache demzufolge verboten. Im Reichstag prangerte auch Hermann Sachse, der Vorsitzende des Alten Verbandes, diese Unterdrückung der Polen öffentlich an: „Die polnischen Kameraden, die am Streik beteiligt sind, klagen ungeheuer über Polizeiterrorismus. Da wird nicht nur jedes polnische Wort in den Streikversammlungen verboten, sondern die Polen sagen sogar, daß in ihre Mitgliederversammlungen Polizisten kommen und jedes polnische Wort verbieten.“⁶⁴

Im Streik von 1912 zeigte sich tendenziell erstmals ein Phänomen, das Heinrich Imbusch, der Redakteur des „Bergknappen“, überspitzt und in offensichtlicher Enttäuschung über die abtrünnigen potentiellen Anhänger von einst von seiner Warte aus so formulierte: „Innerlich stehen die meisten /Polen/, obwohl sie sich selbst noch für christlich halten, längst der Sozialdemokratie nahe. Nur das aufgeputschte Nationalgefühl hält sie noch davon fern . . . Die Polenvereinigung und auch die polnische Partei stehen am Wendepunkt. Das hat auch der Streik wieder gezeigt. Entweder sie kehren um, oder sie gehen im Ruhrgebiet unter in

61 A.a.O., S. 230.

62 So Heinrich Imbusch in seiner Broschüre *Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im Frühjahr 1912*, 3. Aufl., Köln 1912.

63 Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . . , S. 224. Den besonders heftigen Charakter der Auseinandersetzungen in Hamborn, das einen sehr hohen Anteil an Polen besaß, hebt ein Bericht der örtlichen Polizeiverwaltung hervor. STAD Reg. Düss., Nr. 15939, Bl. 180.

64 *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages*, 12. Legislaturperiode, 1912, Bd. 283, S. 654, Rede vom 14.3.1912.

der roten Flut.“ 65

Die relativ schnelle und problemlose Verständigung des Alten Verbandes mit dem ZZP über den Streik und seine klare Unterstützung durch die Mehrheit der polnischen Bergarbeiter verdeckten freilich nur oberflächlich und bestenfalls unmittelbar während der nur neun Streiktage die Probleme und Spannungen, in die sich die Bergarbeiter-Abteilung des ZZP durch das enge Bündnis mit dem sozialdemokratischen Alten Verband verstrickt sah. Die doppelte Loyalität, der Konflikt zwischen nationaler Bindung an „das Polentum“, dessen politisches Zentrum Posen war, und dem sozialen Interesse der Klassensolidarität mit den „roten“ deutschen Bergarbeitern, war keineswegs aufgehoben, wie sich vor allem nach dem Abbruch des Streiks zeigen sollte. In der Kritik, die jetzt am Verhalten der Bochumer Verbandsführung laut wurde, offenbarten sich die internen Spannungen und Richtungskämpfe, die im ZZP seit dem Zusammenschluß von 1909 zu beobachten waren. Sieht man von einer feineren Differenzierung ab, so waren es vor allem die oberschlesische Richtung des ZZP um den Vorsitzenden des Gesamtverbandes Sosinski und die rheinisch-westfälische Richtung um Mankowski, die innerhalb des ZZP verschiedene Vorstellungen verkörperten. 66 Sosinski war als Reichstagsabgeordneter mit seinen politischen Ambitionen auf die Unterstützung des Zentrums und der diesem nahestehenden polnischen Abgeordneten Napieralski und Korfanty angewiesen. Er versuchte während des Streiks vor allem die unabhängige Rolle des ZZP herauszustellen. Nach Beendigung des Streiks startete er sogar eine regelrechte Kampagne gegen den Alten Verband mit nahezu den gleichen Argumenten, wie sie auch der Gewerkverein verwandte. Mankowski und die Bochumer Bergarbeiter-Abteilung dagegen sahen sich offensichtlich einem stärkeren „Basisdruck“ ausgesetzt. Es war daher sicher nicht nur nachträgliche propagandistische Beruhigung des schlechten „nationalen Gewissens“, wenn hier immer wieder hervorgehoben wurde, man habe gar keine andere Wahl gehabt, als sich dem Streik anzuschließen und ihn zu unterstützen, wenn das ZZP die Konkurrenz zum Alten Verband aushalten und verhindern wolle, daß die polnischen Bergarbeiter ins Lager der Sozialdemokratie übergingen. Auch die ruhrpolnische Presse, der „Wiarus Polski“ und der Herner „Narodowiec“ beurteilten die Streikbeteiligung des ZZP zurückhaltend und skeptisch, stellten sich dann aber angesichts der scharfen Kritik der bürgerlich-nationalen polnischen Blätter, die dem ZZP Verrat an der nationalen Sache vorwarfen, doch offen auf die Seite Mankowskis. 67

Die angesichts dieser komplizierten Konstellation verständlicherweise nicht immer ganz eindeutige Haltung des ZZP, vor allem aber die scharfen Attacken Sosinskis, mußten fast zwangsläufig entsprechende Beschuldigungen vonseiten des Alten Verbandes hervorrufen. 68 Auf der Führungsebene stellte sich damit unmittelbar nach der Bewährungsprobe des zunächst gut funktionierenden Kampfbündnisses wieder der alte Zustand der gegenseitigen Angriffe und Verbandsfehden her, und es bestätigte sich die resignierende Einsicht, die der Gelsenkirchener Bezirksleiter des Alten Verbandes in einem Bericht so formulierte: „Nach der Beendigung des Bergarbeiterstreiks beschäftigten sich zahlreiche Kameraden mit der Ver-

65 Heinrich Imbusch, *Bergarbeiterstreik* . . . , S. 44.

66 Genauer dazu Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . . , S. 208 f. und S. 245 ff.

67 *A.a.O.*, S. 244 und S. 248.

68 Zusammengefaßt findet sich die Kritik im *Geschäftsbericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands 1912*, S. 100 f. Man warf dem ZZP eine unklare Haltung unmittelbar vor dem Streik und Polemiken und Lügen gegen den Alten Verband nach dem Ende des Streiks vor.

schmelzungsfrage der Verbände. Namentlich sollten sich die drei Verbände verschmelzen, die gemeinsam den Streik geführt hatten . . . Die Vertrauensleute aus den verschiedensten Zahlstellen der drei Verbände hielten gemeinschaftliche Sitzungen ab und hatten auch schon das Statut des „Einheitsverbandes“ entworfen. Erst später dämmerte den Teilnehmern dieser Konferenzen der Gedanke, daß eine Verschmelzung der Verbände an der rauhen Wirklichkeit scheiterte.“⁶⁹ Es ist nicht feststellbar, wie weit solche spontanen Wünsche nach einer Einheitsgewerkschaft auf der unteren Organisationsebene und bei den Arbeitern selbst verbreitet waren.⁷⁰ Daß die rauhe politische Wirklichkeit die Realisierung solcher Visionen vorerst nicht zuließ, dürfte außer Zweifel stehen. Immerhin hatte der Streik gezeigt, daß unter den polnischen Arbeitern ein rudimentäres Klassenbewußtsein durchaus vorhanden war und daß der Vorwurf des nationalen Verrats nicht mehr so ohne weiteres die Solidarität mit den „Roten“ zu verhindern und zu schwächen vermochte. Julian Marchlewski prophezeite schon 1909, das ZZP werde seine kleinbürgerlich-nationale Phase überwinden und sich auf proletarische Solidarität besinnen, weil die Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft den polnischen Arbeiter schließlich zu dieser Einsicht zwingen würden.⁷¹ Das war zunächst zwar eine optimistische Überschätzung, aber tendenziell schien eine solche Entwicklung durchaus möglich, wie vor allem die Kriegs- und Nachkriegsjahre zeigten, in denen sich das ZZP immer mehr von seinen klerikalen Ursprüngen trennte, auch wenn die nationale Komponente immer noch eine wichtige Rolle spielte.

Der Weltkrieg bedeutete für das ZZP noch mehr als für die deutschen Verbände einen außerordentlich schweren Schlag, der es an den Rand seines organisatorischen Ruins führte. In einem Rechenschaftsbericht wird die Situation so geschildert: „Zu Anfang des Krieges und am Anfang des Jahres 1915 schien es, als ob die letzten Stunde unserer Organisation geschlagen habe. Die Polizeibehörden, die das ganze Jahr hindurch die Polen beaufsichtigt hatten, bemühten sich, ihre Spitzeleien zu begründen. In dieser Zeit wollten sie die Früchte ihrer Arbeit zeigen und stellten die Polen als Spione und Verräter hin. Es war nichts Neues mehr, daß man unseren Vorsitzenden drei- bis viermal täglich zum Polizeipräsidium führte oder ihn nach dort rief. Die besten Förderer mußten ihren Posten verlassen und wurden in die Reihen der Krieger gesteckt.“⁷²

69 Deutsch zitiert bei Krystyna Murzynowska, *Polskie Wychodźstwo* . . . , S. 249.

70 Ein Indiz dafür, daß der Wunsch nach Verschmelzung bei den Arbeitern selber stärker verbreitet war als auf der Führungsebene, bietet die auf einer Umfrage beruhende Untersuchung für Hamborn von L. Fischer-Eckert. Nach dem Streik von 1912 waren von 488 befragten Männern noch 293 gewerkschaftlich organisiert, während die Zahl vorher erheblich höher lag. Ihren Austritt aus den Gewerkschaften begründeten viele Befragte damit, daß gewerkschaftliche Erfolge erst zu erwarten seien, wenn sich alle drei Verbände zu einem großen Verband zusammengeschlossen hätten. E. Fischer-Eckert, *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland*, Hagen 1913, S. 132. Grundsätzlich hatte sich der Alte Verband seit dem Streik von 1905 verstärkt um eine Verschmelzung bemüht. Die Beibehaltung der Siebener-Kommission und der gemeinsame preußische Bergarbeitertag in Berlin im März 1905 waren Schritte auf diesem Weg, jedoch ohne Erfolg. Koch, a.a.O., S. 130 f. 1918 war der Wunsch nach Zusammenschluß stellenweise so stark, daß einige Zahlstellen des Alten Verbandes mit einer Beitragssperre drohten. Der Hauptwiderstand kam jedoch auch jetzt von der Führung des Gewerkvereins. *Geschäftsbericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands 1917/18*, Bochum 1919, S. 86.

71 Julian Marchlewski, wie Anm. 45.

72 Ohne Datum und Beleg zitiert bei Hans Schäfer, *Die Polenfrage* . . . , S. 131. Der Bericht muß seinem Inhalt nach etwa von 1918/19 stammen.

Wieweit es einen verschärften Druck der Polizei speziell auf die Polen gegeben hat, läßt sich nicht genau sagen. Nach der einstimmigen Option der Polenfraktion im Reichstag für die Kriegskredite und der strikten Folgsamkeit der Polen gegenüber Einberufungsbefehlen wandte sich der Innenminister gegen irgendwelche Verhaftungen von Polenführern, sofern kein dringender Verdacht auf strafbare Handlungen bestehe.⁷³ Besonders nach der Proklamation des „Königreichs Polen“ vom 5. November 1916 wünschte der Innenminister Zurückhaltung von den Polizeibehörden in der Behandlung „national-politischer“ Angelegenheiten der Polen.⁷⁴ Maßgeblich war dafür in erster Linie die prekäre Arbeitskräftesituation in den letzten Kriegsjahren und der Wunsch, jede politische Unruhe zu vermeiden. Offen bleibt, in welchem Maße die über einen großen Handlungsspielraum verfügenden lokalen Behörden ihre Praxis an dieser veränderten politischen Beurteilung orientierten.

Angesichts der organisatorischen Schwächung durch den Krieg und der unmittelbaren Bedrohung durch politische Repressalien oder Gestellungsbefehle vermied das ZZP ebenso wie die deutschen Verbände größere öffentliche Auftritte und alle provozierenden öffentlichen Äußerungen. Auch Streiks gab es in den ersten beiden Kriegsjahren nicht. Der „Burgfrieden“ wurde von den Gewerkschaften angesichts der jederzeit möglichen Eingriffe des Generalkommandos konsequent eingehalten. Mit zahlreichen Eingaben und Denkschriften als Notersatz für Kampfmaßnahmen während des Belagerungszustandes versuchten die Bergarbeiterverbände, auf die unvermindert oder verstärkt fortbestehenden Mißstände in den Zechen hinzuweisen und Abhilfe zu schaffen.⁷⁵ Erfolg hatten sie zumeist nur in untergeordneten Angelegenheiten. Erst im Jahre 1916 breitete sich eine Welle lokaler Streiks über das Revier aus. Sie hatten alle höhere Löhne und bessere Versorgung mit Lebensmitteln zum Ziel, standen jedoch untereinander in keinem Zusammenhang. Ähnlichen Charakter trugen auch die beiden Streikwellen zu Beginn des Jahres 1917.⁷⁶ Ob an diesen spontanen, stets lokal begrenzten und von keiner Gewerkschaft gesteuerten, vielmehr meist gebremsten Streiks die Polen in besonderem Maße beteiligt oder auch nicht beteiligt waren, ist nicht festzustellen. Spethmann nennt lediglich die Zeche Victor 3/4 im Revier Recklinghausen, die am 21./22. Februar 1917 durchweg von Polen aus reichsdeutschen Gebieten bestreikt worden sei.⁷⁷

Größeren Umfang hatte der Streik von Ende Januar 1918. Ob er damit als „Generalstreik“ zu klassifizieren ist, scheint dennoch sehr fragwürdig angesichts der fehlenden Koordination unter den Zechenbelegschaften. Auch die behauptete Planung von langer Hand scheint eher

73 Schreiben des Regierungspräsidenten von Münster an die Landräte, Oberbürgermeister und den ersten Bürgermeister von Buer vom 30.8.1914, STAM Reg. Münster VII 35.

74 Erlaß des Innenministers vom 9.2.1917, STAM Oberpräs., 2748, Bd. 12.

75 Eine über 350 Seiten umfassende Sammlung von Eingaben der vier Bergarbeiterverbände oder des Alten Verbandes allein hat dieser 1919 herausgegeben. Die Eingaben bezogen sich auf alle Mißstände im Bergbau und Nöte und Klagen der Bergarbeiter während des Krieges. *Material zur Lage der Bergarbeiter während des Weltkrieges*, hrsg. vom Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum 1919.

76 Hans Spethmann, *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte vom Kriegsanfang bis zum Franzosenabmarsch 1914 – 1925*, 5 Bde., Berlin 1928 – 31, hier Bd. 1, S. 20 ff. Vgl. auch das Schreiben des Vorsitzenden des Alten Verbandes Sachse an den Chef des Kriegsamtes zu den Streiks, *Material zur Lage der Bergarbeiter*, S. 236 ff. Jürgen Reulecke, *Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, in: ders. (Hrsg.), *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr*, S. 205 – 239, hier S. 232.

77 Hans Spethmann, *Zwölf Jahre* . . . , Bd. 1, S. 31.

eine Erfindung der Gegner zu sein.⁷⁸ Unter der Drohung mit der Einziehung zum Heer brach der Streik schnell in sich zusammen. Ähnliches gilt für den zweiten „Generalstreik“ vom August 1918. Die Drohung des Generalkommandos und die Konzessionsbereitschaft des Ministers für Handel und Gewerbe veranlaßten die drei großen Bergarbeitergewerkschaften, am 18. August einen Aufruf gegen den Streik zu veröffentlichen, in dem sie ihre Mitglieder aufforderten, sich nicht am Streik zu beteiligen und gleichzeitig die Arbeiterausschüsse ersuchten, Anträge auf eine vorgezogene Lohnerhöhung zu stellen.⁷⁹

In den Streikaktionen der letzten beiden Kriegsjahre lassen sich zwei Tendenzen beobachten: zum einen scheinen seit der Friedensresolution des Reichstages ansatzweise politische Überlegungen als Streikmotivation mit ins Spiel gekommen zu sein⁸⁰, indem der Zusammenhang von hypertropher Kriegszielpolitik und Hoffnungslosigkeit der Situation der Arbeiter bewußt wurde, zum andern ging in viel stärkerem Maße als früher die „Basis“ zu direkten und spontanen Aktionen über, so daß die Gewerkschaftsorganisationen Schwierigkeiten hatten, die Bewegung zu kontrollieren und in der Hand zu behalten, auch wenn diese „wilden Streiks“ alle auf bessere Versorgung mit Lebensmitteln und Teuerungszulagen gerichtet waren und noch keinerlei direkte Kritik an den Gewerkschaftsführungen zum Inhalt hatten. Erst in den großen Streiks nach der Novemberrevolution, die im Frühjahr 1919 das Ruhrgebiet und damit die ganze deutsche Wirtschaft erschütterten, wurde auch die Politik der Verbandsführungen heftig angegriffen. Es ist außerordentlich schwierig, ein zutreffendes Bild von der politischen Haltung der polnischen Bergarbeiter und des ZZP in den sozial und politisch so bewegten ersten Nachkriegsjahren zu gewinnen. Quellen wie Berichte der Polizeistellen und Verwaltungsbehörden, die schon für die Kriegszeit spärlich fließen, sind zufällig und unsicher. Offenbar wurde die Aufmerksamkeit ganz von deutschen innerpolitischen Vorgängen absorbiert und das früher mit übertriebener Sorgfalt registrierte Polenproblem an die Peripherie des Interesses gedrängt. Immerhin läßt sich wohl als „argumentum ex silentio“ vermuten, daß die Polen im Ruhrgebiet keineswegs, wie gelegentlich behauptet wurde⁸¹, führend an Streiks und Unruhen beteiligt gewesen sind.

Die doppelte Loyalität stürzte das ZZP in diesen Jahren in eine schwere innere Zerreißprobe. Trotz der schon im Kriege sichtbar gewordenen engeren Anlehnung an die deutschen Organisationen zeigte der Anschluß des ZZP an das Ende 1916 in Bochum gegründete „Ausführende Komitee“ — es war von seinem Gründer Jan Brejski als zentrale nationale Dachor-

78 *A.a.O.*, S. 52 ff. Spethmanns monumentales Werk ist unentbehrlich, weil darin umfassendes Archivmaterial der Zechen verarbeitet ist, das größtenteils heute nicht mehr existiert. Die Darstellung und Wertung ist jedoch durch und durch parteiisch. Unruhen und Streiks sind bei ihm prinzipiell von den „streikgewerkschaftlichen Organisationen“ oder später von „spartakistischen Drahtziehern“ verursacht. Die ausgewählte Darstellung von „Ausschreitungen“ beruht offenbar in der Regel auf Materialien der Zechen und hält einer kritischen Nachprüfung vielfach nicht stand.

79 *A.a.O.*, S. 71.

80 *A.a.O.*, S. 53 ff. Jürgen Reulecke, *Der Erste Weltkrieg* . . . , S. 233.

81 So heißt es beispielsweise in einem Schreiben der Reichszentrale für Heimatdienst, Abtl. Dortmund, vom 17.6.1920 an den Staatskommissar für öffentliche Ordnung, daß „bei allen Putschen und Ausschreitungen vorwiegend immer die Polen in erster Linie beteiligt sind.“ STAD Reg. Düss. 16 021, Bl. 32. Das in der NS-Zeit abgefaßte Manuskript von Eberhard Franke behauptet ebenfalls eine „führende Rolle“ der Polen in den Streiks von 1916 und 1918 und bei den kommunistischen Unruhen von 1923 und 1924, ohne dafür irgendeinen Beleg anzuführen. Eberhard Franke, *Die polnische Volksgruppe* . . . , S. 113 ff.

ganisation für das gesamte Ruhrpolentum konzipiert worden⁸² —, daß die nationalen Bindungen nach wie vor eine wichtige Rolle spielten. Durch die Wiedererstehung des polnischen Staates, durch die Optionsklausel des Versailler Vertrages und durch die Oberschlesienabstimmung mußte für das ZZP das Dilemma der doppelten Loyalität erst in voller Schärfe zutage treten. Verfolgt man die Verlautbarungen und die politische Praxis des ZZP nach 1918, so drängt sich ein Eindruck auf, der die These vertretbar erscheinen läßt, daß angesichts dieser durch die äußeren Umstände verursachten inneren Zerreißprobe für das ZZP im Ruhrgebiet die nationale Komponente immer mehr in den Hintergrund trat und nolens volens eine Politik der radikalen Interessenvertretung der im Revier arbeitenden Mitglieder in den Vordergrund rückte. Wollte das ZZP angesichts der vor allem in den großen Streiks vom Frühjahr 1919 manifest werdenden generellen Radikalisierung der Bergarbeiterschaft seine organisatorische Existenz nicht aufs Spiel setzen, war es gezwungen, eine engere Anlehnung vor allem an den Alten Verband zu praktizieren.⁸³ Daß dessen Linie alles andere als revolutionär war, mochte das engere Bündnis erleichtern. Die polnische Organisation wurde damit zugleich zu einer Stütze des Gewerkschaftssystems gegen dessen Infragestellung durch die radikale Linke. Deren Polemik gegen die „Gewerkschaftspaffen“⁸⁴ machte das Bündnis der Etablierten zu einer Frage der Selbsterhaltung.

Die vier Verbände schlossen sich 1918 zu einer Tarifgemeinschaft zusammen und erreichten schon am 14. November 1918 die Anerkennung als Verhandlungs- und Tarifpartner durch die Unternehmer, um die sie seit Jahren vergebens gekämpft hatten.⁸⁵ In einem Aufruf der vier Gewerkschaften und des Zechenverbandes vom 15. November 1918 wurden die Verhandlungsergebnisse, die neben der Anerkennung vor allem aus einer mäßigen Lohnerhöhung und der generellen Einführung des Acht-Stunden-Tages bestanden, bekanntgemacht. Der Aufruf war außerordentlich maßvoll formuliert und forderte angesichts der schwierigen äußeren Situation Deutschlands als „Ehrenpflicht des Bergbaus und seiner gesamten Belegschaft“, die Kohleförderung aufrechtzuerhalten. Die Unterschrift des ZZP unter dem Aufruf ist jedoch besonders bemerkenswert, wenn man den allgemeinen Vorspann liest: „Unser Volk befindet sich in ernster Lage und vor schwereren Gefahren als je in seiner Geschichte. Wir haben den größten je dagewesenen Krieg verloren. Außer ungeheuren Opfern an Lebens- und Arbeitskraft hat er mehr als die Hälfte unseres Volksvermögens verschlungen. Für jeden von uns muß er zu einer Verschlechterung unserer Lebensbedingungen führen. Unser Haupterzgebiet im Westen und eine unserer Kornkammern im Osten beabsichtigen uns die Feinde zu nehmen.“

- 82 Vgl. dazu Hans Schäfer, *Die Polenfrage* . . . , S. 48 ff. Der § 1 der Satzung suggerierte einen unpolitischen Charakter der Organisation, der keineswegs zutreffend war: „Aufgabe des 'Ausführenden Komitees' als Vertretung der ganzen Volksgesamtheit soll in erster Linie sein, Werke der Wohltätigkeit zu üben und alle sozialen und organisatorischen Einrichtungen des polnischen Auswanderertums links der Elbe zwecks gemeinsamer friedlicher Arbeit zusammenzuschließen. Eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten ist ausgeschlossen.“ STAM Reg. Münster, VII 35a, Bd. 1 (Schreiben des Bochumer Polizeipräsidenten vom 17.6.1916).
- 83 Nach einem Bericht der Bochumer Polen-Überwachungsstelle vom 15.9.1921 waren 1921 ca. 10 000 Polen Mitglieder des Alten Verbandes. STAM Reg. Münster VII 31, Bl. 64.
- 84 So die *Freiheit*, das Organ der KPD (S) in Rheinland-Westfalen, im Oktober 1919, zitiert bei Hans Spethmann, *Zwölf Jahre* . . . , Bd. 2, S. 36.
- 85 August Schmidt, *Lang war der Weg*, Bochum 1958, S. 94 f. Martin Martiny, *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920 – 1930)*, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Arbeiterbewegung* . . . , S. 241 – 274, hier S. 244. Hans Mommsen, *Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918 – 1933*, in: *a.a.O.*, S. 275 – 314, hier S. 282 f.

Der zur Zeit geltende Waffenstillstand gibt uns keine Gewähr gegen vernichtende weitere Forderungen unserer Feinde und für einen schnellen Frieden.“⁸⁶

Daß mit dieser Abmachung die Wünsche der Bergarbeiter keineswegs befriedigt waren, signalisieren erstmals die Streiks im rechts-rheinischen Gebiet um Hamborn im Dezember 1918. An den Verhandlungen mit dem Zechenverband zu ihrer Beilegung nahmen auch zwei Vertreter des ZZP teil.⁸⁷ Diese Unruhen waren jedoch nur Vorgefechte für die großen Streiks von 1919, deren Verlauf hier nicht weiter zu untersuchen ist.⁸⁸ In ihnen entlud sich mit explosiver Wucht der jahrelang aufgestaute Unwille der Arbeiter gegen die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Bergbauindustrie. Die Zechenbesitzer erhielten jetzt die politische Quittung für ihren rücksichtslosen und intransigenten Herr-im-Haus-Standpunkt vor dem Kriege und im Weltkrieg. Die Erbitterung entlud sich weitgehend spontan und ohne zentrale Steuerung in so heftigen Formen, daß die Gewerkschaften die Kontrolle über die Massenbewegung zunächst völlig verloren. Die Heftigkeit des Ausbruchs ging, wie von Oertzen gezeigt hat, zugleich auch aus der Erbitterung über enttäuschte Sozialisierungshoffnungen im Bergbau hervor. Die vier anerkannten Gewerkschaften standen der Bewegung offenkundig hilflos gegenüber. Der Hauptgrund dafür war ihre reservierte bis ablehnende Haltung gegenüber den Räten.

Der Gedanke an betriebliche Vertretungen mit politischen Zielen paßte nicht in das Konzept formalpolitischer Neutralität, an dem die Gewerkschaften nach wie vor festhielten. Vor allem aber schoben sich die Räte zwischen die Gewerkschaften der Arbeitsgemeinschaft und die Arbeiterschaft, und die gerade errungene Verhandlungssouveränität und Tarifhoheit erschien bedroht. Der innere Konsolidierungs- und Verschmelzungsprozeß der vier Verbände, der in der Vorkriegszeit ansatzweise diskutiert worden war und nun in greifbarer Nähe rückte, wurde durch die Räte- und Sozialisierungsbewegung jäh unterbrochen und vorerst zunichte gemacht. Angesichts der starken syndikalistischen Tendenzen drohten die Gewerkschaften von links ausgebootet zu werden. Sie wurden so in eine doppelte Frontstellung gegen Unternehmer und die radikale Linke gezwungen.⁸⁹ Im Februar 1919 erklärten sich alle vier Verbände gegen den Streik und forderten sogar von der Regierung Schutz für die Arbeitswilligen vor den „spartakistischen, stark bewaffneten Banden“. ⁹⁰ Nach dem Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus der Neuner-Kommission, die die Sozialisierung des Bergbaus vorbereiten sollte, gingen die vier Verbände zugleich in äußerst scharfem Tone gegen diese Kommission vor. Charakteristisch für die politisch bornierte verbandsegoistische Haltung, die

86 Hans Spethmann, *Zwölf Jahre . . .*, Bd. 1, S. 360 f. (Sperrung von mir) Mit dem Verlust der Kornkammer konnte nur an den neuen polnischen Staat abzutretendes Gebiet gemeint sein.

87 A.a.O., S. 137. Ausführlich zu den Hamborner Streiks Erhard Lucas, *Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19*, in: *Duisburger Forschungen*, Jg. 15 (1971), S. 1 – 97.

88 Peter von Oertzen, *Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919*, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, Köln 1972, S. 185 ff.; Hans Mommsen, *Die Bergarbeiterbewegung . . .*, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Arbeiterbewegung . . .*, S. 289 ff.

89 Manfred Dörnemann, *Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, Diss. phil., Würzburg 1966, S. 105 ff. und S. 212.

90 Der Wortlaut des Ausrufs bei Hans Spethmann, *Zwölf Jahre . . .*, Bd. 1, S. 241.

an der wirklichen Stimmung unter den Bergarbeitern und den zentralen politischen Problemen vorbeiging, war der Aufruf vom März 1919, in dem es u.a. hieß: „Überflüssig erschien der Neunerkommission auch die Mitarbeit der vier Bergarbeiterverbände. Ja, man hoffte, durch das Rätssystem dieselben zu zertrümmern und zu vernichten. Zu diesem Zwecke wurden in vielen Belegschaftsversammlungen der Verschmelzungsrummel in kommunistischer Färbung aufgefrischt. Leichtsinniger sind noch nie weittragende Beschlüsse gefaßt worden, wie von dieser Neunerkommission! (. . .) Diese Leute, die sich Neunerkommission nennen, scheuten sich nicht, die Bergarbeiter mit brutaler Waffengewalt gegen ihren Willen in einen Generalstreik zu treiben (. . .) Hinweg mit diesen Verbrechern! Wenn eine Neunerkommission da sein soll, dann soll sie zusammengesetzt werden aus den Führern und Mitgliedern der vier Bergarbeiterverbände. Nur diese sollen die Mittel und Wege suchen, um die Sozialisierung im Bergbau durchzuführen. Nur diesen können wir Vertrauen schenken . . . Bergleute, Kameraden! Haltet euch an eure bewährten Verbände und Führer! Folgt ihnen! Stärkt die Reihen der Verbände! Das ist der einzige Weg, der aus dem jetzigen Elend herausführt.“⁹¹

Der größere und heftigere Aprilstreik wurde für die Gewerkschaften eine noch ernstere Bedrohung. Unter dem Druck der weitverbreiteten Forderung nach der 6-Stunden-Schicht mußten sie daher von ihrer gerade mit dem Zechenverband ausgehandelten und danach loyal in der Öffentlichkeit vertretenen 7 1/2 Stunden-Schicht bei vollem Lohnausgleich abrücken. In erneuten Verhandlungen wurde schließlich die 7-Stunden-Schicht als Kompromiß vereinbart.⁹²

Bei einem großen Teil der Mitglieder des Alten Verbandes rief die Haltung der Führung während der großen Streiks große Erbitterung hervor, die sich in einem starken Mitgliederschwund von ca. einem Viertel niederschlug.⁹³ Für das ZZP liegen keine detailliert aufgeschlüsselten Zahlen vor, der nicht unerhebliche kontinuierliche Anstieg der Mitgliederzahlen von 1918 bis 1921 macht jedoch einen ähnlichen zeitweiligen Mitgliederschwund sehr unwahrscheinlich. Offenbar fand die vom ZZP zusammen mit den deutschen Verbänden verfolgte Politik der reinen Interessenvertretung bei gleichzeitiger entschiedener Ablehnung „sozialistischer Experimente“ bei den polnischen Bergarbeitern weitgehend Zustimmung.

Die im Laufe des Jahres 1919 erreichten Verbesserungen wurden nach längeren Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und je drei Vertretern des Alten Verbandes und des Gewerkvereins sowie je einem vom ZZP und dem Hirsch-Dunkerschen Verband am 25. Oktober 1919 im ersten Manteltarifvertrag des Bergbaus zusammengefaßt und kodifiziert.⁹⁴

91 A.a.O., S. 386 f.

92 A.a.O., S. 264, 274 f. 297 ff. Hans Schäfer, *Die Polenfrage* . . . , S. 141 f., zitiert einen nicht genauer datierten Aufruf des ZZP im *Wiarus Polski* zur Sozialisierungs- und Sechs-Stunden-Schicht-Frage, der seine Spitze zwar vor allem gegen die Spartakisten richtet, darüberhinaus aber politisch eine deutliche antideutsche Note enthält: „Die Pflicht gebietet es, Euch vor einer Einmischung in diese Angelegenheiten zu warnen. Die deutsche Presse, die unsere Richtigstellung unterdrückt, nutzt die Unruhen aus, um für das Blutvergießen die Polen verantwortlich zu machen. Bleibt diesem Streite fern . . . Unsere Losung soll sein: Wir stecken unsere Nase nicht in die stinkende Brühe der deutschen Arbeiterparteien. Wir sind und bleiben neutral. Wer das nicht ist, wer sich in den Streit Anderer einmischt, der hat mit uns gebrochen, für den kann die Organisation nicht haften.“

93 Manfred Dörnemann, *Die Politik* . . . , S. 99.

94 Der Text bei August Schmidt, *Lang war der Weg*, S. 279 ff. Vgl. auch Hans Mommsen, *Die Bergarbeiterbewegung* . . . , S. 287.

Die Zusicherung des Reichsarbeitsministers in Berlin, daß aus diesem Tarifvertrag nur die Organisierten, also die Mitglieder der vier Verbände, Rechtsansprüche ableiten könnten⁹⁵, dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit ein wichtiger Faktor für das Ansteigen der Mitgliederzahlen in allen Verbänden – beim ZZP war es besonders deutlich – gewesen sein, auch wenn diese vage Zusicherung in der Praxis später nicht eingehalten wurde.

Die innerpolitisch schwerste Erschütterung des Ruhrgebiets brachten der Kapp-Putsch und die ihm folgenden bürgerkriegsähnlichen Zustände mit sich. Das ZZP stellte sich in einem gemeinsamen Aufruf mit den drei deutschen Bergarbeiterverbänden, drei Angestelltengewerkschaften und dem Zechenverband auf die Seite der rechtmäßigen Regierung⁹⁶. Obwohl keine Zeugnisse über das Verhalten der Polen während der blutigen Auseinandersetzungen im Gefolge des Kapp-Putsches im Revier vorliegen, ist doch eine stärkere Beteiligung an den Kämpfen sehr unwahrscheinlich. Für das ZZP verstand sich eine scharf antikommunistische Linie, die es schon vorher vertreten hatte, von selbst. Auch in späteren Aufrufen und Warnungen vor leichtfertigen Streiks von kommunistischer und unionistischer Seite wird das deutlich.⁹⁷

In der deutschen Öffentlichkeit gab es offenbar die Neigung, die Polen für alle Unruhen, Streiks und Krawalle mitverantwortlich zu machen.⁹⁸ So schrieb der „Wiarus Polski“ anlässlich eines lokalen Streiks in Düsseldorf im Dezember 1921, bei dem einige Radikale die Mehrheit der Arbeiter an der Wiederaufnahme der Arbeit hinderten: „Unter den Radikalen fehlten auch nicht Deutsche, deren Namen auf ‘sky’ endigen, und wie immer ist alles, was auf ‘sky’ lautet, polnisch, obwohl diese die fanatischsten Deutschen waren. Die Polizei verhaftete und stellte einige solcher Namen fest, und sofort wurde ausposaunt, daß die Polen diese Putsche machten. Die gesamte deutsche Presse in Düsseldorf und Duisburg verbreitete, daß die Polen in Düsseldorf Putsche veranstalteten.“⁹⁹ Eine solche Identifizierung sklawisch klingender Namen mit „den Polen“ erklärt sehr einfach, aber zutreffend die Entstehung bequemer Sündenbocktheorien, denen jeder historische Realitätsgehalt fehlte. Im Gegenteil zeigte gerade die gemäßigte und antirevolutionäre Haltung der polnischen Gewerkschaft, daß zumindest die organisierten Polen diese Gefahr, zum aufrührerischen Element abgestempelt zu werden, sehr wohl kannten und daraus die Konsequenz zogen, sich soweit wie möglich bei Unruhen und Streiks zurückzuhalten.¹⁰⁰

Die hier in groben Zügen geschilderte Politik des ZZP – eine detaillierte Analyse ist aufgrund der desolaten Quellenlage für die Nachkriegsjahre z.Z. kaum möglich – zeigte im Vergleich zur Vorkriegszeit zweifellos eine gewisse Radikalisierung, insofern die enge Kooperation nicht nur mit den „Christen“, sondern auch mit dem früher viel geschmähten „roten“ Alten Verband eine gewerkschaftspolitische Selbstverständlichkeit wurde. Da es sich jedoch

95 August Schmidt, *Lang war der Weg*, S. 110.

96 Hans Spethmann, *Zwölf Jahre . . .*, Bd. 2, S. 343. Die vollständigere und durch den Vorspann schärfere Version bei August Schmidt, *a.a.O.*, S. 113 ff.

97 Z.B. im Aufruf der Gewerkschaften vom August 1922. Zitiert bei Hans Spethmann, *a.a.O.*, Bd. 2, S. 349 f.

98 Vgl. oben, Anm. 81.

99 *Wiarus Polski*, Jg. 25 (1921), vom 20.12.1921, übersetzt in STAD Reg. Düss. 16022, Bl. 40.

100 Vgl. das Zitat oben, Anm. 92.

im wesentlichen um Ereignisse und Probleme handelte, die das ZZP als national-polnische Organisation nicht tangierten – der oben erwähnte Aufruf von 1918 wäre dann allerdings als bewußte taktische Anpassung zu interpretieren – ließe sich vermuten, daß das ZZP eine doppelbödigte Politik verfolgte und seine nationalen Interessen parallel und unabhängig von dem Bündnis mit den deutschen Verbänden verfolgte. Die deutsche Polizei schätzte die Polnische Berufsvereinigung in diesem Sinne ein und sah keinerlei Änderungen im Vergleich zur Vorkriegszeit. „Bei den großen Lohnkämpfen der Bergarbeiter im Westen in den letzten Jahren“, so heißt es in einem Bericht der Bochumer Polenüberwachungsstelle, „suchte die hiesige Abteilung polnischer Bergarbeiter (des ZZP), um ihre Macht und ihren Einfluß mehr zur Geltung zu bringen, Anschluß an die deutschen Arbeiterorganisationen gleicher Art, die freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Dieser Anschluß erfolgte lediglich im eigensten Interesse der polnischen Arbeiter. Im übrigen hat sich die Polnische Berufsvereinigung, wie in den früheren Jahren, so auch jetzt bei allen Gelegenheiten, deutschfeindlich gezeigt. In dieser Hinsicht hat die Revolution und die mit ihr im Zusammenhange stehende Demokratisierung und Radikalisierung der Massen zu einer Annäherung der polnischen Arbeiter an die deutschen im Westen Deutschlands keineswegs beigetragen.“ 101

Aus den vorangegangenen Darlegungen ergibt sich, daß diese Einschätzung des Bochumer Polizeipräsidenten nicht haltbar ist. Zwei weitere Ereignisse können hier als Prüfsteine dienen: die Oberschlesienabstimmung im März 1921 und der Ruhrkampf 1923. Von verschiedenen polnischen Organisationen wurde eine heftige Agitation für die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens entfacht. In Krefeld entstand zu diesem Zweck ein Propagandabüro mit Zweigstellen in Oberhausen, Lintfort, Hochemmerich, Homberg und Bochum. 102 Auf deutscher Seite gab es eine nicht minder intensive Kampagne für die Oberschlesienabstimmung. Die Behandlung der Deutschen in den an Polen fallenden Gebieten tat ein Übriges, um aus der latenten Spannung zwischen Deutschen und Polen im Ruhrgebiet hier und da offene Konflikte zu entfachen. Vor allem der „Verein Heimattreuer Oberschlesier“ ging zu vehementen Angriffen auf die Polen über. 103 Rufe nach Entlassungen polnischer Arbeiter wurden laut. Sie wurden jedoch nur in Einzelfällen realisiert. 104 Auch vor den Gewerkschaften schienen die aufgepeitschten Emotionen nicht Halt zu machen. So faßte der Ortsausschuß der freien Gewerkschaften in Recklinghausen nach einem Bericht des sozialdemokratischen „Volksfreund“ einen Beschluß „gegen die polnische Vergewaltigung“. Die Zeitung schrieb: „Man war der einmütigen Ansicht, daß es angesichts der Vorgänge in Oberschlesien nicht weiter angängig sei, daß Polen in Deutschland öffentliche Ämter bekleiden . . . Es soll an die deutsche Regierung das Ersuchen gerichtet werden zu prüfen, inwieweit die bestehen-

101 Bericht der Bochumer Polen-Überwachungsstelle über den Stand der Polenbewegung 1919/20, STAM Oberprä. 5758, Bl. 476 f.

102 Bericht der Bochumer Polen-Überwachungsstelle vom 15.9.1921, STAM Reg. Münster VII 31, Bl. 58.

103 Ein charakteristisches Beispiel ist die Resolution der Versammlung reichstreuer Ostmarken-Deutscher und Oberschlesier in Herne vom 22. August 1920, in der u.a. die Ausweisung „sämtlicher polnischer Agitatoren und Mitglieder der polnischen Sokol-Vereine“, die Ausweisung aller Rückwanderer aus Polen, die Beschlagnahme aller polnischen Bankguthaben zwecks Austausch der deutschen Guthaben in Polen, die Entfernung sämtlicher Firmenschilder in polnischer Sprache, die polizeiliche Kontrolle sämtlicher polnischer Versammlungen und die Zensur aller polnischen Zeitungen und Schriften gefordert wurde. STAM Oberprä. 5760.

104 Einige Beispiele bringt der Polizeibericht vom 15.9.1921, vgl. Anm. 102.

den Gesetze es zulassen, oder daraufhin geändert werden müssen, damit der polnische Bazillus in dem deutschen Stamm keine noch größeren Verheerungen anrichtet, als es bereits der Fall ist." 105

Die in Bochum ansässige Bergarbeiter-Abteilung des ZZP hielt sich jedoch – anders als andere Abteilungen in Polen – auffallend zurück. Die Führung bemühte sich sogar, als die Kampagne für die Oberschlesienabstimmung anließ, in einem gemeinsamen Aufruf mit den drei deutschen Verbänden, gegen jede nationalistische Verhetzung Front zu machen. 106 Zweifellos ist die Oberschlesienabstimmung neben der Optionsmöglichkeit, die im Januar 1922 ablief, und der Abwanderung sowohl nach Polen wie nach Frankreich, ein weiterer Katalysator für die Ruhrpolen gewesen, an dem sich die Spannung der doppelten Loyalität löste. Mit dem Jahr 1922 fiel daher auch die Mitgliederzahl des ZZP im Revier beträchtlich ab. Gerade weil die Bergarbeiter-Abteilung des ZZP ihre Hauptaufgabe jedoch im Ruhrgebiet sah, verboten sich exponierte Stellungnahmen zu grenzpolitischen Ereignissen, die jede künftige Arbeit nur erschweren mußten. Die Mehrheit der verbliebenen Mitglieder des ZZP optierte offenkundig für die deutsche Staatsangehörigkeit und tat damit einen wesentlichen Schritt zur weiteren Integration. 107 Am 4. Juli 1922 unterzeichnete das ZZP sogar gemeinsam mit den deutschen Bergarbeiterverbänden und den drei sozialistischen Parteien (SPD, USPD, KPD) einen Aufruf zur Massendemonstration für das Republikschutzgesetz. 108

Der Zustand weitgehender innerer Angepaßtheit des ZZP wurde schließlich während der französischen Ruhrbesetzung deutlich. Auch wenn den Polen generell Sympathien für die Franzosen nachgesagt wurden und es gelegentliche Kollaborationen von Ruhrpolen mit den französischen Besatzungstruppen gegeben hat, so war doch diese Haltung keineswegs charakteristisch für „die Ruhrpolen“. 109 Das ZZP stellte sich im Gegenteil von Anfang an konse-

105 *Volksfreund* Jg.3 (1921), vom 11.5., STAM Reg. Münster VII 35a, Bd. 1.

106 In dem Aufruf hieß es: „... In jüngster Zeit bemühen sich reaktionäre Elemente, innerhalb der Arbeiterschaft den Nationalitätenkampf zu entfachen... Die Völkerverhetzung ist überall für die politische Reaktion das Mittel, ihre stark ins Wanken geratene Macht zu stärken. Die organisierte Arbeiterschaft muß, als Trägerin des Gedankens des wirtschaftlichen und politischen Fortschritts und des Völkerfriedens, stets und überall die nationalistische Verhetzung bekämpfen... Kameraden und Arbeitsbrüder! Laßt euch nicht für die Zwecke der politischen Reaktionäre mißbrauchen, sondern tretet, getreu dem Beschluß des Internationalen Bergarbeiterkongresses zu Genf, für die Völkerverbrüderung ein! Alle Arbeiter, deutsche wie polnische, sind aufeinander angewiesen und genötigt, brüderlich zusammenzuarbeiten, wenn wir die uns allen geschlagenen Kriegswunden heilen wollen...“ *Jahrbuch des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für 1920*, Bochum 1921, S. 166 f.

107 Vgl. die oben Anm. 21, angegebenen Zahlen.

108 Fotokopie in: *Bergarbeiter* (Ausstellungskatalog), wie Anm. 13, Nr. 283.

109 Wilhelm Brepohl, *Industrievolk im Wandel*..., schreibt auf Seite 350, ohne seine Behauptung zu belegen: „Es ist kein Zweifel, daß die Franzosen längst nicht so viel erreicht hätten, wenn sie nicht mit überzeugten Polen hätten zusammenarbeiten können. Der größte Teil von ihnen ist dann danach auch in den nordfranzösischen Bergbau gegangen.“ In welchem Umfang es bei den Polen Kollaboration gegeben hat, ist kaum zu erfassen. Bei Spethmann, der sich ausführlich mit „Zersetzungserscheinungen“ im Ruhrkampf befaßt, findet sich keinerlei Hinweis dafür. Hans Spethmann, *Zwölf Jahre...*, Bd. 4, S. 162 ff. Dennoch hat es Zusammenarbeit mit den Franzosen gegeben, wie aus einem Artikel des Herner *Narodowiec* vom 12.12.1923 hervorgeht. Dort heißt es u.a.: „Seit Beginn der französischen Besetzung hat das Verhältnis zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung, das sich mit dem Augenblick des schlesischen Aufstandes sehr verschärft hat, eine unheilvolle Spannung erfahren, insbesondere, als unter dem Einfluß der polnischen behördlichen Kreise die polnischen Arbeiter sich entschlossen, den Franzosen keinen passiven Widerstand entgegenzusetzen, sondern in den von den Franzosen besetzten Unternehmungen die Arbeit aufzunehmen.“ STAM Reg.

quent gegen die Besetzer und verfolgte die gleiche politische Linie wie die deutschen Bergarbeiterverbände.¹¹⁰ Nach der Verhaftung Fritz Thyssens durch die Franzosen am 20. Januar 1923 sandten sogar die polnisch-sprechenden Arbeiter der Thyssenwerke eine Entschließung an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten mit der Bitte, sie dem französischen Generalquartier zu unterbreiten: „Im Auftrage der polnisch-sprechenden Arbeiter und Beamten der Thyssenwerke zu Hamborn sind wir gekommen, um in feierlichster Weise Ausdruck zu geben von dem Gefühl, welches die Verhaftung unseres obersten Chefs, Herrn Fritz Thyssen, durch fremde Gewalthaber in uns erregt hat. Wir erklären ausdrücklich, daß wir die Anordnungen der deutschen Regierung und unserer Werksleitung befolgen werden und uns eins fühlen mit den Arbeitern und Beamten der Thyssenwerke . . . Wir sind dem Treugelöbnis aller Arbeiter und Beamten angeschlossen, wie Herr Fritz Thyssen eher Bedrängnis und Beschwerden aller Art zu dulden, als den Anordnungen der Regierung entgegen zu handeln.“¹¹¹

Die Stellungnahme des ZZZ zur französischen Ruhrbesetzung war ein weiteres Indiz für die fortgeschrittene Integration der organisierten polnischen Bergarbeiter in das Ruhrgebiet. Die Nachkriegsereignisse hatten die Ruhrpolen vor die Alternativen Rückwanderung, Auswanderung oder endgültige Sesshaftigkeit im Revier mit der längerfristigen Konsequenz der vollen Assimilation gestellt. Das ZZZ hatte zwei Jahrzehnte eine wichtige sozialpsychologische Integrationsfunktion erfüllt, wenngleich diese durch die nationalen Konflikte vielfach überlagert und verdeckt wurde. Für die im Ruhrgebiet verbleibenden Polen war mit dem Votum für die deutsche Staatsbürgerschaft die Spannung der doppelten Loyalität faktisch gelöst, auch wenn ein Netz von polnischen Organisationen zur Wahrung und Pflege der nationalen Besonderheit bestehen blieb. Auch das ZZZ gehörte dazu, das formell bis Anfang der 30er Jahre existierte, aber seit Mitte der 20er Jahre zur Bedeutungslosigkeit herabsank. Der rapide Mitgliederschwund des ZZZ seit 1922 war somit nicht ausschließlich auf die Abwanderung und die Konsequenzen der 1924 einsetzenden Absatzkrise im Bergbau mit Zechenstilllegungen und Massenentlassungen¹¹² zurückzuführen – bei den deutschen Verbänden gingen die Mitgliederzahlen ebenfalls erheblich zurück –, sondern entsprach auch einer gewissen Logik der Entwicklung: für eine polnische Gewerkschaft bestand im Grunde kein Bedürfnis mehr, sie hatte die Wege zur Eingewöhnung und Integration wesentlich mit geebnet und sich nun sozusagen selbst überflüssig gemacht. Ihre weitere Fortexistenz war kaum mehr als ein Element der Traditionspflege ohne reale sozialpolitische Bedeutung.

Münster VII 35. Der Wert dieses Artikels wird allerdings dadurch erheblich eingeschränkt, daß er von einem nicht namentlich genannten Ingenieur aus Polen stammt und vor allem für Hilfsmaßnahmen der polnischen Regierung wirbt. Ohne Zweifel wird jedoch auch nur vereinzelte Kollaboration den Verdacht gegen „die Polen“ generell verstärkt und dazu geführt haben, daß zahlreiche polnische Arbeiter nach Beendigung des Ruhrkampfes und in der beginnenden Bergbau-Krise als erste Opfer von Entlassungen wurden.

110 Vgl. den Aufruf der vier Bergarbeiter-Verbände gegen den „französischen und belgischen Imperialismus“ vom 7.2.1923, abgedruckt bei Hans Spethmann, *Zwölf Jahre . . .*, Bd. 4, S. 116, ferner ähnliche Aufrufe, *a.a.O.*, S. 109, 151, 200 f. In allen Aufrufen wird zugleich scharf gegen die Kommunisten und Unionisten und ihre Generalstreik-Parolen Stellung genommen.

111 *A.a.O.*, Bd. 2, S. 90.

112 Nach August Schmidt, *Lang war der Weg . . .*, S. 163 f. wurden vom Oktober 1923 bis Ende 1925 71 Zechen mit 50 115 Belegschaftsmitgliedern stillgelegt, davon 35 mit 40 190 allein im Jahre 1925. Vgl. auch Hans Mommsen, *Die Bergarbeiterbewegung . . .*, S. 307.

ROSA LUXEMBURG. ZUR AKTUALITÄT UND HISTORIZITÄT EINER UMSTRITTENEN GRÖSSE

Von Gerhard Beier

DIE AKTUELLE AUSEINANDERSETZUNG

Probleme der Geschichte der Arbeiterbewegung sind gemeinhin kein Thema der veröffentlichten Meinung in der Bundesrepublik Deutschland. Sporadische Hinweise – etwa bei Gelegenheit eines Jahrestages – werden in aller Gelassenheit hingenommen oder gänzlich ignoriert. Briefmarken mit Portraits von Kurt Schumacher, Hans Böckler, Otto Wels und Friedrich Ebert blieben ohne nennenswerte Resonanz.¹ Auch Ferdinand Lasalle, Friedrich Engels und Karl Marx ließen sich scheinbar konfliktlos in den „Briefmarkenhimmel“ integrieren, als ginge es um Adam Riese, Thomas von Kempen, die Kaiser-Wilhelm-Gdächtniskirche oder das Notopfer Berlin.

Anders Rosa Luxemburg: Sie wurde zum Gegenstand parlamentarischer Auseinandersetzungen, zum Mittelpunkt einer Pressekampagne und zur Zielscheibe der sogenannten „Volksseele“. Der baltendeutsche Baron, Historiker und Bundestagsabgeordnete Olaf von Wrangel nannte sie eine „Wegbereiterin auch totalitärer Regime“, die auf einer deutschen Postsache „nichts zu suchen“ habe. Auf der Regierungsseite gegenüber stilisierte der Rechtsgelehrte und Bundespostminister Horst Ehmke sie zu „einer der großen Frauen der deutschen Geschichte“,² zur „demokratischen Sozialistin“³ und auch zur „radikaldemokratischen Sozialistin“.⁴

Die Pressekampagne hatte schon viele Monate vor dem Ausgabedatum (15.1.1974) eingesetzt, offensichtlich in der Absicht, den Beschluß der Bundespost rückgängig zu machen oder jedenfalls Stimmungen zu erzeugen, die weniger mit der Geschichte als mit der Aktualität des Klassenkampfes zu tun hatten.⁵ Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nahm ebenso eindeutig Partei wie die „Welt der Arbeit“ als Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Allein der südhessische Christdemokrat Aloys Lenz tanzte aus der Reihe. Er verteidigte die „Freiheit der Andersdenkenden“ und erlangte eine bundesweite Publizität, die eher durch das Phänomen des Frontwechsels als durch den Inhalt seiner Aussage zu erklären

1 Der vorzügliche Wels-Aufsatz von Helga Grebing, *Ein Arbeiterführer, der nie verbürgerlichte*, in: *Vorwärts*, Jg. 1973, Nr. 37, vom 13.9., S. 19, soll hier nicht übergangen werden, aber er hatte den 100. Geburtstag, nicht die Briefmarke zum Anlaß. Das gleiche gilt für Willy Brandts Engels-Vortrag oder für Gustav Heinemanns Ebert-Vortrag.

2 Deutscher Bundestag, *Stenographische Berichte*, 7. Wahlperiode, 61. Sitzung vom 25.10.1973, S. 3584 ff.

3 In der Fernsehsendung *Panorama* am 21.1.1974.

4 Nach einer Notiz der *Frankfurter Rundschau* Jg. 30 (1974), Nr. 15, vom 18.1., S. 2.

5 Eine Blütenlese dazu gibt Helmut Hirsch, *Das Bild der Dame*, in: *Die Zeit*, Jg. 28 (1973), Nr. 53/1, vom 28.12., S. 6.

ist.⁶ Kaum beachtet blieb dagegen der Historiker Emil Franzel, der „im Vorbeigehen“ den Vorschlag machte, Kaiserin Elisabeth von Österreich, geborene Herzogin in Bayern, durch eine Briefmarke zu ehren, weil sie von einem „beispiellos verrohten und zynischen Anarchisten erdolcht wurde“.⁷

Damit näherte der rechtskonservative Autor sich der Seelenlage, die tausende Briefschreiber zu Protesten beim Bundespostminister trieb: „Jetzt kommen die roten linksextremistischen Flintenweiber und Emigrantinnen auf deutsche Postwertzeichen“⁸, hieß es gegen eine Frau, die nie eine Waffe trug und Deutschland auch in den schwersten Stunden nicht verlassen hatte. Der Landesverband der Vertriebenen in Schleswig-Holstein erwog Boykott-Maßnahmen. Ein wohlmeinender Protestbriefschreiber empfahl, „unserem hochverehrten Herrn Bundespräsidenten nicht zuzumuten, mit einer derartigen Marke auf einen Brief geklebt zu werden“.⁹ Doch in dieser Frage standen der Bürgerpräsident und die sozialistische Märtyrerin sich näher als der Schreiber erinnern mochte: Auch die Heinemann-Marken wurden vier Jahre vorher von einem erfolglosen Boykott-Versuch bedroht.

Der historische Beobachter steht vor der schwierigen Frage, was an der bundesweiten Reaktion mehr Aufmerksamkeit fordert: Die Eilfertigkeit, mit der alle Historizität verdrängt wurde, oder die Aktualität, in der sich historische Verhaltensmuster scheinbar mühelos reproduzieren ließen, als gelte es, das frühere Opfer nochmals zu liquidieren.

Der rüden Bereitschaft, Anarchisten mit Flintenweibern und Flintenweiber mit Rosa Luxemburg gleichzusetzen, entsprach auf der anderen Seite die Sucht, aktuelle Probleme der Neuen Linken durch dasselbe historische Gleichnis auf einen falschen Nenner zu bringen. Aber die Frage, ob Rosa Luxemburg heute Postbeamtin oder Lehrerin werden dürfte¹⁰, ist falsch gestellt. Vermutlich wäre ihr nie in den Sinn gekommen, sich für eine Beamtenstelle zu bewerben. Über Revolutionäre im Staatsdienst hätte sie womöglich ähnlich gedacht wie Stalin über solche, die Bahnsteigkarten lösten, um den Bahnhof zu erobern. Der historischen Rosa Luxemburg lag es völlig fern, Bombenattentate vorzubereiten. Ihr Verhalten gegenüber Gerichten, Gefängnisverwaltungen und Polizisten war grundverschieden gegenüber dem der Ulrike Meinhof. Die Probleme Rosa Luxemburgs stehen in einem anderen historisch-gesellschaftlichen Zusammenhang. Jede Analogie bedarf der kritischen Überprüfung und bleibt auch dort problematisch, wo viel Ähnliches zu finden ist. Alle aktuellen Identifikationen sind historische Projektionen, die weder der Aktualität noch der Historizität gerecht werden.

6 *Vorurteile über Rosa Luxemburg*, Leserzuschrift von Aloys Lenz, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Jg. 1973, Nr. 198, vom 28.8.

Vgl. dazu den Artikel: *Das Charakterbild der Rosa Luxemburg schwankt bei der CDU*, in: *Frankfurter Rundschau*, Jg. 29 (1973), Nr. 204, vom 4.9., S. 4.

7 Emil Franzel, *Fragen nach Ermordeten und Märtyrern*, in: *Bayernkurier*, Jg. 24 (1973), Nr. 38, vom 22.9.

8 Thomas Darnstädt, *Rosa und die roten Rehe*, in: *Zeitmagazin*, Jg. 1974, Nr. 10, vom 1.3., S. 5.

9 *A.a.O.*, S. 4.

10 Zwar meinte Horst Ehmke auf entsprechende Fragen, Rosa Luxemburg würde ohne weiteres eingestellt werden, aber etliche Autoren bezweifelten das. So Claus Lutterbeck, *In Berlin würde Rosa nie Lehrerin*, in: *Vorwärts*, Jg. 1974, Nr. 4, vom 24.1., S. 14.

Es korrespondiert mit dieser Situation, daß Ansätze zu wissenschaftlicher Bewältigung¹¹ kein weiteres Echo fanden. Auch der große Kongreß im „Teatro Municipale“ in Reggio Emilia diente wohl mehr der aktuellen Selbstdarstellung als der historischen Bewältigung.¹² Zudem wurde er in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen. Das alles deutet auf ein Phänomen, das zwar sozialpsychologisch eine mächtige Tiefendimension besitzt, historisch aber an der Oberfläche bleibt¹³. Jedenfalls fügt sich zu dieser Beobachtung der Tatbestand, daß Rosa Luxemburg als Thema von der Bonner Szene verschwand, als die Regierung in eine akute Krise geriet. Das historische Problem war dadurch keineswegs gelöst – im Gegenteil. Aber es ging vorrangig um Machtfragen. Ob Rosa Luxemburg in den „Briefmarkenhimmel“ einziehen durfte oder verstoßen wurde, ob es darüber aktuelle Auseinandersetzungen gab, das hatte weniger mit ihrer historischen Leistung zu tun als mit der jeweiligen Machtkonstellation in der Bundesrepublik. Merkwürdig auch, daß niemand davon sprach, wie sehr Friedrich Naumann, der „Ahnherr“ der sozialliberalen Koalition, vor der „blutigen Rosa“ gewarnt hatte.¹⁴ Ob sich kein Regierungsvertreter daran erinnern mochte?

Dem Verfasser erscheint das vielfach irrationale Verhalten in der Auseinandersetzung wie ein „ritualisierter“ Klassenkampf, bei dem die Gegner sich nicht offen gegenüber treten, sondern ihre Drohgebärden und Abwehrbewegungen gegen die Vergangenheit wenden, weil der „Mord“ in dieser Richtung ohne Blutvergießen möglich ist. Mag sein, daß dadurch der aktuelle Konflikt entschärft wird, daß wir nach der Erfindung des Kalten Krieges nun dergestalt auch die Kreation eines Kalten Klassenkampfes erleben. Aber in dieser Auseinandersetzung geht es ganz offensichtlich nicht um Geschichte. Vielmehr handelt es sich um ein geschichtspathologisches Verhalten, bei dem die Akteure immer weniger aus der Geschichte lernen und der Geschichte ihrerseits immer mehr aufbürden, was redlicherweise ihre eigene Sache wäre.

Aufgabe des Historikers kann es nicht sein, diesen Verdrängungsprozeß mit seinen historischen Scheinlösungen zu unterstützen. Vielmehr kommt es darauf an, der Geschichte zu überlassen, was der Geschichte ist, und der Gegenwart zu sagen, was die Geschichte nicht gelöst hat.

Aus diesen Überlegungen heraus soll hier versucht werden, der Historizität der Rosa Luxemburg durch ihre eigene Vergangenheit gerecht zu werden, sie nicht unbillig zu aktualisieren, sondern in ihrer ganzen Archaik als Zeugin ungelöster historischer Fragen sprechen zu lassen. Darin liegt ihre Aktualität. Sie vermittelt sich nicht durch Aktualisierung, sondern durch Historizität.

11 Susanne Miller, *Eine Radikale, die Freiheit meinte*, in: *Vorwärts*, Jg. 1973, Nr. 43, vom 25.10., S. 17.

12 Masao Nishikawa, *Reggio Emilia*, in: *Newsletter European Labour and Working Class History*, Jg. 2 (1973), Nr. 4, S. 16 f.

13 Das Ergebnis einer Suchanzeige in der meistgelesenen Pädagogen-Zeitschrift bestätigt diesen Sachverhalt: Offenbar gab es im fraglichen Zeitraum keine westdeutsche Schule, die sich im Geschichts- oder Sozialkundeunterricht intensiver mit Rosa Luxemburg beschäftigte. Vgl. *betrifft: erziehung*, Jg. 6 (1973), H. 11, S. 60.

14 Vgl. unten, S. 183, Anm. 24.

Die folgende Interpretation fußt nicht auf der Entdeckung neuer Quellen. Es geht vielmehr um eine Sehweise, wie sie in der bisherigen biographischen Literatur nicht entwickelt wurde. Damit soll einem vollständigeren Luxemburg-Bild nicht vorgegriffen werden. Ohnehin wird die zehnbändige Ausgabe der Werke durch Günter Radczun u.a. zu manchen Korrekturen zwingen.¹⁵

AUF DEM JENAER PARTEITAG

Es war eine kleine, gehbehinderte Frau¹⁶ mit fremdem Akzent, doch unerhörter rhetorischer Kraft,¹⁷ die im Zeichen der russischen Revolution des Jahres 1905 auf dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Klassenkampf von der historischen Phrase wieder zur aktuellen Parole erhob: „Wir sehen doch an der Geschichte“, so rief sie aus, „daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes erkaufte sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr Blut für die eigene Klasse zu lassen, da kommen vorsichtige, sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, dieses Blut ist uns zu teuer“. ¹⁸

Die militante Person wettete vor allem gegen die friedfertigen Gewerkschaftsführer: „Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution!“ Gegenüber dem wachsenden Apparat der Verbandsbürokratie beschwor sie den verführerischen Zauber revolutionärer Dialektik in der prozessualen Entfaltung des Klassenkampfes: „Es ist eben eine ganz mechanische, undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampfe immer vorausgehen müssen. Die Organisation wird auch umgekehrt selbst im Kampf geboren, zusammen mit der Klassenaufklärung“. ¹⁹

Schließlich erinnerte die jugendliche Rednerin an das Gründungsdokument der modernen Arbeiterbewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts: „Gegenüber der ganzen Kleingeisterei müssen wir uns sagen, daß für uns die letzten Worte des Kommunistischen Manifests nicht nur eine schöne Phrase für Volksversammlungen sind, sondern daß es uns blutiger Ernst ist, wenn wir den Massen zurufen: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen“. ²⁰

Dem einen oder anderen Beobachter des Jenaer Parteitages mag der kämpferische Rigorismus Rosa Luxemburgs kalte Schauer über den Rücken gejagt haben. Aber August Bebel, der unangefochtene Parteiführer, fing die Stimmung durch eine humoristische Wendung wieder auf: Noch nie hätte er einer Debatte beigewohnt, meinte der alte, kampferprobte Streiter, in der so viel von Blut und Revolution die Rede gewesen. Ein paarmal habe er

15 Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin 1970 ff. Diese Ausgabe konnte für den vorliegenden Aufsatz nur bis Bd. 3 herangezogen werden.

16 Rosa Luxemburg, geboren am 5.3.1871 in Zamość, ermordet am 15.1.1919 in Berlin.

17 Über Rosa Luxemburg als Rednerin äußert sich Paul Frölich, *Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat*. Mit einem Nachwort von Iring Fetscher, Frankfurt/M., 4. Aufl., 1973, S. 236 f.

18 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905*, Berlin 1905, S. 320.

19 *Ebda.*

20 *Ebda.*

„unwillkürlich auf seine Stiefelspitzen“ schauen müssen, „ob diese nicht bereits im Blute warteten“. ²¹ Große Heiterkeit folgte seinen Worten. Das „Schreckgespenst“, das die „rrrevolutionäre Rosa“ ²² getreu dem Manifest von 1848 wieder hatte umgehen lassen, schien gebannt.

DIE „BLUTIGE“ ROSA

Intern warf August Bebel seiner jugendlichen Streitgenossin „Ultraradikalismus“ vor. Das geschah in „freundlichstem“ Ton. Er meinte: „Wenn die Revolution in Deutschland kommt, wird Rosa bestimmt auf der Linken stehen und ich bestimmt auf der Rechten.“ In schwarzem Humor fügte er hinzu: „Aber wir werden sie aufhängen, wir lassen uns nicht von ihr in die Suppe spucken.“ Rosa blieb keine Antwort schuldig: „Es ist noch nicht heraus, wer wen aufhängen wird“. ²³ Der scherzhafte Dialog antizipierte die äußerste Möglichkeit ihrer konsequent fortgelebten Existenz. Das Leben und Sterben der Rosa Luxemburg war im Jahre 1905, in den Wochen ihrer größten Erfolge, bereits schattenhaft vorgezeichnet: ein makabrer Tanz von eigenartiger Faszination am Rande der Klassengesellschaft des wilhelminischen Imperialismus.

Nachdem das Thema lautstark angestimmt, spielte die sogenannte öffentliche Meinung immer wieder die stereotype Melodie von der „roten Rosa“, der „blutigen Rosa“ und der „blutig-roten Rosa“ bis an ihr schicksalhaftes Ende und darüber hinaus. ²⁴ Mit dem sensationell verlaufenen Jenaer Parteitag war das radikale Frauenzimmer zur Zielscheibe gehässigen Spotts geworden. Die sonst so geschmackvolle Münchner „Jugend“ veröffentlichte eine Vignette der hexenhaft metzelnden Hausfrau: Rosa mit dem langen Messer. ²⁵ Das Opfer dieser Schwarweißmalerei reagierte freundlich naiv: „In der ‘Jugend’ so schrieb sie ihrem Leon Jogiches, „sind wieder eine Masse Witze, die auf mein Konto gehen . . . Du wirst Dich schief lachen, obwohl Du wegen der ‘Porträts’ sicher böse sein wirst“. ²⁶

21 A.a.O., S. 339.

22 Diese Wendung braucht Rosa Luxemburg in ihrem Brief an Leon Jogiches vom 26. – 27.10.1905, abgedruckt in: Rosa Luxemburg, *Briefe an Leon Jogiches. Mit einer Einleitung von Feliks Tych*, Frankfurt/M., 1971, S. 244 – 247, hier S. 246.
Vgl. auch Feliks Tych, *Zwei Briefe Rosa Luxemburgs an Kurt Eisner*, in: *IWK*, Jg. 8 (1972), H. 15, S. 40 – 45.

23 Zitiert nach Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, Frankfurt/M. 1968, S. 303. Der zugrundeliegende Brief ist in der deutschen Ausgabe des Briefwechsels mit Leon Jogiches leider nicht enthalten.

24 Das Stereotyp von der „blutigen Rosa“ wird der liberalen *Frankfurter Zeitung* und Friedrich Naumanns *Die Hilfe* zugeschrieben. Vgl. dazu Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 294, Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 98, Ossip K. Flechtheim, *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 20 (1969), H. 1, S. 11, Giseler Schmidt, *Rosa Luxemburg zwischen Ost und West*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, Jg. 20 (1970), Nr. 16, S. 3.

25 Vgl. die Abbildungen auf S. 184 – 190.

26 Brief an Leon Jogiches vom 6.10.1905 in: Rosa Luxemburg, *Briefe an Leon Jogiches*, S. 229 – 233, hier S. 233.



„Wie, Frau Luxemburg, Sie haben keine Köchin?“ fragte ein Genosse.

„Schon, aber's Geflügel schlachte ich immer selber... ach, wenn ich so Blut fließen sehe...!“

*



Da das Exterieur der Mitglieder der „Vorwärts“-Redaktion sich zu seltener Harmonie gestaltet hat, soll die Versammlung fortan den Namen „Der große Sanhedrin“ führen.



Rosa im Rachen des Russischen Bären
Hoffentlich läßt er die Arme, da sie ihm wahr-
scheinlich recht ungenießbar erscheinen wird,
bald laufen, und die Redaktion des „Vorwärts“
feiert ein Freudenfest!





Im Paradies

A. Schmidhammer

Während des Jenaer Parteitages konnte man fast allabendlich Paul Singer und Rosa Luxemburg im Paradies, dem Jenaer Stadtpark, luftwandeln sehen.

„Wie heißt Du Dir eigentlich die Frau der Zukunft vor?“ frag eines Abends Röschen. — „Anders!“ erwiderte der ungalante Paul.



„Vorwärts“-Idylle

Rosa: „Bebel sei Dank, daß die ethisch-ästhetische Bande endlich rausgeschmissen ist!“

✱



Die Hera Singer, Stadthagen und Luxemburg

H. Welsgerber (Paris)

Der kluge Mann baut vor, für den Fall, dass sein Sohn später vielleicht mal Redakteur des „Vorwärts“ werden möchte.
Von jetzt ab lassen deshalb sämtliche Genossen ihre männlichen Nachkommen beschneiden.



In der Redaktion des „Vorwärts“. Singer (zu Rosa, die seine Hosen anzieht): „Nimm, liebe Genossin, lieber das Hinterteil nach vorne, — es ist wie ein doveischer Kugelpanzer, wenn Du Dir noch die „Polemik zwischen Kautsky und Schippel“ einnähst!“
(Zeichnungen von A. Schmidhammer)



Zukunftsbild

E. Wilke

Alljährlich werden unter Singers Anführung Wallfahrten „Zur abgehauenen Hand von Breslau“ stattfinden. „Rosa-Kränze“ sind zu billigem Preise in der Redaktion des „Vorwärts“ zu haben.

Es folgte eine förmliche Kampagne gegen „Rosa mit der Schnauze“, ²⁷ wie sie in den begleitenden Spottversen hieß. Nach der „Hausfrau“ wurde die „Jüdin“ im Kreis ihrer semitischen Mitarbeiter abkonterfeit: Rosa mit der langen Nase. Schließlich endete sie — der Phantasie des Zeichners zufolge — im Rachen des russischen Raubtiers. Dorthin hatte die Presse sie schon lange gewünscht, die Galizierin! Der sonst so empfindsame und galante „Jugendstil“ glitt ahnungsvoll ab in die rabiate Manier des späteren Nürnberger „Stürmer“.

EINE AMBIVALENTE ERSCHEINUNG

Körperliche Gebrechen und gesellschaftliche Schwächen bot Rosa Luxemburg übergenug, um das Gespött ihrer Feinde auf sich zu ziehen: Ihr Hüftleiden und ihr schwächlicher Wuchs, ihr geringes Alter, ihre slawische und jüdische Herkunft, ihre Scheinehe unter dem Namen Rosalie Lübeck, ihre Wehrlosigkeit gegenüber Polizei und Justiz. Die geistreiche und temperamentvolle Frau, die unter anderen Verhältnissen eine gefeierte Größe der eleganten Salons geworden wäre, stand im Schatten der Diskriminierung: Eine Politikerin ohne Vereinigungsfreiheit im preußisch-deutschen Reich, ohne aktives und passives Wahlrecht. Als revolutionäre Sozialistin, als jugendliche Agitatorin, als intellektuelle polnische Jüdin, als politisierende Hausfrau war sie eine „femme fatale“ von frappierender Souveränität und einnehmender Ungeniertheit. Sie agierte am Kreuzweg mehrerer Emanzipationsbewegungen. Deshalb war sie allen Schmähungen stärker ausgesetzt als andere Frauen in der bürgerlichen Emanzipationsbewegung, aber auch vielseitiger gefährdet als ihre männlichen Kampfgenossen. Mehrfach kompensierte sie ihre gesellschaftlichen Defizite: Durch das „unfräuliche“ Studium der Natur- und der Staatswissenschaften, durch hektische Publizität als Schriftstellerin, Journalistin und bewunderter rhetorischer Star. Sie war das polyglotte Wunderkind der internationalen Kongresse und die konzessionslose Bekennerin vor den Schranken deutscher Gerichte. Der allseitigen Diskriminierung stellte sie die totale „Befreiung der Menschheit“ gegenüber. Sie war ein Bündel aus Gebrechlichkeit und Überkompensation.

In der Anspannung all ihrer Kräfte bewahrte sie dennoch ironische Distanz gegenüber sich und den anderen. Zusammen mit ihrer Freundin Clara Zetkin entwarf sie schon früh eine Inschrift für ihr gemeinsames Denkmal: „Hier ruhen die beiden letzten Männer der deutschen Sozialdemokratie“. ²⁸

Das „männliche“ Auftreten, verbunden mit jungfräulicher Militanz, trug schon der Züricher Studentin des Jahres 1893 den Ruf einer „Jeanne d'Arc“ ²⁹ ein. Später versuchten die „Sozialistischen Monatshefte“, sie als „Imitation der Jungfrau von Orleans“ verächtlich zu machen. ³⁰ In der Tat bestätigte ihr opfervolles Leben manches an dem hochgesteckten Vergleich. Doch wurde sie keine „Jeanne d'Arc“ des Sozialismus, denn sie eignete sich nicht als Projektionsfigur für die Übertragung dieses sozialen Mythos. Dazu war ihre persönliche, schöpferische Leistung zu groß und vielschichtig, ihre aktuelle Wirksamkeit zu konkret und überbewußt, ihre Naivität nicht schlicht genug.

²⁷ *Jugend*, Jg. 10 (1905), Bd. 2, Nr. 40, S. 782.

²⁸ Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 222.

²⁹ Peter Nettel, *Rosa Luxemburg*, S. 93.

³⁰ *A.a.O.*, S. 294. Vgl. auch Giselher Schmidt, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 4.

Freilich hat ihre historische Erscheinung immer wieder mythologische Vergleiche herausgefordert.³¹ Karl Egon Frohme meinte auf dem Stuttgarter Parteitag, sie rede „wie eine Göttin aus den Wolken“.³² Luise Kautsky sprach von einer „neuen Athene, fertig dem Haupte des Zeus entsprungen, steht sie vor uns, blitzend in Wehr und Waffen“.³³

Ossip K. Flechtheim nannte sie eine „Penthesilea“³⁴ und übernahm damit einen Vergleich, den Rosa Luxemburg selbst in einem Brief aus dem Gefängnis wählte: „Hart geworden wie geschliffener Stahl“ werde sie, aus dem Kerker befreit, die „Froschgesellschaft jagen und hetzen mit Trompetenschall und Peitschenknall und Bluthunden – wie Penthesilea . . .“³⁵ Aber sie war keine „Königin der Amazonen“. Eher glich sie einer umgekehrten „Pandora“ mit der ganzen Ambivalenz dieser mythischen Figur³⁶ aus dem Umkreis des Prometheus, dem wiederum Marx zuzuordnen wäre.³⁷

Rosa Luxemburg war schon für ihre Zeitgenossen – Freunde wie Feinde – „eine sehr kontroverse Gestalt“.³⁸ Sie scheint sich gar als „Mensch in seinem Widerspruch“³⁹ empfunden zu haben. Die Frage der Selbstidentität gehörte zu ihren intimsten Problemen. Das „innere Verwachsen mit der organischen Natur“ – so bekannte sie – nahm „beinahe krankhafte Formen an“.⁴⁰ Sie suchte jemanden, der akzeptierte, daß sie eigentlich „zum Gänsehüten geboren“ sei und „nur aus Versehen im Strudel der Weltgeschichte herumkreisle“.⁴¹ Ihren Freunden erklärte sie gerne: „Man soll sein wie eine Kerze, die an beiden Enden brennt“⁴² – ein gewagter, biblischer Vergleich, der die widersprüchliche und selbstverzehrende Identität der leidenschaftlichen Politikerin ausdrückte. Historische Perspektive und aktueller Prozeß trafen zusammen: Kein Januskopf der Geschichte, sondern ein „Janusfeuer“ der Aktualität.

31 Susanne Hillmann spricht von einem „Mythos, der diese Frau umgibt“ und niemals „entzaubert“ wurde. Vgl. Rosa Luxemburg, *Schriften zur Theorie der Spontaneität*, hrsg. von Susanne Hillmann, Reinbeck 1970, S. 233.

32 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898*, Berlin 1905, S. 120.

33 Luise Kautsky (Hrsg.), Rosa Luxemburg, *Briefe an Karl und Luise Kautsky, 1896 – 1918*, Berlin 1923, S. 14.

34 Ossip K. Flechtheim, *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg*, S. 7.

35 Brief Rosa Luxemburgs an Mathilde Wurm vom 28.12.1916, in: Benedikt Kautsky (Hrsg.), Rosa Luxemburg, *Briefe an Freunde*, Hamburg 1950, S. 45 f.

36 Vgl. D. Panofsky und E. Panofski, *Pandoras Box, The Changing Aspects of a Mythical Symbol*, New York 1954.

37 Zum Vergleich Marx-Prometheus siehe die Allegorie *Der gefesselte Prometheus*, in: D. Rjazanow (Hrsg.), *Marx/Engels Gesamtausgabe (MEGA)*, 1. Abtl., Bd. 1, 1. Halbbd., Frankfurt/M. 1927, Tafel 1.

38 So Feliks Tych in seiner Einleitung zu Rosa Luxemburg, *Briefe an Leon Jogiches*, S. 14.

39 Ossip K. Flechtheim, *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg*, S. 11.

40 Brief an Sophie Liebknecht vom 12.5.1918, in: Rosa Luxemburg, *Briefe aus dem Gefängnis*, Berlin 1922, S. 70. Das psychologische Problem wurde von Alfred Döblin in seinem historischen Roman *Karl und Rosa*, Freiburg i.B. 1950, künstlerisch überzeichnet. Vgl. dazu die Besprechung von Max Barth, *Alfred Döblin und Rosa Luxemburg*, in: *Druck und Papier*, Jg. 3 (1951), Nr. 22, S. 354, vom 15.11.

41 Luise Kautsky, *Rosa Luxemburg . . .*, S. 156; Paul Frölich, *Rosa Luxemburg . . .*, S. 226.

42 Luise Kautsky, *Rosa Luxemburg . . .*, S. 11. Luise Kautsky berichtet das im Vorwort der Briefaus-

Karl Kautsky, der viele Jahre ihr Freund und Protektor, aber ebenso lange ihr politischer Gegner gewesen war, schrieb wenige Tage nach ihrer Ermordung: „In den Kreisen, in denen sie sich bewegte, gab es keinen, der mehr aufrichtige Liebe, ja schwärmerische Verehrung; aber auch keinen, der mehr bittersten Haß und grimmigsten Rachedurst hervorgerufen hat wie Rosa Luxemburg“. ⁴³ Lenin, der Gegenspieler Kautskys in der sozialistischen Internationale, wählte eine treffliche russische Fabel, in der er die Luxemburg einem „Adler“ verglich und zugleich ihre Ambivalenz charakterisierte: „Wohl traf's sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershö'n“. ⁴⁴ Trotz all ihrer Fehler und Irrtümer blieb sie für Lenin ein „Adler“, für Luise Kautsky ein „verirrtes Lamm“ ⁴⁵ der Sozialdemokratie.

Aber die allgemeine Unduldsamkeit gegen vielschichtige Charaktere erschwert die Rezeption eines ambivalenten Persönlichkeitsbildes, wie es von jenen gezeichnet wurde, die sie persönlich kannten, schätzten und kritisierten. Immer wieder finden sich Zeugnisse ehrfürchtiger Heligenmalerei oder exorzistischer Überzeichnung. Die Zwischentöne verblassen neben diesen grellen Bildern. Schon in den polnischen Emigrantengruppen der neunziger Jahre wurde die eigenwillige Studentin zur politischen „Buhfrau“. ⁴⁶ Sie galt als „t'rejfe“ also „unrein“. ⁴⁷ Victor Adler, der internationale Arbeiterführer, nannte sie schon früh eine „doktrinäre Gans“, die vieles verdarb. ⁴⁸ Wilhelminische Revisionisten bezeichneten sie als „respektlose Stechmücke“. ⁴⁹ Die gehässigsten Angriffe stalinistischer Provenienz gipfelten schließlich in der Schmährede von der „Luxemburgischen Lues“ ⁵⁰, als wäre eine schleichende Seuche zu bekämpfen gewesen. Übertroffen wurden diese Invektiven allein durch die Haßgesänge brauner Marschkolonnen.

gabe. Ihre Erinnerungen an Rosa Luxemburg waren gleichermaßen ambivalent: „... im Lieben wie im Hassen war sie stets von der gleichen Glut beseelt; ... Und diese Glut, die von ihr ausstrahlte, teilte sich allen Menschen in ihrer Umgebung mit. Sie war eine Zauberin in der Kunst, Menschen zu gewinnen, natürlich nur, wo sie es darauf anlegte.“ *Ebda.*

- 43 Karl Kautsky, *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis*, in: *Der Sozialist*, Jg. 5 (1919), Nr. 2 vom 24.1., S. 55.
- 44 Wladimir Iljitsch Lenin, *Notizen eines Publizisten*, geschrieben im Februar 1922, zuerst veröffentlicht in der *Prawda*, Nr. 87, vom 16.4.1924, abgedruckt in: Wladimir Iljitsch Lenin, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Bd. 33, 2. Aufl., Berlin 1963, S. 188 – 196, hier S. 195. Vgl. Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 753. Dasselbe Zitat findet sich in einer weniger rhythmischen Übersetzung bei Fred Oelßner, *Rosa Luxemburg, Eine kritische biographische Skizze*, Berlin 1951, S. 215.
- 45 So Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 783, über das Luxemburgbild in den Veröffentlichungen Luise Kautskys.
- 46 *A.a.O.*, S. 93.
- 47 *Ebda.*
- 48 Viktor Adler an Karl Kautsky. Brief vom 13.5.1896, in: Viktor Adler, *Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky*, Wien 1954, S. 207.
- 49 Susanne Hillmann, *Rosa Luxemburg, Schriften ...*, S. 234.
- 50 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 770. Die Urhebererschaft für diese Angriffe lag bei Ruth Fischer. Vgl. dazu Herrmann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969, Bd. 1, S. 89 ff.; Lelio Basso, *Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution*, Frankfurt/M. 1969, S. 9; Giseler Schmidt, *Rosa Luxemburg zwischen Ost und West*, S. 6.

Wie eine Kontrafaktur gegenüber steht die Hagiographie durch die Gemeinde ihrer Anhänger. Paul Frölichs Biographie – inzwischen in acht Sprachen übersetzt – erscheint als „Übung in konventioneller Heiligenmalerei“⁵¹. „Für das große Lager der romantischen Sozialisten . . . ist sie zum Fluchtpunkt in jene glücklichere Vergangenheit geworden, als die Revolution noch unverdorben und ihre Helden treuherzig, glühend und hoffnungsvoll waren“.⁵² Auch die politikwissenschaftliche Literatur ist nicht frei von Idealisierungen. Ossip K. Flechtheim verklart sie als „selten lichte und lautere Gestalt“.⁵³ Hermann Weber meint, sie würde „im Urteil der Geschichte“ als große Persönlichkeit „mit klarem Geist, edlem Wollen und lauterem Charakter bestehen können“.⁵⁴ In Abkehr von stalinistischen Irrtümern nennt das „Neue Deutschland“ ihr Leben ein „Heldenlied“.⁵⁵ In der Tat gehört Rosa Luxemburg in das „Heroenzeitalter“ des internationalen Sozialismus, in jene unheilvolle „heile Welt“ der alten Arbeiterbewegung, bevor das „große Schisma“⁵⁶ in einen freiheitlichen und einen autoritären Sozialismus oder Kommunismus hereinbrach. Versuche ihrer nostalgischen Idealisierung werden deshalb immer wieder anzutreffen sein.

Gleichwohl bleibt die *historische* Rosa Luxemburg, wie sie lebte, sprach und schrieb, für den sozialpsychologischen Prozeß der Projektion und Identifikation letztlich ungeeignet. Je mehr Manuskripte, Briefe und Dokumente veröffentlicht werden, desto schneller bröckelt der Kitsch von den Andachtsbildern, desto deutlicher wird auf der anderen Seite die schmutzige Kakographie als Projektion des kollektiven schlechten Gewissens erkennbar. Der sorgsame Herausgeber ihrer umfangreichsten Briefsammlung, Feliks Tych, meint über die Entwicklung des Luxemburgbildes: „Vielleicht ‘entheroisieren’ die Briefe in gewissem Grade die Gestalt der großen Revolutionärin, sie erwecken oft gemischte Gefühle. Doch gleichzeitig zeigen die Briefe sie mit menschlichem Maß gemessen“.⁵⁷

HUMANER IDEALISMUS

Der Idealismus Rosa Luxemburgs fußt nicht auf einem philosophischen System, sondern gründet in ihrer menschlichen Haltung und umfassenden humanistisch-literarischen Bildung, die immer wieder aus ihren Äußerungen hervorstrahlt, wie jenes „durchdringende Auge der Liebe“, das „nicht erdrückt wird durch den Leib der materialistischen Zerspaltung“.⁵⁸

51 Peter Netti, *Rosa Luxemburg*, S. 31.

52 Joachim Fest, *Die Dingsda*, in: *Der Spiegel*, Jg. 25 (1971), Nr. 16 vom 12.4., S. 159.

53 Rosa Luxemburg, *Die Russische Revolution*, Eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1963, S. 21.

54 Herrmann Weber (Hrsg.), *Der deutsche Kommunismus*, Köln 1964, S. 18. Vgl. dazu auch Giselher Schmidt, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 5.

55 Nach Joachim Fest, *Die Dingsda*, S. 158.

56 Dieses Schlagwort nach Carl E. Schorske, *German Social Democracy 1905 – 1917. The Development of the Great Schism*, Cambridge/Mass. 1955.

57 So Felix Tych in seiner Einleitung zu Rosa Luxemburg, *Briefe an Leon Jogiches*, S. 12.

58 Karl Marx, *Hefte zur epikureischen, stoischen und skeptischen Philosophie*, 6. Heft, in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, 38 Bde., Berlin 1961 ff., Ergänzungsbd., 1. Teil, S. 208 – 235, hier S. 229.

Fred Oelfner attestiert ihr den „Standpunkt eines verschämten Idealismus“ aus der Nähe Feuerbachschen Denkens.⁵⁹ Die Theoretikerin des „historischen Materialismus“ sah biblische Bilder im irdischen Geschehen: König Salomo, mit dem sie die „Sprache der Vögel und Tiere“ zu verstehen glaubte;⁶⁰ die „heilige Familie“ in korsischer Landschaft. „Dort ist noch die Bibel lebendig und die Antike“, meinte sie in einem Brief aus dem Gefängnis.⁶¹

Schon am Beginn ihrer politischen Laufbahn hatte sie geschrieben: „Ich bin und will sowohl in der deutschen als auch in der polnischen Bewegung ein Idealist bleiben“.⁶² Sie fühlte in ihrer Seele, wie sie selbst schreibt, „eine neue, originelle Form“ reifen, „eine Form, die sich nichts aus Formeln und Schablonen macht, die sie – natürlich nur mit der Kraft des Gedankens und der Überzeugung – *durchbricht*.“⁶³ Die Anfänge ihrer Dialektik sind – wie bei Marx – in poetischen Versuchen zu finden. Aber stärker als Marx orientierte sie sich an der Dialektik von Goethes „Faust“. ⁶⁴ Auch der „Zauberlehrling“, „Reineke Fuchs“ und der „Blumengruß“, durchziehen ihre Briefe, Reden und Schriften.

Klassik, Romantik und Weltbürgertum der Goethezeit spiegeln und erneuern sich in der Kompassion, die sie den Opfern des Imperialismus zuwendet: „O diese ‘erhabne Stille der Unendlichkeit’, in der so viele Schreie ungehört verhallen, sie klingt in mir so stark, daß ich keinen Sonderwinkel im Herzen für das Getto habe: ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt“.⁶⁵

In verzweifelten Stunden fand sie Trost durch wissenschaftliche Reflexion und durch die Lektüre des „Faust“. Aus dem Gefängnis schrieb sie ihrer schriftstellernden Freundin Luise Kautsky: „Ich verlange nicht, daß Du wie Goethe dichtetest, aber seine Lebensauffassung – den Universalismus der Interessen, die innere Harmonie – kann sich jeder anschaffen oder wenigstens anstreben“.⁶⁶ Sie selbst scheint sich auch nach der Befreiung an diese Maxime gehalten zu haben. In ihrer Programmrede auf dem Gründungsparteitag der KPD zitierte sie den Faust-Monolog wie oft zuvor, als wäre es ein Stück von ihr: „Im Anfang war die Tat!“⁶⁷ Während der letzten Stunden vor ihrer Ermordung, nachdem die Solda-

59 Fred Oelfner, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 161.

60 Brief an Sophie Liebknecht vom 23.5.1917, in: Rosa Luxemburg, *Briefe aus dem Gefängnis*, S. 32.

61 Brief an Sophie Liebknecht vom 15.1.1917, in: *A.a.O.*, S. 18.

62 Rosa Luxemburg, *Briefe an Leon Jogiches*, S. 152, Brief vom 1.5.1899. Dasselbe Zitat bei Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 169, zeigt leichte Differenzen, die wohl durch die Übersetzung zu erklären sind.

63 In einem Brief an Jogiches, zitiert bei Nettl, *ebda*.

64 Weitere Hinweise auf ihr Verhältnis zum *Faust* finden sich bei Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 222.

65 Brief an Mathilde Wurm vom 16.2.1917, in: Rosa Luxemburg, *Briefe an Freunde*, S. 49. Diese vielzitierten Sätze beziehen sich auf die Niederschlagung des Herero-Aufstandes. Ähnlich empfand sie mit den „Rothäuten in Nordamerika“. Brief an Sophie Liebknecht vom 2.5.1917, in: Rosa Luxemburg, *Briefe aus dem Gefängnis*, S. 26.

66 Luise Kautsky (Hrsg.) Rosa Luxemburg, *Briefe an Karl und Luise Kautsky*, S. 175. Vgl. dazu Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 175.

67 Rosa Luxemburg, *Ich war, ich bin, ich werde sein*, Berlin 1958, S. 131. *Der Gründungsparteitag der KPD, Protokoll und Materialien*, herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, Frankfurt/M. 1969, S. 198.

teska sie bereits gefaßt hatte, saß sie in einer Ecke des Zimmers ihres Mörders im Berliner Hotel „Eden“ und las den „Faust“, der Tragödie zweiter Teil. 68

Neben Zitaten aus dem Faust enthielten ihre letzten Reden und Aufsätze einzelne Elemente aus der griechischen Mythologie und Anspielungen auf Nebukadnezars alttestamentarischen Traum vom „Koloß auf tönernen Füßen“. 69 Neben Martin Luthers: „Das Wort sie sollen lassen stahn“, 70 setzte sie Ulrich von Hutten's Kernspruch: „Ich hab's gewagt!“ 71 Das alles wirkt nicht literarisch herbeigezogen, sondern auf eigenwillige Weise persönlich anverwandelt.

In ihr vereinigte sich auf „einmalige“, nahezu mystische „Art und Weise vollkommene Treue zum dialektischen Materialismus . . . mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zu den humanistischen, befreienden Aspekten der revolutionären Demokratie“. 72 Als einziges Gewaltmittel billigte sie ursprünglich die „sozialistische Aufklärung der Arbeiterklasse im alltäglichen Kampfe“. 73 Noch in der Hektik des revolutionären Jahreswechsels von 1918/19 hielt sie den delegierten Klassenkämpfern in Berlin ein aufklärerisches Lessing-Zitat vor, in dem es hieß: „Ich weiß nicht, ob es Pflicht ist, Glück und Leben der Wahrheit zu opfern. Aber das weiß ich, ist Pflicht, wenn man Wahrheit lehren will, sie ganz oder gar nicht zu lehren“. 74 Freilich bekam „Wahrheit“ im Zusammenhang marxistischen Denkens seine besondere Bedeutung, denn nach Marx ist es „Aufgabe der Geschichte, nachdem das Jenseits der Wahrheit verschwunden ist, die Wahrheit des Diesseits zu etablieren“ 75 – eine idealistisch-revolutionäre Zielsetzung.

Dem aus der Distanz rückblickenden Historiker mögen Rosa Luxemburgs letzte Appelle durchaus „naiv und sehr romantisch erscheinen“. 76 In der Tat ist ihre Entwicklung ohne eine gewisse idealistische, ja geradezu romantisch-somnambule Naivität schwer erklärbar. Offenbar entzog sie diesen geheimsten Winkel ihrer Persönlichkeit ganz bewußt einer analytischen Betrachtung. So schrieb sie an Leon Jogiches: „Aber ich habe jetzt einen Widerwillen gegen jegliche 'Analyse', mehr als sonstwann. Ich lebe einfach ein Pflanzenleben und man muß mich so lassen wie ich bin.“ 77 Diese Einstellung verlor sich nicht unter dem Eindruck des Weltkrieges, sondern steigerte sich eher: „Innerlich fühle ich mich in so einem Stückchen Garten wie hier oder im Feld unter Hummeln und Gras viel mehr in meiner Heimat als –

68 Günter Nollau, *Rosa Luxemburg las Faust II. Aktennotiz über die Ermordung der Kommunisten-Führerin*, in: *Der Spiegel*, Jg. 24 (1970), Nr. 1, S. 49.

69 Rosa Luxemburg, *Ich war . . .*, S. 105; *Der Gründungsparteitag der KPD . . .*, S. 183.

70 Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 2, S. 504.

71 Rosa Luxemburg, *Die Russische Revolution*, S. 80.

72 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 792.

73 Vgl. ihre Rede auf dem Parteitag in Stuttgart 1898, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 1, 1. Halbbd., S. 239.

74 Rosa Luxemburg, *Ich war . . .*, S. 111; *Der Gründungsparteitag der KPD . . .*, S. 186 f.

75 Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin 1961 ff, Bd. 1, S. 378 – 391, hier S. 379.

76 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 711.

77 Rosa Luxemburg, *Briefe an Leon Jogiches*, S. 233. Brief vom 6.10.1905.

auf einem Parteitag".⁷⁸ Im Gefängnis reifte ihr Verständnis für „mütterliche Naivität.“⁷⁹ Mit gutem Grund stand Rosa Luxemburg „im Ruf der Naivität bewegter Menschen“. ⁸⁰ Freilich war es weniger ursprüngliche als bewußt entwickelte Naivität einer Frau, deren persönliche und politische Wirksamkeit schwerlich ohne einen irrationalen Rest zu verstehen ist.

Rosa Luxemburgs Idealismus kam dadurch zum Ausdruck, daß ihr Sozialismus „von Moral durchtränkt“ war, und zwar „in eben dem Maße, wie er zielgerichtet“ erschien.⁸¹ In der Auseinandersetzung mit Eduard Bernstein meinte sie: „Die Bewegung als solche ohne Beziehung auf das Endziel, die Bewegung als Selbstzweck ist mir nichts, das Endziel ist uns alles“.⁸²

Sie war eine kompromißlose „Finalistin“ unter den historischen Materialisten. In einem illegalen Flugblatt während des Krieges schrieb sie: „Die Weltverbrüderung der Arbeiter ist mir das Heiligste und Höchste auf Erden, sie ist mein Leitstern, mein Ideal, mein Vaterland; lieber lasse ich mein Leben, als daß ich diesem Ideal untreu werde!“⁸³ Ihr Programm war dem Ziele nach „moralischer Natur“. ⁸⁴ „Moral und Ziel waren für sie parallele und zuzeiten beinahe synonyme Begriffe“. ⁸⁵

Radikal sein, hieß für sie nicht nur „die Sache an der Wurzel fassen“⁸⁶, sondern mindestens in gleichem Maße, alle Aktivitäten auf das große Ziel des Übergangs vom Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit auszurichten. Stärker als Karl Kautsky war sie eine gläubige Aktivistin säkularisierter und praktizierter Heilsgeschichte.

Ihre Kompromißlosigkeit und Radikalität wird durch nichts irreführender interpretiert als das entstellende Klischee von der „blutigen Rosa“. In den Briefen finden sich ergreifende Zeugnisse rührenden Mitleids und geradezu „franziskanischer“ Einfühlung in die leidende Kreatur.⁸⁷ Aber sie vertrat keinen weltanschaulichen Pazifismus der Gewaltlosigkeit – etwa im Geiste Bertha von Suttners oder Leo Tolstois. In der „Propaganda“ eines „Nichtwiderstehens dem Übel“ erblickte sie die Gefahr „sozialer Passivität“. ⁸⁸ Aber sie war eine fanatische Gegnerin des nationalistischen und imperialistischen Völkerkrieges.

78 Brief an Sophie Liebknecht vom 2.5.1917, in: Rosa Luxemburg, *Briefe aus dem Gefängnis*, S. 26.

79 Brief an Sophie Liebknecht vom 23.5.1917, in: *A.a.O.*, S. 32.

80 Joachim Fest, *Die Dingsda*, S. 158.

81 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 219.

82 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898, Berlin 1898, S. 118.

83 Entweder-Oder. Illegales Flugblatt aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, zitiert nach Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 266.

84 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 30.

85 *A.a.O.*, S. 219.

86 Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* . . . , S. 385.

87 Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 227. Die wichtigsten Selbstzeugnisse zu diesem Komplex finden sich in *Briefe aus dem Gefängnis*, S. 25 – 30 und S. 56 – 60. Es sind Briefe aus Wronke vom 2.5.1917 und vom Dezember 1917 an Sophie Liebknecht.

88 Rosa Luxemburg, *Briefe aus dem Gefängnis*, S. 22. Vgl. Rosa Luxemburg, *Tolstoi als sozialer Denker*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 2, S. 246 – 254.

Als der „Griff nach der Weltmacht“ vielen unvermeidlich schien, sagte sie im Februar 1914: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen und anderen Brüder zu erheben, dann rufen wir: Das tun wir nicht!“⁸⁹ Daraufhin wurde sie wegen „Aufforderung zum Ungehorsam“ angeklagt. Vor dem Frankfurter Landgericht vertrat sie konsequent den Standpunkt, „daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind“.⁹⁰ Ähnlich wie einst Wilhelm Liebknecht, nutzte sie den Gerichtssaal als wirksamstes Forum zur Anklage der Anklagenden: „Sie würden fliehen“, rief sie dem Staatsanwalt zu. „Ein Sozialdemokrat flieht nicht. Er steht zu seinen Taten und lacht ihrer Strafen. Und nun verurteilen Sie mich!“⁹¹ Die starke Leidenschaft und das unbeugsame Verhalten vor Gericht entzieht die empfindsame Briefschreiberin dem Verdacht der unverbindlichen Gefühlsduselei.

Den Weltkrieg erlebte sie fast ununterbrochen in Strafhaft, Festungshaft und „Schutzhaft“. Aus der Zelle heraus richtete sie ihre heftigsten Angriffe gegen das Blutvergießen: „Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen. Und mit jedem sinkt ein Kämpfer der Zukunft, ein Soldat der Revolution, ein Retter der Menschheit vom Joch des Kapitalismus ins Grab“.⁹² Wieder wurde „das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt“.⁹³

Als ginge es um eine postume Replik auf August Bebels ironische Wendung in Jena 1905, schrieb sie nun: „Geschändet, entehrt, im Blute watend, vom Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie“.⁹⁴ Wie in Jena schloß sie mit einer Parole aus dem Manifest: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“⁹⁵ In der leidenschaftlichen Polemik gegen den Weltkrieg, dem sie ihre Gefangenschaft und den Tod ihres engsten Freundes zuschreiben mußte, erreichte Rosa Luxemburgs kämpferischer Idealismus sein expressionistisches Pathos und seine mitreißende Suggestivität.

RADIKALDEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Es wäre ein unhistorisches Mißverständnis, Rosa Luxemburg als „Sozialdemokratin“ im Sinne Kurt Schumachers oder Friedrich Eberts, des Godesberger oder Görlitzer Programms der deutschen Sozialdemokratie anzusehen. Dergestalt würde ihre eigenwillige und einmalige politische Rolle, ihre weltanschauliche Position und die Rezeption ihres theoretischen Werkes durch die Linke in verfälschender Weise fehlinterpretiert.

89 Zitiert nach Giselher Schmidt, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 13.

90 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 467 f. Vgl. dazu Susanne Miller, *Eine Radikale, die Freiheit meinte*, S. 17.

91 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 472.

92 Rosa Luxemburg, *Die Krise der Sozialdemokratie* (Junius-Broschüre), in: dies., *Politische Schriften*, hrsg. von Ossip K. Flechtheim, 3 Bde., Frankfurt/M. 1966, Bd. 2, S. 19 – 157, hier S. 151.

93 Vgl. Anm. 18 – 22.

94 Rosa Luxemburg, *Die Krise der Sozialdemokratie*. S. 20.

95 *A.a.O.*, S. 151. Vgl. Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 264.

Rosa Luxemburg hat den „Revisionismus“, der sich während der letzten 50 Jahre in der SPD durchsetzen konnte, von Anfang an erbittert bekämpft.⁹⁶ Gegen Eduard Bernstein, der den Revisionismus begründete, forderte sie wiederholt und nachdrücklich den Parteiausschluß.⁹⁷ Im Revisionsimus sah sie eine „Strategie der Schwäche“, der sie eine „Strategie des Kampfes“ gegenüberstellte.⁹⁸ In den innerparteilichen Konflikten, die sie stets auf dem äußersten linken Flügel sahen, „geißelte sie Rücksichtnahme als Lauheit, Nachgiebigkeit als Schwäche, Entgegenkommen als Feigheit, Paktieren als Verrat“. ⁹⁹

Nach Hermann Weber war sie die „Begründerin einer bestimmten Richtung des Kommunismus“, der sich vom „diktatorisch-bürokratischen Kommunismus“ deutlich unterscheidet, aber „in seinen Zielen und Grundsätzen keineswegs mit dem demokratischen Sozialismus übereinstimmt“. Weber spricht deshalb von einem „demokratischen Kommunismus“, ¹⁰⁰ obgleich Rosa Luxemburg ihre neue Organisation nicht kommunistische, sondern „Sozialistische Partei“ nennen wollte.

So bedeutsam es heute sein mag – etwa im Hinblick auf den Prager Frühling, den jugoslawischen Weg oder die Entwicklung der italienischen Linken – die Möglichkeit eines demokratischen Kommunismus auch in der Geschichte nachzuweisen, fällt es doch schwer, Rosa Luxemburg als „Kommunistin“ zu bezeichnen, denn dadurch werden in Deutschland Vorurteile geweckt, die das Nachdenken über ihr Werk behindern und blockieren. Richtiger erscheint es, von einem „radikaldemokratischen Sozialismus“ ¹⁰¹ zu sprechen, weil das Besondere ihrer politisch-gesellschaftlichen Lehre in ihrem Demokratieverständnis zu suchen ist.

Sie erblickte die historische Mission des Proletariats darin, zum ersten Male einen echten „Volkswillen“ zu schaffen,¹⁰² der durch „direkte Aktion der Masse“ aus dem „elementaren Klassenkampf“ herauswächst. ¹⁰³ „Der weltgeschichtliche Vormarsch des Proletariats“ war für sie ein Prozeß, dessen Bedeutung darin lag, „daß hier zum ersten Mal in der Geschichte die Volksmassen selbst und gegen alle herrschenden Klassen ihren Willen durchsetzen, ihn aber ins Jenseits der heutigen Gesellschaft, über sie hinaus setzen müssen“. ¹⁰⁴ Darin äußerte sich ein romantisch-irrationaler Glaube an die kreativen Kräfte des sich befreienden Proletariats, das sie tendenziell mit der Masse und der überwiegenden Mehrheit des Volkes gleichsetzte.

96 Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 62 ff und S. 72 ff. Giselher Schmidt, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 7 f.

97 Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 96 ff.

98 So Felix Tych in seinem Vorwort zu Rosa Luxemburg, *Briefe an Leon Jogiches*, S. 30.

99 Luise Kautsky in ihrem Vorwort zu Rosa Luxemburg, *Briefe an Karl und Luise Kautsky*, S. 13.

100 Hermann Weber, *Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 12 (1972), S. 535 – 544, hier S. 537.

101 Die Grundlinien einer „radikal-demokratischen“ Politik als Form sozialistischer Klassenpolitik entwickelte Rosa Luxemburg in der Rezension *Aus dem Nachlaß unserer Meister*, abgedruckt in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 1, 2. Halbbd., S. 291 – 303. Die Rezension erschien zuerst im *Vorwärts*, Jg. 19 (1902), Nr. 263, vom 9.11. Im gleichen Zusammenhang griff sie das Marxsche Konzept einer „Revolution in Permanenz“ wieder auf, und zwar lange vor Trotzki.

102 Es wäre interessant, hier Verbindungen zum Demokratieverständnis Jean Jacques Rousseaus zu ziehen. Freilich erwähnt Rosa Luxemburg den großen Genfer an keiner Stelle ihrer frühen Schriften.

103 Rosa Luxemburg, *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie*, in: dies., *Die Russische Revolution*, S. 22 – 80, hier S. 26 f.

104 *Ebda.*

Demgegenüber war die Rolle der sozialdemokratischen Leitung konservativ, denn „die Logik des objektiven historischen Prozesses“ rangierte „vor der subjektiven Logik“ der eingesetzten Träger des Klassenkampfes. Rosa Luxemburg baute nicht auf „Erfindungen“ der Parteiführung, sondern erwartete „das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe großer schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes“. Dabei ging das „Unbewußte vor dem Bewußtsein“. Am Anfang war die spontane „Tat“. 105 Dieser Auffassung zufolge entfaltete sich der schöpferische Volkswille im Klassenkampf und schuf damit neue Möglichkeiten einer weitergehenden Demokratie, die alles abstrakt Vorhersehbare übertreffen würde.

Dergestalt widersprach Rosa Luxemburg nicht nur der vorbedachten, blanquistischen „Revolutionsmacherei“ durch einen straff organisierten, gleichsam „jakobinischen“ Verschwörerzirkel. 106 Sie widersetzte sich vor allem dem „Ultrazentralismus“ Lenins, den sie für unschöpferisch hielt. 107 Zwar unterstützte sie einen Zentralismus, der als Antwort auf den gesellschaftlichen Konzentrationsprozeß notwendig war, aber sie bekämpfte eine Zentralisation, die zur „blinden Unterordnung“ aller Gliederungen der Partei unter eine „Zentralgewalt“ führte und die Abgrenzung des „organisatorischen Kernes der Partei von dem ihn umgebenden revolutionären Milieu“ mit sich brachte. 108

In Lenins Ultrazentralismus sah sie nichts anderes als die Neuauflage der verfehlten blanquistischen Taktik. Das „Ich“ des russischen Revolutionärs dürfe sich nicht „für einen allmächtigen Lenker der Geschichte“ ausgeben, auch nicht „in der höchsteigenen Majestät eines Zentralkomitees“. 109 Seit Beginn des Jahrhunderts stritt Rosa Luxemburg gegen Lenins Organisationsprinzipien, durch die sie die Entfaltung der schöpferischen Klassenkräfte und die Ausbildung eines echten Volkswillens von vornherein unterbunden sah. 110 Mit Entschiedenheit wandte sie sich auch gegen Lenins Spaltungspolitik, die nicht dem Schutz, sondern der Ausschaltung innerparteilicher Gruppierungen diene. 111 Ihre Abneigung gegen die Politik der Bolschewiki war nicht zuletzt eine Stilfrage: Die grobe Schreibweise der „Prawda“ erweckte ihren Widerwillen. 112

Im Kampf für das freie, gleiche und geheime Wahlrecht in Preußen erblickte sie für die deutsche Arbeiterbewegung eine Möglichkeit der direkten Aktion. Dabei machte sie keines-

105 A.a.O., S. 31.

106 A.a.O., S. 27 f. Dem Blanquismus widersetzte sie sich schon als Studentin in der Schweiz. Vgl. dazu Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 35 f.

107 Rosa Luxemburg, *Organisationsfragen* . . . , S. 33.

108 A.a.O., S. 28.

109 A.a.O., S. 44.

110 Zur Auseinandersetzung mit Lenin vgl. Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 107 ff. Außerdem Ossip K. Flechtheim, *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg*, S. 15.

111 Vorwort Felix Tychs zu Rosa Luxemburg, *Briefe an Leon Jogiches*, S. 34 f. Vgl. auch Gerd Callesen, *Rosa Luxemburg om den polske partisippelse i 1911 – 1913. To breve til Th. Stauning*, in: *Aarbog for Arbejderbevaegelses Historie*, Kopenhagen, Jg. 1 (1971), S. 94 – 112.

112 Rosa Luxemburg, *Briefe an Leon Jogiches*, S. 389 – 391, hier S. 391. Brief vom 10.4.1914.

wegs halt vor der Frage der Gewaltanwendung gegen eine Obrigkeit, die ihrerseits das Gewaltmonopol beanspruchte, um der großen Mehrheit des Volkes ihre naturgegebenen Rechte vorzuenthalten.

„Allerdings nicht aus Vorliebe für Gewalttaten“, so schränkte Rosa Luxemburg ein, „müssen die sozialistischen Parteien früher oder später, in Fällen, wo unsere Bestrebungen sich gegen vitale Interessen der herrschenden Klassen richten, auch auf gewaltsame Zusammenstöße mit der bürgerlichen Gesellschaft gefaßt sein, sondern aus bitterer historischer Notwendigkeit. Der Parlamentarismus als alleinseligmachendes politisches Kampfmittel der Arbeiterklasse ist ebenso phantastisch und in letzter Linie reaktionär wie der alleinseligmachende Generalstreik oder die alleinseligmachende Barrikade“. 113

Als „äußerst wichtige Revision der sozialistischen Taktik“ sah sie es an, daß Jahrzehnte zuvor „der alte Glaube an die gewaltsame Revolution als die *einzig* Methode des Klassenkampfes und als das *jederzeit* anwendbare Mittel zur Einführung der sozialistischen Ordnung verabschiedet wurde.“ 114 Aber zugleich warnte sie vor einem inneren Gewaltverzicht im Kampf um die Demokratisierung: „Wollte die Sozialdemokratie . . . von vornherein und ein für allemal auf den Gebrauch der Gewalt verzichten und die Arbeitermassen auf die bürgerliche Gesetzlichkeit einschwören, dann würde ihr ganzer parlamentarischer und sonstiger politischer Kampf früher oder später kläglich in sich selbst zusammenfallen, um der uneingeschränkten Herrschaft der Gewalt der Reaktion das Feld zu räumen“. 115

Als die preußischen Kammern sich 1910 wieder einmal unfähig zeigten, das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht zu reformieren, kam es zu immer größeren Straßendemonstrationen. Schließlich drohte der Berliner Polizeipräsident, Traugott von Jagow, Repressalien an: „Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige!“ 116 Die Kavallerie veranstaltete Probereiten, um die Pferde „an das Straßenpflaster zu gewöhnen“. Dennoch kam es zu einer reichsweiten Protest-, Demonstrations- und Streikwelle gegen das Dreiklassenwahlrecht.

In dieser Situation, die ihre Thesen über den elementaren Klassenkampf und die Gewaltanwendung durch die Machthaber so handgreiflich zu bestätigen schien, entwickelte Rosa Luxemburg das Konzept einer „kumulativen Strategie“: 117 Aus Straßendemonstrationen sollten Demonstrationsstreiks und schließlich politische Massenstreiks werden. Das Weiterstreben zur sozialen Revolution wollte sie nicht ausschließen. Auf jeden Fall erhob sie die

113 Rosa Luxemburg, *Und zum dritten Male das belgische Experiment*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 1, 2. Halbbd., S. 229 – 248. Vgl. dazu das Vorwort von Günter Radczun, in: *A.a.O.*, Bd. 1, 1. Halbbd., S. 21.

114 *A.a.O.*, Bd. 1, 2. Halbbd., S. 246.

115 *A.a.O.*, S. 249 f. Der Aufsatz wurde zuerst veröffentlicht in: *Die Neue Zeit*, Jg. 20 (1901/02), S. 203 – 210 und S. 274 – 280.

116 Fred Oelßner, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 77. Vgl. dazu Peter Netti, *Rosa Luxemburg*, S. 403 und Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Berlin 1973, S. 142 f.

117 Dieter Groh, *Negative Integration* . . . , S. 142 f.

„Forderung der Republik“, 118 der „demokratischen Republik“ und der „einen und unteilbaren Republik“. 119

Konsequent suchte sie die historische Gelegenheit, alle Versäumnisse der Bewegung von 1848 auf radikaldemokratische Weise zu kompensieren und – unter fortgeschrittenen gesellschaftlichen Voraussetzungen – mit einer sozialistischen Zielsetzung zu verbinden. Gegen den inhaltenden Widerstand des Parteivorstandes 120 führte sie eine reichsweite Kampagne für die Demokratisierung des Wahlrechts. Sie forderte eine freiheitliche Verfassung und kämpfte dafür, als die „Brüder Mannesmann“ und viele „Demokraten“ noch Preußens Gloria sangen und den Kaiser hochleben ließen!

Freilich hat Rosa Luxemburg den zeitgenössischen deutschen „Parlamentarismus“ heftig kritisiert, denn es war kein echter Parlamentarismus. Sie betrachtete den Reichstag und besonders den preußischen Landtag nach Entstehung und Funktion als „perfekt gewordenen“ Kompromiß halbfeudaler Machart, denn die „politische Übereinstimmung der Volksvertretung mit der Regierungsgewalt“ wurde in Deutschland nicht so geregelt wie in England, „daß die Regierung der jeweiligen Parlamentsmehrheit entnommen wird, sondern durch einen *umgekehrten*, der preußisch-deutschen Spezialmisere entsprechenden Modus: indem nämlich jede bürgerliche Partei, die im Reichstag zur Macht gelangt, eo ipso zur *Regierungspartei*, d.h. zum Werkzeug der feudalen Reaktion wird“. 121 Despektierlich sprach sie, der „Adler“ vom „Hühnerstall des bürgerlichen Parlamentarismus“, 122 oder vom „parlamentarischen Kretinismus“, 123 um den politischen Zwergwuchs zu charakterisieren. Trotzdem meinte sie: „Den bürgerlichen Parlamentarismus vor der Bourgeoisie *und gegen* die Bourgeoisie zu retten, ist eine der dringenden politischen Aufgaben der Sozialdemokratie“. 124 Vor dieser Aufgabe versagte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, als sie am 4. August 1914 zusammen mit den bürgerlichen Parteien die Kriegskredite bewilligte. Für Rosa Luxemburg war das „ein unerhörter Zusammenbruch, ein beispielloser Bankrott“, 125 Der parlamentarische Weg hatte nicht zur Demokratisierung des Feudalismus, sondern zur Nationalisierung des Sozialismus geführt. Die revolutionäre Alternative schien unausweichlich zu werden.

In der Revolution mußte sich das Verhältnis zum Parlament ändern, denn die revolutionäre Dialektik stellte die politische Weisheit auf den Kopf: „Nicht durch Mehrheit zur revolutionären

118 Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 410.

119 Rosa Luxemburg, *Zur Richtigstellung*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 2, S. 443 – 447.

120 Rosa Luxemburg, *Die totgeschwiegene Wahlrechtsdebatte*, in: *A.a.O.*, S. 437 – 442.

121 Rosa Luxemburg, *Sozialdemokratie und Parlamentarismus*, in: *A.a.O.*, Bd. 1, 1. Halbbd., S. 447 – 455, hier S. 449.

122 Rosa Luxemburg, *Sozialreform oder Revolution?*, in: *A.a.O.*, Bd. 1, 1. Halbbd., S. 367 – 466, hier S. 433.

123 Rosa Luxemburg, *Sozialdemokratie und Parlamentarismus*, in: *A.a.O.*, S. 448.

124 *A.a.O.*, S. 451. Vgl. dazu Gisela Schmidt, *Rosa Luxemburg* . . ., S. 8 f. und Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . ., S. 83 ff.

125 Rosa Luxemburg, *Die Ordnung herrscht in Berlin*, zuerst veröffentlicht in: *Die Rote Fahne*, Jg. 2 (1919), Nr. 14, vom 14.1.; abgedruckt in: Rosa Luxemburg, *Ich war* . . ., S. 134 – 143, hier S. 141.

nären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit". 126 Das bedeutete nicht die Ausschaltung des Parlaments, sondern einen Funktionswandel der Volksvertretung. Rosa Luxemburg erinnerte an die hervorragende Rolle der großen „Nationalversammlungen“ in den klassischen Revolutionen des Westens. Sie verurteilte die Auflösung der russischen Konstituante durch Lenin und Trotzki: Diese „Beseitigung der Demokratie überhaupt“ war „noch schlimmer als das Übel, dem es steuern“ sollte. Denn es verschüttete „den lebendigen Quell, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen“. 127 Sie wandte sich zugleich gegen die Einschränkung des Wahlrechts durch die Sowjetregierung.

Ihre Polemik gegen die sofortige Einberufung einer deutschen Nationalversammlung ist nicht als prinzipielle Ablehnung zu verstehen. Vielmehr fürchtete sie den abermaligen Bankrott einer zur Urzeit gewählten Volksvertretung: „Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein . . .“ 128 Um das zu verhindern, plädierte sie schließlich – entgegen der Mehrzahl ihrer Anhänger – für Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und gegen den Barrikadenkampf.

Gleichzeitig vertrat sie – wie Marx und Engels – die Konzeption einer „Diktatur des Proletariats“, 129 und zwar als „Demokratie im sozialistischen Sinne“, die nicht mit der leninistischen Diktatur zu verwechseln ist, denn sie sollte weder die Herrschaft einer Minderheit, noch eine „Diktatur über das Proletariat“ und auf gar keinen Fall eine Terrorherrschaft darstellen.

Vielmehr dachte Rosa Luxemburg an eine „friedliche Ausübung der proletarischen Diktatur“, 130 die sich am besten als eine Art Erziehungsdiktatur in der revolutionären Übergangsphase erklären läßt. Ähnliche Überlegungen wurden von Männern wie Otto Bauer 131 für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg angestellt. In der Tat haben wir unter den Besatzungsmächten eine vergleichbare Herrschaft erlebt. Dabei handelte es sich noch keineswegs um eine vollendete freiheitlich-demokratische Grundordnung, aber doch um ihre historische Voraussetzung, gleichsam um die Regierung im Rahmen einer Art Notstandsverfassung, um den Prozeß der Demokratisierung mit Sicherheit in eine irreversible Phase der politisch-gesellschaftlichen Evolution überzuleiten.

126 Rosa Luxemburg, *Die Russische Revolution*, S. 54.

127 *A.a.O.*, S. 69.

128 *Die Rote Fahne*, Jg. 1 (1918), Nr. 12, vom 20.11., zitiert bei Hermann Weber, (Hrsg.) *Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916 – 1966*, München 1967, S. 47.

129 *Ebda.*

130 Rosa Luxemburg, *Sozialreform oder Revolution*, S. 433.

131 Paul Hagen, *Integraler Sozialismus*, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, Jg. 3 (1936), Nr. 34/35, Juli/August, S. 1099 – 1104, hier S. 1104.

Freilich bleibt diese nachträgliche Erklärung nur ein Versuch der Verständigung, denn letztlich ist der Luxemburgsche Begriff der „friedlichen Diktatur des Proletariats“ eine offene Formel, deren prozessuale Konkretion nie stattfinden konnte. Ihr vielzitiert Satz über die „Freiheit“ läßt nur ahnen, daß ihre „Diktatur“ mehr Freiheiten einräumen sollte als alle früheren Herrschaften auf deutschem Boden: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‘Gerechtigkeit’, sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‘Freiheit’ zum Privilegium wird”.¹³²

Diese einprägsamen Sätze, die für das politische Nachleben Rosa Luxemburgs so charakteristisch sind, finden keine Entsprechung in ihren frühen Schriften, aber sie führen aus, was in einem Engels-Brief aus dem Jahre 1889 anklingt: „Die Arbeiterbewegung beruht auf der schärfsten Kritik der bestehenden Gesellschaft, Kritik ist ihr Lebenselement, wie kann sie selbst der Kritik sich entziehen, die Debatte verbieten wollen? Verlangen wir denn von andern das freie Wort für uns bloß, um es in unseren eigenen Reihen wieder abzuschaffen?“¹³³ Die Forderung nach „Gedankenfreiheit“ verbindet die Klassiker des Sozialismus mit dem Erbe der deutschen „Klassik“.

Rosa Luxemburgs „Diktatur“ sollte die Schreckensherrschaft, den Terror, nicht eröffnen, sondern ein für alle Male überflüssig machen. Deshalb schrieb sie in das Gründungsdokument ihrer Partei: „In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen. Die proletarische Revolution bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmassen des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen . . .“¹³⁴ Wer auf diese Weise die Unterdrückung der Individuen durch einen Kampf gegen Institutionen aufzuheben versucht, kann unmöglich als „Wegbereiter totalitärer Regime“ angesehen werden, denn die Intentionen waren vollkommen anti-totalitärer Art. Vermutlich wäre Rosa Luxemburg zur radikalsten Kritikerin jedes bürokratisch-diktatorischen Sozialismus in Deutschland geworden. Ihre Toleranz endete im leidenschaftlichen Widerstand gegen Repressionen. In diesem Zusammenhang ist ihre Parteinahme für den Spartakusaufstand zu verstehen, der nur eine Aussicht hatte: unterdrückt zu werden. Sie aber duldete keine Unterdrückung.

132 Rosa Luxemburg, *Die Russische Revolution*, S. 73. Das wiederholte, zusammenhanglose Zitieren dieses Satzes ist problematisch, denn es folgt leicht einer antikommunistischen Propaganda im Stile der früheren Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise. Ferner ist keineswegs ausgemacht, daß Rosa Luxemburg die Freiheit *aller Andersdenkenden* gemeint hat. Mit Sicherheit bezieht sie sich nur auf die konkurrierenden sozialistischen Parteien und abweichende Meinungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Vgl. dazu Georg Lukacs, *Kritische Bemerkungen über Rosa Luxemburgs „Kritik der russischen Revolution“*, in: ders., *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Neuwied 1968, S. 448 – 470, hier S. 467.

133 Friedrich Engels in einem Brief an Gerson Trier vom 18.12.1889. Abgedruckt in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 37, S. 426 – 428, hier S. 428.

134 *Programm des Spartakusbundes*, Abschnitt 3, in: *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 296; Ossip K. Flechtheim, *Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg*, S. 6.

Wenn es während des „Prager Frühlings“ im Rundfunk der DDR hieß: „In einem wirklich sozialistischen Staat gibt es keine anzuhörenden Gegenstimmen; man unterhält sich mit der Opposition einzig und allein im Gerichtssaal“,¹³⁵ dann folgt daraus: Der Sozialismus in der DDR ist nicht die Verwirklichung des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus in der Nachfolge Rosa Luxemburgs, sondern die traurige Negation ihres Ideals. Aber das ist kein Grund zur Genugtuung, denn es gehört zu den historischen Unverschämtheiten der Reaktion, die Führer radikaldemokratischer Bestrebungen umzubringen, um ihren Nachfolgern mangelnde Freiheitsliebe vorzuwerfen.

AUFRECHTER GANG

Nach Ernst Bloch enthält der Sozialismus als höchstes Menschenrecht den „aufrechten Gang“,¹³⁶ eine Metapher, die deutlich macht, was Menschenwürde als Grundrecht des einzelnen bedeuten kann. Kritisch spricht Bloch von der notwendigen „Orthopädie des aufrechten Gangs“¹³⁷ unter den bestehenden Verhältnissen. Dasselbe anthropologische Phänomen beschrieb Rosa Luxemburg in einem galligen Epigramm: „Es gibt nämlich zweierlei organische Lebewesen, solche, die ein Rückgrat haben und deshalb auch gehen, zuweilen sogar laufen. Es gibt andere, die keines haben und deshalb nur kriechen und kleben“.¹³⁸ Ihr Menschenbild glich nicht der Schnecke oder Molluskel. Sie forderte Rückgrat von den anderen und von sich selbst.

Das Prinzip ihrer Existenz war der aufrechte Gang als gestische Realisation der Emanzipation, der Betreuung von allen niederdrückenden Mächten. Sie war sich voll bewußt, damit auch einen „schweren Gang“ anzutreten: „Ich versichere Sie“, schrieb sie in einem Brief an Walter Stöcker, „daß ich auch dann nicht fliehen würde, wenn mir der Galgen drohte, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich für durchaus notwendig halte, unsere Partei daran zu gewöhnen, daß Opfer zum Handwerk des Sozialisten gehören und eine Selbstverständlichkeit sind“.¹³⁹ Dasselbe verlangte sie von ihren Genossen: „Macht euch bereit, für den Sozialismus nicht nur eure Stimme zu geben, sondern auch euer Leben!“¹⁴⁰

Wiederholt zitierte sie „Huttens letzte Tage“, wo es hieß: „Mich reut – ich beicht es mit zerknirschtem Sinn – daß ich nicht dreifach kühn gewesen bin!“¹⁴¹ Wo viele Männer vielfach versagt hatten, im aufrechten Gang durch die Geschichte, suchte sie die Erfüllung ihres gebrechlichen Lebens. „Sie wissen“, schrieb sie an Sonja Liebknecht, „ich werde trotzdem

135 Zitiert nach Ernst Bloch, *Über Karl Marx*, Frankfurt/M. 1968, S. 165.

136 *A.a.O.*, S. 173.

137 *Ebda.*

138 Rosa Luxemburg, *Parteifragen im „Vorwärts“*, in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 1, 1. Halbbd., S. 564 – 566, hier S. 565. Der Artikel erschien zuerst in: *Vorwärts*, Jg. 16 (1899), Nr. 228, vom 29.9. Vgl. auch Peter Netti, *Rosa Luxemburg*, S. 172.

139 Auszug aus einem Brief Rosa Luxemburgs an Walter Stöcker vom 11.3.1914, Faksimiledruck in: Rosa Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften. Mit einem Vorwort von Wilhelm Pieck*, hrsg. vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der SED, 2 Bde., Berlin 1951, Bd. 2, neben S. 304.

140 Zitiert nach Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 238. Frölich macht dazu keine Quellenangabe.

141 Dazu Paul Frölich, *a.a.O.*, S. 231.

... auf dem Posten sterben: In einer Straßenschlacht oder im Zuchthaus".¹⁴² Darin lag ein Hauch romantischer Todessehnsucht, aber auch die Einsicht in eine historische Notwendigkeit, die sie „Schicksal“ nannte.¹⁴³ Darin äußert sich „negative Dialektik“ als der „reißende Strom, der die Vielen und ihre Grenze zerbricht, der die selbständigen Gestalten umwirft, alles hinabsenkend in das eine Meer der Ewigkeit“. Marx sagt: „Der Mythos von ihr ist der Tod“. ¹⁴⁴

Als Rosa Luxemburg ermordet war, kommentierte die „Tägliche Rundschau“ im gehässigen Stil der Frontberichterstattung: „Blut schrie nach Blut! Das Blutbad, das Liebknecht und Rosa Luxemburg angerichtet, verlangte Sühne. Sie ist schnell eingetreten und war bei Rosa Luxemburg grausam, aber gerecht. Man schlug die Galizierin tot. Der Volkszorn, übermächtig und ungeheuerlich geworden, verlangte die Rache“. ¹⁴⁵ Aber das Blutbad war nicht von Rosa Luxemburg angerichtet worden, und nicht der „Volkszorn“ hatte sie ermordet: Bei ihrer Gefangennahme am 15. Januar 1919 machte sie keinen Versuch zu flüchten, denn sie stand zu ihrer Sache. Nach Eintritt der Dunkelheit zerrten die Mörder sie aus dem Eden-Hotel und schlugen sie vor dem Portal bewußtlos. Im Kraftwagen traf sie die tödliche Kugel eines aufspringenden Marineleutnants. ¹⁴⁶ Schließlich versenkten sie die Leiche im Landwehrkanal ¹⁴⁷ – ein gemeiner Gruppenmord durch ausgebildete Militärs. Der dreifache Tötungsakt, das Umwickeln der Leiche mit Draht, die abschließende Feier im Hotel Eden – das alles verleiht der kollektiven Handlung die Züge eines primitiven Ritualmordes.

Der aufrechte Gang vor die Schranken eines Gerichts, die notwendige Klärung der revolutionären Vorgänge „im Namen des Volkes“ wurde brutal unterbunden. Die Menschenwürde der Rosa Luxemburg wurde mit Füßen getreten – bis über den Tod hinaus. Zwar hatte sie politisch geirrt und Schuld auf sich geladen: Aber wer darf darüber noch rechten, nachdem sie unmäßig gelitten, nachdem ihre Mörder wie Kavaliere behandelt und nachdem das deutsche Volk ungleich größere Schuld auf sich geladen?

142 Im Zusammenhang heißt es: „Ihnen kann ich ja wohl das alles sagen: Sie werden nicht gleich Verrat am Sozialismus wittern. Sie wissen, ich werde trotzdem hoffentlich auf dem Posten sterben: in einer Straßenschlacht oder im Zuchthaus. Aber mein innerstes Ich gehört mehr meinen Kohlmeisen als den 'Genossen'. Und nicht etwa, weil ich in der Natur, wie so viele, innerlich bankrotte Politiker ein Refugium, ein Ausruhen finde.“ Das Zitat, in dem auch eine Kritik an Karl Kautsky anklingen mag, wird von Luise Kautsky in: Rosa Luxemburg, *Briefe an Karl und Luise Kautsky*, S. 234, nicht ganz korrekt wiedergegeben. Der richtige Wortlaut findet sich in: Rosa Luxemburg, *Briefe aus dem Gefängnis*, S. 26 f., Brief an Sophie Liebknecht vom 2.5.1917.

143 Brief Rosa Luxemburgs an Adolf Geck vom 18.11.1918, zitiert nach Giselher Schmidt, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 5. Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 720, vertritt zum Problem der Todeserwartung eine andere Auffassung. Freilich konnte er die letzten Aussagen von Pabst nicht kennen.

144 Karl Marx, *Hefte zur epikureischen, stoischen und skeptischen Philosophie*, S. 229.

145 Zitiert nach: *Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg*, Berlin 1920, S. 14. Vgl. Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 738.

146 *Prozesse, Luxemburg-Mord. Wer schoß?*, in: *Der Spiegel*, Jg. 24 (1970), Nr. 1, S. 48.

147 *Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland*, Berlin 1968, S. 331 – 339.

Freilich ist Rosa Luxemburg nicht allein an den Verhältnissen gescheitert. Es wäre töricht, aus falsch verstandener Pietät auf die Erörterung dieses Problems zu verzichten. Die Ursachen ihres Untergangs lagen in ihrer Schwäche und ihrer Stärke gleichermaßen begründet: Sie verfügte über eine schier grenzenlose Fähigkeit zur Überkompensation, die sie auf die physisch und psychisch verelendeten Massen projektiv übertrug. All ihre Schriften und Reden zeigen eine perfekte Dialektik des Gedankens und der Sprache, wobei schwer auszumachen ist, wie weit sie diese oder diese umgekehrt sie beherrschte. Ihr berauschender Gedankenflug tendierte dazu, von den beschränkten gesellschaftlichen Verhältnissen abzuheben und spekulative Qualitäten anzunehmen.¹⁴⁸ Dabei erlag sie offenbar zeitweise der Suggestion, daß die Massen dasselbe bewegen müsse, was in ihr vorging. Die häufige Vermischung von wir, ich, uns, die in ihren Reden anzutreffen ist, war offenbar mehr als ein rhetorisches Stilmittel.

Voller Leidenschaft bekämpfte sie den pragmatischen, ja opportunistischen Revisionsismus Eduard Bernsteins. Zugleich begründete sie einen eigenen, schwärmerisch radikalen, von geschichtsgläubiger Metaphysik erfüllten Revisionismus. Sie reinigte das Lebenswerk der Klassiker schließlich von den genuinen Korrekturen, die Marx und Engels selbst im Laufe der Jahrzehnte vorgenommen hatten. Während des beängstigend schicksalhaften Jahreswechsels von 1918/19 regredierte sie auf das Aktionsprogramm aus dem Manifest von 1848: „Die historische Dialektik hat dahin geführt“, so sagte sie auf dem Gründungsparteitag der KPD, „daß wir heute zu der Auffassung zurückkehren, die Marx und Engels nachher als eine irrtümliche aufgegeben hatten.“ Sie sah im Januar 1919 die „unmittelbare Aufgabe, das zu erfüllen, wovon Marx und Engels im Jahre 1848 standen“. ¹⁴⁹

Rosa Luxemburg unternahm den Versuch eines negativen Revisionismus in der Gestalt eines romantischen Revisionismus, der den Sozialismus zurückwarf – nicht auf die abstrakte Utopie wie in Frankreich – sondern auf die spekulative Romantik des Vormärz und der Befreiungskriege. Ihr Glaube an die spontane, unbewußte Schöpferkraft der Volksmassen ¹⁵⁰ fiel zurück hinter Marx' Lehre von der Entwicklung des Klassenbewußtseins als eines an und für sich entwickelten Bewußtseins der organisierten Proletarier. ¹⁵¹ Ihr „Volkswille“ erinnerte an einen internationalisierten, von antikapitalistischen Sehnsüchten bewegten Volksgeist, den es nicht gab und nicht geben konnte, den sie aber dennoch überforderte.

Gleichwohl kannte sie die „Tragik des Menschen, der der Menge predigt und fühlt, wie jedes Wort in demselben Augenblick, wo es seinen Mund verläßt, vergrößert und erstarrt und in den Hirnen der Hörer zum Zerrbild wird . . .“ ¹⁵² Sie empfand das bei der Lektüre von

148 Typisch dafür ist ein Satz in ihrem letzten Artikel in der *Roten Fahne*, Jg. 2 (1919), Nr. 14, vom 14.1., wo es heißt: „Die Revolutionen haben uns bis jetzt lauter Niederlagen gebracht, aber diese unvermeidlichen Niederlagen häufen gerade Bürgschaft auf Bürgschaft des künftigen Endsieges.“ Abgedruckt in: Rosa Luxemburg, *Ich war . . .*, S. 141. Lenin hat früh auf die Gefahren einer verbalen Dialektik hingewiesen. Vgl. dazu den Hinweis Günter Radczuns im Vorwort zu: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 1, 1. Halbbd., S. 40.

149 *Der Gründungsparteitag . . .*, S. 174. Vgl. Rosa Luxemburg, *Ich war . . .*, S. 91.

150 Siehe oben, S. 200, Anm. 105.

151 Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*, in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 4, S. 63 – 182, hier S. 180 ff.

152 Rosa Luxemburg, *Briefe an Freunde*, S. 83. Vgl. auch Gisela Schmidt, *Rosa Luxemburg . . .*, S. 11.

Gerhart Hauptmanns „Der Narr in Christo Emanuel Quint“ bestätigt, und sie bekannte es ihrem Freunde Diefenbach. Die Dialektik der Psyche der Massen war ihr durchaus bewußt.¹⁵³ Sie sah das Risiko ihres Scheiterns. Ihr Leben ähnelt der „Kunstform einer sozialistischen Tragödie“. ¹⁵⁴ Sie war entschlossen, einen Irrtum, sofern er nur erhaben genug, zu Ende zu denken und auszuagieren. Mit Lessing meinte sie, „je größer der Irrtum, desto kürzer und gerader der Weg zur Wahrheit“. ¹⁵⁵ In diesem Sinne glaubte sie an die überlegene Kreativität der Massen: „Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten ‘Zentralkomitees’“. ¹⁵⁶

Dasselbe Recht auf den großen, schöpferischen Irrtum gestand sie den „prophetischen Naturen“ zu, weil sie als „glänzendes Ideal“ erschauen, was die Menschheit nur Schritt um Schritt und Stück für Stück in jahrhundertlangem Ringen erreichen kann“. ¹⁵⁷ Im Hinblick auf Ferdinand Lassalle meinte sie: „Gerade jener optischen Täuschung, der prophetische Naturen unterliegen, daß sie wie Riesen von ihren Berggipfeln die fernen Horizonte zum Greifen nahe wähnen, verdanken wir die kühne Tat, aus der die deutsche Sozialdemokratie hervorgegangen ist“. ¹⁵⁸

Mit Lassalle und mit dem jungen Marx verband sie die tiefe Ergriffenheit von einer vorsozialistischen und alttestamentarischen Dialektik des Kampfes und der prozessualen Wandlung. In vollkommener Weise reproduzierte sie eine Methode des Denkens in großen historischen Zusammenhängen, die sich durch mehr als zwei Jahrtausende erneuert hatte. Sie unterlag dabei dem Irrtum der Prophetin, die zurückschaut. Ihr historischer Glaube war romantische, „rückwärtsgewandte Prophetie“. ¹⁵⁹ Ihre Wahrheit bleibt von faszinierender Ambivalenz: ein Januskopf in einem brennenden Tempel in einer dunklen Nacht. ¹⁶⁰

153 Rosa Luxemburg, *Briefe an Freunde*, S. 47. Zum „Quint“ vgl. den Brief an Sophie Liebknecht vom 18.2.1917, in: dies., *Briefe aus dem Gefängnis*, S. 20.

154 Gerhard Zwerenz, *Der Bildschirm als Nationaltheater*. Walter Jens, *die Rote Rosa und die Folgen*, in: *Die Zeit*, Jg. 21 (1966), vom 23.9., S. 24.

155 *Der Gründungsparteitag* . . . , S. 187.

156 Rosa Luxemburg, *Die Russische Revolution*, S. 44.

157 Rosa Luxemburg, *Lassalles Erbschaft*, in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 3, S. 220 – 224, hier S. 220 f.

158 *Ebda.* Der landschaftliche Vergleich, den Rosa Luxemburg hier wählt, knüpft unmittelbar an die Schlußpassagen von Lassalles *Arbeiterprogramm* an, wo es heißt: „Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus, . . . sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens“. Ferdinand Lassalle, *Arbeiterprogramm. Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes*, in: ders., *Gesammelte Reden und Schriften*, hrsg. und eingeleitet von Eduard Bernstein, 12 Bde., Berlin 1919 – 1920, Bd. 2, S. 139 – 202, hier S. 202.

159 Friedrich Schlegel sagt: „Der Historiker ist ein rückwärts gekehrter Prophet“, 80. Fragment aus dem *Athenäum*.

160 In sehr alten historischen Bezügen hat offenbar auch Bert Brecht das Bild Rosa Luxemburgs gesehen: „Im Gespräch mit Laughton kam ich auf meinen alten Plan, ein Leben des Konfutse zu schreiben. Dieser Tage erinnerte ich mich eines andern: Leben und Tod der Rosa Luxemburg. Nun scheint es mir, daß beide Stücke zusammen ein gutes ganzes ergäben. Der Konfutse wäre das Satyrspiel zur Luxemburg mit seiner Entlarvung des Formalismus, der Revolution der Begriffe, der Etablierung des Benehmens aus der Zeit des Urkommunismus“. Berthold Brecht, *Arbeitsjournal*, Bd. 2, 1942 – 1945, hrsg. von Werner Hecht, Frankfurt/M. 1973, S. 685, Eintragung vom 10.9.1944.

GERMANIA LUXEMBURGENSIS

Für Philatelisten ist das Frauenportrait auf deutschen Briefmarken keine Überraschung. Anne von Strantz-Führung war das Vorbild für jene „Germania“, die auf den Briefmarken des Kaiserreichs zur meistgedruckten Frau der Welt wurde. Schwerlich ist die Wandlung des deutschen Frauenbildes deutlicher zu demonstrieren als dadurch, daß an die Stelle der waffenstarrenden Heroine ein Quartett emanzipierter Frauen trat, darunter ein zartes Frauenportrait, das in der Welt – mehr als in Deutschland – als Zeichen für Völkerfrieden, Fortschritt und Demokratie anerkannt wird.

Die Sondermarke erschien zusammen in einem Satz mit Luise Otto-Peters, Helene Lange und Gertrud Bäumer, typischen Vertreterinnen der „bürgerlichen“ Frauenbewegung also. Historiker der Arbeiterbewegung mögen bedauern, daß Namen wie Anna Siemsen, Gertrud Hermes, Toni Sender, Luise Zietz, Marie Juchacz, Gertrud Hanna, Fanny Imle oder Emma Ihrer immer mehr in Vergessenheit geraten. Aber zweifellos war Rosa Luxemburg die bedeutendste unter ihnen. Ihre Wirksamkeit wird über unser Jahrhundert hinaus Anerkennung finden.

Die angeborene Frauenrolle war ihr freilich politisch unwichtig. Empört wies die den Vorschlag zurück, sich auf ihr „naturgegebenes“ Wirkungsfeld, die Frauenbewegung, zu beschränken.¹⁶¹ Es war ihr nicht um jene weiblichen Wesen zu tun, die – rechtlich deklassiert – dennoch ein relativ bequemes Leben führen konnten. Vielmehr kümmerte sie sich um Frauen, die in der Produktion zugrunde gingen, um ihre Familien zu erhalten, die aber zugleich auch ihre Familie zerstörten, weil die Fabrikarbeit sie ruinierte. Es ging um Frauen, die das proletarische Elend in seiner ganzen Ausweglosigkeit zu spüren bekamen und deshalb am schwersten zu mobilisieren waren. Diese Frauen rief sie in herber Militanz „vor die Front, auf die Schanze!“ des Klassenkampfes.¹⁶² Wer das unfraulich findet, spricht von unmenschlichen Verhältnissen. Wer die Erinnerung daran auslöschen will, erneuert die Repression.

„Traditionen sind“, so Gustav Heinemann, „keineswegs das Privileg konservativer Kräfte“. Sie gehören auch nicht „in die alleinige Erbpacht von Reaktionären, obgleich diese am lautstärksten von ihnen reden“. ¹⁶³ Das sind Sätze, die nicht oft genug wiederholt werden können.

Das Bulletin der Bundesregierung brachte es noch 1962 fertig, die irrige These von der „standrechtlichen Erschießung“ Rosa Luxemburgs zu wiederholen, wie sie der Mittäter Pabst zu seiner Rechtfertigung vertreten hatte. ¹⁶⁴ Die fortgesetzt verletzte Menschenwürde

161 Rosa Luxemburg, *Frauenwahlrecht und Klassenkampf*, in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 3, S. 159 – 165, hier S. 162. Vgl. Peter Nettl, *Rosa Luxemburg*, S. 140.

162 Rosa Luxemburg, *Die Proletarin*, in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 3, S. 410 – 413, hier S. 413.

163 Gustav Walter Heinemann, *Freiheitliche Tradition*, Ansprache bei der Schaffermahlzeit am 13. Februar 1970 im Bremer Rathaus, in: *Information für die Truppe*, Jg. 9 (1970), H. 5, S. 411 – 416, hier S. 411. Vgl. Imanuel Geiss, *Geschichte bis in die Schulbücher*, in: „Anstoß und Ermütigung“. Gustav W. Heinemann Bundespräsident 1969 – 1974, hrsg. von Heinrich Böll, Helmut Gollwitzer und Carlo Schmidt, Frankfurt/M. 1974, S. 37 – 56.

164 *Bulletin* vom 8.2.1962, nach Paul Frölich, *Rosa Luxemburg* . . . , S. 351, Anm. 12.

der Rosa Luxemburg verdient es, endlich wiederhergestellt zu werden. Niemand kann uns daran „hindern“, so sagte der Bundespräsident in seiner Ansprache über freiheitliche Tradition, „in der Geschichte unseres Volkes nach jenen Kräften zu spüren und ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk politisch mündig und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann“. 165

Der Historiker Imanuel Geiss sieht in dem „geraden Weg“ des Bundespräsidenten eine „emanzipatorische Wirkung“ 166 auf die Gegenwart. Tatsächlich verkörpert der scheidende Gustav Heinemann auf seine eigenwillige Weise den „aufrechten Gang“ durch die Geschichte wie Rosa Luxemburg auf ihre. In seiner unprätentiösen Art meinte er über seinen Abschied: „Man muß gehen, solange man laufen kann“. 167 Auf dem Bonner Festakt zum 25jährigen Bestehen des Grundgesetzes sagte er: „Freiheit muß auch die Freiheit für Andersdenkende bleiben“. 168

165 Gustav Walter Heinemann, *Freiheitliche Tradition*, S. 416.

166 Imanuel Geiss, *Weg auf historischer Wellenlänge*, in: *Vorwärts*, Jg. 1974, Nr. 20, S. 6, vom 16.5.

167 Eduard Neumaier, „*Man muß gehen, solange man laufen kann*“. Ein Adieu für Gustav Heinemann, in: *Zeitmagazin*, Jg. 1974, Nr. 10, S. 16 ff., vom 1.3.

168 Nach der Rundfunk-Übertragung am 23.5.1974.

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM NIEDERSÄCHSISCHEN STAATSARCHIV AURICH *

Von Stefan Pöttsch

Abgesehen von der Schwerindustrie – vor allem Schiffbau – in den Städten Emden, Leer und in dem von 1873 bis 1937 zum Regierungsbezirk Aurich gehörenden Wilhelmshaven verfügte der Regierungsbezirk Aurich, der heute den Archivsprengel des Niedersächsischen Staatsarchivs in Aurich bildet, bis hin zum Zweiten Weltkrieg über kaum nennenswerte Industrieansiedlungen. Geprägt wurde der Charakter des Regierungsbezirks durch die Agrarwirtschaft. Dementsprechend ist in den Beständen des Archivs sehr viel Material zur Situation, Entwicklung und Problematik der Landarbeiterschaft enthalten. Die Geschichte dieser sozialen Gruppe ist – jedenfalls gilt das für Ostfriesland – bislang nur in geringem Maße erforscht worden.

Mit einigen Ausnahmen sind die zitierten Bestände mit Springnummern versehen. Deshalb wurden die Einzelakten in der Reihenfolge, in der sie in den Repertorienbüchern erscheinen, aufgeführt. Einen Überblick über den Gesamtbestand des Staatsarchivs Aurich gibt eine im Druck erschienene Übersicht.¹

Die Benutzung der Akten unterliegt gemäß der Benutzungsordnung für die niedersächsischen Staatsarchive einer gleitenden Sperrfrist von 30 Jahren. Akten, die innerhalb dieser Frist entstanden sind, können nur mit Genehmigung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten – Staatskanzlei – eingesehen werden.

Es sei darauf hingewiesen, daß diese Zusammenstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Vollkommen unberücksichtigt blieben Randmaterial und Bestände, in denen nur ausnahmsweise Quellenmaterial vermutet werden kann.

Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Regierungsbezirk Aurich gibt es bisher wenig.²

* Anschrift: 2960 Aurich, Georgstraße 50.

1 G. Möhlmann und J. König, *Geschichte und Bestände des Niedersächsischen Staatsarchivs Aurich* (= Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Heft 5), Göttingen 1955.

2 Vgl. Emil Kraft, *80 Jahre Arbeiterbewegung zwischen Meer und Moor*, Wilhelmshaven 1952; Henry Ballmann, *Die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Marine in Wilhelmshaven in den Jahren 1870 – 1914*, Prüfungsarbeit PH Oldenburg 1971 (masch.schr.); Johann Casjens, *Die politische Entwicklung des nordwestlichen Ostfrieslands vor dem 1. Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterbewegung*, Prüfungsarbeit PH Oldenburg 1971 (masch.schr.); Gerd Bruser, *Die Entwicklung der politischen Parteien im Kreis Leer, Ostfriesland, von 1871 – 1912* (masch.schr.).

ÜBERSICHT

Regierungsbezirk Aurich

- | | |
|--|---|
| <p>I. Bezirksbehörden</p> <p>1. Landdrostei und Regierung zu Aurich</p> <p>2. Gewerbeaufsichtsamt Aurich</p>
<p>II. Regionalbehörden</p> <p>1. Landratsamt Emden</p> <p>2. Landratsamt Leer</p> <p>3. Landratsamt Weener</p> <p>4. Landratsamt Wittmund</p> | <p>III. Lokalbehörden</p> <p>1. Stadt Norden</p> <p>2. Stadt Aurich</p>
<p>IV. Gerichte und Staatsanwaltschaften</p> <p>1. Staatsanwaltschaft Aurich</p> |
|--|---|

BESTÄNDE

I. BEZIRKSBEHÖRDEN

1. Landdrostei und Regierung zu Aurich

Rep. 21a

- Reichstags- und Landtagswahlen*
- 2707 Statistik der Wahlen zum Reichs- und Landtag 1885
- 9932 Reichstagswahl am 30.7.1878, Wahlprotokolle des 2. Wahlkreises 1878
- 2675 Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1867-1876
- 2676 Die Wahlen zum Reichstag 1869-1887
- 2679 Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen 1881-1886
- Die Presse*
- 179 Die regierungsfeindliche Presse 1878-1895
- 178 Verbreitung politischer Flugschriften 1882-1883

Politische Angelegenheiten

- 2666 Die politische Stimmung im Lande im allgemeinen 1867-1885
- 2673 Die sozialdemokratische Bewegung 1875-1885
- 2667, 2668 Verdächtige Personen 1870-1882
- 9575 Verschiedene politische Angelegenheiten 1888-1920
- 4731 Desgl. 1923
- 4672 Desgl. 1924-1930
- 4721 Desgl. 1927-1929
- 4665 Desgl. 1929-1931
- 4680 Desgl. 1926
- 9573 Desgl. 1927-1930
- 175 Der Anarchismus und die anarchistische Partei 1894-1897
- 176 Das politische Vereinswesen 1900-1914

Immediat-Verwaltungsberichte

- 2443 - 2452 Zeitungsberichte des Regierungspräsidenten, bzw. Vierteljahresberichte an den Kaiser
1885-1918
- 2453 - 2482 Berichte der Obrigkeit pp.
1893-1913
- 2575 Zeitungsberichte des Regierungspräsidenten
1868-1885
- 220,221 Zeitungsberichte
1913-1917

Amts- (Kreis-) Verwaltungssachen, Generalia und Varia

- 8208 Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte
1918-1919

Höfe- und Anbausachen

- 2106, 2107 Errichtung neuer An- und Abbauerstellen und die Erleichterung der Ansiedlung ländlicher Arbeiter
1839-1885
- 5438 Desgl.
1887-1933

Stiftungen, Vermächtnisse, Wohltätigkeitsvereine

- 4776 Evangelischer Arbeiterverein für Aurich und Umgebung
1907-1911
- 4732 Desgl. für Leer und Umgebung
1906-1907
- 4819 Desgl. für Norden
1905-1910
- 4932 Desgl. für Dornum
1906-1911
- 4813 Desgl. für Emden
1907-1910

Polizeisachen

- 10012 Verwendung des eingezogenen Vermögens von Arbeiterturn- und Sportvereinen
1934-1937

Polizeisachen, Amt Berum und Amt bzw. Kreis Norden

- 8824 Beschwerde des Maurers Wilhelm Schormann zu Norderney über die Auflösung einer öffentlichen Versammlung
1895-1896

Dienstbotensachen

- 291 Gesindeordnung
1854-1919
- 314 Zurückführung unbefugt aus dem Dienst getretener Dienstboten
1857-1908
- 296 Gesinde- und Arbeitervermittlung
1893-1901
- 347 Beschwerden über zwangsweise Zurückführung von Dienstboten in den Dienst
1896-1914
- 307 Desgl.
1914-1923
- 289 Bewegung der Arbeitermassen aus dem Ausland in inländische Betriebe
1913-1917
- 10015 Ausländische Arbeitnehmer
1933-1945
- 10014 Einsatz polnischer Fremdarbeiter und Kriegsgefangener
1940-1941
- 10011 Arbeitskräfte aus Osteuropa
1942-1945
- 10008 Arbeitseinsatz ausländischer Arbeitskräfte
1943-1945

Politische Umtriebe

- 9628 Regierungsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie
1878-1879
- 320-322 Arbeitseinstellungen und Vertragsbrüche
1903-1921
- 200 Verbotene sozialdemokratische Druckschriften
1889-1895
- 304,305 Unruhen bei der Lebensmittelversorgung
1919-1923
- 10030 Protokoll des Wilhelmshavener Soldatenrats (Bruckstück)
1918

Gewerbesachen

- 5065 Die Errichtung von Arbeitsämtern und öffentlichen Arbeitsnachweisen
1908-1910

Kriegswirtschaftssachen

- 9679 Schwerstarbeiter und Rüstungsindustrie
1916-1920

- 9681, 9682 Sonderzuweisungen an Rüstungsarbeiter und Statistik über die vorhandenen Industrieschwerst- und Schwerarbeiter
1917-1919

Gewerbe- und Handelsvereine

- 5189 Konsumvereine 1881-1917

Volkswohlfahrt

- 977-985 Kosten der Erwerbslosenfürsorge 1914-1923
973, 974 Erwerbslosenstatistik 1919-1924
9951 Aufbau der Sozialversicherung 1935-1951
4545 Betriebskrankenkasse der Fa. Habich und Goth zu Emden 1885-1904
4544 Die Ortskrankenkasse für Arbeiter in Fabriken und anderen Betrieben 1885-1913
4546 Die Krankenkasse der Meister und Arbeiter der Emder Papierfabrik 1886-1907
4548 Die Krankenversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter im Bezirke des Stadtkreises Emden 1888-1892
4549 Die Ortskrankenkasse für gewerbliche Arbeiter und Hilfsarbeiter zu Emden 1890-1904
4554 Die Betriebskrankenkasse der Nordsee-Werke, Emder Dock AG zu Emden 1896
9976 Betriebskrankenkasse Schulte & Bruns, Emden 1926-1957
4581 Krankenkassen für die Fabriken der Fa. Friedrich Halbach zu Leer 1886-1912
4588 Die Krankenkasse der Eisengießerei von A. Schreiber zu Leer 1886-1910

- 4584 Die Ortskrankenkasse der im kaufmännischen und verwandten Gewerbe beschäftigten Arbeiter zu Leer 1886-1906
4586 Die Krankenkasse für die Eisengießerei Dirks & Co. zu Leer 1887-1906
9987 Betriebskrankenkasse der Fa. Doornkaat in Norden 1931-1959
4600 Die Krankenkasse der Norder Eisenhütte 1891-1912
Wohnverhältnisse
6876 Arbeitersiedlung am Grünen Weg in Emden 1920

Findmittel: Findbuch

2. Gewerbeaufsichtsamt Aurich

Rep. 60

- 8 Arbeiterausstände und Arbeiteraussperrungen 1899-1925
9 Desgl. 1905-1925

Findmittel: Findbuch

II. REGIONALBEHÖRDEN

1. Landratsamt Emden

Rep. 28

- Weltkrieg und Kriegswirtschaft*
1163 Vermittlung von Erntearbeitern 1914-1918
1161 Russische Saisonarbeiter 1914-1918
1183 Handwerker-, Bauern- und Arbeiterräte 1918
1167 Arbeiter- und Soldatenräte 1919-1922

Findmittel: Findbuch

2. Landratsamt Leer**Rep. 31a***Reichstags- und Landtagswahlen*

- 813 Wahlen zum Reichstag, Wahlfälschungen 1864-1937
- 6 Reichstags- und Reichspräsidentenwahlen mit Wahlergebnissen 1920-1932
- 7 Reichstagswahlen und Volksabstimmungen 1933-1938
- 8 Preußische Landtagswahlen 1921-1932

Handels- und Gewerbesachen

- 46 Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben 1897-1938

Vereine und Versammlungen

- 431 Arbeitseinstellungen (Streiks) 1870-1910
- 433 Politische Vereine und Versammlungen 1885-1946

Findmittel: Findbuch**3. Landratsamt Weener****Rep. 33***Volksvertretungen (Wahlen)*

- 1846 Reichstagswahlen 1873-1874
- 2507 Desgl. 1881-1887
- 2602, 2603 Wahl zum Abgeordnetenhaus 1888
- 2510 Reichstagswahl 1890
- 1689 Desgl. 1893
- 1947 Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1893-1894
- 1687 Desgl. 1898
- 1688 Desgl. 1903
- 1101 Desgl. 1903-1908

Handwerk und Gewerbe

- 703 Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien 1893-1906
- 2486 Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen 1892-1906
- 2042 Aus dem Dienst entlaufene gewerbliche Arbeiter 1876-1909
- 1954 Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Feiertagen 1884-1897

Soziales – Armenwesen

- 1311 Arbeitseinstellungen 1870-1884

Findmittel: Findbuch**4. Landratsamt Wittmund****Rep. 34a***Volksvertretung*

- 1280 Wahl zum Reichstage 1870-18 ¹⁸⁷⁰
- 1674 Wahl der Abgeordneten der zweiten Kammer 1873
- 1681 Wahl zum Reichstage 1876
- 1675 Wahl zum Abgeordnetenhaus 1876
- 1676 Wahl zum Reichstage 1878
- 1672 Wahl zum Abgeordnetenhaus 1879
- 1680 Wahl zum Reichstage 1881
- 1673 Wahl zum Abgeordnetenhaus 1882

Findmittel: Findbuch

III. LOKALBEHÖRDEN

1. Stadt Norden

Dep. LX

Polizeisachen

- 884 Die Signalisierung von Anarchisten, Nihilisten, Sozialisten, Revolutionären sowie Nachforschungen über den Verbleib derselben 1872-1927
- 885 Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 1890-1915
- 886 Der Stand der sozialdemokratischen Bewegung und die Bekämpfung der Sozialdemokratie 1904-1908

Vereinssachen

- 1523 Arbeiter-Bildungsverein 1892
- 1549 Verschiedene Anmeldungen sozialdemokratischer Versammlungen 1904-1908
- 1550 Kreisverband der patriotischen Vereinigung gegen die Sozialdemokratie 1904-1908
- 1552 Sozialdemokratischer Wahlverein 1904-1920
- 1559 Ortsverein des Verbandes deutscher Buchbinder im Norder Gewerkschaftskartell 1906-1929
- 1563 Ortskartell der christlichen Gewerkschaften 1907-1908
- 1574 Evangelischer Arbeiterverein 1908-1918
- 1599 Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 1919
- 1611 Die Kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Norden 1921

Findmittel: Findbuch

2. Stadt Aurich

Dep. XXXIV

Wahlen

- 68 Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus 1898
- 69 Desgl. 1908
- 80 Desgl. 1913

Politische Polizei

- 299 Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie 1875-1918
- 302 Verbot politischer Versammlungen und Demonstrationen 1910-1933
- 305 Aufrufe im Zusammenhang mit den politischen Unruhen 1920
- 306 Tumultschädengesetz, Beobachtung verschiedener politischer Gruppen 1920-1927
- 307 Überwachung politischer Organisationen durch die Polizei 1926-1933

Handel, Gewerbe und Verkehr, Allgemeines

- 1346 Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Frauen in Fabriken 1867-1898
- 1351 Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Feiertagen 1885-1891
- 1355 Deutsche Arbeitsfront 1934-1945

Findmittel: Findbuch

IV. GERICHTE UND STAATSANWALT-SCHAFTEN

1. Staatsanwaltschaft Aurich

Reg. 109

Strafprozesse

- C 3 Arbeiter Hermann Zilinsky und Gen. wegen Landfriedensbruch bei einem Hafenarbeiterstreik in Emden 1905-1908
- C 6-11 Kranführer Johann Gersema und Gen. wegen Landfriedensbruch und anderer Delikte bei der gewaltsamen Wegnahme von Lebensmitteln auf Bauernhöfen in den Kreisen Emden und Leer 1919
- C 12-17 Lehrer Karl Jörn und Gen. wegen Hochverrats durch bewaffneten kommunistischen Aufruhr mit dem Ziel, eine Räterepublik in Norddeutschland zu gründen 1919
- C 18 Torpedo-Obermaschinisten Ernst Sachers wegen Meuterei und anderer Delikte in Verbindung mit dem Kapp-Putsch in Wilhelmshaven 1920
- C 19-34 Arbeiter Reemt Aeilts und Gen. wegen Landfriedensbruch und anderer Delikte in Verbindung mit dem Landarbeiterstreik im Kreise Emden 1923
- C 35 Arbeiter Johannes Bitzer und Gen. wegen Landfriedensbruch in Verbindung mit einem Hafenarbeiterstreik in Emden 1923
- C 36 Schlosser Johann Schwitters und Gen. wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt in Verbindung mit einem Generalstreik 1923
- C 37 Hafenarbeiter Martin Brinkmann wegen politischer Aufreizung und Teilnahme an verbotenen Versammlungen 1923
- C 54 Senator Gustav Wendt und Gen. wegen Haus- und Landfriedensbruch durch versuchte Sprengung einer nationalsozialistischen Versammlung 1930
- C 56 Arbeiter Friedrich Fischer und Gen. wegen schwerem Landfriedensbruch und anderer Delikte 1930
- C 57-58 Arbeiter Peter Wörtler und Gen. wegen Landfriedensbruch (Streitigkeiten zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten) 1930
- C 59 Koch Ernst Neumann und Gen. an Bord des Dampfers „Gottfried Bueren“ wegen Meuterei und Landfriedensbruch (Streik und Gewalttätigkeit in russischen Häfen) 1931
- C 60 Zimmermann Friedrich Fox und Gen. an Bord des Dampfers „Afrika“ wegen Vergehens gegen die Seemannsordnung (Streik) 1931
- C 64 Zimmermann Hermann Kahl und Gen. wegen Aufruhrs und Landfriedensbruch 1931
- C 65 Former Emil Eichler und Gen. wegen Landfriedensbruch 1931
- C 66 Arbeiter Karl Wiehe und Gen. wegen Landfriedensbruch 1931
- C 66 Arbeiter Edo Flügge und Gen. wegen Landfriedensbruch und Bedrohung von arbeitswilligen Streikbrechern in Leer 1931
- C 69 Matrosen Dietrich Kampen wegen Landfriedensbruch und anderer Delikte (Tätlichkeiten von Kommunisten gegen Nationalsozialisten in Jheringsfehn) 1931
- C 71, 73-76, 79, 80 Arbeiter Gerd Buß, Heizer Heinrich Marre, Arbeiter Peter Becker, Arbeiter Lammert Sinning, Arbeiter Ido Reck, Schlosser Hinrich Arends, Arbeiter Gerhard August van Holten und Gen. wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung

- | | | | |
|------|---|------|--|
| | (Tätlichkeiten gegen National-
sozialisten) 1931-1932 | C 84 | Bäcker Johann Frerichs Janßen
und Gen. wegen Hochverrats
(Betätigung für die illegale kom-
munistische Partei) 1937 |
| C 72 | Marktbezieher Eggo Wilts wegen
Landfriedensbruch (Tätlichkeiten
gegen arbeitswillige Streikbrecher
in Leer) 1931 | | |
| C 83 | Arbeiter Johann Niemeyer wegen
Auflaufs und Aufruhrs in Weener
1933 | | <i>Findmittel:</i> Findbuch |

JULIUS MOSES – NACHLASS UND BIBLIOGRAPHIE

Von Kurt Nemitz

Der Reichstagsabgeordnete und Gesundheitspolitiker Dr. Julius Moses, auf dessen Nachlaß hier hingewiesen werden soll, wurde am 2. Juli 1868 in Posen geboren. Er studierte in Greifswald Medizin. Seit 1893 als praktischer Arzt in Berlin-N tätig, kam er früh mit dem sozialen Elend der Arbeiterschaft in Berührung. Er wurde bald politisch aktiv und gelangte über den Freisinnigen Arbeiterverein zur Sozialdemokratie. In der Weimarer Zeit gehörte er zuerst dem Vorstand der USPD und nach 1922 dem Vorstand der SPD an. Als deren gesundheitspolitischer Sprecher im Reichstag (Abgeordneter von 1920 bis 1932) hatte er maßgeblichen Anteil an der Formulierung der politischen Richtlinien, die er in den Fachgremien – so z.B. im Reichsgesundheitsrat und im Hauptausschuß der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft – unmittelbar vertreten konnte.

Im Jahre 1933 blieb er in Berlin. Er gehörte zum Freundeskreis um den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe, die spätere Bürgermeisterin Louise Schröder und die Reichstagsabgeordnete Anna Nemitz. Im Jahre 1942 wurde er – vierundsiebzigjährig – nach Theresienstadt deportiert, wo er am 24. September 1942 verstarb.

Die Jahre zwischen 1933 und 1941 verwandte er zur Sichtung und Ordnung vorhandenen Materials und zur Sammlung und Kommentierung von Quellen über den Faschismus. Dieser Bestand konnte – verwahrt im Hause von Anna Nemitz in Berlin-Köpenick – über die NS-Zeit und das Kriegsgeschehen hinübergerettet werden. Der Nachlaß befindet sich jetzt in meiner Wohnung (Anschrift: Dr. Kurt Nemitz, 28 Bremen 33, Voltastraße 140) und kann dort nach Verabredung für Zwecke der Forschung eingesehen werden.

Der Nachlaß Moses dürfte für die historische Forschung unter mehreren Aspekten von Interesse sein. Zunächst bietet er einen Einblick in die sozialdemokratische Gesundheits- und Gesellschaftspolitik der Weimarer Zeit. Viele Gedankengänge, die heute als gewagt gelten, waren damals unumstritten. Und einige angeblich neu entwickelte Denkansätze, die in der Gegenwart vom „Nullpunkt“ her erarbeitet wurden, stellen sich im Rückblick nur als ein schwacher Aufguß bereits damals voll durchdiskutierter Fragestellungen dar. Das gilt zum Beispiel für weite Teile der Diskussion über den Paragraphen 218, die in der Weimarer Zeit mit überzeugenden Argumenten geführt und als weitgehend abgeschlossen angesehen werden konnte. Die Tatsache, daß heute gelegentlich so diskutiert wird, als handele es sich um wirklich neue Fragestellungen, kann eigentlich nur mit historischer Unkenntnis erklärt werden. Für denjenigen, der heute einem gesellschaftspolitischen Immobilismus vorbeugen will, können sich insoweit aus historischen Studien fruchtbare Denkanstöße für die Gegenwart ergeben.

Aus dem Nachlaß sind aber auch wichtige Hinweise für die Klärung jener Fragen zu gewinnen, die mit dem Leben und Leiden der Juden in Deutschland zusammenhängen. Im Lebensweg des Reichstagsabgeordneten Dr. Moses verkörpert sich das Schicksal eines in der Öffentlichkeit und in der Sozialdemokratie zu hohem Ansehen gelangten deutschen Juden, der – fest verwurzelt in humanistischer Tradition – nach 1933 in seiner Heimat blieb und bis zum

bitteren Ende in Theresienstadt jenen Weg gegangen ist, den mit ihm viele Tausende beschreiten mußten. Die Bedeutung seines Nachlasses dürfte nicht zuletzt darin liegen, daß er in den dunklen Jahren nach 1933 die ihm vorliegenden Materialien mit Kommentaren und Erläuterungen versah, und zwar mit ganz bewußtem Blick auf jene Generation, die später einmal daran gehen würde, die offengebliebenen Fragen jener Zeit zu enträtseln.

Nachfolgende Übersicht über den Bestand des Nachlasses ist in drei Abschnitte gegliedert. Unter I sind die Bücher, Broschüren und einige Zeitschriftenartikel von Moses zusammengefaßt. Abschnitt II enthält Hinweise auf den 252 Seiten umfassenden Erinnerungsband, mit dessen Erstellung Moses 1936 begonnen hat. Es handelt sich um einen großen Band (ZeitungsfORMAT) in der Art eines Hauptbuches, in den die verschiedenen Artikel, Ausschnitte, Manuskripte etc. eingeklebt wurden. Das Verzeichnis ist keineswegs vollständig, sondern dient nur einer ersten Orientierung. Teil III enthält eine Übersicht über die 69 Einzelmappen, die Moses in Ergänzung des Hauptbuches zu einzelnen Themen zusammengestellt hat. Der Inhalt einiger dieser Mappen ist während der Kriegszeit durcheinandergeraten. Andere Mappen sind nicht vollständig. Eine Umordnung wurde jedoch nicht vorgenommen, um den ursprünglichen Zusammenhang möglichst weitgehend zu erhalten. Besonders wertvoll – und für den Leser oft bewegend – sind die zahlreichen Kommentare und Erläuterungen, die Moses, wie bereits erwähnt wurde, im Hinblick auf spätere Leser dem von ihm zusammengestellten Material beifügte. Der Nachlaßübersicht schließt sich eine vorläufige Bibliographie an, die einen ersten Einblick in das Gesamtschaffen von Moses gibt.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß sich derjenige Teil des Nachlasses, der seit 1933 von der Familie Moses in Israel verwahrt wurde, nunmehr beim Institut für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv befindet, darunter die vollständigen Jahrgänge der von Moses 1923 – 1933 herausgegebenen Zeitschrift „Der Kassenarzt“. Mit den Professoren Grab, Na'aman und Wallach vom dortigen Institut hat sich hinsichtlich der weiteren Durcharbeitung des Nachlasses ein fruchtbarer Gedankenaustausch ergeben.¹ Mehrere Jahrgänge der von Moses vor 1910 herausgegebenen Wochenzeitschrift „Generalanzeiger für die gesamten Interessen des Judentums“ befinden sich in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Berlin, und, wie mir berichtet wurde, in der Bibliothek der Hebräischen Universität Jerusalem.

¹ Siehe hierzu auch meinen Beitrag *Julius Moses und die Gebärstreik-Debatte 1913*, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Universität Tel Aviv, Bd. 2 (1973).

ÜBERSICHT ÜBER DEN NACHLASSBESTAND

I. Bücher, Broschüren, Zeitschriften

- 1) „Die Bluterkrankheit – Haemophilie“, Diss. Greifswald 1892 (23.7.1892), Druck von Julius Abel, 31 S.
- 2) „Ernst von Bergmann“, in: Die Gegenwart, Nr. 9, 1894.
- 3) „Die Kindersterblichkeit in Liegnitz“, Vortrag vor dem Gewerbeverein in Liegnitz am 13.11.1899 (zu einem Heft zusammengeklebt).
- 4) „Hebräische Melodien – Eine Anthologie“, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand, Berlin-Leipzig 1907, 288 S.
- 5) „Die Lösung der Judenfrage – Eine Rundfrage“, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand, Berlin-Leipzig 1907, 309 S.
- 6) „Ein Denkmal für die Märzgefallenen“, in: Das Blaubuch, Wochenschrift, begründet von Albert Kalthoff, herausgegeben von H. Ilgenstein, Berlin, Jg. 4, Nr. 12, 18.3.1909.
- 7) „Theodor Barth und die Judenfrage“, in: Das Blaubuch, Wochenschrift, Berlin, Jg. 4, Nr. 24, 10.6.1909.
- 8) „Wider Pfaffen und Jesuiten! Wider Mucker und Pietisten! – Eine Anthologie aus der Blütezeit politischer Dichtkunst in Deutschland 1830 – 1850“, herausgegeben von Politicus (D.i. Dr. Julius Moses), Neuer Frankfurter Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1914, 272 S.
- 9) „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung – Eine Sammlung“, Verlag der Wochenschrift Die Aktion (Franz Pfemfert), Berlin-Wilmersdorf 1918, 44 S.
- 10) „Gesundheitspflege der arbeitenden Jugend“, Heft 8 der Schriftenreihe Proletarische Jugend, Sammlung sozialistischer Jugendschriften, Buchhandlung Freiheit GmbH, Berlin 1922, 23 S.
- 11) „Menschenökonomie und Bevölkerungspolitik“, Vortrag am 22.10.1926 in Bielefeld, Druck Volkswacht Bielefeld.
- 12) „Der Kampf um die Kurierfreiheit“, Verlag Dr. Madaus & Co., Radebeul/Dresden 1930, 86 S.
- 13) „Der Totentanz von Lübeck“, Verlag Dr. Madaus & Co., Radebeul/Dresden 1930, 83 S.
- 14) „Arzt und Politik“, Sonderdruck aus: Die Medizinische Welt, Ärztliche Wochenschrift, Nr. 31, 1930, 7 S.
- 15) „Soziale Probleme in der Medizin“, Vortrag auf dem 8. ordentlichen Bundestag des Biochemischen Bundes Deutschlands e.V. am 30.5.1930 in Magdeburg, Sonderdruck Biochemischer Bund Deutschlands e.V., Potsdam, 14 S.
- 16) „Arbeitslosigkeit: ein Problem der Volksgesundheit – Eine Denkschrift für Regierung und Parlamente“, Druck und Verlag Arthur Scholem, Berlin 1931, 91 S.
- 17) „Der Kassenarzt“, Zentralorgan des Reichsverbandes deutscher Kassenärzte, Offizielles Organ des Berliner Kassenärztevereins, herausgegeben von Dr. Julius Moses, Mitglied des Reichstags, Berlin, 10 Jahrgänge, 1923 – 1933 (gebunden 1923 – 1931, letzte Ausgaben bis März 1933 nicht vollständig).

II. Der Erinnerungsband

(zusammengestellt zwischen 1936 und 1941, Zeitungsformat, 252 S.)

„Ich gebe meinen Kindern Rechenschaft“ von Dr. Julius Moses, Mitglied des Reichstags von 1920 – 1932

(Die folgenden Angaben sind unvollständig. Sie sollen nur einige Hinweise auf den Inhalt geben.)

- 1) Einleitung vom 10.7.1936. In dem Werk ist „alles zusammengefaßt“, was der Autor „in seinem Leben erstrebt hat, wofür er gearbeitet, wofür er im öffentlichen Leben tätig gewesen, welchen Kämpfen er hat standhalten müssen, welche Artikel er niedergelegt hat . . .“.
- 2) S. 2: 12 Bilder, persönliche Erinnerungen, Artikel zum 60. Geburtstag (2.7.1928). U.a. „Mensch, wie haste Dir verändert! – Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Moses einst und jetzt“, in: Vorwärts, Abendausgabe, 30.6.1928.
- 3) S. 13: Julius Moses, „Der Rundfunk im Dienste der hygienischen Volksaufklärung“, in: Rund um den Rundfunk, Berlin, 20.5.1932.
- 4) S. 18 ff.: „Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, Originalmanuskripte und Reichstagsprotokolle, zahlreiche Zeitungsartikel.
- 5) S. 19 ff.: Experimente an Menschen, Volksgesundheit, zahlreiche Artikel, Schriftwechsel bis S. 42.
- 6) S. 42: Dokumentation eines Plagiats: Artikel von Hans Bernhard in der Dentistischen Wochenschrift vom 17.1.1935; Moses weist nach, daß ganze Absätze seiner 1931 erschienenen Denkschrift „Arbeitslosigkeit: ein Problem der Volksgesundheit“ entnommen wurden.
- 7) S. 43: Schreiben des Reichsministers des Innern vom 16.2.1931, des Reichspostministers vom 7.2.1931, des Reichswehrministers (Groener) vom 25.2.1931, des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, vom 25.2.1931, des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, vom 17.2.1931 etc.
- 8) S. 43: Handschreiben von Prof. Rudolf Goldscheid, Wien, vom 14.1.1928 über Pläne zur Schaffung eines Instituts für Menschenökonomie.
- 9) S. 43: Schreiben des Abg. Dr. Baade zum Thema Arbeitslosigkeit, Volksgesundheit, Bevölkerungspolitik vom 20.2.1931.
- 10) S. 43 – 59: Zahlreiche Artikel zum Fragenkomplex Volksgesundheit, Arbeitslosigkeit, Sozialversicherung; Versammlungsberichte hierzu etc.
- 11) S. 61: Bericht der Kattowitzer Zeitung vom 10.8.1906 über Vortrag Moses zum Thema Judenprogram in Rußland.
- 12) S. 63 ff.: Artikel zum Themenkreis „1848“, Kampf um ein Märzdenkmal, Moritz Hartmann, Robert Blum, Glassbrenner.
- 13) S. 73: Zeitungsbericht über Parteitag der USPD 1922 – Dr. Moses als Berichterstatter der Reichstags-Fraktion.
- 14) S. 73: Handschreiben Eugen Richter (Central Comité der deutschen Freisinnigen Partei) vom 8.11.1885. Handschreiben von T. Barth vom 20.6.1908.
- 15) S. 79: Reichstagsdebatte über das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Moses für SPD.
- 16) S. 80 ff.: Artikel zum Themenkreis Hunger, Arbeitslosigkeit.
- 17) S. 91: Julius Moses, „Arzt und Politik“, Sonderdruck aus: Die Medizinische Welt, Nr. 31, 1930.
- 18) S. 101: Bericht über „Gebärstreik“-Versammlung in Berlin am 23.8.1913. Ausführliche Darstellung mit Ausführungen Zetkin, Moses, Zietz, Luxemburg.
- 19) S. 102 ff.: Artikel und Berichte über die Gebärstreikdebatte 1913.
- 20) S. 119 ff.: Artikel, Berichte zum Thema Geburtenregelung, § 218.

- 21) S. 133: Akte (Original) über das Ärztliche Ehrengerichtsverfahren gegen Moses wegen seiner Gebärstreik-Vorträge Anfang 1914 mit Spitzelbericht über Moses-Versammlung am 17.11.1913 in der Urania, Berlin.
- 22) S. 164: Handschreiben Prof. Dr. Grotjahn vom 21.2.1926.
- 23) S. 169: Schreiben des Reichswehrministers Dr. Gessler vom 17.7.1922. Weiterer Schriftwechsel mit dem Reichswehrministerium (u.a. Schleicher vom 6.3.1928) zum Thema Selbstmorde in der Reichswehr, Groener vom 9.7.1928, Chef der Marineleitung Dr. h.c. Raeder vom 8.6.1929 (Sanitätswesen der Marine), Groener vom 12.6.1929 und 11.4.1932.
- 24) S. 169: Julius Moses, „Soldat und Alkohol“, in: Deutsche Soldaten-Zeitung, 25.7.1929.
- 25) S. 193: Julius Moses, „Kleinarbeit“ (Fundstelle nicht zu ermitteln), Dez. 1921. (Über Kleinarbeit in der Partei.)
- 26) S. 194: Julius Moses, „Das Zentrum und die Sozialisierung“ (Fundstelle nicht zu ermitteln). (Positiv zur Sozialisierung.)
- 27) S. 201 – 203: Verfügung des Polizeipräsidenten von Jagow gegen Moses vom 25.11.1912 („Im Interesse der Sittlichkeit“) mit Presseartikeln und Betrachtungen von Moses („geschrieben im Mai 1935“).
- 28) S. 205: Moses zur Affäre Tirpitz (Verhandlungen im Ausschuß für den Reichshaushalt am 15.6.1925). Hierzu Briefwechsel mit Dr. Thimme (u.a. Friedrich Stampfer vom 20.6.1925). Ausführliche Darstellung Dr. Thimme an Prof. Dr. Kern (Bonn) vom 29.4.1925.
- 29) S. 215 ff.: Material und Artikel über die Geschichte eines Denkmals für die Märzgefallenen.
- 30) S. 223: Protokoll Reichstag vom 6.7.1922. Moses (USPD) als Interpellant betr. antirepublikanische Haltung, Morde etc.
- 31) S. 223: Parlamentarischer Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Zusammenbruchs, 4. Unterausschuß, „Schlußerklärung des Abg. Dr. Moses zu der Entschließung 'Der deutsche Reichstag im Weltkrieg'“ (8 S.).
- 32) S. 233: Trauerfeier im Reichstag für Hugo Haase. Für die Frauen: Anna Nemitz in: Freiheit, Organ der USPD, 14.11.1919.
- 33) S. 247: Korrespondenz Moses mit Reichstagspräsident Paul Löbe.
- 34) S. 247: Korrespondenz Max Hölz 1923, 1924 und 1928 mit Moses, der Vorsitzender des Amnestie-Ausschusses war.
- 35) Nach S. 252: Manuskript Julius Moses, „Parlamentarischer Witz und Humor, Stilblüten“.
- 36) Nach S. 252: Dankschreiben Reichspräsident Hindenburg an Reichstagspräsident Löbe vom 6.10.1931.

III. Die Einzelmappen

Mappe 1: Reichsgesundheitsministerium
Die Forderungen zur Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums. Petition an die Volksbeauftragten der Deutschen Republik, unterschrieben u.a. von Moses, Nemitz, Grotjahn und Hirschfeld. Protokoll der Konferenz im Reichsamt des Innern am 16.4.1919 über Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit. Reichstagsprotokolle und Artikel. Erläuterung von Moses. Seltenes Material.

Mappe 2: Artikel zu verschiedenen Themen
Artikel zu verschiedenen Themen. Z. T. wichtiges Material, ungeordnet.

Mappe 3: „Experimente an Menschen“
 Seltenes Material, u.a. vertrauliche Niederschrift über die Sonderberatung des Reichsgesundheitsrates am 14.3.1930 zum Thema „Ist die Vornahme experimenteller Untersuchungen am Menschen zulässig?“ (75 S.). Dazu Referat Moses in dieser Sitzung (14 S.).

Mappe 4: Reichsgesundheitsamt
 Entstehung des Reichsgesundheitsamtes, Korrespondenz Moses mit den Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes Bumm und Hamel – Material zum Thema Arbeitslosigkeit und Volksgesundheit.

Mappe 5: Volksgesundheit – Bilanz des Krieges
 Material zum Thema Volksgesundheit – Bilanz des Krieges. Reichsgesundheitsamt. Mit ausführlichen Kommentaren von Moses.
 Aufsatz Moses, „Die Verluste des Weltkrieges“, in: Vorwärts, 13.2.1925.
 Aufsatz Moses, „Brotwucher und Volksgesundheit“, in: Vorwärts, 24.7.1925.

Mappe 6: „Reichsgesundheitsrat“
 Tätigkeit im Reichsgesundheitsrat (Moses war seit 1928 Mitglied). Material über das Thema Lockerung des Impfwanges.
 Aufsatz Moses, „Die Typhusepidemien 1925/26“, in: Arbeiterschutz, Zeitschrift für soziale Gesetzgebung, Wien, Jg. 37, Nr. 20, 15.10.1926.

Mappe 7: „Soziale Kosmetik“
 Seltenes Material über die Entstehung der „sozialen Kosmetik“ mit Kommentaren und Erläuterungen von Moses („am 26. Juli 1939 endgültig abgeschlossen“).

Mappe 8: „Gebärstreik“
 Artikel zum Thema Gebärstreik.
 Julius Moses, „Der Gebärstreik“, Druckfahne (ohne Datum, wahrscheinlich 1913) und Originalmanuskript.

Mappe 9: „Allerlei Artikel von mir“
 Verschiedene Artikel.
 Aufsatz Moses, „Bericht der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag der USPD in Gera“, in: Sozialdemokrat, Zeitung der USPD, Nürnberg, Jg. 5, Nr. 219, 23.9.1922.
 Aufsatz Moses, „Menschenökonomie – Ein Beitrag zur Aussperrung der Zigarrenarbeiter“, in: Vorwärts, 30.11.1927.
 Aufsatz Moses, „Leistungsfähigkeit – eine soziale Erscheinung!“, in: 8-Uhr-Abendblatt, 26.5.1928.
 Aufsatz Moses, „Die Lehren von Cleveland“, in: Abend, Spätausgabe des Vorwärts, 18.5.1929.
 Aufsatz Moses, „Arzt und Politik“, Sonderdruck aus: Die Medizinische Welt, Ärztliche Wochenschrift, Nr.31, 1930, 7 S.
 Aufsatz Moses, „Soziale Probleme in der Medizin“, Vortrag auf dem 8. ordentlichen Bundestag des Biochemischen Bundes Deutschlands e.V. am 30.5.1930, Sonderdruck Biochemischer Bund Deutschlands e.V., Potsdam, 14 S.

Mappe 10: „Hunger-Mappe III“
 Hunger – Material mit Kommentaren und Artikeln von Moses.

Mappe 11: „§ 218“
 Material über § 218 mit Artikeln von Moses.
 Aufsatz Moses, „Volle Wiegen“, in: Die Kämpferin, Organ der USPD, Jg. 2, Nr. 10, 3.6.1920.

Aufsatz Moses, „Gebärzwang oder freie Entscheidung?“, in: *Der Abend*, 12.3.1929.

Aufsatz Moses, „Der Kampf um die Aufhebung des Abtreibungsparagraphen“, in: *Biologische Heilkunst*, Jg. 10, Nr. 34, Dez. 1929.

Mappe 12: „Die Reichsgesundheitswoche“

Material über die Einführung einer „Reichsgesundheitswoche“, die auf Anregung von Moses 1926 zum ersten Mal veranstaltet wurde. Auf Antrag von Moses wurden vom Reichstag 400.000,— DM bereitgestellt. Bericht des Reichsausschusses für Hygienische Volksbelehrung 1926, Schriftwechsel und Protokolle, seltenes Material.

Mappe 13: Der Totentanz von Lübeck

Material zur Lübecker Kinder-Tragödie von 1930. 22 Kinder waren wegen fahrlässigen Verhaltens von Ärzten im Krankenhaus nach Impfungen gestorben. Moses stand als Sachverständiger im Mittelpunkt eines Untersuchungsverfahrens, das in der Öffentlichkeit starke Aufmerksamkeit fand. Artikel, Versammlungsberichte von Moses und Protokolle.

Aufsatz Moses, „Die Kurpfuscherei von Lübeck“, in: *Montag-Morgen*, Berlin, Jg. 8, Nr. 21, 26.5.1930.

Aufsatz Moses, „Versuche am lebenden Objekt“, in: *Bremer Volkszeitung*, Nr. 126, 2.6.1930.

„Es gibt keine unpolitische Medizin“, Bericht über Vortrag Dr. Moses, in: *Volksbote*, Stettin, Jg. 46, Nr. 260, 6.11.1930.

Aufsatz Moses, „Lübeck und Stuttgart“, in: *Halberstädter Tageblatt*, Jg. 13, 14.3.1931.

Mappe 14: Kurierfreiheit

Besprechungen der Moses-Schrift „Der Kampf um die Kurierfreiheit“, andere Artikel.

Mappe 15: Volksgesundheit

Reichstagsprotokolle zum Thema Volksgesundheit und Reichsgesundheitsamt mit Kommentaren.

Mappe 16: „Ärztestreiks“

Material zum Thema Ärztestreiks, z.T. selten. Mit Einleitung und Kommentaren von Moses. Korrespondenz mit Dr. Liek, Danzig, von 1926 und 1931 über Schulmedizin etc. Lieks Buch hatte große Aufmerksamkeit erregt.

Aufsatz Moses, „Ehrendoktor Lüdendorff“, in: *Freiheit*, Organ der USPD Ostpreußens, Königsberg, 23.1.1922.

Aufsatz Moses, „Pressezensur durch Ärzte?“, in: *Volkswacht*, Bielefeld, Jg. 42, Nr. 208, 7.9.1931.

Mappe 17: Gebärtstreik

Material und Artikel zum Thema Gebärtstreik, z.T. selten.

Mappe 18: „Reichsgesundheitsamt“ Bd. 3

Reichstagsreden zum Thema Reichsgesundheitsamt (Reichstagsprotokolle) mit kurzer Einleitung von Moses.

Mappe 19: „Kurierfreiheit“

Besprechungen des Moses-Buches „Der Kampf um die Kurierfreiheit“ und anderes Material.

Aufsatz Moses, „Die Kurierfreiheit in Deutschland“, in: *Sozialärztliche Rundschau*, Wien, Jg. 1, Nr. 6, Nov. 1930.

Mappe 20: „Hunger-Mappe I“

Material zum Thema Hunger, z.T. selten. Mit handschriftlichem Inhaltsverzeichnis von Moses.

Mappe 21: Reichstagsreden

Moses-Reichstagsreden 1920 – 1923 fast vollständig.

Mappe 22: „Experimente an Menschen“

Ungeordnetes Material.

Aufsatz Moses, „Der Kampf gegen das Menschenexperiment“, in: *Der Vorpommer*, Stralsund, 1.8.1928.

Aufsatz Moses, „Schwalbe wieder auf dem Kriegspfad – Der neuentbrannte Kampf um das Friedmannsche Tuberkulosemittel“, in: 8-Uhr-Abendblatt, 11.12.1929.

Aufsatz Moses, „Der Säuglingstod in Lübeck“, in: Der Abend, Berlin, 17.5.1930.

Aufsatz Moses, „Über alles die Volksgesundheit!“, in: Volksstimme, Magdeburg, Jg. 43, Nr. 14, 16./17.1.1932.

Mappe 23: Totentanz von Lübeck

Artikel zum Thema Totentanz in Lübeck (1930), u.a. aus dem „Kassensarzt“.

Mappe 24: „Selbstmorde in der Reichswehr“

Moses hat sich als Abg. mit diesem Thema mehrfach beschäftigt. Material hierzu unvollständig.

Aufsatz Moses, „Soldat und Alkohol“, in: Deutsche Soldaten-Zeitung, Jg. 11, Nr. 14, 25.7.1929.

Mappe 25: Verschiedenes

Ungeordnetes Material.

Aufsatz Moses, „Keine Gebärflicht – ein Kulturwerk in der Tschechoslowakei“, in: Leipziger Volkszeitung, 23.7.1932.

Mappe 26: „Jagow-Mappe“

Ärztliches Ehrengerichtsverfahren gegen Moses aus dem Jahre 1912 wegen seiner gemeinsam mit Dr. Magnus Hirschfeld durchgeführten Vorträge über Fragen des Geschlechtslebens. Kommentar über Jagow von Moses aus dem Jahre 1935.

Mappe 27: „Experimente an Menschen“

Moses-Aufsätze zum Thema und weiteres Material.

Mappe 28: „Strafmündigkeit im Strafrechtsausschuß“

Material über die Beratung des Entwurfs eines allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches (überwiesen am 14.5.1927). Moses war bis 1932 Mitglied des Reichstagsausschusses für das Reichsstrafgesetzbuch. Kommentare von Moses über den Gang der Beratungen, u.a. über die Abg. Toni Pfülf sowie über den Antrag der SPD auf Erhöhung des strafmündigen Alters vom 14. auf das 16. Lebensjahr. Hierüber längere Ausführungen und Material.

Mappe 29: Hunger

Artikel und Material zum Thema Hunger.

Mappe 30: Gebärstreik

Material und Artikel zum Thema Gebärstreik.

Mappe 31: „Prof. Hans Much“

Korrespondenz mit Prof. Dr. Hans Much (Hamburg) und Dr. Madaus u.a. über Naturheilverfahren und den Biochemischen Bund sowie über die Zeitschrift „Biologische Heilkunst“ – etwa 1927 bis 1933.

Mappe 32: Korrespondenz

Verschiedene Korrespondenzen und Artikel.

Aufsatz Moses, „The Death Dance of Lübeck“, in: Medical Liberty Avalanche, Official Journal of the American Medical Liberty League, Chicago, Vol. 2, No. 9, June 1931, p. 201.

Mappe 34: „§ 218“

Material über § 218, auch Vorgeschichte.

Aufsatz Moses, „Sexueller Bolschewismus“, in: Tribüne, Tageszeitung der USPD, Bez. Mannheim (Baden), 29.1.1921.

- Aufsatz Moses, „Die sozialen Ursachen der Geschlechtskrankheiten“, in: Die Genossin, Jg. 4, Nr. 2, Febr. 1927.
- Aufsatz Moses, „Bevölkerungspolitik und Menschenökonomie – Gebärzwang oder freie Entscheidung?“, in: Fränkische Volkstribüne, Bayreuth, 22.3.1929.
- Aufsatz Moses, „Die Justiz macht Unterschiede“, in: Bremer Volkszeitung, 16.3.1931.
- Aufsatz Moses (nicht gezeichnet), „Nationalsozialistische ‘Gedanken’ zur Geburtenregelung“, in: Der Kassenarzt, Jg. 9, Nr. 19, 10.9.1932.
- Mappe 35: „Hunger“
Material und Artikel zum Thema Hunger und Hungerblockade.
- Mappe 36: Hunger und Volksgesundheit
Material über Hunger und Volksgesundheit.
- Mappe 37: Ärztestreiks, Geburtenregelung, anderes
Material über Ärztestreiks und Geburtenregelung, Artikel über andere Themen, ungeordnet.
Aufsatz Moses, „Was wird aus den Kindern der Arbeitslosen?“, in: Freiheit, Berliner Organ der USPD, 29.9.1920.
Aufsatz Moses, „Die sanitären Verhältnisse in Rußland“, in: Unabhängige Volkszeitung, Organ der USPD für Ostsachsen, 5.10.1920.
Aufsatz Moses, „Kriegsverbrecher“, in: Freiheit, Berliner Organ der USPD, 27.7.1921.
Aufsatz Moses, „Studenten“, in: Freiheit, Berliner Organ der USPD, 22.12.1921.
Aufsatz Moses, „Bildet die Eiserne Front der Frauen! – Frauen, Gesundheitspflege und Nationalsozialismus“, in: Arbeiterwohlfahrt, Jg. 7, 1.4.1932, S. 193 ff.
- Mappe 38: § 218
Material und Artikel zu § 218.
- Mappe 39: „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft Bd. I“
Ausführliche Darstellung von Moses über seine Tätigkeit im Rahmen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Originalmanuskripte.
Aufsatz Moses, „Verknöcherte Wissenschaft – zu den Reichstagsdebatten über die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, in: Sozialistische Bildung, Heft 8, Aug. 1929, S. 225 ff.
- Mappe 40: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft
Material und Manuskripte.
Aufsatz Moses, „Professorenweisheit“, in: Freiheit, Berliner Organ der USPD, 28.4.1919.
Aufsatz Moses, „Studenten und so weiter“, in: Volkszeitung, Düsseldorf, 16.4.1920.
Aufsatz Moses, „Wirtschaft, Horatio . . .! – Von einer Notgemeinschaft und dem Irrgarten deutscher Gelehrsamkeit“, in: Der Abend, 27.3.1929.
Aufsatz Moses, „Mühlräder der Wissenschaft“, in: Der Abend, 6.6.1929.
- Mappe 41: „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft Bd. III“ (Fall Schemann)
Seltenes Material über den „Fall Schemann“ im Rahmen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Prof. Schemann hatte mit Förderungsmitteln der Notgemeinschaft seine Rassentheorien veröffentlicht. Daraufhin kam es zu einem Skandal mit parlamentarischem Nachspiel. Moses-Interpellation führte zur Beteiligung von Abgeordneten im Hauptausschuß der Notgemeinschaft. Kommentare von Moses.
- Mappe 42: Staatsminister Dr. Schmidt-Ott
Schreiben des Präsidenten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Staatsminister Dr. Schmidt-Ott, vom 18.10.1932 an Moses (anlässlich seines Ausscheidens) und vom 29.11.1933 (!).

Mappe 43: „Jiddisch“

Material über das Jiddische. Unvollständig, Unterlagen in anderen Mappen.

Mappe 44: Parlamentarische Redeblüten

Umfangreiche Sammlung parlamentarischer Redeblüten, die Moses in den Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit zusammengetragen hat. Verschiedene Artikel. Außerdem in Versform humoristische Rede im Reichstag zur Haushaltsberatung am 11.7.1925 („leider ungehalten“).

Mappe 45: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft

Material und Manuskripte.

Mappe 46: „Juden in der Medizin“

Material über Juden in der Medizin, z.T. seltene Quellen. Mit einem Vorwort von Moses aus dem Jahre 1938. Unvollständig, Bruchstücke in anderen Mappen.

Mappe 47: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft

Unterlagen zum Thema Notgemeinschaft.

Mappe 48:

Schreiben von Dr. Gustav Stresemann, Reichsminister des Auswärtigen, vom 27.1.1928 an Dr. Moses, MdR. Original mit eigenhändiger Unterschrift. Zwei Seiten Text mit Anlage, Abschrift aus der National-liberalen Correspondenz, Nr. 197, 13.10.1918, „Tagung der national-liberalen Landesvorsitzenden“. – Stresemann bezieht sich auf Ausführungen von Moses im Untersuchungsausschuß für die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 und gibt aus seiner Sicht eine Darstellung seiner Ausführungen auf der Tagung vom 13.10.1918.

Mappe 49: „Einige historisch sehr interessante Dokumente“

Zeitungsausschnitte zu verschiedenen Themen. Unvollständig.

Mappe 50: „Jüdische Ärzte“

Material über nationalsozialistische Hetze gegen jüdische Ärzte. Aufsatz Moses, „Jüdische Rassenhygiene und moderne Kultur“, in: Beilage zum Bericht der Großloge für Deutschland U.O.B.B. (ohne Datum, wahrscheinlich März 1913).

Mappe 51: „Ostjuden I“

Material über Ostjuden (Einwanderung, Abschiebung, Internierung), u.a. Reichstagsprotokolle und Vermerk des Preußischen Ministeriums des Innern vom 1.11.1919. Von Moses angefertigte Übersicht über Interpellationen, Anträge und Debatten im Reichstag mit Quellenangaben. Seltenes Material.

Mappe 52: „1848“

Material über die Kämpfe zur Errichtung eines Märzdenkmals in Berlin. Moses war Mitglied des 1896 auf Initiative des Freisinnigen Arbeitervereins gegründeten „Comitees zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen“. Text des Aufrufs. Moses-Aufsatz in „Das Blaubuch“. Originalmanuskript mit handschriftlichem Kommentar von Moses (28.3.1938). Aufsatz Moses (anonym), „Wie es kam – Zum 18. März“, in: Berliner Volkszeitung, 18.3.1908. Aufsatz Moses, „Berliner Krakehler“ (Fundstelle nicht zu ermitteln). (Zum Thema 1848.) Aufsatz Moses, „Ein Denkmal für die Märzgefallenen“, in: Das Blaubuch, Wochenschrift, Berlin, Jg. 4, Nr. 12, 18.3.1909.

Mappe 53: „Juden-Mappe“

„Material für die Erinnerungen – Nur Material, aus dem meine Kinder sich einen Begriff machen von den Kämpfen meiner Zeit, an denen ich beteiligt war.“

Aufsatz Moses, „Die 'neue Kultur' – So sieht der Antisemitismus unserer Tage in der Praxis aus“, in: 8-Uhr-Abendblatt, 28.12.1930.

Mappe 54: „Ärztliches Allerlei“

U.a. Aufsatz über Virchow und die „Medizinische Reform“ 1848. Unvollständig.

Mappe 55: Verschiedenes
Ungeordnetes Material.Mappe 56: Schriftwechsel Automaten-
Geschlechtskrankheiten
Verschiedene Schriftwechsel zur
Frage der Automatenaufstellung
(Verhütung von Geschlechtskrank-
heiten).Mappe 57: Verschiedenes
Verschiedenes, ungeordnet.Mappe 58: Zeitungsausschnitte
Zeitungsausschnitte, ungeordnet.Mappe 59: Märzrevolution 1848 – Dolch-
stoßlegende

Friedrich Wilhelm IV von Preußen – auch ein Beitrag zur Märzrevolution 1848! – Nach den Tagebüchern Varnhagens von Ense, zusammengestellt von Dr. Julius Moses, Fortsetzungsfolge in der Volksstimme (Unterhaltungsbeilage), Frankfurt, Jg. 23, Nr. 59, 24.7.1912, und folgende Ausgaben.

Material zum parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Weltkrieges – Dolchstoßlegende.

Mappe 60: Judenproblem und anderes

Material zum Judenproblem, ungeordnet, mit Bemerkungen von Moses, z.T. wichtige Unterlagen, unvollständig. Handschriftliches Manuskript Moses über „Luther und das Judentum“.

Aufsatz Moses, „Jüdische Tragödien der Kleinstadt“, in: Israelitisches Familienblatt, 25.2.1932.

Mappe 61: NS-Verfügungen

Verfügungen der NS-Regierung gegen Juden seit 1941, z.T. Original-Dokumente und Artikel. Judenstern.

Mappe 62: Erinnerungen

Verschiedene Zeitungsausschnitte, Erinnerungen.

Mappe 63: Zum 70. Geburtstag –
2. Juli 1938

Mappe zusammengestellt am 70. Geburtstag, 2.7.1938. Geburtstagsartikel des Journalisten Herbert Lepère (6 S.), so wie er ihn dem Vorwärts zur Verfügung gestellt hätte, wenn ...

Mappe 64: Original-Manuskript Erinnerun-
gen

„Erinnerungen“ – Durchschrift des Original-Manuskripts, ursprünglich 50 S., Teile fehlen.

Mappe 65: Erinnerungen, Material

Persönliche Erinnerungen, Briefe, Bilder etc., ungeordnet.

Mappe 66: Material Juden

Zeitungsausschnitte zum Thema Juden etc.

Mappe 67: Reifezeugnis, Doktordiplom

Erinnerungen, Reifezeugnis, Doktordiplom, Zeitungsausschnitte etc.

Mappe 68: Verschiedenes

Zeitungsausschnitte, Schriftwechsel
Reichsamnestie-Ausschuß
etc.

Mappe 69: Anna Nemitz

Manuskript Moses (11 S.) über die
Reichstagsabgeordnete Anne Nemitz
und Familie. Weiteres Material.

VORLÄUFIGE BIBLIOGRAPHIE DER SCHRIFTEN UND ARTIKEL VON MOSES

(Dieses Verzeichnis ist chronologisch geordnet.)

1892

„Die Bluterkrankheit – Haemophilie“, Diss. Greifswald 1892 (23.7. 1892), Druck von Julius Abel, 31 S.

1894

„Ernst von Bergmann“, in: Die Gegenwart, Nr. 9, 1894.

1898, März 18

„Der Tag des Volkes“ (anonym), in: Berliner Zeitung, 18.3.1898.

1899, November 13

„Die Kindersterblichkeit in Liegnitz“, Vortrag vor dem Gewerbeverein Liegnitz am 13.11.1899, Bericht in: Liegnitzer Anzeiger, 15.11.1899. Anschließend mehrere Zeitungsartikel des Autors (zu einem Heft zusammengeklebt).

1906, August 10

Protestrede vor dem Kattowitzer Bürgerverein gegen die Judenmetzeleien in Rußland, Zeitungsbericht in: Kattowitzer Zeitung, 10.8.1906.

1907

„Hebräische Melodien – Eine Anthologie“, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand, Berlin-Leipzig 1907, 288 S.

1907

„Die Lösung der Judenfrage – Eine Rundfrage“, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand, Berlin-Leipzig 1907, 309 S.

1908, März 18

„Wie es kam – Zum 18. März“ (anonym), in: Berliner Volkszeitung, 18.3.1908.

1909

„Berliner Krakehler“ (Fundstelle nicht zu ermitteln). (Zum Thema 1848.)

1909, März 15

„Im ‘tollen’ Jahr – Aus meiner 48er Mappe“, in: Die Welt am Montag, 15.3.1909.

1909, März 18

„Ein Denkmal für die Märzgefallenen“, in: Das Blaubuch, Wochenschrift, begründet von Albert Kalthoff, herausgegeben von H. Ilgenstein, Berlin, Jg. 4, Nr. 12, 18.3.1909.

1909, Juni 10

„Theodor Barth und die Judenfrage“, in: Das Blaubuch, Wochenschrift, Berlin, Jg. 4, Nr. 24, 10.6.1909, S. 566 – 569.

1909, Dezember 4

„Das Bubenstück der Reaktion – eine Erinnerung an den 3. Dezember 1849“ (Fundstelle nicht zu ermitteln), 4.12.1909.

1910, Dezember 14

„Der Oberschinder Hinkeldey“, in: Die Tribüne, 14.12.1910.

- 1913
 „Der Gebärstreik“, Druckfahne (ohne Datum) und Originalmanuskript.
- 1913, März
 „Jüdische Rassenhygiene und moderne Kultur“, in: Beilage zum Bericht der Großloge für Deutschland U.O.B.B. (ohne Datum).
- 1913, August
 Bericht über Ausführungen von Dr. Moses zum Gebärstreik („Sozialdemokratie und Gebärstreik“), in: Diskussion, Herausgeber Hans Ostwald, Heft 5, Aug. 1913, S. 32.
- 1914
 „Wider Pfaffen und Jesuiten! Wider Mucker und Pietisten! – Eine Anthologie aus der Blütezeit politischer Dichtkunst in Deutschland 1830 – 1850“, herausgegeben von Politicus (D.i. Dr. Julius Moses), Neuer Frankfurter Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1914, 272 S.
- 1918
 „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung – Eine Sammlung“, Verlag der Wochenschrift Die Aktion (Franz Pfemfert), Berlin-Wilmersdorf 1918, 44 S.
 Vorbemerkung von F.P. (Pfemfert): „Die Gedichte dieses Buches sind ausgewählt aus dem großen Sammelwerk ‘Die Toten an die Lebenden’, das Dr. Julius Moses im Manuskript fertiggestellt hat und dessen Herausgabe er für die Zeit nach Kriegsende plant. F.P.“
- 1918, März 20
 „Die Geschichte eines Denkmals für die Märzgefallenen“ (anonym), in: Freiheit, 20.3.1918.
- 1919, April 28
 „Professorenweisheit“, in: Freiheit, Berliner Organ der USPD, 28.4.1919.
- 1920, April 16
 „Studenten und so weiter“, in: Volkszeitung, Düsseldorf, 16.4.1920.
- 1920, Juni 3
 „Volle Wiegen“, in: Die Kämpferin, Organ der USPD, Jg. 2, Nr. 10, 3.6.1920.
- 1920, Juli 28
 „Bergarbeiter, hilf!“, in: Die Tribüne, 28.7.1920.
- 1920, August 4
 Reichtagsrede USPD zum Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft am 4.8.1920.
 „Jungfernnrede“ im Reichstag (Folgen des Krieges).
- 1920, September 29
 „Was wird aus den Kindern der Arbeitslosen?“, in: Freiheit, Berliner Organ der USPD, 29.9.1920.
- 1920, Oktober 5
 „Die sanitären Verhältnisse in Rußland“, in: Unabhängige Volkszeitung, Organ der USPD für Ostsachsen, 5.10.1920.
- 1920, Oktober 29
 Vortrag auf der ersten Versammlung des Bundes der Tuberkulösen, Bericht in: Münchener Medizinische Wochenschrift, 29.10.1920.
- 1920, November 27
 Reichtagsrede USPD am 27.11.1920.
- 1921, Januar 29
 „Sexueller Bolschewismus“, in: Tribüne, Tageszeitung der USPD, Bez. Mannheim (Baden), 29.1.1921.
- 1921, März 10
 Reichtagsrede zum Etat des Reichsministeriums des Innern am 10.3.1921.
- 1921, März 16
 Reichtagsrede zum Etat des Reichsgesundheitsamtes am 16.3.1921.

- 1921, Juni 28
Reichstagsrede zum Etat des Reichsministeriums des Innern am 28.6.1921. (Forderung nach Veröffentlichung der Verlustlisten des Weltkrieges.)
- 1921, Juli 5
Reichstagsrede am 5.7.1921.
- 1921, Juli 27
„Kriegsverbrecher“, in: Freiheit, Berliner Organ der USPD, 27.7.1921.
- 1921, November 2
„Psychopathie und Revolution“, in: Freiheit, 2.11.1921.
- 1921, Dezember
„Kleinarbeit“ (Fundstelle nicht zu ermitteln), Dez. 1921. (Über Kleinarbeit in der Partei.)
- 1921, Dezember 22
„Studenten“, in: Freiheit, Berliner Organ der USPD, 22.12.1921.
- 1922
„Gesundheitspflege der arbeitenden Jugend“, Heft 8 der Schriftenreihe Proletarische Jugend, Sammlung sozialistischer Jugendschriften, Buchhandlung Freiheit GmbH, Berlin 1922, 23 S.
- 1922, Januar 23
„Ehrendoktor Ludendorff“, in: Freiheit, Organ der USPD Ostpreußens, Königsberg, 23.1.1922.
- 1922, Februar 24
Reichstagsrede am 24.2.1922.
- 1922, März 15
Reichstagsrede zur physischen und geistigen Erziehung der Soldaten am 15.3.1922.
- 1922, April 5
Reichstagsrede zum Etat des Reichsministeriums des Innern am 5.4.1922.
- 1922, April 7
Reichstagsrede am 7.4.1922 über Folgen des Berliner Streiks.
- 1922, April 28
„Die Würde der Parlamente“, in: Freiheit, 28.4.1922.
- 1922, Mai 11
Diskussionsbeitrag in der Stadtverordnetenversammlung von Berlin am 11.5.1922, in: Freiheit, 12.5.1922.
- 1922, Juli 6
Reichstagsrede über Verwilderung der politischen Sitten am 6.7.1922.
- 1922, September 23
Bericht der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag der USPD in Gera, in: Sozialdemokrat, Zeitung der USPD, Nürnberg, Jg. 5, Nr. 219, 23.9.1922.
- 1922, November 16
Reichstagsrede bei der Besprechung der Interpellation Marx und Genossen, betreffend die Not der deutschen Wissenschaft am 16.11.1922.
- 1922, November 30
„Der Hungerwinter 1922/23“, in: Vorwärts, 30.11.1922.
- 1923, Februar 14
Reichstagsrede zum Etat des Reichsjustizministeriums am 14.2.1923. (Bes. Straffreiheit für politische Straftaten.) (Moses war Vorsitzender des Reichsbegnadigungsausschusses.)
- 1923, Februar 16
Reichstagsrede zum Etat am 16.2.1923. (Stand der Volksgesundheit.)
- 1923, Februar 27
Reichstagsrede zum Haushalt (Geschlechtskrankheiten und Selbstmorde in der Reichswehr u.a.) am 27.2.1923.
- 1923, Juni 13
„Die Psyche der Hungernden“ (Fundstelle nicht zu ermitteln), Köln, 13.6.1923.
- 1923, Juni 14
Reichstagsrede zum Gesetz über Geschlechtskrankheiten am 14.6.1923.

- 1923, September 15
Rede in Gera zum § 218, Pressebericht (Fundstelle nicht zu ermitteln), 16.9.1923.
- 1923, Dezember 20
„Menschenökonomie – Auch ein deutsch-französisches Problem“ (Fundstelle nicht zu ermitteln), 20.12.1923.
- 1924, Januar 11
Vortrag über „Ernährungsnot und Kinderzahl“, Versammlungsbericht in: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 11.1.1924.
- 1924, Februar 19
Verhandlungsbericht zur Frage des „Dolchstoßes“ (Untersuchungsausschuß des Reichstages), Ausführungen des Abg. Dr. Moses über angebliche „Drückebergerei“ der Juden im Weltkrieg in der Sitzung vom 19.2.1924.
- 1924, Februar 19
Julius Moses (über angebliche Drückebergerei der Juden im 1. Weltkrieg), in: Protokoll über die Sitzung des 4. Unterausschusses am 19.2.1924 (Aussprache über „Dolchstoß“-Frage).
- 1924, Oktober 8
„Hungerzoll – Brotverteuerung und Volksgesundheit“, in: Vorwärts, 8.10.1924.
- 1924, Oktober 31
Vortrag über „Arzt und Krankenkassen“ auf der Kundgebung des Verbandes der Krankenkassen im Berliner Rathausaal am 31.10.1924, in: Der Kassenarzt, Jg. 1, Nr. 23/24, 8.11.1924.
- 1925, Januar 1
„Eine Reichsgesundheitswoche“ (nicht gezeichnet), in: Deutsche Krankenkassen-Korrespondenz, 1.1.1925.
- 1925, Februar 12
Reichstagsrede am 12.2.1925. (Thema Arzt und Sozialversicherung.)
- 1925, Februar 13
„Die Verluste des Weltkriegs“, in: Vorwärts, 13.2.1925.
- 1925, Februar 14
Reichstagsrede zum Etat des Reichsarbeitsministeriums, in: Der Kassenarzt, Jg. 2, Nr. 7, 14.2.1925. (Thema Sozialversicherung.)
- 1925, Februar 18
Reichstagsrede am 18.2.1925 zum Thema Alkoholismus.
- 1925, Juni 7
„Die Krankenkasse als berufene Hüterin der Volksgesundheit“, Vortrag auf dem Krankenkassen-Tag am 7.6.1925 in Leipzig.
- 1925, Juni 9
Reichstagsrede zum Thema Selbstmorde in der Reichswehr am 9.6.1925.
- 1925, Juni 16
Reichstagsrede zur Tirpitz-Affäre am 16.6.1925.
- 1925, Juni 20
Reichstagsrede zu Fragen der Gesundheitspolitik am 20.6.1925.
- 1925, Juli 24
„Brotwucher und Volksgesundheit“, in: Vorwärts, 24.7.1925.
- 1925, Oktober
„Zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum“ (des Hausarztvereins), in: Der Hausarzt, Jg. 26, Okt. 1925.
- 1925, Dezember 17 und 18
Ausführungen über Antrag Müller (Franken) und Gen. betr. Änderung des Strafgesetzbuches (§ 218) im Rechtsausschuß des Reichstags, in: Sitzungsprotokolle des 13. Ausschusses (Rechtspflege), Reichstag, III. Wahlperiode 1924/25, 40. und 41. Sitzung am 17. und 18.12.1925.

- 1925, Dezember 23
 „Die Abtreibungsparagraphen im
 Rechtsausschuß des Reichstages“
 (Begründung durch Dr. Moses), in:
 Der Kassenarzt, Jg. 2, Nr. 51,
 23.12.1925.
- 1925, Dezember 26
 Schreiben Dr. Moses an Badischen
 Innenminister Remmele mit der
 Bitte um Unterstützung der Reichs-
 gesundheitswoche (auf Grund einer
 Beschwerde der Badischen Gesell-
 schaft für soziale Hygiene vom
 25.12., gez. Dr. Fischer, Karlsruhe,
 Autor des Grundrisses der Sozialen
 Hygiene).
- 1926, Februar 9
 Ausführungen über Hungerblockade,
 in: Die Ursachen des deutschen Zu-
 sammenbruchs 1918, Bd. 4, S. 190
 ff., Bd. 5, S. 225 ff.
- 1926, Februar 12
 Ausführungen im Ausschuß für den
 Reichshaushalt zum Thema Selbst-
 morde in der Reichswehr, in: Proto-
 koll der 115. Sitzung des Ausschus-
 ses für den Reichshaushalt am
 12.2.1926.
- 1926, Februar 17
 Reichstagsrede zur Tirpitz-Interpel-
 lation der SPD am 17.2.1926.
- 1926, März 3
 Ausführungen über Reichsgesund-
 heitswoche im Ausschuß für den
 Reichshaushalt, Reichstag, III. Wahl-
 periode 1924/25, 129. Sitzung am
 3.3.1926.
- 1926, März 18
 Reichstagsrede zum Etat des Reichs-
 gesundheitsamtes am 18.3.1926.
- 1926, April 24
 „Die Arbeiterschaft und die Reichs-
 gesundheitswoche“, in: Der Kassen-
 arzt, Jg. 3, Nr. 15/16, 24.4.1926.
- 1926, Mai 7
 Reichstagsrede am 7.5.1926 zum
 § 218, in: Der Kassenarzt, Jg. 3,
 Nr. 17/18, 8.5.1926.
- 1926, September 25 und 26
 „Der Schutz der schwangeren Arbei-
 terin im Betriebe“, Referat von Dr.
 Julius Moses auf der Tagung der Ar-
 beiterwohlfahrt in Jena am 25. und
 26.9.1926, in: Sozialismus und Be-
 völkerungspolitik, Veröffentlichung
 des Hauptausschusses für Arbeiter-
 wohlfahrt, 1926.
- 1926, Oktober 11 und 12
 „Der § 218 des Strafgesetzbuches
 und der Schwangerenschutz vor den
 Parlamenten“, Referat vor dem 1.
 Textilarbeiterinnenkongreß Deutsch-
 lands am 11. und 12.10.1926 in
 Gera, in: Protokoll vom 1. Textilar-
 beiterinnenkongreß Deutschlands in
 Gera, Druck und Verlag Textil-Praxis,
 Berlin 1926, S. 74–87.
- 1926, Oktober 15
 „Die Typhusepidemien 1925/26“,
 in: Arbeiterschutz, Zeitschrift für
 soziale Gesetzgebung, Wien, Jg. 37,
 Nr. 20, 15.10.1926.
- 1926, Oktober 22
 „Menschenökonomie und Bevölke-
 rungspolitik“, Vortrag am 22.10.1926
 in Bielefeld, Druck Volkswacht Biele-
 feld.
- 1927, Januar 21
 Reichstagsrede zum Gesetz zur Be-
 kämpfung der Geschlechtskrankheiten,
 21.1.1927.
- 1927, Februar 5
 Reichstagsrede zum Gesetz zur Be-
 kämpfung der Geschlechtskrankheiten,
 Kurzbericht in: Der Kassenarzt, Jg. 4,
 Nr. 5, 5.2.1927.
- 1927, Februar
 „Die durchlöchernte Kurierfreiheit“, in:
 Biologische Heilkunst, Jg. 8, Nr. 6,
 Febr. 1927.

1927, Februar

„Die sozialen Ursachen der Geschlechtskrankheiten“, in: Die Genossin, Jg. 4, Nr. 2, Febr. 1927.

1927, März 12

Offener Brief an Herrn Georg Bernhard, Chefredakteur der Vossischen Zeitung, in: Der Kassenarzt, Jg. 4, Nr. 10, 12.3.1927. (Gegen reaktionäre Tendenzen in der Medizin, denen die Vossische Zeitung Unterstützung gibt.)

1927, März 19

Reichstagsrede zur Gesundheitspolitik am 19.3.1927.

1927, März 26

Reichstagsrede zum Etat des Reichsgesundheitsamtes, Kurzbericht in: Der Kassenarzt, Jg. 4, Nr. 12, 26.3.1927.

1927, April

Julius Moses und Curt Geyer, „Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, Verlag J.-H.W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin.

1927, November 30

„Menschenökonomie – Ein Beitrag zur Aussperrung der Zigarrenarbeiter“, in: Vorwärts, 30.11.1927.

1928, März 26

Reichstagsrede u.a. über Experimente an Menschen am 26.3.1928.

1928, April 14

„Meine Erwiderung an Herrn Prof. Langstein“, in: Der Kassenarzt, Jg. 5, Nr. 14/15, 14.4.1928. (Betr.: Experimente an Kindern.)

1928, April 21

„Arzt und Experiment“, in: Der Kassenarzt, Jg. 5, Nr. 16, 21.4.1928. (Nachdruck aus der Münchner Post.)

1928, Mai 26

„Die Bedeutung der Wahlen“ (20.5.1928), Leitartikel (nicht gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 5, Nr. 21, 26.5.1928.

1928, Mai 26

„Leistungsfähigkeit – eine soziale Erscheinung!“, in: 8-Uhr-Abendblatt, 26.5.1928. (Rundfrage: Beginnt mit 30 Jahren schon der Abstieg? U.a. Beitrag von Grotjahn.)

1928, Juni 7

„Die deutschen Juden im Weltkriege“, in: Israelitisches Familienblatt, 7.6.1928.

1928, Juni 9

„Die sozialen Aufgaben der neuen Regierung“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 5, Nr. 22/23, 9.6.1918, Fortsetzung in Nr. 24, Schluß in Nr. 27/28.

1928, Juni 30

„Neue Zehn Gebote – die dieser Moses für Reichstagsnovizen aufgestellt hat“, zusammen mit Bericht „Was man als Reichstagsarzt alles so erlebt hat“ (zum 60. Geburtstag am 2.7.1928), in: 8-Uhr-Abendblatt, 30.6.1928.

1928, Juli 21

„Wie steht es um das Reichsapothekengesetz?“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 5, Nr. 29, 21.7.1928.

1928, August 1

„Der Kampf gegen das Menschenexperiment“, in: Der Vorpommer, Stralsund, 1.8.1928.

1928, September 8

„Zur Apothekenreform“, in: Der Kassenarzt, Jg. 5, Nr. 36, 8.9.1928.

- 1928, Oktober 13
 „Staat, Film und Ufa – Die Voraussetzungen einer erfolgreichen Steueraktion“, Offener Brief in: LLB – Lichtbild-Bühne, Fachzeitung der Filmindustrie, Jg. 21, Nr. 247, 13.10.1928.
- 1929, Januar 6
 Polemik gegen Prof. Friedmann betr. Schätzung der Sterblichkeit bei Fehlgeburten, in: Vossische Zeitung, 6.1.1929 (nicht vorhanden). Antwort von Prof. Liebmann, „Für die medizinische Indikation“, in: Vossische Zeitung, 16.1.1929.
- 1929, Januar 26
 „Arzt und Patient“, in: Der Kassenarzt, Jg. 6, Nr. 4, 26.1.1929. (Nachdruck eines Artikels in der Morgenpost vom 23.1.1929.)
- 1929, Januar 29
 „Reichswehr-Reaktion-Republik“ (Fundstelle nicht zu ermitteln), 29.1.1929.
- 1929, März 12
 „Gebärzwang oder freie Entscheidung?“, in: Der Abend, 12.3.1929.
- 1929, März 22
 „Bevölkerungspolitik und Menschenökonomie – Gebärzwang oder freie Entscheidung?“, in: Fränkische Volkstribüne, Bayreuth, 22.3.1929.
- 1929, März 27
 „Wirtschaft, Horatio . . .! – Von einer Notgemeinschaft und dem Irrgarten deutscher Gelehrsamkeit“, in: Der Abend, 27.3.1929.
- 1929, März 30
 „Treibt Menschenökonomie!“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 6, Nr. 12/13, 30.3.1929.
- 1929, April 15
 „Treibt Menschenökonomie!“, in: Arbeiterschutz, Zeitschrift für soziale Gesetzgebung, Wien, Jg. 40, Nr. 8, 15.4.1929.
- 1929, April 23
 „Kriegsneurosen und Versorgung“, in: Der Abend, 23.4.1929.
- 1929, Mai 18
 „Die Lehren von Cleveland“, in: Abend, Spätausgabe des Vorwärts, 18.5.1929. (Explosionsunglück im Krankenhaus von Cleveland mit 160 Toten; Fragestellung: Sind die Kranken in Deutschland geschützt?)
- 1929, Juni 6
 „Mühlräder der Wissenschaft“, in: Der Abend, 6.6.1929. (Mißstände in der Notgemeinschaft der Wissenschaft.)
- 1929, Juni 10
 Reichstagsrede über die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft am 10.6.1929.
- 1929, Juli
 „Das Wunder in der Heilkunst“, in: Biologische Heilkunst, Jg. 10, Nr. 21, Juli 1929.
- 1929, Juli 25
 „Soldat und Alkohol“, in: Deutsche Soldaten-Zeitung, Jg. 11, Nr. 14, 25.7.1929.
- 1929, August
 „Verknöcherte Wissenschaft – zu den Reichstagsdebatten über die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, in: Sozialistische Bildung, Heft 8, Aug. 1929, S. 225 ff.
- 1929, September
 „Das Problem der Abtreibung – Die Beratung im Strafrechtsausschuß“, in: Die Genossin, Jg. 6, Nr. 9, Sept. 1929, S. 372 – 381.

- 1929, Dezember
 „Der Kampf um die Aufhebung des Abtreibungsparagraphen“, in: Biologische Heilkunst, Jg. 10, Nr. 34, Dez. 1929.
- 1929, Dezember 11
 „Schwalbe wieder auf dem Kriegspfad – Der neuentbrannte Kampf um das Friedmannsche Tuberkulosemittel“, in: 8-Uhr-Abendblatt, 11.12.1929.
- 1929, Dezember 22
 „Wissenschaft oder politische Brunnenvergiftung? – Ein offener Brief an den Reichstagsabg. Prof. Dr. Schreiber“, in: Vorwärts, 22.12.1929. (Fall Schemann.)
- 1930
 „Der Kampf um die Kurierfreiheit“, Verlag Dr. Madaus & Co., Radebeul/Dresden 1930, 86 S.
- 1930
 „Der Totentanz von Lübeck“, Verlag Dr. Madaus & Co., Radebeul/Dresden 1930, 83 S.
- 1930
 „Arzt und Politik“, Sonderdruck aus: Die Medizinische Welt, Ärztliche Wochenschrift, Nr. 31, 1930, 7 S.
- 1930, Februar 1
 „Soziale Politik und freie Heilkunde“, in: Zeitschrift für Biochemie, Nr. 2, 1.2.1930.
- 1930, Februar 1
 „Die Sparpsychose – eine gesundheitliche Gefahr“, in: Der Kassenarzt, Jg. 7, Nr. 5, 1.2.1930. (Auswirkungen der Haushalts-Sparprogramme auf die Volksgesundheit.)
- 1930, März 14
 „Inwieweit ist die Vornahme experimenteller Untersuchungen an Menschen zulässig?“, Referat vor dem Reichsgesundheitsrat am 14.3.1930.
- Vertrauliche Niederschrift über die Sonderberatung des Reichsgesundheitsrates IV 925/30 mit Anlage (insgesamt 89 S.).
- 1930, Mai 7
 Ausführungen über Selbstmorde in der Reichswehr, in: Protokoll der Sitzung des Ausschusses (Reichshaushalt) vom 7.5.1930 (148. Sitzung).
- 1930, Mai 17
 „Der Säuglingstod in Lübeck“, in: Der Abend, Berlin, 17.5.1930.
- 1930, Mai 26
 „Die Kurpfuscherei von Lübeck“, in: Montag-Morgen, Berlin, Jg. 8, Nr. 21, 26.5.1930.
- 1930, Mai 30
 „Soziale Probleme in der Medizin“, Vortrag auf dem 8. ordentlichen Bundestag des Biochemischen Bundes Deutschlands e.V. am 30.5.1930 in der Stadthalle zu Magdeburg, Sonderdruck Biochemischer Bund Deutschlands e.V., Potsdam, 14 S.
- 1930, Juni 2
 „Versuche am lebenden Objekt“, in: Bremer Volkszeitung, Nr. 126, 2.6.1930.
- 1930, Juni 18
 Reichstagsrede zur Lübecker Katastrophe am 18.6.1930.
- 1930, Juli 26
 „Zur Reichstagsauflösung – Ein ernstes Wort an die Ärzteschaft“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 7, Nr. 30/31, 26.7.1930.
- 1930, August
 „Reaktion unterbindet Kindergesundheit“ (Fundstelle nicht zu ermitteln), Aug. 1930.
- 1930, August 9
 „Der Götze der Wirtschaft“, in: Der Abend, 9.8.1930.

- 1930, August 9
 „Politik?“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 7, Nr. 32/33, 9.8.1930. (Kritisiert die politische Abstinenz der Ärzteschaft und der Wissenschaft im allgemeinen.)
- 1930, September 20
 „Die neuen Reichstagswahlen – Betrachtungen zum Wahlergebnis“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 7, Nr. 38/39, 20.9.1930. (Analyse des Wahlergebnisses.)
- 1930, September 27
 „Die Kongreß-Seuche“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 7, Nr. 40, 27.9.1930. (Ätzende Kritik der wissenschaftlichen Kongreß-Seuche.)
- 1930, November
 „Die Kurierfreiheit in Deutschland“, in: Sozialärztliche Rundschau, Wien, Jg. 1, Nr. 6, Nov. 1930.
- 1930, November 6
 „Es gibt keine unpolitische Medizin“, Bericht über Vortrag Dr. Moses, in: Volksbote, Stettin, Jg. 46, Nr. 260, 6.11.1930.
- 1930, November 8
 „Träger der Volksgesundheit“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 7, Nr. 45/46, 8.11.1930. (Notwendigkeit einer Volks-Gesundheitsbewegung.)
- 1930, November 16
 „Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und die Bergwerkskatastrophen“ (Fundstelle nicht zu ermitteln).
- 1930, November 18
 „Die Ärzteschaft zum Problem der Arbeitslosigkeit“, Brief an prominente Ärzte und Professoren, in: Der Kassenarzt, Jg. 7, Nr. 47/48, 22.11.1930.
- 1930, Dezember 28
 „Die ‘neue Kultur’ – So sieht der Antisemitismus unserer Tage in der Praxis aus“, in: 8-Uhr-Abendblatt, 28.12.1930.
- 1930, Dezember 30
 „Kurierfreiheit und Totentanz“, in: Rheinische Zeitung, 30.12.1930.
- 1931
 „Arbeitslosigkeit: ein Problem der Volksgesundheit – Eine Denkschrift für Regierung und Parlamente“, überreicht von Dr. Julius Moses, Mitglied des Reichstags, Mitglied des Reichsgesundheitsrates, Druck und Verlag Arthur Scholem, Berlin 1931, 91 S.
- 1931
 „Arbeitslosigkeit – ein Problem der Volksgesundheit“, Rundfunk-Vortrag im Berliner Sender 1931, Manuskript des Verfassers (ohne genaues Datum).
- 1931, Januar
 „Konzentration der Volksheilbewegung“, in: Biologische Heilkunst, Jg. 12, Nr. 4, Jan. 1931.
- 1931, Januar 1
 „Denkt an die Volksgesundheit“, in: Berliner Volkszeitung, 1.1.1931.
- 1931, Februar 14
 „Gemeinschaftsforschung über Grubenkatastrophen“, in: Die Bergbau-Industrie, Nr. 7, 14.2.1931.
- 1931, Februar 14
 „Arbeitslosigkeit: ein Problem der Volksgesundheit“, Vorwort zur gleichlautenden Denkschrift, in: Der Kassenarzt, Jg. 8, Nr. 4, 14.2.1931.
- 1931, März 1
 „Arbeitslosigkeit und Volksgesundheit“, in: Volkstümliche Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung, Jg. 37, Nr. 5, 1.3.1931.

- 1931, März 6
Reichstagsrede zum Thema
Volksgesundheit am 6.3.1931.
- 1931, März 14
„Lübeck und Stuttgart“, in: Halber-
städter Tageblatt, 14.3.1931.
- 1931, März 16
„Die Justiz macht Unterschiede“,
in: Bremer Volkszeitung, 16.3.1931.
(Verurteilung von Ärzten nach
§ 218 und Fahrlässigkeit in Lübeck.)
- 1931, April
Rede in Mainz zum § 218, Zei-
tungsbericht (Fundstelle nicht
zu ermitteln).
- 1931, April 15
Rede in Stuttgart zum § 218, Ver-
sammlungsbericht in: Schwäbische
Tagwacht, 15.4.1931.
- 1931, April 16
Rede in Heilbronn zum § 218,
Zeitungsbericht (Fundstelle nicht
zu ermitteln).
- 1931, April 24
Rede in Erfurt über den § 218,
Zeitungsbericht (Fundstelle nicht
zu ermitteln), 25.4.1931.
- 1931, April 25
„Ärzte und Aktualitäten“, in: Der
Kassenarzt, Jg. 8, Nr. 9, 25.4.1931.
(Bericht über Vortragsveranstaltungen
zum Thema § 218.)
- 1931, Mai
„Die Sozialdemokratie im Kampf
gegen den § 218“, in: Die Genossin,
Jg. 8, Nr. 5, Mai 1931, S. 165-173.
- 1931, Mai 1
„Wer ist Träger der Volksgesund-
heit?“, in: Volksgesundheit, Halb-
monatsschrift, herausgegeben vom
Schweizer Verein zur Hebung der
Volksgesundheit, Bern, Jg. 24, Nr. 9,
1.5.1931, S. 179-187.
- 1931, Mai 9
„Brotpreis und Volksgesundheit“
(nicht gezeichnet), in: Der Kassen-
arzt, Jg. 8, Nr. 10, 9.5.1931.
- 1931, Mai 23
„Ärzte und Abrüstung“, Leitartikel
(nicht gezeichnet), in: Der Kassen-
arzt, Jg. 8, Nr. 11, 23.5.1931.
- 1931, Juni
„The Death Dance of Lübeck“, in:
Medical Liberty Avalanche, Official
Journal of the American Medical
Liberty League, Chicago, Vol. 2,
No. 9, June 1931, p. 201.
- 1931, Juni 20
„Sozialmedizinische Pädagogik“, Leit-
artikel (nicht gezeichnet), in: Der
Kassenarzt, Jg. 8, Nr. 13, 20.6.1931.
(Soziale Medizin auch in der Ausbil-
dung!)
- 1931, August 1
„Deutsche Ärzte, wacht auf!“ (nicht
gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 8,
Nr. 16, 1.8.1931. (Stellungnahme zur
Gründung des NS-Ärztebundes.)
- 1931, September 1
„Abtreibungskommissionen? – Ein
Vorschlag zur Abtreibungsfrage“, von
Medicus (d.i. J. Moses) (Fundstelle
nicht zu ermitteln), 1.9.1931.
- 1931, September 7
„Pressezensur durch Ärzte?“, in:
Volkswacht, Bielefeld, Jg. 42, Nr. 208,
7.9.1931.
- 1931, September 26
„Der Mensch als Wirtschaftsgut“, Leit-
artikel (nicht gezeichnet), in: Der Kas-
senarzt, Jg. 8, Nr. 20, 26.9.1931.
- 1931, Oktober 10
Nachruf auf Rudolf Goldscheid (nicht
gezeichnet), in: Der Kassenarzt, Jg. 8,
Nr. 21, 10.10.1931.

- 1931, Dezember 5
„Nazi-Wolken über dem Hartmann-Bund!“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 8, Nr. 25, 5.12.1931.
- 1931, Dezember 19
„Nationalsozialistische Ärzte als Provokateure“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 8, Nr. 26, 19.12.1931.
- 1932, Januar 16/17
„Über alles die Volksgesundheit!“, in: *Volksstimme*, Magdeburg, Jg. 43, Nr. 14, 16./17.1.1932.
- 1932, Februar 3
„Ihr wollt den Krieg? – Seht her, was er bedeutet!“, in: *Der Abend*, 3.2.1932.
- 1932, Februar 25
„Jüdische Tragödien der Kleinstadt“, in: *Israelitisches Familienblatt*, 25.2.1932.
- 1932, Februar 27
„Der Kampf gegen das 'Dritte Reich' – ein Kampf für die Volksgesundheit!“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 9, Nr. 5, 27.2.1932.
- 1932, April 1
„Bildet die Eiserne Front der Frauen! – Frauen, Gesundheitspflege und Nationalsozialismus“, in: *Arbeiterwohlfahrt*, Jg. 7, 1.4.1932, S. 193 – 200. (Inhalt: Warnung vor NS, z.B. Tötung unheilbar Kranker durch NS!)
- 1932, April 9
„Die Politik als Voraussetzung der Medizinalreform von 1848“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 9, Nr. 8, 9.4.1932.
- 1932, April 22
„Wir müssen uns wieder großhungern“, in: *Der Abend*, 22.4.1932.
- 1932, Mai 13 und 20
„Der Rundfunk im Dienste der hygienischen Volksaufklärung“, in: *Rund um den Rundfunk – Kritische Programmbeilage des Volksfunk*, Volksfunk-Verlag Berlin, Teil I: Heft 20, 13.5.1932, Teil II: Heft 21, 20.5.1932.
- 1932, Juni 18
„Von Papen, die Sozialversicherung und die Ärzte“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 9, Nr. 13, 18.6.1932.
- 1932, Juni 28
„Keine Gebärpflicht! Ein Kulturwerk in der Tschechoslowakei“, in: *Der Abend*, 28.6.1932; gleichlautend in: *Leipziger Volkszeitung*, 23.7.1932.
- 1932, Juli 2
„Die Hetze gegen die jüdischen Ärzte“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 9, Nr. 14, 2.7.1932.
- 1932, Juli 16
Rede auf Kundgebung der Eisernen Front, Bericht in: *Hildesheimer Volksblatt*, 16.7.1932. („Die ganze Rassen-eugenik der Nazis ist darauf aufgebaut, die Ballastexistenzen ins Jenseits zu befördern.“)
- 1932, August 1
„Junkerregime und Volksgesundheit – Ein Wort zu den Wahlen“, in: *Arbeiterwohlfahrt*, Jg. 7, 1.8.1932, S. 454 – 458. (Inhalt: Wahlaufuf aus sozialdemokratischer Sicht.)
- 1932, September 10
„Nationalsozialistische 'Gedanken' zur Geburtenregelung“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 9, Nr. 19, 10.9.1932.
- 1932, Oktober 25
Rede auf Kundgebung der Eisernen Front, Bericht in: *Brandenburger Zeitung*, 25.10.1932.

1932, November

„Alter, Vertrauen und Leistungsfähigkeit“, in: *Das Freie Wort*, Nov. 1932. (Zum Ruf nach jüngeren Abgeordneten.)

1932, November 1

„Seltsame Ärzte“, in: *Arbeiterwohlfahrt*, Jg. 7, 1.11.1932, S. 664 – 667. (Inhalt: Auseinandersetzung mit NS-Ärztebund.)

1932, November 17

„Das Kabinett des Volkshungers“, in: *Volksstimme*, Mannheim, 17.11.1932.

1933, Januar 28

„Der Krach in der Berliner Ärzteschaft“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 10, Nr. 2, 28.1.1933. (NS-Aktivitäten.)

1933, Februar 11

„Reichstagswahl und Volksgesundheit“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 10, Nr. 3, 11.2.1933.

1933, Februar 25

„Pg. Conti im Preußischen Innenministerium“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 10, Nr. 4, 25.2.1933.

1933, März 11

„Die Wirtschaftskrise – die Krise der Menschenökonomie“, Leitartikel (nicht gezeichnet), in: *Der Kassenarzt*, Jg. 10, Nr. 5, 11.3.1933.

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE, XX

Bearbeitet von Rita Klunkert

TITEL VERZEICHNIS

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER/ BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICH- TE

- 2281 BEUTLER, Kurt (Hannover) und
Uwe HENNING (Berlin-West):
**Marxismus und Erziehungswissen-
schaft.** – (Dokumentation der
Marxismusrezeption in der Erzie-
hungswissenschaft.) – Reader. –
In Bearbeitung. – Soll im Frühjahr
1975 in der wissenschaftlichen
Reihe des Verlags Kiepenheuer &
Witsch, Köln, erscheinen.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

- 2282 TORM, Helge (Kopenhagen): **Die
Wandlung H a e n i s c h s im
August 1914.** – Aufsatz. – In Be-
arbeitung.
- 2283 ROBERTSON, James McJannet
(Stanford, Cal./USA): **Conrad
H a u ß m a n n und der Linkslibe-
ralismus im Deutschen Reich.** –
(Zusammenhänge zwischen verfas-
sungs-, kriegs- und sozialpolitischen
Auffassungen und praktischen partei-
politischen Handlungen in Württem-
berg und im Reich 1889 – 1922;
Probleme der Anpassung des „konse-
quenten“ Liberalismus an eine In-

dustriegesellschaft; Vergleich Württem-
berg – Reich. Quellen: Nachlässe,
Zeitungen, Regierungsakten, steno-
graphische Berichte des Reichstags
und des württembergischen Landtags.)
– Ph.D. (bei Prof. Gordon A. Craig). –
Anfangsstadium der Bearbeitung.

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICH- TE DER DEUTSCHEN ARBEITER- BEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstel- lungen über größere Zeiträume

- 2284 STAHLER, H. (München): **Arbeit
und Arbeitskraft in der mittelalterli-
chen Gesellschaft.** – Phil.Diss. – In
Bearbeitung. – Hinweis in „Blätter
für deutsche Landesgeschichte“,
Bd. 108 (1972).
- 2285 STEINBACH, Peter (Berlin-West):
**Untersuchungen zur temporären
Wapderarbeit im Deutschland des
19. Jahrhunderts: Zur Konstituierungs-
problematik der deutschen Arbeiter-
klasse.** – (Historisch-statistischer An-
satz, teilweise Sekundäranalyse landes-
historischer Literatur.) – Aufsatz /
Monographie. – Anfangsstadium der
Bearbeitung.
- 2286 BERGER-THIMME, Dorothea (Frei-
burg i.Br.): **Bürgerliche Boden- und
Wohnungsreform 1873 – 1918. Unter-
suchungen zur Entstehung des Sozial-
staates.** – (Die Arbeit widmet sich auch
den sozialdemokratischen Boden- und
Wohnungsreformvorstellungen. –
Quellenbasis: statistisches Material zu
Bevölkerungswachstum und Wohnungs-

markt; zeitgenössische national-ökonomische Studien zur Bodenpreisbildung; Periodika und sonstige Publikationen folgender Vereine: Verein für Sozialpolitik, Verein Reichswohnungsgesetz – Deutscher Verein für Wohnungsreform, Rheinischer Verein zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens, Bund deutscher Bodenreformer; Landtagsprotokolle bzw. Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft der Staaten Hamburg, Hessen und Preußen. – Phil. Diss. (bei Prof. Hans-Günther Zmarzlik). – Abgabetermin voraussichtlich Oktober 1974.

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

2287 RYTKÖNEN, Seppo (Oulu/Finnland): **Der deutsche Frühsozialismus im Vormärz.** – (Vergleichende Ideengeschichte mit besonderer Berücksichtigung der Geschichtsauffassung, Gesellschaftskritik und Zukunftsvorstellungen der deutschen Sozialisten.) – Monographie. – Abschluß 1975.

2288 BLEIBER, Helmut (Berlin/DDR): **Bürgerliche Umwälzung und Bauernfrage. Studien zur Rolle der Bauern und Landarbeiter in der deutschen bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49.** – Promotion B. – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 3, S. 344.

b) 1890 – 1914

2289 SCHRÖDER, Wilhelm Heinz (Köln): **Die Bürokratie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg.** – (Mit Hilfe der EDV wird vor allem das Handbuch des Vereins Arbeiterpresse ausgewertet und durch eine eigene biographische Kartei ergänzt.) – Monographie. – Erschließung der Quellen abgeschlossen; Abschluß der Arbeit Herbst 1975.

2290 STEINBACH, Peter (Berlin-West): **Entwicklung kommunalpolitischer Konzeptionen und kommunale Praxis von SPD und Zentrum im deutschen Kaiserreich.** – (Quellen: „Kommunale Praxis“, „Kommunalpolitische Blätter“, Archivalien.) – Aufsatz. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2291 NEUMAN, Robert P. (Fredonia, N.Y./USA): **The Sexual Question and Social Democracy in Imperial Germany.** – Aufsatz. – Erscheint in „Journal of Social History“. – Siehe auch IWK 13, Titelverzeichnis Nr. 1508 und 1509.

2292 STEINBACH, Peter (Berlin-West): **Zur Geschichte des Christlichen Gewerkvereins der Ziegler 1896 – 1914.** – (Quellen: Restarchiv des Christlichen Gewerkvereins im Stadtarchiv Lage, Gewerkschaftspresse in der Landesbibliothek Detmold, Konsistorialarchiv Detmold.) – Aufsatz. – Ms.-Abschluß Anfang 1975.

c) Weltkrieg und Revolution

2293 TORM, Helge (Kopenhagen): **Neues über die Verhandlungen zwischen der Regierung und der SPD am 26. Juli 1914.** – Aufsatz. – In Bearbeitung.

2294 TORM, Helge (Kopenhagen): **Die Haltung der SPD zur Annexionsfrage 1914 – 1915.** – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung; Abschluß voraussichtlich September 1974.

d) Weimarer Republik

2295 HOFFMANN, Gabriele (Hamburg): **Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und**

Kontinuität im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit. — Phil. Diss. (bei Prof. Fritz Fischer). — Abgeschlossen 1970.

- 2296 SCHULZE, Hagen (Kiel): **Zwischen Resignation und Widerstand. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie 1932/33.** — (Quellen: Aufzeichnungen von Otto Wels und Protokolle des Parteivorstands und Parteiausschusses der SPD vom 20.7.1932 — 13.6.1933. Fonds-Edition aus dem Bestand Sopade-Emigration im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg.) — Edition. — In Bearbeitung; Ms.-Abschluß Ende 1974. — Erscheint voraussichtlich 1975 als Beiheft zum „Archiv für Sozialgeschichte“.

e) 1933 — 1945

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

- 2297 HOFSCHEIN, Heinz-Gerd, Erich OTT und Hans Karl RUPP (alle Marburg): **SPD und Klassenkämpfe. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie seit dem Godesberger Programm.** — (Schwerpunkt: Theorie und Praxis der SPD, insbesondere seit Mitte der 60er Jahre, auf dem Hintergrund veränderter sozioökonomischer Verhältnisse in der BRD. Im Zusammenhang mit der Politik der SPD als Regierungspartei und zunehmender gesellschaftlicher Auseinandersetzungen soll die Rolle und Perspektive der Partei und ihrer verschiedenen Strömungen untersucht werden.) — Monographie. — In Bearbeitung. — Soll im Frühjahr 1975 im Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, erscheinen.
- 2298 WEISS, Gerhard (Marburg): **Die Mitbestimmungskonzeption der Gewerkschaft ÖTV als Bestandteil ihrer Reformvorstellungen für den Öffentlichen Dienst seit Mitte der sechziger Jahre.** — (Mitbestimmungsdiskussion in der ÖTV als Bestandteil ihrer Konzeption zur „Modernisierung“ des Öffentlichen Dienstes vor dem Hintergrund der Lage der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst und der zunehmenden Rolle des Staates als Organisator lohnabhängiger Arbeit. Quellen aus dem Archiv des Hauptvorstands der ÖTV.) — Phil. Diss. — In Bearbeitung; Abschluß voraussichtlich 1976.

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

- 2299 STEINL, Winfried (München): **Zur Geschichte der Schwerindustrie in Bayern. Die wirtschaftliche und soziale Stellung des Hammerwerks-, Bergwerks- und Salzbergwerksarbeiters in der beginnenden Neuzeit.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung.
- 2300 KLOCKE, Josef A. (Bochum): **Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Lage der Unterschichten in Ostwestfalen von 1830 — 1870.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen. — Hinweis in „Blätter für deutsche Landesgeschichte“, Bd. 108 (1972). — Die Titelanzeige Nr. 534 in IWK 4 wird damit ungültig.
- 2301 DORSCH, V. (Frankfurt a.M.): **Wirtschaftsverbände und Organisation in der Rheinprovinz in der Zeit der großen Depression (1873 - 1896).** — Phil. Diss. (bei Prof. Schubert). — In Bearbeitung. — Hinweis in „Blätter für deutsche Landesgeschichte“, Bd. 108 (1972).

- 2302 KASTORFF-VIEHMANN, Renate (Aachen): **Die Verelendung von Arbeiterwohnsiedlungen im Ruhrgebiet seit dem mittleren 19. Jahrhundert.** — Dissertation. — In Bearbeitung. — Hinweis in „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, Nr. 8 (April 1974).
- 2303 HERLEMANN, Beatrix (Bochum): **Die kommunalpolitischen Aktivitäten der KPD im Ruhrgebiet 1924 - 1933.** — Phil. Diss. (bei Prof. Viera Haus). — Abschluß ca. 1974. — Hinweis in „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, Nr. 8 (April 1974).
- 2304 GREIFFENHAGEN, Sylvia (Stuttgart): **Die SPD in Württemberg 1914 - 1933.** — (Flügelbildung, Haltung zum Kriegausbruch, Parteispaltung, Revolution, „staatstragende Regierungspartei“). Quellen: Hauptstaatsarchiv Stuttgart und Staatsarchiv Ludwigsburg; „Schwäbische Tagwacht“, „Sozialdemokrat“, „Rote Fahne“. — Phil. Diss. (bei Prof. E. Jäckel). — In Bearbeitung. — Abschluß Sommer 1975.
- b) Lokal**
- 2305 AHRENS, Hansjörg (Aachen): **Die Entwicklung des Bergarbeiterwohnbaus in Deutschland und England, dargestellt an Beispielen des Aachener Steinkohlenreviers und der South-Durham-Area.** — Dissertation (bei Prof. Albrecht Mann). — In Bearbeitung. — Hinweis in „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, Nr. 8 (April 1974).
- 2306 REULECKE, Jürgen (Bochum): **Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910 bis 1925.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen. — Hinweis in „Blätter für deutsche Landesgeschichte“, Bd. 108 (1972).
- 2307 BIEBUSCH, Werner (Hamburg): **Revolution und Staatsstreich. Verfassungskämpfe in Bremen von 1848 bis 1854.** — Phil. Diss. (bei Prof. Fritz Fischer). — Abgeschlossen.
- 2308 HERBIG, Wolfgang (Bochum): **Wirtschaft und Bevölkerung der Stadt Lüdenscheid im 19. Jahrhundert.** — Phil. Diss. (bei Prof. Köllmann). — Abschluß 1974. — Hinweis in „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, Nr. 8 (April 1974).
- 2309 JANSON, Dieter (Augsburg): **Die Geschichte der SPD während der Weimarer Republik in Nürnberg.** — Phil. Diss. (bei Prof. Becker). — In Bearbeitung. — Hinweis in „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, Nr. 8 (April 1974).
- 2310 HUBER, Gerdi (München): **Zeit- und Gesellschaftskritik im klassischen Schwabing um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert.** — Phil. Diss. — In Bearbeitung. — Hinweis in „Blätter für deutsche Landesgeschichte“, Bd. 108 (1972).
- 2311 HOTH, Wolfgang (Köln): **Die Industrialisierung Wuppertals im 19. Jahrhundert.** — Dissertation (bei Prof. Henning). — In Bearbeitung. — Hinweis in „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“, Nr. 8 (April 1974).
- F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE**
- Frankreich**
- 2312 STRAUSS, Léon (Strasbourg/Frankreich): **Les salariés (ouvriers, employés, fonctionnaires) et leurs organisations syndicales en Alsace-Lorraine, 1871 - 1940.** (Die Lohnabhängigen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) und ihre gewerkschaftlichen Organisationen in Elsaß-

Lothringen 1871 – 1940.] – Thèse de Doctorat d'État (bei Prof. F.-G. Dreyfus). – In Bearbeitung. – Die Titelanzeige Nr. 2268 in IWK 1/74 wird damit ungültig.

Großbritannien

- 2313 ARCHNER, Hedi (Erlangen-Nürnberg): **Die Working Men's Clubs als soziale, politische und kulturelle Vereinigungen der englischen Arbeiterschaft von 1860 – 1880.** (Geschichte der Klubbewegung am Beispiel von London; Organisationsstruktur; ausgewählte Probleme wie Patronage durch Adel und Bürgertum, Alkoholfrage, Bildungsarbeit; Programmentwicklung; Einordnung in die britische Arbeiterbewegung der 2. Hälfte des 19. Jh.s. Quellen hauptsächlich aus dem Britischen Museum und weiteren Londoner Archiven.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. K. Kluxen). – Abgeschlossen. – Publikation als Zeitschriftenaufsatz o.ä. geplant.

Österreich

- 2314 SCHWAGER, Ernst (Wien): **Die österreichische Emigration in Frank-**

reich in der Zeit vom März 1938 bis zum Einmarsch deutscher Truppen in Frankreich im Mai 1940. – Examensarbeit. – Abgeschlossen. – Erweiterung zur Diss. geplant. – Hinweis in „Mitteilungen“ des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Folge 14 (Juni 1974).

- 2315 **Verfolgung und Widerstand im Burgenland 1934 – 1945.** – (Längerfristiges Forschungsvorhaben des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. Redaktion: Walter Göhring, Joseph Görlich, Richard Klucsarits, Selma Steinmetz und Herbert Steiner; wissenschaftlicher Leiter: Jonny Moser.) – Dokumentation. – In Bearbeitung.

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

- 2316 MELI, Francis (Leipzig): **Die Komintern und das subsaharische Afrika 1919 – 1939.** – Phil. Diss. – Abgeschlossen 1973. – Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 4, S. 451.

NACHTRÄGE ZUM TITELVERZEICHNIS

Heft 4, Nr. 526

Die Arbeit von Jürgen KLEIN ist 1972 unter dem Titel „Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland (von der Weimarer Republik bis 1946/47)“ von der Universität Hamburg als Dissertation angenommen worden.

Heft 13, Nr. 1542

Die Arbeit von Joachim RASCHKE über „Innerparteiliche Opposition. Strukturelle Voraussetzungen und

Wirkungen innerparteilicher Oppositionsgruppen unter besonderer Berücksichtigung der Berliner SPD“ ist 1973 von der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen worden. Sie erscheint in zwei Publikationen: „Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD“, Hamburg 1974 (Hoffmann und Campe); „Konflikt und Demokratie in Parteien“, Köln und Opladen 1975 (Westdeutscher Verlag).

Heft 16, Nr. 1823

Die Dissertation von Helene MAI-MANN „Zur Politik der österreichischen Emigration in Großbritannien 1938 – 1945“ ist abgeschlossen und soll 1975 im Böhlau Verlag erscheinen.

Heft 17, Nr. 1863

Die Dissertation von Anson G. RABINBACH liegt unter dem Titel „Ernst Fischer and the left opposition in Austrian Social Democracy – The crisis of Austrian Socialism 1927 – 1934“ beim

Hampshire College, Amherst, Massachusetts 01002/USA, als Dissertationsdruck vor.

Heft 18, Nr. 1940

Die Arbeit von Udo WINKEL ist 1974 unter dem Titel „Rosa Luxemburg und die deutsche Sozialdemokratie“ als Dissertation von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg angenommen worden und wird wahrscheinlich noch in diesem Jahr im Politladen Erlangen erscheinen.

NEUE LITERATUR

Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 1, A – K, Bd. 2, L – Z. – Berlin: Dietz 1969 und 1970. 1055 und 877 S.

Als Zielgruppe dieses ersten deutschsprachigen Nachschlagewerks seiner Art auf marxistisch-leninistischer Basis nennen Herausgeber und Verlag einen großen Benutzerkreis – sowohl von Fachhistorikern und Lehrern als auch von Propagandisten und sonstigen historisch Interessierten –, dem das Lexikon die Möglichkeit bieten soll, sich rasch und zuverlässig über die Geschichte des deutschen Volkes im Zeitraum von der Großen Französischen Revolution bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts zu unterrichten. Am Zustandekommen beteiligt waren neben dem zwölfköpfigen Herausbergergremium, darunter Horst Bartel und Peter Bachmann, rund 240 Autoren sowie eine Vielzahl politischer und wissenschaftlicher Institutionen der DDR, insbesondere das IML, das Institut für Gesellschaftswissenschaften, die Parteihochschule, das Zentralinstitut für Geschichte und das Deutsche Institut für Zeitgeschichte. Dem beträchtlichen Aufwand entspricht ein formal insgesamt eindrucksvolles Resultat, dessen schwerer wiegender Mängel sich in der Hauptsache aus der absoluten Fixierung auf den vorgegebenen ideologischen Bezugsrahmen herleiten.

Das mit weit über 700 Textabbildungen und 14 Kartenblättern ausgestattete Werk enthält mehr als 2 200 gesondert kommentierte Stichwörter, deren jeweilige Bearbeiter ungenannt bleiben. Wie eine Aufschlüsselung der Beiträge zum Buchstaben A zeigt – der mit 214 Seiten stärksten alphabetischen Gruppe – ist der Zeitraum bis 1850 erheblich unterrepräsentiert. Ausschließlich auf ihn beziehen sich, die Begriffe „Allmende“ und „Achtzehnter Brumaire . . .“ hinzugerechnet, nur 7 von 184 gesondert erläuterten Stichwörtern („Aachener Kongreß“, „Absolutismus“, „Antinapo-

leonische Erhebung“, „Association démocratique“, „Aufklärung“) – das heißt weniger als 5 Prozent. Ebenfalls nach Stichwörtern betrachtet, stellt sich bei den Vergleichsbuchstaben B (einschließlich „Bundeskriegsverfassung“) und O zwar ein günstigeres Verhältnis heraus – 17 von 184 bzw. 5 von 51 – doch wesentlich höher als 10 Prozent dürfte der durchschnittliche Anteil nicht liegen. Deutlicher Ausdruck einer bevorzugten Orientierung am Gesichtspunkt politischer Aktualität, steht diese relative Vernachlässigung der älteren Jahrzehnte zweifellos auch mit dem angewandten Erhebungsprinzip in enger Verbindung.

Grundlage der Stichwörter nämlich sind die Werke von Marx, Engels und Lenin, die Dokumente der SED sowie der internationalen kommunistischen Bewegung, neben denen u.a. in starkem Maße die Publikationen führender Repräsentanten der SED und der DDR benutzt wurden. Konsequenz der angewandten Auswahlmethode ist eine für den Spezialhistoriker erfreuliche Vorrangstellung der Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die nicht nur durch die Zahl der ihr gewidmeten Artikel erhöhte Berücksichtigung findet. Ihr gilt auch der mit weitem Abstand umfangreichste Kommentar, fast 51 Seiten, dem an zweiter Stelle, rund 27 Seiten, der Abriß über die KPD folgt, während der SED rund 22 und der Kommunistischen Internationale annähernd 19 Seiten eingeräumt werden. Demgegenüber halten sich z.B. Ausführungen und Abbildungen zum Stichwort „Deutsches Reich“ ungefähr in den Grenzen des Artikels über den Erfurter Parteitag (Bd. 1, S. 453 – 456; S. 545 – 548), wie auch die Weimarer Republik entschieden zu kurz kommt, die mit weniger Zeilen bedacht worden ist als das sehr viel engere Thema der bundesdeutschen Notstandsgesetzgebung (Bd. 2, S. 794 – 796; s. allerdings hierzu S. 796 – 800: Weimarer Verfassung; Notstandsgesetzgebung S. 191 – 195). Dem etwaigen Einwand, nur so hätten sich Überschneidungen vermeiden lassen, wäre

entgegenzuhalten, daß die Herausgeber an anderen Stellen selbst wortwörtliche Wiederholungen durchaus nicht gescheut haben (vgl. z.B. Bd. 1, S. 132 und S. 989 f.; Bd. 2, S. 511 und S. 527).

Der Mut zur Lücke hat sich sogar auf die bevorzugten Sachgebiete ausgewirkt, wobei zuweilen politische Motive maßgeblich waren. Ohne Vollständigkeitsanspruch seien einige Begriffe genannt, denen im Unterschied zu manchen weniger und anderen ähnlich gewichtigen der Rang eines Stichworts versagt blieb: „Akkordarbeit“; „Alte Sozialdemokratische Partei“; „Apparat“; „Arbeiterbürokratie“ – „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“; „Bankenkrach 1931“; „Berliner Urabstimmung 1946“; „Bonze“ – „Erwerbslosenfürsorge“ – „Fememorde“; „Freidenker“; „Freiheit“ (USPD-Organ) – „Haager Konferenzen 1929 und 1930“ – „Hansa-Bund“; „Hofgeismarer Kreis“; Hugenberg-Konzern“ – „Ideologie“ – „Kreuger-Anleihe“ – „Luxemburgismus“ – „Mittelstand“ – „Nationalbolschewismus“ – „Oberschlesische Aufstände“ – „Panslawismus“; „Preußen“ (!); „Putschismus“ – „Rätebewegung“; „Reaktion“; „Republikflucht“; „Revolutionäre Gymnastik“; „Revolutionäre Obleute“ – „Schlacht bei Tannenberg“; „Schlageter-Kurs“; „Schlichtungswesen“; „Sozialfaschismus“ – „Trotzkismus“; „Trucksystem“ – „Übergangswirtschaft“ – „Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan“ – „Zellenorganisation“.

Trotz der alphabetischen Anlage des Werkes, die in der Regel eine schnelle Ermittlung der benötigten Fundstellen verbürgt, bleibt dem Benutzer manche Anfangsschwierigkeit nicht erspart. Er entdeckt auf Anhieb die beiden Eisenacher Kongresse und den Erfurter Parteitag, nicht aber die drei Gothaer Kongresse, weil sie teils unter A („Allgemeiner Sozialistenkongreß zu Gotha“), teils unter V rubriziert wurden („Vereinigungskongreß in Gotha“). Unklarheiten, die aus der verschiedenartigen Eingliederung von Vereinstagen, Generalversammlungen, Kongressen, Parteitage und Parteikonferenzen erwachsen,

sind indessen leicht zu beheben, indem der passende Querverweis-Katalog (Bd. 1, S. 1022; Bd. 2, S. 256 f.) herangezogen oder – VDAV, ADAV – auf den Organisationsnamen zurückgegriffen wird. Durch großzügigeren Gebrauch der Verweisungsmöglichkeit wäre dem erstrebten Ziel einer raschen Unterrichtung freilich noch näherzukommen gewesen. Jetzt ist sich der Benutzer völlig selbst überlassen, wenn er im Umkreis der Volksentscheid-Artikel vergebens nach dem Volksentscheid für die Auflösung des preußischen Landtags Ausschau hält (s. „Preußen-Volksentscheid“), wenn er Angaben über die Arbeitslosenversicherung, den Nelson-Bund und die Vaterlandspartei sucht (s. „Gesetz über die Arbeitslosenversicherung“, „Internationaler Sozialistischer Kampfbund“, Deutsche Vaterlandspartei“) oder unter J einen Abschnitt über die Jungen erwartet, der stattdessen unter O nachzuschlagen ist (s. „Opposition der ‘Jungen’“). Nicht technischen Versäumnissen, sondern wiederum politischen Motiven ist es demgegenüber zuzuschreiben, daß der Leser nur auf Umwegen zu so heiklen Themen wie die Berliner Mauer und der Volksaufstand vom 17. Juni gelangt (s. „antifaschistischer Schutzwall“, s. „Sicherung der Staatsgrenze“; s. konterrevolutionärer Putschversuch“). Opportunitätsgründen zum Opfer gefallen ist auch die Bezeichnung Rote Kapelle (s. „Schulze-Boysen/Harnack-Organisation“).

Ausgehend von zahlreichen Stichporben ist die Frage nach der Zuverlässigkeit des Werkes für den Bereich der mitgeteilten Daten und Fakten fast uneingeschränkt zu bejahen, steht doch die Fehlerquote allem Anschein nach zum Gesamtumfang in keinem Verhältnis (s. Bd. 1, S. 42, ADB: Gewerkschaftsauflösung am 2. März statt Mai 1933; S. 333: Sitz der Bundeszentrale nicht Köln, sondern Bonn). Daß manche der Beiträge schon bald durch die Entwicklung korrigiert worden sind, läßt sich den Herausgebern nicht anlasten, die noch auf die Formel von der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ festgelegt waren, sich gegen die „Alleinvertretungsanmaßung“ zur Wehr setzen mußten und gleichzeitig

West-Berlin als eine auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik gelegene selbständige politische Einheit „rechters“ für die DDR reklamierten. Ebenfalls überholt im Zuge der deutschlandpolitischen Neuorientierung ist z.B. das Stichwort „Staatssekretariat für westdeutsche Fragen“, veraltet die Bezeichnung „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, die gleich anderen Institutionen eine Umbenennung erfahren hat (Akademie der Wissenschaften der DDR).

Ein angemessenes Urteil über den Objektivitätsgrad der Beiträge kann sich nicht im alleinigen Hervorheben des Prinzips der Parteilichkeit erschöpfen, zu dem die Herausgeber sich ausdrücklich bekennen (Bd. 2, S. 255 f.). Charakteristisch für viele Artikel ist ein sachlich berichtender Stil, andere wieder setzen Wertungsakzente, die auch von einer nichtleninistischen Position aus akzeptabel erscheinen, und selbst die ideologisch gefärbten Darstellungen liefern streckenweise einwandfreie Informationen. Von plumpen Fälschungen, wie sie in der Stalin-Ära üblich waren, bleibt der Leser verschont (die Deklaration des „Deutschen Freiheitssenders 1904“ als westdeutsch – Bd. 1, S. 432 – muß er im übertragenen Sinne verstehen).

Innerhalb fest abgesteckter Grenzen findet sogar eine selbstkritische Vergangenheitsbewältigung statt. Getadelt werden Beschlüsse des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, „dogmatische“, „schematische“ und „sektierische“ Auffassungen Stalins, die These vom Sozialfaschismus und von der Notwendigkeit des Hauptstoßes gegen die „Paktiererparteien“, der zugespitzte Kampf gegen die linken Sozialdemokraten und die Propagierung der Einheitsfront nur „von unten“ (Bd. 1, S. 972, S. 974 – 976, und S. 979). Daß die KP Anfang der dreißiger Jahre den Unterschied zwischen bürgerlich-parlamentarischen und faschistischen Herrschaftsformen falsch beurteilte, wird ebenso freimütig einge-

räumt wie die Realitätsfremdheit der damaligen Parole, die Errichtung der Diktatur des Proletariats sei die nächste strategische Aufgabe (Bd. 1, S. 976 und S. 988). Auch die Teilnahme der KPD am preußischen Volksentscheid 1931 erfährt eine klare Mißbilligung (Bd. 2, S. 283). Oft begegnen derartige Eingeständnisse allerdings nicht.

Leninistische Geschichtsschreibung erfüllt schließlich nicht die Funktion, durch gehäufte Eigenkritik oder Ausbreitung lästiger Fakten sowohl das Selbstverständnis als auch den Führungsanspruch der Partei in Frage zu stellen und die negative Einschätzung der Feindseite zu relativieren. Wo die Interessenlage der SED es gebietet, werden Tatsachen noch immer verschwiegen, verschleiert oder verbogen und die Bewertungssignaturen in propagandistisch grellen Farben gemalt. Der Beitrag zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 unterschlägt erneut das geheime Zusatzprotokoll über die baltischen Staaten, Polen und Bessarabien (Bd. 1, S. 475 f.). Vom offiziellen KP-Kurs in der Zeit zwischen dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und dem Angriff auf die Sowjetunion wird dem Leser ein falsches Bild suggeriert (Bd. 1, S. 997). Die zeitweilige Anpassung der SED an den Trend zur Revision der Oder-Neiße-Grenze bleibt ihm ebenso verborgen wie die ultimative Form der Berlin-Note Chruschtschows vom November 1958 (Bd. 2, S. 211 und S. 472). SED und DDR bieten sich in schmeichelfhaftem Licht dar, das neben äußeren Störfaktoren zwar auch innere Entwicklungsschwierigkeiten beleuchtet, systemimmanente Widersprüche jedoch allenfalls ahnen, nicht aber klar hervortreten läßt. Der Stalinisierungsprozeß mit seinen in Theorie und Praxis korrumpierenden Folgen gewinnt keine Kontur, das gleiche gilt für Fraktionskämpfe und Säuberungswellen, das Ausmaß des inneren Widerstands und der Flüchtlingslawine bis zum Beginn der sechziger Jahre.

Zu den bedingten Reflexen uneingeschränkter Identifizierung mit der SED, ihrer Tradi-

tionslinie und dem „einzig rechtmäßigen deutschen Staat“ (Bd. 1, S. 146) gehört die kraß abwertende Einstufung und Darstellung politischer Gegenkräfte, bei der die „rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften“ bevorzugt als Zielscheibe dienen. Unter Verzicht auf eine situationsanalytisch ausreichende Würdigung der Beweggründe ihres Handelns wird ihnen ein langer Schuldkatalog entgegengehalten, der wiederholten Verrat konstatiert, Täuschung, Spaltungs- und Streikbruchpolitik, antinationale, antisoziale und Paktiererpolitik, Handlangertum im Dienste der Imperialisten, ja sogar den offenen Übergang in das imperialistische Lager, den vollständigen Übergang auf die Positionen des westdeutschen Imperialismus (Bd. 1, S. 117-154, passim; S. 976, S. 986 und S. 992; Bd. 2, S. 498 f. und S. 503 f.). Welches Aussehen von einer solchen Warte die Geschichte der Teilung Deutschlands annehmen muß, läßt sich schon an der abenteuerlichen Behauptung ablesen, Reaktionäre und die rechten sozialdemokratischen Führer hätten 1947/48 die Bi- und Tri-Zone „gegen den Willen der Bevölkerung Westdeutschlands“ geschaffen (Bd. 1, S. 145).

Durch seine Vermischung von wertvoller Sachinformation und spezifisch standortgebundener Interpretation hinterläßt das Werk beim nicht-leninistischen Betrachter in der Summe einen zwiespältigen Eindruck. Als Nachschlagewerk für breitere Kreise problematisch, weil massiv indoktrinierend, ist es für Neuzeithistoriker, insbesondere für Historiker der Arbeiterbewegung, ein unentbehrliches Hilfsmittel.

Henryk Skrzypczak

EBERLE, Walter, und Winfried SCHLAFFKE: *Gesellschaftskritik von A – Z. Vorwürfe – Antworten – Literaturverweise.* – Freiburg, Basel, Wien: Herder 1973. 192 S. (= Herderbücherei, Bd. 450.)

Alarmiert durch ein gesellschaftliches Klima, „in dem Kritik als modisches Spiel exzessiv getrieben wird“, geht es den Verfassern „im Grunde um eine Aufklärung gegen die Aufklärer“, um eine „Metakritik“ mit der Absicht, „die destruktive Polemik und die pseudowissenschaftliche Prophetie zu entlarven“. „Schlagworte und billige Patentrezepte“ der Neuen Linken sollen durch Begriffsklärung und Analyse „entzaubert“, die komplexen Zusammenhänge der sozialen Wirklichkeit besser sichtbar und verständlich gemacht werden. Als Ausgangspunkt dienen 20 Stichwörter – von „Aneignung“ über „Ideologie“ und „Kapitalismus“ bis hin zu „Umwelt“, „Unternehmer“ und „Zukunft“ –, mit denen sich jeweils zwei Kommentare befassen: Der erste vermittelt in Kurzform Einblicke in die „Vorwurfzone“ der Gesellschaftskritik, der zweite, wesentlich umfangreicher gehalten, nimmt sich der Aufgabe des Entzauberns, Entlarvens und der Gegenaufklärung an.

Obwohl die Verfasser „eine kritische Distanz nach beiden Seiten“ in Aussicht stellen, kommen sie aus dem geistigen Dunstkreis des Deutschen Industrie-Instituts nicht heraus. Allergisch gegen den marxistischen Ideologiebegriff, dokumentieren sie die Interessengebundenheit ihres Denkens bereits durch grob vereinfachende, nicht selten sogar kraß verfälschende Positionsskizzen der Kontrahenten, denen schon im ersten Artikel angedichtet wird, die Abkehr vom Gemeineigentum der klassenlosen Urgesellschaft sei als „Sündenfall“ zu bewerten. „Der Arbeiter“, so weiter in angeblich linker Texttierung, „ist wegen seiner Armut nur zum Konsum in der Lage und kommt aus dem Teufelskreis der Armut nicht heraus. Der Kapitalist aber wird immer reicher: wo Geld ist, kommt Geld hin.“ Wer noch wie weiland Eugen Dühring Profit mit Mehrwert gleichsetzt, kann es wohl billiger nicht machen.

Nimmt sich das Lager der Systemkritik, durch die apologetisch beschlagene Brille der Verfasser betrachtet, wie ein Reich blanken Stumpfsinns aus, so offenbart sich ihnen der gegenwärtige Kapitalismus als Garant einer nahezu heilen Welt. Sein zentraler Begriff „ist nicht mehr Kapital, sondern Arbeit“, auch wird „nicht mehr allein der Mensch als Arbeiter geschätzt, sondern die Persönlichkeit selbst mit ihren Erwartungen und Ansprüchen ist in den Mittelpunkt getreten und hat Vorrang“, wie sich am Beispiel derjenigen Unternehmen ablesen läßt, die das „Geistkapital“ am besten einsetzen. Von Ausbeutung kann keine Rede mehr sein, hat sich doch die Relation zwischen Selbständigen und abhängig Beschäftigten im Laufe der letzten hundert Jahre grundlegend gewandelt: Was einst die geringe Zahl der Industriearbeiter durch Lohnvorenthaltung „an Konsummöglichkeiten einbüßte, konnten die Selbständigen ohne große Mühe mehr konsumieren“. Heute, wo die selbständigen Unternehmer nur eine kleine Minorität bilden, ist „eine gesamtwirtschaftlich zu Buche schlagende Steigerung ihres Konsums durch Niedrighalten der Löhne überhaupt“ ausgeschlossen.

So weit, so gut, doch wie steht es zur Vermeidung von Verdauungsschwierigkeiten mit dem Ausweichen in die Kapitalanlage? Schlecht, meint die Antikritik – in deren Augen „alle Investitionen schließlich nur für den Zweck des Konsums erfolgen“ –, denn werden „die frei werdenden Mittel investiert, dann erwächst ein zunehmendes Mißverhältnis von Investition und Konsum . . . Das Verhältnis von Konsum und Investition ist nämlich auf Dauer nur in einem kleinen Grenzbereich willkürlich zu gestalten. Hieran zeigt sich, daß eine schrankenlose Bevorzugung von Selbständigen und Eigentümern von Produktionsmitteln schlechthin ausgeschlossen ist.“ In Wirklichkeit zeigt sich hier, daß die beiden Apostel der Metakritik ihre Lektion in Sachen Kapitalexpertise entweder versäumt oder als lästig verdrängt haben.

Um ihnen eine abschließende Reverenz zu erweisen, sei noch folgende pastorale Ansprache zitiert: „Sollte es tatsächlich zu einem Konflikt zwischen kurzsichtigem Profitstreben des Eigentümers und gesellschaftlichem Nutzen kommen, dann hat der Manager die Möglichkeit und Pflicht, den Eigentümer aufzuklären und umzustimmen. Da das Management im allgemeinen unter dem Gesichtspunkt seiner kritischen Intelligenz ausgesucht ist, wird es bei diesen Korrekturversuchen in der Regel erfolgreich sein.“ Und das in alle Ewigkeit, Amen.

Henryk Skrzypczak

Gespräche mit Marx und Engels.

Mit einem Personen-, Elogen- und Injurieregister sowie einem Quellenverzeichnis. Hrsg. von Hans Magnus Enzensberger. 2 Bde. – Frankfurt/M.: Insel 1973. 764 S. (= Insel Taschenbuch Nr. 19 und 20).

In gewollter Anknüpfung an eine literarhistorische Tradition, für die stellvertretend Biedermanns monumentales Sammelwerk über Goethe genannt wird, hat der Herausgeber eine Fülle von Aufzeichnungen zusammengetragen, die dem persönlichen Kontakt mit Marx und Engels ihre Entstehung verdanken. Das Wort Gespräche ist hierbei „durchaus extensiv zu verstehen“, denn Enzensberger beschränkt sich keineswegs auf die Wiedergabe von Privatbriefen, Memoiren und Autobiographien, soweit sie Begegnungen mit den Dioskuren behandeln, sondern blendet u.a. auch Steckbriefe, Zirkulare und Leserbriefe, Reportagen, Interviews, Spitzelberichte und Gerichtsprotokolle ein. Reflexionen über Werk und Lehre ohne unmittelbaren Bezug zur Person wurden grundsätzlich nicht aufgenommen, Mitteilungen aus zweiter Hand nur in Ausnahmefällen berücksichtigt.

Mit seiner chronologisch gegliederten „Montage“ der Äußerungen von über hundert Gewährsleuten hat Enzensberger, wie er unumwunden eingesteht, sein wagemutig selbstgestecktes Ziel der Vollständigkeit

nicht erreicht. Auf die Durchsicht handschriftlicher Quellen mußte er völlig verzichten, und auch darüber ist der Herausgeber sich im klaren, daß er die einschlägigen Veröffentlichungen „sicherlich nur zum Teil“ ausschöpfen konnte. Verglichen mit thematisch verwandten Publikationen ist seine Ausgabe gleichwohl empfehlenswert, vermittelt sie doch die Kenntnis von Texten, die bei den Marx-Hagiographen zur Tabuzone gehören. In den Chor der Enthusiasten – Moses Heß: „mein Abgott“, Georg Weerth: „ein wahrer Jupiter“ – mischen sich abwägende und ablehnende Stimmen, mischen sich auch die schrillen Haßgesänge eines Bakunin, eines Müller-Telling und eines Karl Heinzen, der Marx, „diesen gelben Neidhard, diesen nörgelnden Kobold, diesen kleinen Dr. Grünspan“, als monströses „Mittelding zwischen einem Affen und einer Katze“ verbellt. Die Aufgabe, sich aus den vielen Bildern ein Bild zu machen, überläßt der Herausgeber dem Leser, der von ihm den hilfreichen Hinweis auf die weitgehende Getrübtheit der hier vorgelegten Quellen und die Notwendigkeit ihrer kritischen Lektüre erhält.

Da Enzensberger nicht den Anspruch erhebt, eine wissenschaftliche Edition geliefert zu haben – was er zur Texterläuterung beisteuert, hält sich in engen Grenzen –, wären strenge Maßstäbe bei der Bewertung seiner Ausgabe unangemessen. In Würdigung der Klage, daß ihm der Unterschied zu Herausgebern, die Gehaltsempfänger sind, weder ein Stab von Mitarbeitern noch ein Apparat von Arbeitsmitteln zur Verfügung steht, seien deshalb nur folgende Vorschläge zur offenbar geplanten Neuauflage genannt.

Das Auswahlprinzip 'lieber zu viel als zu wenig' ist im Zweifelsfall immer korrekt, doch sollte die Korrektheit nicht so weit getrieben werden, daß man Karl Marx selber über sein Gespräch mit der Gräfin Hatzfeld berichten läßt. Von der Mitteilung Weerths über den gemeinsamen Besuch bei Freiligrath gehören nur die ersten drei Zeilen zur Sache und auch sie einzig unter

dem Gesichtspunkt einer sehr detaillierten Chronik. Was Jenny im Zusammenhang mit dem Besuch Lassalles ausführt, spiegelt zwar die Auffassung ihres Mannes wider, ist aber vorwiegend Kommentar zur ungeliebten Person des „Niggers“, der bei Bucher ebenfalls im Mittelpunkt steht. Unter den Darstellungen aus zweiter Hand wären die beiden Abschnitte von Mehring besser zu streichen, da er keine bekannte Primärquelle vertritt. Ersatzweise könnten weitere Schreiben Jennys Aufnahme finden, so etwa der situationserhellende Bittbrief an Engels vom April 1853, und unbedingt zu berücksichtigen sind die durch Goebel veröffentlichten knappen Jugenderinnerungen der Ottilie Engels (in: *Romerike Berge*“, Jg. 20, 1970, H. 3). Die gegenwärtige Kurzfassung des Voden-Gesprächs bedarf der Prüfung auf anderer Textbasis (vgl. „*IWK*“ Jg. 7, 1971, H. 11/12, S. 11), während sich bei Entnahmen aus „*Mohr und General*“ die zweite, durchgesehene Auflage empfiehlt.

In der Einführung dürfte zumindest ein Satz über die stillschweigend vorgenommene Modernisierung der Schreibweise nicht fehlen. Ungenauigkeiten im Zitat und in den Angaben sollten selbst dann vermieden werden, wenn sie sachlich nicht ins Gewicht fallen (S. 212: Wenn Marx auch ein Prophet war . . . ; bei Liebknecht: Nun – wenn . . . ; S. 150: „MEW“, Bd. 27, S. 525 f. und S. 530 f. statt fälschlich S. 526 f. und S. 531 f.). Nachzugehen ist dem Rätsel des auf S. 126 abgedruckten Textes, der vom Inhalt her unmöglich ein von Carl Klein an Engels gerichteter Brief sein kann (S. 727; der dortige Hinweis auf MEW ist falsch). Bei der Annotierung wäre mit einer Konsequenz zu verfahren, die sich jetzt vermissen läßt, wenn der politische Standort von Zeitungen teils angegeben, teils übergangen, die Social Democratic Federation eingedeutscht wird, nicht aber die Narodnaja Volja oder der Begriff Narodniki und der Jargonausdruck „gehaynaut“ unerläutert bleibt (gehauen, verprügelt, zusammengeschlagen). Richtigzustellen ist die Liebknechtsche Version von der Beerdigung Jennys – Marx hatte ihr

nämlich fernbleiben müssen –, ebenso die Lokalisierung der Pfandhausanekdote im Bericht Kovalevskijs und ihre aufgebauschte Wiedergabe durch Hyndman. Die irritierenden Druckfehler der ersten Auflage werden den Leser der zweiten hoffentlich nicht mehr behelligen (z.B. S. 22: Zeilenausfall; S. 103: fälschlich Carl Schulz statt Schurz; S. 138: Raniels statt Daniels; S. 691: Gerllach statt Gerlach; S. 722: Wilhelm statt August Bebel; S. 724: Helmut statt richtig Hellmut; S. 762: Voten statt Voden).

Nützlich als Fundgrube zeitgenössischer Reaktionen auf Persönlichkeit und Wirken der beiden Freunde, ist Enzensbergers Veröffentlichung zugleich ein willkommener Wegweiser zur ausgewerteten Literatur und eine reizvolle Materialbasis für quellenkritische Proseminare.

Henryk Skrzypczak

PRINZ, Friedrich (Hrsg.): **Wenzel Jaksch – Edvard Benes, Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939 – 1943.** – Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1973. 160 S.

Friedrich Prinz, Professor für Landesgeschichte an der Universität Saarbrücken, veröffentlicht hier als Band der „Schriften der Studiengesellschaft für mittel- und osteuropäische Partnerschaft, Wiesbaden“ dreiundzwanzig Briefe, Denkschriften und Erklärungen, die zum größten Teil aus den von Wenzel Jaksch nachgelassenen Papieren der Londoner Exilzeit ausgewählt wurden. Diese Dokumente sollen nach dem Wunsch des Herausgebers „helfen, ... den sudetendeutschen demokratischen Standpunkt“ in der Frage der Vertreibung der deutschen Minderheit aus der CSR „klarer als bisher herauszustellen“.

Die politischen Beziehungen zwischen dem Vorsitzenden der „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ und dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik in den ersten Exiljahren sind in der Tat Vorspiel zur späteren Radi-

kallösung des deutschen Minderheitenproblems. Ungleich aufschlußreicher aber manifestiert sich in den verschiedenen Strömungen der sudetendeutschen Emigration noch einmal das Dilemma der deutschen Arbeiterbewegung des böhmischen Raums im Kräftefeld von sich sozialistisch begreifender übernationaler Gesellschaftspolitik und „volkstumpolischem“ Kampf bis hin zu völkischen Ideologien und den Versuchungen des Irredentismus.

Die Reihe der von Prinz veröffentlichten Dokumente setzt ein nach der Abkehr des letzten Parteivorsitzenden Wenzel Jaksch vom aktivistischen, staatsloyalen Kurs, den die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiter-Partei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) auch angesichts der zuletzt 90 Prozent der deutschen Wählerstimmen zählenden Henlein-Bewegung verfolgt hatte: Die nunmehr zum Ziel seiner Exilpolitik erklärte „Selbstbestimmung“ der deutschen Bevölkerung in der ehemaligen CSR sollte nach dem Sturz des Hitler-Regimes zumindest über die volle Autonomie in einem Föderalstaat mit den Tschechen, wenn nicht durch Errichtung einer deutschen Reichsprovinz im Verbund einer mitteleuropäischen Förderation verwirklicht werden. Für die notwendig erachtete Scheidung von deutschem und tschechischen Siedlungsraum hat Jaksch in seiner Denkschrift „Was kommt nach Hitler?“ im Frühjahr 1939 den „organisierten Bevölkerungsaustausch“ sowie „reziproke Minderheitenschutzabkommen“ bzw. die Aufgabe der deutschen Sprachinselminderheiten erwogen. (Dieses wichtige programatische Dokument ist bei Prinz nur in einer unvollständigen Fassung abgedruckt. Vollständiger Text u.a. im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Sign. Fb 200/1).

Die Argumentation der Treuegemeinschaft gegen den Anspruch des Präsidenten Beneš und der sich konstituierenden Exilregierung auf Kontinuität der Ersten Republik und die Nichtigkeit des Münchner Abkommens entsprach dabei Jakschs Intention, die „Wiedererrichtung des tschechoslowakischen Nationalstaates“ mit deutscher

Minderheit zu verhindern bzw. die entsprechenden verfassungsrechtlichen Korrekturen des deutschen Volksgruppenstatus schon im Exil als Voraussetzung für die Anerkennung einer legalen Auslandsregierung und eine Kooperation auf der Basis weiterbestehender gemeinsamer Staatlichkeit festzuschreiben.

Die im Verlauf von Gesprächen zwischen Beneš und Jaksch im Jahre 1940 sich nichtsdestotrotz abzeichnende Beteiligung der sudetendeutschen Sozialdemokratie am tschechoslowakischen Staatsrat in London scheiterte schließlich an den volkstumspolitischen Garantiebedingungen der Treuegemeinschaft und der Kondition Benešs, das Minderheitenproblem durch Teilumsiedlung von etwa einer Million Sudetendeutscher in Verbindung mit Gebiets- und Bevölkerungsabtretungen an Deutschland zu „bereinigen“. Unklar ist, inwieweit Jaksch selbst diesen Plan als Basis einer künftigen kantonalen Organisation der deutschen Volksgruppe in Anknüpfung an die eigenen Überlegungen vom Frühjahr 1939 vorübergehend in Betracht gezogen hat.

Durch das diplomatische Geschick Benešs und die politischen Konstellationen des Kriegsverlaufs sah sich die Exilregierung in der Folgezeit zunehmend in die Lage versetzt, auf die Einbeziehung des deutschen demokratischen Elements aus der CSR in den „Auslandskampf“ zugunsten eines nationaltschechischen Kurses verzichten zu können. Anstelle des dilatorischen Taktierens beider Seiten in ihren offiziellen Beziehungen trat die bittere Auseinandersetzung um das sich allmählich herausbildende tschechische Maximalprogramm der Gesamtvertreibung der Deutschen.

Die Prinzsche Dokumentenveröffentlichung ist als Illustration dieser, hier nur grob umrissenen Entwicklung zweifelsfrei von Wert. Allerdings sind nahezu alle Texte bereits an anderen Stellen ganz oder teilweise publiziert, bzw. im Rahmen wissenschaftlicher Arbeiten interpretiert worden.

Neue Quellenbefunde bringt diese Edition also nicht.¹

Rückschlüsse auf die weitergehende Absicht der Veröffentlichung wird man aus der kommentierenden Einleitung des Herausgebers (S. 7 – 51) ziehen dürfen. Hier scheint es Prinz vor allem darum zu gehen, neben der Interpretation von Jakschs Transferüberlegungen aus dem Jahr 1939 den Verzicht der Mehrheitsfraktion der Treuegemeinschaft auf einen staatsrechtlich loyalen Kooperationsversuch mit der tschechoslowakischen Exilregierung in ihrer Konsolidierungsphase politisch und historisch zu rechtfertigen. Prinz versucht mit dem – nicht als solchem gekennzeichneten – Teilabdruck einer aus dem Jahr 1967 stammenden Vortragsveröffentlichung (S. 9 – 21) nachzuweisen, daß sich Beneš bis 1938 die Lösung des deutschen Minderheitenproblems in der CSR durch eine konsequente Politik der Entnationalisierung von drei Millionen Sudetendeutschen erhofft habe: „... der Augenblick, in dem sich Beneš von der Nichtassimilierbarkeit des Deutschtums überzeugt zu haben glaubte, führte mit innerer Konsequenz zur Politik des Bevölkerungstransfers, die er mit genau derselben Zähigkeit, Umsicht und Geschicklichkeit zum Ziel führte wie 1919 die Staatsgründung“. ² Die wörtliche Wiedergabe des Vortrags endet im vorliegenden Band kurz vor diesem Resumée.

Mit der Datierung von Benešs Entschluß zur Totalaussiedlung der Deutschen in das Jahr 1938/39 sind ernsthafte Erwägungen über politische Wirkungsmöglichkeiten ausgeschlossen, die sich unter Umständen bei einer rechtzeitigen Solidarisierung der Sudetendeutschen mit dem Kampf um die

1 Zum Forschungsstand vgl. die eingehende Darstellung des Zeitabschnitts bei Martin K. Bachstein, *Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie*, München und Wien 1974 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 29.).

2 Friedrich Prinz, *Beneš und die Sudetendeutschen*, in: *Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1967, S. 108.

Wiederherstellung der Republik gegen den Bevölkerungstransfer hätten ergeben können. Es kann Jaksch nunmehr als historisches Verdienst gutgeschrieben werden, in seinen Gesprächen mit dem Exilpräsidenten dessen „Dolus eventualis“ herausgespielt“ (S. 26) und die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung der Tschechoslowakei vor ungewollter Komplizenschaft mit einer ebenso geheimen wie konsequent vorgeplanten Austreibungs- politik bewahrt zu haben. Primäre Belege für diese Thesen und gegen die bisher erschienenen, quellenbezogen argumentierenden Darstellungen einer kontinuierlichen Maximierung von Transferplänen in der Nachkriegskonzeption Beneš unter dem Einfluß der Entwicklungen im Anti-Hitler-Bündnis und der Situation in der Heimat kann Prinz auch in seiner Edition nicht liefern.

Solange diese Art zielstrebigiger Quellenkommentierung vorwiegend mit post-facto-Argumenten operiert, muß Hans Rothfels' Warnung aus dem Jahr 1960 beherzigt werden: „In keinem Fall sollte die historische Forschung das Bild von Beneš als der eigentlichen 'bete noir', das die nationalsozialistische Propaganda geschaffen hat und das bei denjenigen demokratischen Sudetendeutschen, die Hoffnung auf den Expräsidenten gesetzt hatten, sich aus der Enttäuschung in anderer Form erneuert hat, kritiklos übernehmen ...“.³

Werner Röder

3 Vgl. seine Vorbemerkung zu J.W. Brügels Aufsatz *Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Versuch einer Darstellung der Vorgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 8 (1960), S. 154 – 164.

Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bearbeitet und hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Siegfried Kupper und Manfred Meisner, Bd. 9, A. Nachtrag: B. Statistiken; C. Personenregister, – Berlin: Dokumenten-Verlag 1971. XXI, 649 S.

Mit dem vorliegenden Band wird die monumentale, von Ossip K. Flechtheim herausgegebene Dokumentation der deutschen Nachkriegsparteien abgeschlossen. Der Bd. 9 umfaßt u.a. Statuten und Programme der größeren Parteien aus der jüngsten Zeit, so das „Berliner Programm“ der CDU in der ursprünglichen Fassung von 1968 und in der revidierten Form von 1971, die „Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“ von 1968 und das Programm der SED von 1963. Für den Historiker der Arbeiterbewegung sind diese Programme – trotz oder vielleicht gerade wegen ihres oft erschreckend modernistisch-technokratischen Jargons – weiterhin zentrale Quellen, um jenen Weg zu analysieren, den Arbeiterorganisationen in Deutschland in den letzten hundert Jahren gegangen sind.

Seine besondere Relevanz gewinnt dieser Band durch die in ihm enthaltenen Statistiken zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945. Dabei stand der Herausgeber vor dem Problem, daß Daten über Wahlen, Parlamente, Meinungsbefragungen in Überfülle vorhanden sind – und daher eine Auswahl getroffen werden mußte. Zugleich mangelt es an Informationen über die Sozialstruktur der Parteimitglieder, der Parteifunktionäre und der Parteivorstände. Nach wie vor bleibt hier dem Sozialwissenschaftler ein breites Forschungsfeld. Gleichwohl lassen sich auch aus den von Flechtheim vorgelegten Daten die Ergebnisse neuester empirischer Forschungen bereits erkennen, wonach nämlich innerhalb der Parteihierarchie eine Verengung in der Weise auftritt, daß nur Vertreter aus den „abkömmlichen“ Berufen – Beamte, höhere Angestellte – zur Spitze der Parteipyramiden vorstoßen. Im übrigen weist Flechtheim schon einleitend darauf hin, daß die

Parteien sich erheblich darin unterscheiden, welches und wieviel statistisches Material sie über ihre Mitglieder veröffentlichen: Am schlechtesten bestellt sei es in dieser Beziehung mit der CSU und SED, am aufschlußreichsten hingegen sei noch das Material, das von der SPD vorgelegt werde.

Die neunbändige Dokumentation hat in den Jahren ihres Erscheinens selbst ein Stück parteigeschichtlicher Entwicklung begleitet und aufgezeichnet. So war in Bd. 1 darauf hingewiesen worden, daß die in der Öffentlichkeit gemeinhin begrüßte „Entideologisierung“ der Parteien mit einem Verzicht auf soziale und ökonomische Strukturreformen zusammenfiel. In der Einleitung zu Bd. 9 hingegen konstatiert der Herausgeber eine inzwischen stattgefundene „Reideologisierung“ – zumindest einiger Parteien und den Anspruch aller Parteien, Reformen realisieren zu wollen. Dazwischen lag der Eintritt der SPD in die Große Koalition, die Konstituierung und der Zerfall der Außerparlamentarischen Opposition, das Aufflackern des Rechtsradikalismus in Form der NPD und die Bildung der Kleinen Koalition, durch die die CDU/CSU erstmals auf Bundesebene in die Opposition gedrängt wurde.

Das Personenregister, das dem Bd. 9 angefügt ist und sämtliche, in den Dokumenten des Gesamtwerks erwähnten Namen aufzählt, demonstriert die Spannweite dieser Edition. Bei allen Schwächen, die dem Werk anhaften mögen und auf die in vorhergehenden Rezensionen in dieser Zeitschrift bereits gewiesen wurde, gelten dem Herausgeber Ossip K. Flechtheim Anerkennung und Gratulation. Vielleicht wird uns in nicht allzu ferner Zukunft eine vergleichbare Dokumentation auf verwandtem Gebiet – gewerkschaftspolitische Entwicklung in Deutschland nach 1945 – vom gleichen Herausgeber vorliegen. Für den Historiker der Arbeiterbewegung könnte dies nur von großem Nutzen sein.

Peter Lösche

REICHELT, Helmut: **Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx.** Mit einem Vorwort von Iring Fetscher. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, 4., durchgesehene Aufl., 1973. 276 S.

RUBIN, Isaak Iljitsch: **Studien zur Marx-schen Werttheorie.** Eingeleitet und aus dem Amerikanischen übersetzt von A. Neuss-Fögen. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1973. 256 S.

Da die Hegelsche Philosophie die historische Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft reflektiert und systematisiert und sich zum Teil direkt auf die klassische Ökonomie bezieht, bestand die Marxsche Umstülpung der idealistischen Dialektik mittels der materialistischen Geschichtsauffassung in der Konkretisierung der von Hegel festgehaltenen Entwicklungsgesetze des Kapitals. Was Hegel in philosophisch-ideologische Betrachtungen kleidete, entblößte Marx in der Sprache der Nationalökonomie und der ihr zugrundeliegenden aktuellen gesellschaftlichen Beziehungen. Marx' Dialektik ist so im „Kapital“ zu finden, wie das Kapital die gesellschaftliche Bewegung zu einer dialektischen macht. So wie einst Marx an Kugelmann schrieb, daß man den Wertbegriff nicht zu beweisen hätte, da die Analyse der wirklichen Verhältnisse ihn von selbst ergebe, so bedarf auch die Dialektik keiner besonderen Behandlung, da es, wie Reichelt formuliert, „unmöglich ist, die Marxsche Methode unabhängig von ihrem Gegenstand darzustellen“.

Eben weil dem so ist, besteht kein Widerspruch zwischen der in den „Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie“ vornehmlich philosophisch-dialektischen Ausdrucksweise und der im „Kapital“ verwendeten Sprache der politischen Ökonomie. Der „Rohentwurf“ war für den von der Philosophie her kommenden Marx zur Selbstverständigung verfaßt, das „Kapital“ richtete sich an die Öffentlichkeit und wurde dementsprechend terminologisch abgeändert, ohne die Methode oder ihren

Gegenstand und deren Einheit zu beeinträchtigen. Reichelts Buch ist ein bedeutender Beitrag zur Aufhellung dieser Sachverhalte, besonders durch die Zurückweisung der Vorstellungen der Dialektik als einer bloßen Methode, die als erlernbare Verfahrensweise an verschiedene Inhalte von außen herangetragen werden kann.

Reichelt beginnt mit der Marxschen Herausbildung der materialistischen Geschichtsauffassung und zeigt die ihr ursprünglich noch anhaftenden Mängel auf, die erst durch die Erkenntnis der wirklichen kapitalistischen Verhältnisse überwunden werden konnten, wie z.B. die unberechtigte Überbetonung der Arbeitsteilung als bestimmendes Element der Entfremdung, des Privateigentums, und der Klassengesellschaft. Reichelt weist auch auf Marx' Schwierigkeiten hin, das kapitalistische System in all seinen vielseitigen Details zu erfassen, und auf die sich für ihn ergebende Lösung des Problems durch die Konzentration auf den „allgemeinen Begriff des Kapitals“. Reichelt bemerkt jedoch richtig, „daß es sich hier nicht um eine vordergründige Verkürzung handelt, sondern von Marx als eine durchaus adäquate Bewältigung des gesamten Materials empfunden wurde“.

Marx schrieb das „Kapital“ in engster Auseinandersetzung mit der klassischen Theorie, weil diese Theorie die des Kapitals ist und mit ihm steht oder fällt. „Ökonomische Theorie“, schreibt Reichelt, „kann es in einem strengen Sinne nur in der bürgerlichen Gesellschaft geben; ökonomische Theorie einer sozialistischen Gesellschaft ist ein Widerspruch in sich.“ Das spezifische der kapitalistischen Ökonomie ist die Verschleierung der aktuellen Produktionsverhältnisse durch die Tauschrelationen, wenn diesen selbst auch reale Bedeutung zukommt; aber eben nur auf der Basis der gesellschaftlichen Arbeit unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die Marxsche Kritik des kapitalistischen Systems ist nicht die Kritik seiner ökonomischen

Kategorien, sondern der ihnen zugrundeliegenden Klassenverhältnisse, die sich nur durch die Aufhebung dieser Verhältnisse, nicht durch die ökonomische Kritik, beseitigen lassen. Das Aufzeigen des nur historischen Charakters des Kapitals verlangt allerdings ein Eingehen auf seine Bewegungsgesetze und damit die gründliche Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsvorgänge.

Marx' revolutionäre Ablehnung des kapitalistischen Systems geht seinen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der klassischen Ökonomie voraus. Die Existenz des Proletariats, der Ausbeutung, der Konkurrenz, der Akkumulation, deutet von selbst auf die dem Kapitalismus innewohnenden Gegensätze, ohne gleichzeitig deren geschichtliche Konsequenzen aufzuzeigen. Die Suche nach dem entscheidenden, die kapitalistische Bewegung bestimmenden Widerspruch veranlaßte Marx, sich mit der Theorie der kapitalistischen Wirtschaft eingehend zu befassen, da sich diese, wenn auch in verkehrter Form und mit falschem Bewußtsein, auf die reale Welt bezieht.

Reichelt demonstriert die Marxsche Kritik der bürgerlichen Ökonomie an Beispielen seiner Auseinandersetzung mit den Physiokraten A. Smith und D. Ricardo. Nach einer Beschreibung des Verhältnisses von logischer und historischer Methode bei Marx wendet er sich der Marxschen Werttheorie zu, um hier den oft übersehenen Zusammenhang zwischen Arbeitszeitwert und Geldtheorie hervorzuheben. Das Wertgesetz wird aus der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Aufteilung der Arbeit abgeleitet, was sich unter den Bedingungen der Warenproduktion nur dann erreichen läßt, wenn „die verschiedenen Produkte als quantitativ verschiedene Ausdrücke derselben Einheit in Erscheinung treten“.

Allerdings erschöpft sich die Arbeitswertlehre nicht in der Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit in der Warenproduktion, da sich die Ware Arbeitskraft nur scheinbar austauscht, in Wirklichkeit aber von den Kapitalisten unentgeltlich angeeignet wird.

Die Teilung des gesellschaftlichen Produkts in Wert und Mehrwert zeigt an, daß sich hinter den Wertverhältnissen nicht nur die Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Verteilung der Arbeit verbergen, sondern auch die kapitalistischen Klassenverhältnisse. Damit handelt es sich bei der unbewußten gesellschaftlichen Aufteilung der Arbeit nicht um die Proportionalitäten der wirtschaftlichen Beziehungen schlechthin, sondern um die Aufteilung der Arbeit zur Reproduktion der Klassenverhältnisse, und damit der Aufteilung der Arbeit zu Zwecken der Akkumulation, also um eine ganz besondere Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit; nicht zur Erreichung der gesellschaftlich-notwendigen Proportionalität als solcher, sondern der spezifischen kapitalistisch-notwendigen Proportionalität, aus der sich alle Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung ergeben. Auf diese Zusammenhänge geht Reichelt leider nicht ein, so daß sich seine Interpretation der Werttheorie im wesentlichen auf die einer imaginären Warenproduktion bezieht, nicht auf die kapitalistische Warenproduktion.

Diese Vernachlässigung rächt sich denn auch in Reichelts – wenn auch nur flüchtiger – Betrachtung der Krise, die für ihn in „dem Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion unter kapitalistischen Bedingungen“ zu suchen ist, oder in „der Entwicklung der Produktivkräfte und der Beschränktheit der Konsumtion“. Wenn dem so wäre, dann wäre die Marxsche Krisentheorie nur ein Plagiat der Sismondischen Krisentheorie, und die heutigen „linken“ Keynesianer wären nichts als Anhänger der Marxschen Krisentheorie. Da aber die Marxsche Akkumulations- und Krisentheorie als Dynamik des Kapitals von Reichelt nicht näher behandelt wird, läßt sich auch nicht feststellen, wie er die Bewegungsgesetze des Kapitals aus der dem Kapitalbegriff zugrundeliegenden Werttheorie ableitet. Nichtsdestoweniger ist Reichelts Buch ein interessanter Beitrag zum Marxismus.

Auch die Studien I.I. Rubins zur Marx-schen Werttheorie legen sich Beschränkungen auf, nämlich die auf die Werttheorie selbst. Für Marx war die Werttheorie ein Schlüssel zum Verständnis des Kapitals und seiner Bewegungsgesetze, wenn auch hier, wie Reichelt in einem anderen Zusammenhang bemerkte, die Methode nicht vom Gegenstand trennen läßt. Hinter den Wertverhältnissen verbergen sich aktuelle Arbeitszeitrelationen, von denen die Bewegungsgesetze des Kapitals abhängen. Trotzdem bleibt der Gegenstand, mit dem sich der Marxismus beschäftigt, das Kapital und die Werttheorie das Mittel, um diesem Gegenstand gerecht zu werden.

Wie die Arbeit von Reichelt, stützt sich Rubins Interpretation der Werttheorie auf den schon erwähnten Brief von Marx an Kugelmann, in dem die Unerläßlichkeit der Proportionalität der gesellschaftlichen Arbeit hervorgehoben wird. Die Werttheorie erscheint damit als Theorie des gesellschaftlichen Gleichgewichts und unterscheidet sich von den bürgerlichen Gleichgewichtstheorien nur darin, daß anstatt von subjektiven Preisrelationen von objektiven Wertrelationen gesprochen wird. Deshalb stützt sich Rubin nicht nur auf die flüchtigen Bemerkungen von Marx, sondern in weit größerem Maße auf die Ideen Rudolf Hilferdings, für den das Wertgesetz nur ein anderer Ausdruck für die materialistische Geschichtsauffassung war, die auf die Gebundenheit der Gesellschaft an die Arbeit und deren rationelle Aufteilung hinwies.

„Indem Marx von der menschlichen Arbeit ausging“, zeigt er, Rubin zufolge, „daß in einer warenproduzierenden Gesellschaft die Arbeit zwangsläufig zu der Wertform der Warenproduktion führt“. Allerdings sind Kapitalist und Arbeiter durch Produktionsverhältnisse aufeinander bezogen. Dennoch „schließen sie Verträge untereinander als formal gleiche Warenproduzenten“. Rubin scheint hier zu übersehen, daß der Arbeiter keine Ware, sondern seine Arbeitskraft gegen Kapital „austauscht“, welches selbst, als angehäufter Mehrwert, sein eigenes Produkt

ist. In anderen Worten, daß es hier in Wirklichkeit gar keinen Austausch gibt, sondern nur den Schein eines solchen, durch die kapitalistische Beherrschung der Produktionsmittel. Bei der Entwicklung des Wertbegriffs bezieht sich Rubin denn auch vorerst auf die sogenannte nicht existierende „einfache Warenproduktion“, die dann der kapitalistischen Warenproduktion gegenübergestellt wird. Aber das sich mittels des Wertgesetzes ergebende wirtschaftliche Gleichgewicht bleibt für ihn auch in der kapitalistischen Warenproduktion bestehen, allerdings mit dem „Unterschied, daß sich das objektive Gleichgewicht in der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit durch die Konkurrenz ergibt“, d.h. durch die Produktionspreise, nicht die Werte. So bleibt für Rubin „das Gleichgewicht und die Verteilung der Arbeit die Grundlage des Werts und seiner Veränderungen, sowohl in der einfachen Warenproduktion als auch in der kapitalistischen Gesellschaft. Das ist die Bedeutung der Marx'schen Theorie des Arbeitswerts.“

Andererseits hebt Rubin jedoch hervor, daß „Marx nie müde wurde, zu wiederholen, daß der Wert ein gesellschaftliches Phänomen ist, daß die Wertgegenständlichkeit 'rein gesellschaftlich' ist und kein Atom Naturstoff in sie eingeht“. So ist die wert-schaffende, abstrakte Arbeit für Rubin als gesellschaftliche Kategorie zu begreifen, in der jedes stoffliche Element fehlt. Wenn dem so ist, dann ist nicht verständlich, wie das Wertgesetz das von Rubin hervorgehobene und sich auf reale Arbeitszeitrelationen beziehende Gleichgewicht mit sich bringen kann. Wie abstrakt auch immer, die Arbeitszeit drückt sich in Produktion aus und die Gesamtproduktion muß der kapitalistisch bestimmten gesellschaftlichen Arbeitsaufteilung entsprechen. Die Vergegenständlichung des Werts setzt die Produktion voraus, so daß der Wert des Naturstoffes und der Arbeit nicht entbehren kann, wenn er auch selbst weder das eine noch das andere ist. Was Rubin sich zu sagen bemüht, ist, daß Gebrauchsgüter in der Warenproduktion erst Wertcharakter an-

nehmen müssen, um sich als Gebrauchsgüter realisieren zu können, daß dies aber nicht eine Notwendigkeit der Produktion ist, sondern eine Eigenart, die sich ausschließlich aus der Warenproduktion ergibt. In dem Sinne ist der Wert ein rein gesellschaftliches Phänomen, da er unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen wegfallen würde, ohne damit die „Ökonomie der Zeit“ zur Bewältigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse aufzuheben.

Die theoretische Herausbildung des Marx'schen Wertbegriffs wird von Rubin mit dem das kapitalistische System aktuell beherrschenden Wertgesetz gleichgesetzt. Wenn Marx mit Bezug auf den historischen Materialismus auch von der „menschlichen Arbeit“ ausging, so mit Bezug auf den Kapitalismus auf die kapitalistische Lohnarbeit. Und wenn Marx auch den Wert aus den Tauschverhältnissen ableitete und dies an einer imaginären „reinen Warenproduktion“ ersichtlich machte, so lassen sich diese doch nicht von den aktuellen kapitalistischen Produktionsverhältnissen trennen. Aber Rubins Festhalten an den ausschließlich durch den Tausch bestimmten Wert, erklärt sich aus seiner Auffassung des Wertgesetzes als Gleichgewichtsmechanismus. „In der planlosen Warenproduktion“, schreibt er, spielt das durch die abstrakte Arbeit bestimmte Wertgesetz „die Rolle, die die gesellschaftlich gleichgesetzte Arbeit in einer bewußten geplanten sozialistischen Wirtschaft spielt“. So ist das Wertgesetz für Rubin eine unbewußte Regulierung der Wirtschaft, die zwar im Sozialismus zum Abschluß kommt, aber durch eine Planung ersetzt wird, die das bewußt leistet, was sich in der Warenproduktion unbewußt vollzieht.

Aus dem Mißverständnis der Wertlehre als Gleichgewichtsmechanismus ergeben sich eine Reihe von Fehlinterpretationen der Marx'schen Theorie, auf die hier jedoch nicht weiter eingegangen werden soll. Davon abgesehen, weist das Rubinsche Buch auch viele gelungene Darstellungen einzelner Aspekte der Werttheorie auf, so daß seine Lektüre empfehlenswert bleibt. Aber die

Gleichgewichtsbetrachtung und die nahe Identifikation des historischen Materialismus mit der Werttheorie, hindern Rubin, sich mit aktuellen Problemen des Kapitals zu befassen, wie z.B. der Akkumulations- und Krisentheorie. Auf die Schwächen des Buches weist schon die Einleitung von Annette Neusüss-Fögen hin, der zufolge die Arbeitswertlehre zwar der Gegenstand dieser Studien ist, sich aber doch die Frage aufdrängt, „ob hier die Form der *Darstellung* nicht am *Sinn* der Wertlehre vorbeigeht“. Es muß noch bemerkt werden, daß die deutsche Übersetzung aus dem Amerikanischen stark gekürzt ist und daß die ausgelassenen Teile eigentlich zu den besten des Buches gehören.

Paul Mattick

FISCHER, Ernst: **Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945 – 1955.** – Wien, München und Zürich: Molden 1973, 400 S.

Der undogmatische marxistische Theoretiker Ernst Fischer hat den ganzen Weg durchgemessen: Offizierssohn, Fähnrich im Ersten Weltkrieg, Werkstudent, geistiger Freischärler, der in den zwanziger Jahren in Wien unter dem Einfluß des bedeutenden sozialdemokratischen „Revisionisten“ Otto Bauer zum Sozialisten wird, sich nach dem Putsch der faschistischen Heimwehren 1934 im Exil in Prag radikalisiert, in die österreichische Kommunistische Partei eintritt, nach Moskau geht, dort unter dem Schutz von Dimitroff und Togliatti theoretisch in der Kominintern arbeitet, Anfeindungen der KPD Funktionäre übersteht und bei Kriegsende als einflußreicher Funktionär nach Österreich zurückgesandt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt führt seine 1969 im Rowohlt Verlag erschienene Autobiographie: „Erinnerungen und Reflexionen“. Die Erfahrungen, die er seither in seinem Vaterland Österreich und in seiner politischen Heimat, dem Kommunismus Stalinscher und post-Stalinistischer Prägung machte, sind der Inhalt des vorliegenden fragmentarischen Bandes: „Das Ende einer Illusion“. Sein

Tod im August 1972 kam der Straffung und besseren Gestaltung des zusammengetragenen Materials und der bereits geformten Episoden zuvor. Die Handlung endet im Jahre 1955, konnte aber ergänzt werden durch Notizen, die er nach seinem Ausschluß aus der Partei wegen seines Protestes gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei machte.

Eine Überraschung war sein Bruch mit der Partei und seine Verfemung durch die Stalinisten nicht. Schon seit Jahren war er ins Schußfeld besonders des Kultursekretariats der SED geraten. Seine Bücher „Kunst und Koexistenz“ (Beitrag zu einer modernen marxistischen Ästhetik), sowie die Essayssammlung „Auf den Spuren der Wirklichkeit“ waren den Spitzenfunktionären des Ulbrichtschen Zentralkomitees Greuel gewesen, die nicht mit Argumenten sondern mit Denunziation bekämpft wurden, und seit der von ihm initiierten Kafka-Konferenz, die den „Prager Frühling“ einleitete, wurde er offen als Renegat bezeichnet. Man hat oft gefragt, wie er, der doch kein engstirniger Parteifunktionär sondern ein kritischer Intellektueller war, so lange sich der Parteidisziplin gebeugt habe – eine arrogante Frage, wenn sie von Leuten kommt, die bis Mai 1945 'Heil Hitler' gerufen haben und seither mit faschistischen Diktaturen freundlich kooperieren. Aber Ernst Fischer hat sich diese Frage oftmals selber gestellt, und gerade in diesem Buch hat er sie keineswegs apologetisch sich selber gewissenhaft zu beantworten gesucht – eben das gibt dem Buch seinen dokumentarischen Wert. „... Ging es nur um mein Gewissen und seine Erleichterung? Die unmittelbare Folge: Ich wäre zum Helfershelfer aller politischen Gegner geworden, nicht nur der relativ irrelevanten in Österreich, sondern eines gesellschaftlichen Systems, das ich verabscheute. Dieses System einer die Menschen korrumpierenden Profitwirtschaft, der Ausplünderung und Niedermetzlung der Völker der Dritten Welt, des Terrors, der Korruption, der Folterkammern in Lateinamerika, Spanien, Portugal, Griechenland und des Dschungelkrieges in Vietnam war nicht

berechtigt, den Kommunismus wegen seiner Verbrechen anzuklagen. Dieser Welt wäre ich zu Hilfe gekommen, vor meinen Genossen als Verräter dagestanden . . ."

Damals, zu Beginn der 50er Jahre, glaubte er noch, daß man nur von innen her wirksamen Widerstand gegen die Fehlschlüsse und Unmenschlichkeit des Parteiapparates leisten könne. Dann kamen, auch nach Stalins Tod, weitere Prüfungen: die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956, die bereits den Begriff „Panzerkommunismus“ rechtfertigte, den Fischer nach der Besetzung der Tschechoslowakei 1968 prägte – weshalb er von den Stalinisten über seinen Tod hinaus gehaßt wird.

Die Selbstbefragung des erst in späten Jahren zum Skeptiker gewordenen Schriftstellers, der in die Politik geriet, endet an seinem letzten Lebenstag mit den Notizen: „Also war falsch, wofür wir gekämpft haben, viele meiner Freunde und ich? War es falsch, Kommunist zu sein? . . . Wenn ich mich nun als Intellektuellen in Betracht ziehe und meine Schwäche, meine Vorzüge, meine Möglichkeiten, war es nicht nur falsch, daß ich Kommunist, sondern überhaupt Politiker wurde, in eine mir fremde gesellschaftliche Charaktermaske hineinwuchs? Aber ist denn das Ich das Maß aller Werte? War es in diesem Zeitalter menschenwürdig, nicht Partei zu ergreifen, und wenn man sie einmal ergriff, nicht Kommunist zu sein? Kommunist – bis zu solcher Grenze, die zu überschreiten dem eigenen, dem gesellschaftlichen Ziel widerspricht? . . .“ Für ihn war diese Grenze mit der Niederschlagung des Versuchs in der Tschechoslowakei, einem menschlicheren Kommunismus Wege zu ebenen, überschritten. Sein Vermächtnis zeigt, warum einer Kommunist wurde und es nicht bleiben konnte. In das Haß- und Hetzgeschrei der Profis des Antikommunismus hat er niemals eingestimmt. Er ist seinen Weg allein zu Ende gegangen.

Alfred Kantorowicz

KLEIN, Jürgen: **Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47.** – Hamburg: Fundament-Verlag Dr. Sasse & Co. 1972. 436 S. (= Schriften der Stiftung Europa-Kolleg Hamburg, Bd. 23.)

Diese Hamburger Dissertation wurde bereits 1967 in der „IWK“ Jg. 3 (1967), H. 4, S. 70, angekündigt. Seinerzeit ging es um die „Anfänge einer neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg“. Schwerpunkte sollten in der „Einheitsgewerkschaftsbewegung“ aller vier Besatzungszonen bis 1948, im Anteil der Gewerkschaften am politischen Wiederaufbau und an der wirtschaftlichen Entwicklung liegen. Dieses Konzept wurde um die Hälfte verkürzt und dafür um eine Vorgeschichte bis in die Weimarer Republik hinein angereichert.

Der Verfasser kann mit Recht für sich in Anspruch nehmen, „eine nicht unwesentliche Lücke in der Geschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“ (S. 14) geschlossen zu haben. In der Tat ist seine Arbeit nach August Enderles unveröffentlichtem Manuskript über „Die Einheitsgewerkschaften“ für den Zeitraum von 1930 bis 1947 als wichtigstes Werk zu diesem Thema anzusehen. Während Enderles sich stärker auf das historisch Wesentliche konzentriert hat, liegt Kleins Verdienst in der mühsamen Zusammenstellung vieler lokaler und regionaler Entwicklungen während der ersten beiden Nachkriegsjahre, und zwar mit Einschluß der sowjetischen Zone und Berlins. Der entscheidende Vorzug gegenüber Enderles Arbeit und gegenüber den vielen autodidaktischen Werken aus dem gewerkschaftlichen Bereich liegt im zuverlässigen und differenzierten Nachweis aller Zitate, Fakten und Daten. Über die Dissertationen von Johannes Kolb und Eberhard Schmidt hinaus gelingt dem Autor die Nachzeichnung des jeweils besonderen im örtlichen und überörtlichen Ansatz. Wer sich der Geschichte von Landes- und Zonengewerkschaften zuwenden will, sei nachdrücklich auf Kleins Arbeit hingewiesen.

Sie ist ein vorzügliches „Findbuch“ zum Weiterforschen.

Klein hat wohl als erster die zahlreichen unveröffentlichten Materialien (Aktenstücke, Protokolle, Briefe) aus dem DGB-Archiv in Düsseldorf in aller Ausführlichkeit ausgewertet und zitiert. Das gilt für den Plettl-Nachlaß und die vielen Archivschachteln aus dem Besitz von Hans Gottfurcht und Albin Karl, ja für den kleinen Bestand von Briefen aus dem Tarnow-Nachlaß. Zudem ist es dem Autor gelungen, eine Reihe wichtiger Zeugen mündlich und schriftlich zu befragen, darunter Willi Richter, Ernst Lemmer, Frank Kenny, Albin Karl, Werner Hansen, Max Brauer. Da Klein ausführlich aus seinen Interviews zitiert, gewinnt seine Arbeit einen eigenen Quellenwert, denn viele der Veteranen sind inzwischen verstorben.

Freilich ist darauf hinzuweisen, daß bei einer so extensiven Auswertung allen möglichen ungedruckten Materials einige schwer verständliche Lücken auffallen. Das gilt für den Bereich der Manpower Division beim Alliierten Kontrollrat, ferner für die US-Emigration, wo Klein wider den Stampfer-Nachlaß noch die „Neue Volkszeitung“ herangezogen hat. Schließlich betrifft das auch die innerdeutsche Literatur, die in jeder größeren Fachbibliothek zugänglich ist, beispielsweise die theoretischen Organe wie „Gewerkschaftliche Monatshefte“ und „Die Arbeit“. Gewiß läßt sich nicht verlangen, daß ein Autor all das ausgewertet hat, aber er muß die Wirkung zufälliger Funde auf sein historiographisches Werk kontrollieren. Sonst entsteht der Eindruck, als hätte der Kontrollrat niemals ein Gewerkschaftsgesetz vorbereitet, als wäre die US-Emigration unbedeutend gewesen oder als hätte es keine theoretische Selbstreflexion der Gewerkschaftsbewegung gegeben.

Klein zeigt die fatale Neigung, all das, was man so in Archiven zusammensammeln kann, zu kopieren, zu sortieren und unkritisch niederzuschreiben. Das ist eine Gefahr,

in der heute viele Kollegen schweben, die sich durch moderne Kopiergeräte und freizügige Archivverwaltungen verführen lassen. Aber die Arbeit des Historikers ist unvollkommen, wenn keine Wertung und Kritik der Quellen erfolgt, besonders wenn man auf so unterschiedliche Quellen angewiesen ist, wie in der Gewerkschaftsgeschichte.

Bei Klein sei dieser Mangel an zwei Beispielen exemplifiziert: Ein zentraler Text für den ersten Teil seiner Arbeit ist das Einheitsabkommen, das im April 1933 von den Richtungsgewerkschaften abgeschlossen wurde, um der Gleichschaltung zuvorzukommen. Klein zitiert diesen Text nach der leicht romanhaften Leuschner-Biographie aus dem Jahre 1962, obwohl er mehrere Male vorher in wissenschaftlichen Werken veröffentlicht wurde, freilich überall fast ebenso verstümmelt wie bei Joachim G. Leithäuser. Das mag hingehen, wo der Text eine Nebenfunktion hat, aber bei einer vielhundertseitigen Monographie über die Einheitsgewerkschaft darf das wichtigste Einheitsabkommen der deutschen Organisationsgeschichte nicht in dieser Manier unkritisch übernommen werden. Tatsächlich haben die Nazis den Text schon 1934 in zwei verschiedenen, dreifach längeren und aufschlußreicheren Fassungen veröffentlicht.

Besonders wichtig für den zweiten Teil der Arbeit ist die Funktion der TUC-Delegation, der es gelang, die westdeutschen Gewerkschaften vom Konzept einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft abzubringen. In Anlehnung an die Memoiren Montgomerys interpretiert Klein das als einen antikommunistischen Eingriff. Dazu zitiert er den schnödigigen Feldmarschall und viele Briefe, Berichte etc. vor allem aus Düsseldorf, Hamburg und Hannover. Nur eines hat er nicht herangezogen, den gedruckten Bericht der TUC-Delegation, der ihre Mission in einem völlig anderen Lichte erscheinen läßt. Gewiß wird der Historiker sich nicht *nur* auf diesen Bericht stützen dürfen. Aber es ist doch sehr zweifelhaft, wenn alles mögliche zitiert wird, nur nicht das,

was die britischen Kollegen selber der Öffentlichkeit vorgelegt haben.

Sympathischerweise bekennt Klein in seiner Einleitung, daß er „einige Lücken durch aufbereitetes, dem Verfasser leider nicht zugängliches Quellenmaterial“ zu schließen versuchte. Das ist gewiß legitim angesichts der besonderen Forschungslage in einem geteilten Land. Aber Klein fährt fort: „Bewußt wird daher auch auf jedes Werturteil der benutzten Literatur verzichtet, denn es sollte hier nur die Dürftigkeit der bisherigen Forschung über den angesprochenen Themenbereich angedeutet werden.“ (S. 13) – So geht es nicht! Einerseits die bisherige Literatur herunterzuputzen und andererseits mit ihrer Hilfe die „Lücken“ zu schließen, ohne die Anstrengung der Kritik!

Es wäre vielleicht ungerecht, hier eine Retourkutsche zu fahren, denn Klein hat über weite Strecken und mit vieler Mühe wichtiges Material an den Tag gebracht. Er wird mit seinem Buch schließlich zu jenen gehören, die immer wieder angeschlachtet, aber nur selten zitiert werden, denn es ist bequemer und wirkt eleganter, wenn man so tut, als hätte man das Zitat aus erster Hand.

Aber bei dieser Gelegenheit muß noch etwas zu jenen gesagt werden, die nach Klein kopierenderweise von Gewerkschaftshaus zu Gewerkschaftshaus ziehen und dort tausende von Briefen, Protokollen, Aktennotizen etc. per Xerox und A.B. Dick in ihre historiographische Verfügungsgewalt bringen: Die Masse der Quellen kann die Kritik der Quellen nicht ersetzen! Wenn dieser Grundsatz aufgegeben wird, geraten wir Historiker der Arbeiterbewegung in einen gefährlichen Trend, bevor unser Fach wissenschaftstheoretisch gefestigt ist. Es handelt sich dabei um eine Entwicklung, die durch den Fortschritt der Produktivkräfte im Wortsinne „automatisch“ gefördert wird. Es ist quasi der Übergriff der Wegwerf-Gesellschaft auf unser Fach. Am Ende steht – es sei in einem drastischen Bilde gesagt – eine Art „Sperrmülldeponie historischer Stoff-

massen“, auf der die Krähen krächzen. Das wäre der Weg vom „Kammerdiener der Geschichte“ zum – hoffentlich geordneten – „Deponieverwalter“. Es wird Zeit, diese Entwicklung mit doppelt kritischem Bewußtsein zu reflektieren: quellenkritisch und gesellschaftskritisch.

Gerhard Beier

WÄCHTER, Hans-Christof: Theater im Exil. Sozialgeschichte des deutschen Exiltheaters 1933 bis 1945. Mit einem Beitrag von Louis Naef über das Exiltheater in der Schweiz. – München: Hanser 1973. 298 S.

Das Buch von Hans-Christof Wächter über das von deutschsprachigen Dramatikern, Regisseuren, Schauspielern unter den Bedingungen des Exils fortgeführte Theaterleben ist als erste gedruckte Übersicht willkommen. Wie in jeder Sparte der deutschsprachigen Exilliteratur sind auch auf diesem Gebiet die Zahlen der Teilnehmenden extrem hoch. Auf dem 2. Internationalen Symposium zur Erforschung des deutschsprachigen Exils (August 1972 in Kopenhagen) lag eine vervielfältigte Studie des einst exilierten, jetzt in der DDR lebenden Schauspielers und Regisseurs Curt Trepte vor, deren statistische Angaben Einsicht in die zu bewältigende Aufgabe vermitteln: über 300 deutschsprachige Dramatiker, Librettisten, Film-, Kabarett- und Hörspielautoren; etwa 450 im Exil verfaßte Bühnenwerke; rund 800 Inszenierungen in deutscher Sprache oder der Sprache des Gastlandes; ungefähr 2400 namentlich erfaßte „Emigrationskünstler“.

Diese überwältigenden Quantitäten von literarischen Hervorbringungen unterschiedlichster Bedeutung und mehr als zweitausend (nennen wir sie summarisch) Bühnenbeschäftigten, die über zwanzig Länder der Erde verstreut waren, wie in einem Brennspiegel einzufangen, ist für einen Einzelnen eine fast unlösbare Aufgabe. Wächter mußte seine Auswahl unter den wichtigsten und für die Zeitumstände typischen Inszenierun-

gen der Exildramatik treffen, Erfolg oder Mißerfolg der berühmtesten Regisseure und Schauspieler registrieren, auf die Notbehelfe hinweisen, den Wechsel der politischen Lage in den verschiedenen Exilländern.

Wächter hat den Stoff nicht nach Autoren, beziehungsweise Regisseuren und Schauspielern gegliedert sondern nach den für das deutschsprachige Theaterleben wichtigsten Asyl-Ländern: der Tschechoslowakei, Frankreich, England, der Sowjetunion, den USA, Dänemark, Schweden, Mexiko, Südamerika, China (beschränkt auf Shanghai); den Beitrag über die für das Theaterleben im Exil hervorragende Schweiz hat Louis Naef geschrieben – wobei verwunderlich ist, daß er keinen Bezug auf das Kapitel über das „Zürcher Schauspielhaus 1938 – 1945“ in Peter Stahlbergers instruktivem Buch über den Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration nimmt.

Die Gliederung nach geographischen Gesichtspunkten ist angesichts der beständigen Fluktuation der Autoren, Spielleiter, Darsteller zwischen Prag, Zürich, Paris, London, Moskau, New York nur mit Einschränkung vertretbar; andererseits hat diese Methode den Vorteil, die unterschiedlichen Existenzbedingungen der Betroffenen kenntlich zu machen. Die Rangordnung, die die Exilierten vor 1933 in Deutschland gehabt hatten, war außer Kraft gesetzt. Sternheim veröffentlichte im Exil nichts; sein Werk hatte im Ausland keine Resonanz. Walter Hasenclever, Ernst Toller, Fritz von Unruh, H.J. Rehfish, Carl Zuckmayer blieben im Ausland erfolglos. Brecht drang nicht durch. Breiten internationalen Erfolg hatte Friedrich Wolf mit seinen Dramen „Professor Mamlock“ und „Florisdorf“. Julius Hays Schauspiele wurden erfolgreich in der Sowjetunion aufgeführt, Ferdinand Bruckners „Die Rassen“ in der Schweiz, Frankreich, USA, dort auch Werfels Komödie „Jacobowsky und der Oberst“. Einen Achtungserfolg gewann Georg Kaiser in Zürich mit dem Schauspiel „Der Soldat Tanaka“. Wächter stellt richtig,

daß Johannes R. Bechers Melodrama „Die Winterschlacht“ nicht wie der im allgemeinen zuverlässigere Trepte behauptet, „das bemerkenswerteste Theaterereignis“ des Exils in London war, sondern daß es sich um eine einmalige Lesung einer gekürzten Fassung am 10. Jahrestag der Bücherverbrennungen handelte.

London war die erste Exilstation berühmter Schauspieler: Elisabeth Bergner, Grete Mosheim, Fritz Kortner, Conrad Veidt, Ernst Deutsch. Die Mehrheit übersiedelte später nach USA, scheiterte aber zumeist in Hollywood, ebenso wie Max Reinhardt, Leopold Jessner (der vormalige Generalintendant der staatlichen Schauspiele in Berlin), Erwin Piscator, Berthold Viertel – um nur die in Nachkriegs-Deutschland bekanntesten Namen zu nennen – sich in USA nicht durchsetzen konnten. Als Filmregisseure waren Ernst Lubitsch, Fritz Lang, G.W. Papst und Wilhelm Dieterle erfolgreich, und Marlene Dietrichs Ruhm erreichte den Höhepunkt.

Der Wert des Buches liegt jedoch besonders im Nachweis der zahlreichen Versuche von Spielgruppen, die sich teilweise aus Berufsschauspielern, teils aus Laien zusammensetzten und von Stockholm bis Shanghai, von Prag bis Mexiko vor einem deutschsprachigen Publikum kabarettistische Darbietungen, Lesungen, Kurzszenen zu Gehör brachten. Dazu bot sich besonders Brechts Szenenfolge an, die jetzt unter dem Titel „Furcht und Elend des Dritten Reiches“ bekannt ist, ursprünglich aber schlicht „99%“ betitelt war. Der Titel bezog sich auf die verkündeten Ergebnisse der Hitlerischen Volksabstimmungen. Brecht wollte an Verhaltensweisen von Arbeitern, Richtern, Eltern, einer jüdischen Frau und ihres „arischen“ Mannes, einem Chauffeur, einem Dienstmädchen etc. nachweisen, daß die vorgeblichen 99% Schwindel seien. Während die Aufführung einiger Szenen in Paris 1938 noch unter dem Titel „99%“ angekündigt war, wurde Brecht nahegelegt, zu bedenken, daß Plebiszite auch in der Sowjetunion an die 99% erreichen und es ratsam sei, den Titel zu ändern. Solche Aufschlüsse

fehlen bei Wächter, was angesichts der zu bewältigenden Stoffmasse nicht wunder nimmt.

Alfred Kantorowicz

SALDERN, Adelheid von: Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890 – 1920. Eine sozial- und kommunal-historische Untersuchung. – Berlin und München: Duncker & Humblot 1973. 508 S. (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 21.)

Die Habilitationsschrift Adelheid von Saldern beschäftigt sich mit der Frage, wie in Göttingen die „Klasse für sich“ aus der „Klasse an sich“ hervorging, wie schlichte Sozialdemokraten und örtliche Funktionäre dachten und handelten, wie hier aus bevormundeten Einwohnern schließlich 1919 wahlberechtigter Bürger wurden. Mit der differenzierten Analyse der Unterschicht und der verschiedenen Arbeiterorganisationen wendet sich die Verfasserin von verallgemeinernden Gesamtdarstellungen „der“ SPD im Kaiserreich und Problemen der Führungsebene ab, um endlich mit einer Lokalstudie der bisher immer nur geforderten Beschreibung der Partei von der Basis aus den Anfang zu setzen. Wie bereits der Untertitel hervorhebt, bezieht sie vielfältige Aspekte der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswirklichkeit der Gemeinde in die Arbeit mit ein, um die spezifische Ausprägung der Arbeiterbewegung nicht nur beschreiben, sondern diese in Kenntnis der lokalen Verhältnisse auch tatsächlich erklären zu können. Darüberhinaus stellt sich A.v.S. die Aufgabe, „den historischen Stellenwert“ der Göttinger Vorgänge im Vergleich zu anderen Städten dieser Zeit zu ermitteln.

Damit ist eine Frage aufgeworfen, über deren Problematik sich die Verfasserin durchaus bewußt ist, da verwendbare kommunalhistorische Studien noch fast völlig fehlen und zum Vergleich nur das in zeit-

genössischen kommunalpolitischen Zeitschriften und zusammenfassender Literatur greifbare Material herangezogen werden kann. Das zweigleisige Verfahren – die Aufbereitung des Göttinger Materials und seine ständige Konfrontation mit Materialien vor allem der Industriezentren dieser Zeit – erweist sich in der Analyse der Einzelaspekte als überaus fruchtbar: Teil A „Wirtschaftsstruktur und soziale Verhältnisse in Göttingen 1890 – 1914“ zeigt, daß hier erst zwei Generationen später die Industrialisierung einsetzte, sich auch ihre sozialen Auswirkungen später und in anderem Ausmaß einstellten – blieb die Stadt doch weiterhin von Universität, Militär und Handwerk geprägt. Im Abschnitt B „Unterschicht und Arbeiterbewegung“ beschreibt die Verfasserin, wie schwer SPD und Gewerkschaften in der heterogenen Unterschicht Fuß fassen konnten, so daß sich auch eine „Subkultur“ wie in anderen Städten gar nicht erst ausprägen konnte. Deutlich wird, wie gering das Gewicht der Arbeiterorganisationen war, das sie der städtischen Gesellschaft gegenüber geltend machen konnten. Von der „anderen“ Seite werden diese Probleme in den folgenden Querschnittanalysen erhellt: im Teil C „Selbstverwaltung und Arbeiterbewegung“ wird die Einstellung der Kommunalbürokratie zur Arbeiterschaft analysiert und im Teil D „Bürgertum und Unterschicht“ das Verhalten des Bürgertums beschrieben. Die Verfasserin versteht es, in vielen Details plastisch zu machen, wie Arbeiter bevormundet oder – hatten sie es gewagt, der Partei beizutreten – als Sozialdemokraten isoliert wurden. Von Kooperation in der Selbstverwaltung oder in Vereinen etwa kann kaum die Rede sein. Im Gegenteil. Erst infolge der Revolution (Teil E „Vom Einwohner zum Bürger 1914 – 1920“) wurde das demokratische Kommunalwahlrecht durchgesetzt und zogen Sozialdemokraten in das Rathaus ein – viel später als in anderen Städten.

Wird die Göttinger Realität in ihrer ganz besonderen Problematik in diesen Konfrontationen so differenziert erarbeitet, so doch damit gleichzeitig ihre Unvergleichbarkeit

mit der Realität ganz anderer Städte ganz anderer Struktur. Um so problematischer ist es, wenn die Verfasserin trotz eigener Bedenken in ihren Gesamtergebnissen die großen Städte zum „Vorbild“ nimmt und die in der bisherigen Literatur tradierten, doch noch wenig hinterfragten Begriffe und Wertungen wie z.B. „Reformismus“ und „Organisationsfetischismus“ auch auf die Göttinger Sozialdemokraten überträgt. Für Bürger und Kommunalbeamte lautet so das Urteil „mangelhaft“ wegen unzureichender Sozialpolitik, für die Sozialdemokraten gilt das gleiche Urteil wegen Inkonsequenz: Grundsätzlich „nicht-revolutionär“, sondern „reformistisch“ eingestellt, sei es ihnen nicht gelungen, auf kommunalpolitischem Gebiet „reformistisches Wollen in reformistisches Handeln umzusetzen“ (S. 423). Gleichzeitig hätten sie an der radikalen Theorie festgehalten. Es werde deutlich, daß „die darin liegenden Spannungen aber nicht als solche empfunden wurden“ (S. 132).

Es stellt sich aber die Frage, ob sich diese Widersprüche nicht klären ließen, wenn jener von der Verfasserin geforderte und mit ihren Einzelbeschreibungen zur Frage „Was war und was wurde gedacht?“ bereits betretene Weg weiter verfolgt würde. Es ist zu fragen, ob nicht die Analyse eben dieser Einzelergebnisse in ihrem komplexen Aufeinanderbezogensein tatsächlich Antwort geben kann auf das „warum“, „warum“ in Göttingen in dieser Zeit Arbeiter und Bürger „so“ dachten und handelten – und ob nicht erst dann, wenn weitere Stadtuntersuchungen unter solchen Fragestellungen vorliegen, Alternativen und der „historische Stellenwert“ einer einzelnen Stadt zu ermitteln sind.

Anneke Sager

RIESENBERGER, Dieter: *Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR. Aspekte und Tendenzen.* – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1973. S. (= Kleine Vandenhoeck-Reihe. 376-377.)

Die theoretischen und methodischen Grundlagen, das Selbstverständnis, die gesellschafts-politischen Funktionen und Entwicklungen der Geschichtswissenschaft in der DDR sind den Historikern in der BRD relativ wenig bekannt und die aktive Auseinandersetzung fehlt fast gänzlich. Gleiches läßt sich für Theorie und Praxis des Geschichtsunterrichts behaupten, bezogen auf Fachhistoriker, Didaktiker und Lehrer in der BRD. Die Stellung der Geschichte als wissenschaftlicher Disziplin und des Geschichtsunterrichts im Kanon der Unterrichtsfächer sind in der DDR unbestritten. In der BRD hingegen belegen Diskussionen über „Wozu noch Geschichte?“ und „Geschichtsunterricht ohne Zukunft?“ das Ringen um Selbstverständnis und gesellschaftliche Funktion. In dieser Situation ist dem Autor dieser kleinen Schrift ausdrücklich zu danken für das Verdienst, den Leser durch eine „objektive“ und nicht unkritische Darstellung über „die Aussagen der beiden Disziplinen über sich selbst . . . , die Kritik an sich selbst . . . /und/ das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit“ (S. 6) zu informieren.

Die Arbeit zerfällt in zwei Teile. Im ersten Teil wird der Aufbau der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft nach 1945 dargestellt. Von Anfang an in das sozialistische System integriert, ist die Parteilichkeit die Grundlage ihrer Arbeit, denn erst die „Parteinahme für die Arbeiterklasse konstituiert die Objektivität der Geschichtswissenschaft“ (S. 9). Aus der politisch-wissenschaftlichen Führungsfunktion der Partei der Arbeiterklasse wird die Aufgabe der Geschichtswissenschaft, „die aktuellen gesellschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes im größeren historischen Zusammenhang zu denken“ und „bei der Erarbeitung der Strategie und Taktik /zu/ beraten und sie bei deren Verwirklichung /zu/ unterstützen“ (S. 10), abgeleitet. Aus

dieser Aufgabenstellung sowie auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Lehre und des historischen Materialismus lassen sich m.E. das Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft und seine Wandlungen und auch Prioritäten in Forschung und Lehre erklären, die zur Erarbeitung des Geschichtsbildes und der Herausbildung eines sozialistischen Geschichtsbewußtseins beitragen, das historisches Wissen, seine theoretische Verarbeitung und klassenmäßige Beurteilung sowie daraus zu lernendes Handeln umfaßt.

Die gleichfalls starke gesellschaftliche Position des Geschichtsunterrichts, im zweiten Teil behandelt, leitet sich aus sehr ähnlichen, doch nicht identischen gesellschaftlichen Funktionen ab. Probleme der Legitimation und Distanz oder gar Animositäten zwischen Fachhistorikern und Fachdidaktikern, die das Schulfach Geschichte in der BRD so belasten, existieren in der DDR nicht. Über die Arbeitsteilung herrscht Konsens: das Geschichtsbild wird von der Geschichtswissenschaft erarbeitet und vom Geschichtsunterricht verbreitet. Ziele des Unterrichts sind die „Vermittlung eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes,

fachspezifischer Denk- und Arbeitsformen und eine darin integrierte weltanschauliche Erziehung“. Die Fachmethodik als Wissenschaft vom Geschichtsunterricht leitet ihre weltanschaulich-ideologischen Potenzen nicht von der allgemeinen Pädagogik, sondern von der historischen Fachwissenschaft ab. Über das Verhältnis von Fachdidaktik bzw. Fachmethodik zur Pädagogik und zur jeweiligen Fachwissenschaft bestehen in der BRD dagegen, aktualisiert durch die Reformpläne zur Lehrerbildung, divergierende Auffassungen.

Die äußerst gedrängte Darstellung reißt viele Probleme nur kurz an, bietet aber eine Anregung, sich mit der behandelten Literatur eingehender zu befassen. Darüber hinaus wird deutlich, wie dringend erforderlich und sicherlich fruchtbar eine Auseinandersetzung zwischen Historikern und Fachdidaktikern bzw. Fachmethodikern aus der DDR und BRD wäre. Ansätze bietet diese kleine Schrift dazu noch nicht, wohl aber eine informatorische Grundlage und ein Abstecken des Diskussionsfeldes.

Ingrid Thienel

Autoren dieses Heftes:

Dr. Gerhard Beier, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Kiel, 6242 Kronberg/Ts., Bahnhofstraße 30.

Dr. Christoph Kleßmann, Wissenschaftlicher Assistent in der Abteilung Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, 463 Bochum, Roomersheide 38.

Dr. Kurt Nemitz, Senatsdirektor beim Senator für Wirtschaft und Außenhandel der Freien Hansestadt Bremen, 28 Bremen 33, Voltastraße 140.

Stefan Pötzsch, Archivoberinspektor am Niedersächsischen Staatsarchiv in Aurich, 296 Aurich, Wasserwerksweg.

